

**Die Reformbestrebungen zur Neugestaltung
des Nichtehelichenrechts
-Eine analytische Dokumentation-**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Juristischen Fakultät
der Justus Liebig-Universität in Gießen

vorgelegt von
Günter WAGNER
Rechtsanwalt in Bremen

1971

1972

**Die Reformbestrebungen zur Neugestaltung
des Nichtehelichenrechts
-Eine analytische Dokumentation-**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Juristischen Fakultät
der Justus Liebig-Universität in Gießen

vorgelegt von
Günter WAGNER
Rechtsanwalt in Bremen

1971



Erstgutachter: Professor Dr. Ramm

Zweitgutachter: Professor Dr. Schwab

Tag der mündlichen Prüfung: 5.6.72

Erläuternde Hinweise

Der Verfasser ist der Ansicht, daß sich die vorliegende Arbeit in Stil und sachlicher Gestaltung von ähnlichen Werken unterscheidet. Zum leichteren Verständnis sei auf vier kennzeichnende Merkmale vorab gesondert hingewiesen:

1. Materialauswahl

Untersucht wird eine zeitliche Epoche von fast siebenzig Jahren. Eine Fülle von Literatur ist von 1900 bis 1969 unter der Themenstellung einer Reform der Gesetz gewordenen BGB-Regelung veröffentlicht worden. Sie ist kaum, wenn überhaupt, in ihrem gesamten Ausmaß erfaßbar. Dieses Faktum als solches erscheint aber nicht besonders erwähnenswert. Die gemachten konkreten Vorschläge und gegebenen Anregungen wiederholten sich. Das bemerkenswerte Negativum dieser Feststellung ist vielmehr, daß durch die Flut der Beiträge die gezielte Einflußnahme interessierter Gruppen verdunkelt wurde. Um der Gefahr solcher Verwischung zu entgehen, mußten die einzelnen Publikationen geordnet werden. Es sind Äußerungen der beiden großen Kirchen und der Fürsorgeinstitutionen gewissermaßen herausgefiltert worden. Dadurch konnten die Standpunkte verdeutlicht werden und mit der zusätzlichen Aufnahme der parlamentarischen Erörterungen ist dem Leser zugleich die Möglichkeit geboten, sich das Gewicht der jeweiligen Stellungnahmen in der entscheidenden Legislativinstanz vor Augen zu führen.

Die Position der juristischen Fachwelt beleuchten repräsentativ die Verhandlungen des 32. und 44. Deutschen Juristentages.

2. Dokumentation

Es ist Wert darauf gelegt worden, soweit als irgend möglich auf wörtliche Zitate zurückzugreifen. Hierfür ist zunächst der Gedanke bestimmend gewesen, den Leser durch das Original zu einer eigenen Meinungsbildung anzuregen. Dies freilich dürfte Ziel jeder dokumentationsartigen Veröffentlichung sein. Darüberhinaus ist hier aber gewollt, die Entwicklung der Argumentationsweise von bestimmend blumenreicher Polemik zu versachlichter problemnaher geistiger Auseinandersetzung transparent zu machen und zugleich zu veranschaulichen.

3. Schematisierung

In Gliederung und Wortwahl spiegelt sich das Bemühen wieder, in einem festen Schemata zu bleiben. Hiermit soll erreicht werden, daß jeder berücksichtigte Entwurf und auch jedes Einzelproblem aus sich selbst heraus verständlich bleiben und

isoliert bzw. in einem Teilvergleich gelesen werden können. Zugleich wird damit angestrebt, Abweichungen leichter erkennbar zu machen. Als Nachteil müssen dafür Wiederholungen in Kauf genommen werden.

4. Persönliche Stellungnahme

Der Verfasser hat versucht, seine eigene Stellungnahme bis zum III. Teil - Ausblick - zurückzustellen. In erster Linie soll Material zur Meinungsbildung zur Verfügung gestellt werden. In den Teilen I und II sind deshalb kommentierende Bemerkungen lediglich insoweit eingeflochten worden als sie den Argumentationsstil der jeweilig dargestellten Begründung selbst betreffen. Diese Stellen sind am Rand ausdrücklich gekennzeichnet worden.

DISPOSITION

I. Teil: Einführung	S.	1 - 46
1. Kapitel: Die gesetzliche Regelung mit Inkrafttreten des BGB	S.	1 - 12
1. Abschnitt: Die Grundkonzeption des Nicht-ehelichenrechts	S.	1 - 3
2. Abschnitt: Einzelfragen der BGB-Regelung von 1900	S.	4 - 12
2. Kapitel: Die BGB-Regelung berührende Gesetzesänderungen bis zur Neuregelung durch das Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder vom 19.8.1969	S.	13 - 16
3. Kapitel: Die geistigen Grundlagen der BGB-Regelung - dargestellt an den Motiven zum Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich	S.	17 - 44
1. Abschnitt: Bedeutung der Motive	S.	17 - 21
2. Abschnitt: Überblick	S.	22 - 24
Orientierung Statistische Formulierungsanalyse Stellung der Kindesinteressen Bewertungsskala		
3. Abschnitt: Einzelfragen	S.	25 - 44
1: "Vaterschaft"	S.	25 - 31
Zur Argumentation: S. 25 - 31		
2: Name des Kindes	S.	31 - 32
3: Erziehung des Kindes	S.	32 - 39
Zur Argumentation: S. 34 - 35	S.	37 - 39
4: Versorgung des Kindes	S.	39 - 43
Zur Argumentation: S. 42 - 43		
5: Erbrechtliche Stellung des Kindes	S.	44
4. Kapitel: Statistik	S.	45 - 46
II. Teil: Reformentwicklung	S.	47 - 269
1. Kapitel: Aufnahme der BGB-Regelung in der juristischen Kommentar- und Lehrbuchliteratur	S.	47 - 49
2. Kapitel: Entwicklung bis zur Weimarer Reichsverfassung	S.	50 - 53
3. Kapitel: Der Verfassungsauftrag des Art. 121 WRV	S.	54 - 58

4. Kapitel: Entwicklung während der Weimarer Republik	S.	59 - 153
1. Abschnitt: Überblick	S.	59 - 64
2. Abschnitt: 32. Deutscher Juristentag	S.	65 - 78
1. Überblick	S.	65 - 69
2. Einzelfragen	S.	69 - 78
3. Abschnitt: Regierungsentwurf vom Mai 1925	S.	79 - 99
1. Die Grundkonzeption des Regierungsentwurfs	S.	79 - 81
2. Überblick	S.	82 - 84
Orientierung		
Statistische Formulierungsanalyse		
Stellung der Kindesinteressen		
Bewertungsskala		
3. Einzelfragen	S.	84 - 99
3,1: Vaterschaft	S.	84 - 89
Zur Argumentation: S. 88/89		
3,2: Name des Kindes	S.	90 - 91
3,3: Erziehung des Kindes	S.	91 - 94
3,4: Versorgung des Kindes	S.	94 - 97
3,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes	S.	97 - 99
4. Abschnitt: Stellungnahme von kirchlicher Seite	S.	100 - 105
1. Aus katholischer Sicht	S.	100 - 105
2. Aus evangelischer Sicht	S.	105
5. Abschnitt: Stellungnahme von fürsorglicher Seite	S.	106 - 119
1. Beteiligung an der Diskussion bis zur Veröffentlichung des Regierungsentwurfs	S.	106 - 107
2. Antwort auf den Regierungsentwurf	S.	107 - 117
3. Grundlinien der Argumentation	S.	117 - 119
6. Abschnitt: Die Regierungsvorlage vom Januar 1929	S.	120 - 140
1. Die Grundkonzeption der Regierungsvorlage	S.	120 - 122
2. Überblick	S.	122 - 126
Orientierung		
Statistische Formulierungsanalyse		
Stellung der Kindesinteressen		
Bewertungsskala		
Abweichungen vom Regierungsentwurf von 1925		
3. Einzelfragen	S.	126 - 140
3,1: Vaterschaft	S.	126 - 130
Zur Argumentation: S.		
3,2: Name des Kindes	S.	131 - 132

3,3: Erziehung des Kindes	S.	132 - 135
3,4: Versorgung des Kindes	S.	135 - 138
3,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes	S.	138 - 140
7. Abschnitt: Stellungnahme der Parteien im Reichstag	S.	141 - 149
KP	S.	142
SPD	S.	143
DDP	S.	145
DVP	S.	146
Zentrum	S.	146
DNVP	S.	148
Zur Argumentation:	S.	148/149
8. Abschnitt: Reaktionen von kirchlicher Seite	S.	150 - 152
1. von katholischer Seite	S.	150 - 152
2. von evangelischer Seite	S.	152
9. Abschnitt: Reaktionen von fürsorglicher Seite	S.	153
5. Kapitel: Entwicklung während nationalsozia- listischer Zeit	S.	154 - 160
1. Entwurf von Bechert/Cornelius	S.	154 - 155
2. Entwurf des Caritasverbandes	S.	155 - 157
3. Entwurf der Inneren Mission	S.	157 - 158
4. Entwurf der Akademie für Deut- sches Recht	S.	159 - 160
6. Kapitel: Der Verfassungsauftrag des Art. 6 Abs. V GG	S.	161 - 166
7. Kapitel: Entwicklung bis zur Neuregelung durch das Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder vom 19.8.1969	S.	167 - 269
1. Abschnitt: Überblick	S.	167 - 171
2. Abschnitt: 44. Deutscher Juristentag	S.	172 - 192
1. Überblick	S.	172 - 178
Zur Argumentation:	S.	
2. Einzelfragen	S.	178 - 192
Zur Argumentation:	S.	
3. Abschnitt: Referentenentwurf vom Mai 1966	S.	193 - 214
1. Die Grundkonzeption des Referentenentwurfs	S.	193 - 195
2. Überblick	S.	195 - 197
Orientierung		
Statistische Formulierungs- analyse		
Stellung der Kindesinteressen		
Bewertungsskala		

3. Einzelfragen	S. 198 - 215
3,1: Vaterschaft	S. 198 - 202
Zur Argumentation:	S. 200
3,2: Name des Kindes	S. 202 - 204
3,3: Erziehung des Kindes	S. 204 - 210
Zur Argumentation:	S. 205-208
3,4: Versorgung des Kindes	S. 210 - 213
3,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes	S. 212 - 214
Zur Argumentation:	S. 214
4. Abschnitt: Regierungsvorlage vom 7.12.67	S. 215 - 237
1. Die Grundkonzeption der Regierungsvorlage	S. 215 - 217
2. Überblick	S. 217 - 221
Orientierung	
Statistische Formulierungs- analyse	
Stellung der Kindesinteressen	
Bewertungsskala	
Abweichungen zum Referenten- entwurf	
3. Einzelfragen	S. 221 - 237
3,1: Vaterschaft	S. 221 - 225
Zur Argumentation:	S. 224
3,2: Name des Kindes	S. 226 - 227
Zur Argumentation:	S. 228
3,3: Erziehung des Kindes	
Zur Argumentation:	S. 228 - 231
3,4: Versorgung des Kindes	S. 232 - 234
3,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes	S. 234 - 237
5. Abschnitt: Stellungnahme von kirchlicher Seite	S. 238 - 252
1. Aus katholischer Sicht	S. 238 - 251
1,1: Beteiligung an der Diskussion bis zur Ver- öffentlichung des Re- ferentenentwurfs	S. 238 - 241
1,2: Antwort auf den Refe- rentenentwurf und die Regierungsvorlage	S. 241 - 248
1,3: Grundlinien der Argu- mentation	S. 248 - 251
2. Aus evangelischer Sicht	S. 251 - 252
6. Abschnitt: Stellungnahme von fürsorgeri- scher Seite	S. 253 - 264
1. Beteiligung an der Diskus- sion bis zur Veröffentlichung des Referentenentwurfs	S. 253 - 259
2. Antwort auf den Referenten- entwurf und die Regierungs- vorlage	S. 259 - 264
3. Grundlinien der Argumen- tation	S. 264
7. Abschnitt: Gesetzesarbeit im Bundestag	S. 265 - 269

III. Teil: Ausblick	S. 270
1. Kapitel: Stand der Sachprobleme	S. 270 - 288
Einbeziehung der ablehnenden Stellungnahmen zu den Motiven, des Josephinischen Gesetzbuches von 1786, des Preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794 und der Revolutionsgesetzgebung	
1. Vaterschaft	S. 270 - 273
2. Name des Kindes	S. 273 - 275
3. Erziehung des Kindes	S. 275 - 283
4. Versorgung des Kindes	S. 283 - 286
5. Erbrechtliche Stellung des Kindes	S. 286 - 288
2. Kapitel: Resümée	S. 289 - 295
 Anhang	 S. 296 - 306
Lebenslauf	S. 307

Q U E L L E N V E R Z E I C H N I S

I. Materialien

1. Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794,
Alfred Metzner-Verlag, Frankfurt, 1970
2. Das Josephinische Gesetzbuch von 1786,
Patent vom 1. November 1786 in: Gesetze und Verfassungen
im Justizfache
3. Hofdekrete vom 24.7.1783 - Nr. 161; vom 24.7.1783 -
Nr. 162; Patent vom 16.10.1787 - in: Gesetze und Verfas-
sungen im Justizfache
4. Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches für
das Deutsche Reich, Bd. IV, Familienrecht,
Berlin/Leipzig 1888
Zit.: Motive
5. Motive zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches
für das Deutsche Reich,
Bd. V, Erbrecht,
Berlin/Leipzig, 1888
6. Die zweite Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetz-
buches für das Deutsche Reich unter Gegenüberstellung der
ersten Lesung,
Berlin 1892
7. Mugdan, Die gesammelten Materialien zum Bürgerlichen
Gesetzbuch für das Deutsche Reich,
Bd. IV, Familienrecht,
Berlin 1899
8. 1., 2. und 3. Beratung des Entwurfs eines Bürgerlichen
Gesetzbuches im Reichstage - Stenographische Berichte,
Berlin 1896
Zit.: Beratungen im Reichstag
9. Haidlen, Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz
mit den Motiven und sonstigen gesetzgeberischen Vorarbeiten
Bd. 3,
Berlin 1897
10. Protokolle der Kommission für die zweite Lesung des
Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuches,
bearbeitet von Achilles, Spahn, Gebhard,
Bd. IV, Familienrecht
Berlin 1897
++
11. Verhandlungen und Drucksachen des Reichstages
Zit.: Verhandlungen

12. Reichsgesetzblatt
13. Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919,
herausgegeben von Heilfron,
Berlin
14. Verhandlungen des 32. Deutschen Juristentages, 1921
Zit.: 32. DJT
15. Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee,
1945
16. Parlamentarischer Rat,
Stenographischer Bericht (Plenarsitzungen)
 - 16,1: Drucksachen
 - 16,11: Verhandlungen des Grundsatzausschusses
 - 16,12: Anträge
 - 16,2: Verhandlungen des Hauptausschusses
 - 16,3: Schriftlicher Bericht zum Entwurf des Grund-
gesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
erstattet von den Berichterstattern des
Hauptausschusses für das Plenum zur 2. Lesung
am 6.5.1949
17. Verhandlungen und Drucksachen des Bundestages
Zit.: Verhandlungen (Bundestag)
18. Bundesgesetzblatt
19. Verhandlungen des 44. Deutschen Juristentages, 1962
Bd. 1 - Gutachten von Boehmer und Bosch
Zit.: Name (Gutachten)
Bd. 2 - Referate, Diskussion, Beschlußfassung
Zit.: 44. DJT
20. Protokolle der Sitzungen des Rechtsausschusses
des Bundestages
21. Zusammenstellung der gutachtlichen Äußerungen zu dem
Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches,
gefertigt im Reichsjustizamt, Bd. IV,
Äußerungen zum Familienrecht, 1890, Neudruck: Osnabrück
1967
22. Zusammenstellung der Äußerungen der Bundesregierungen
zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches,
gefertigt im Reichsjustizamt, Bd. I + II, 1891
Neudruck: Osnabrück 1967
 - als Antwort auf ein Rundschreiben des Reichs-
kanzlers vom 27.6.1889: hervorgehobene Punkte,
Nr. 58: Eintritt des unehelichen Kindes in die
Familie der Mutter; Begrenzung der Ansprüche
von Mutter und Kind gegenüber dem Vater;
Ablehnung eines Erbrechtes.

23. Entwürfe

- 23,1: Entwurf der Reichsregierung von 1925,
Verhandlungen des Reichsrates 1925, Drucksache Nr.
108
Zit.: RegE
- 23,2: Gegenentwurf des Deutschen Vereins für öffentliche
und private Fürsorge und des Archivs Deutscher
Berufsvormünder von 1928,
Flugschriften des Archivs Deutscher Berufsvormünder,
Heft 9, 1928
Zit.: GE
- 23,3: Entwurf der Reichsregierung von 1929
Verhandlungen des Reichstages, Bd. 433,
Drucksache Nr. 733
Zit.: RegV
- 23,4: Entwurf von Bechert/Cornelius, 1934
Deutsches Recht 1934, S. 422, 442 ff
Zit.: B/C
- 23,5: Entwurf des Deutschen Caritasverbandes von 1935
Denkschrift des Deutschen Caritasverbandes,
Freiburg, 1935
Zit.: C-35
- 23,6: Entwurf der Inneren Mission von 1935
Innere Mission, 1935, S. 3 + 4 ff
- 23,7: Entwurf der Akademie für Deutsches Recht von 1938,
abgedruckt in: Verhandlungen für den 44. Deutschen
Juristentag, 1962, Bd. 1, 1. Teil, Heft A, S. 120 ff
- 23,8: Entwurf des Deutschen Instituts für Jugendhilfe -
sog. Heidelberger Entwurf von 1951,
Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt,
1951, S. 110
- 23,9: Entwurf des Deutschen Instituts für Vormundschafts-
wesen - sog. Heidelberger Entwurf
Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt,
1963, S. 199
- 23,10: Referentenentwurf eines Gesetzes über die rechtliche
Stellung der unehelichen Kinder
Giesecking-Verlag, Bielefeld, 1966
Zit.: RE
- 23,11: Regierungsvorlage von 1967
Verhandlungen des Bundestages, Bd. 117,
Drucksache Nr. 2370
Zit.: RV

++

24. MDR - Biographisches Handbuch der Reichstage,
herausgegeben von Max Schwarz

25. Minister-Ploetz, Teil II,
bearbeitet von Bertold Spuler,
2. Aufl., Würzburg 1964

II. Literatur

Allgemeines:

1. Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Berlin, 1921
14. Aufl. 1933
2. Bähr : Das Bürgerliche Gesetzbuch und die Zukunft der Deutschen Rechtsprechung,
Sonderdruck aus dem Grenzboten, Leipzig, 1888
Zit.: Bähr (Sonderdruck)
3. ders. : Zur Beurteilung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich,
München, 1888
Besonderer Abdruck aus der Kritischen Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, herausgegeben von M. Seydel, Bd. 11, Heft 3 und 4
4. Bekker, Ernst-Emanuel : System und Sprache des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich,
Berlin, 1888
in: Beilage zur Erläuterung und Beurteilung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich,
herausgegeben von Becker und Fischer
5. Bingner : Eingabe an das Reichsjustizamt -
Zit. nach: Zusammenstellung der gutachtlichen Äußerungen zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches, Bd. IV, 1890
6. Bonner Kommentar : Stand 1955
7. Brandis : Zur Frage der Vaterschaft und des Mehrverkehrs im neuen Unehelichenrecht,
ZBlJR 1925/1926 S. 245
8. ders. : Der neue Gesetzentwurf über die unehelichen Kinder,
JW 1925 S. 2725
9. ders. : Der Gesetzentwurf über das Unehelichenrecht von 1929,
Berlin 1929

10. Bückling : Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder im Mittelalter und in der heutigen Reformbewegung, 1920
11. Buchka, Gerhard : Vergleichende Darstellung des BGB für das Deutsche Reich und des Gemeinen Rechts, 3. Aufl., Berlin 1899
12. Conrad, Hermann : Die Stellung der unehelichen Kinder in der neuzeitlichen Privatrechtsentwicklung Deutschlands, Frankreichs, Österreichs und der Schweiz, FamRZ 1962 S. 322
13. Cosack, Konrad : Lehrbuch des Deutschen bürgerlichen Rechts, Bd. II, Jena 1900
14. Cretschmar : Das bürgerliche Recht, Bd. I, Düsseldorf 1902
15. Dernburg, Heinrich : Das bürgerliche Recht des Deutschen Reichs und Preußens, Bd. IV - Familienrecht, Halle 1903
16. Endemann : Lehrbuch des bürgerlichen Rechts, Bd. II - Sachenrecht/Familienrecht, 6. Aufl., Berlin 1900
17. Engelmann, A. : Das Bürgerliche Recht Deutschlands, 3. Aufl., Berlin 1903
18. Erman : Handkommentar zum BGB, Bd. II, angegebene Auflage
19. Geiger : Das uneheliche Kind und seine Mutter im Recht des neuen Staates, Berlin 1920
20. Gernhuber, Joach.: Lehrbuch des Familienrechts, München/Berlin 1964
21. Gierke : Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs und das Deutsche Recht, Leipzig 1889
22. Göppinger/
Bökelmann : Das Recht des unehelichen Kindes, Sonderausgabe aus Staudingers Kommentar zum BGB 10./11. Aufl., Bd. IV, Berlin 1966
23. Goldschmidt, Ludwig : Kritische Erörterungen zum Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich, Leipzig 1889

24. Hamann/Lenz : Kommentar zum Grundgesetz
4. Aufl. 1970
25. Hummel, K. : Der Stand der medizinischen Wissenschaft in der Abstammungsbegutachtung und die Frage: Vaterschaftsfeststellung ohne Beweisregel?
FamRZ 1969 S. 19
26. Kloeppel : Das Familien- und Erbrecht des Entwurfs zum Bürgerlichen Gesetzbuch,
Gruchot, Beiträge, 33. Jahrgang, 1889 S. 338 ff
27. Landsberg, Ernst : Das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches, 2. Hälfte,
Berlin 1904
28. Lehmkuhl, P.
August : Das Bürgerliche Gesetzbuch des Deutschen Reiches,
Freiburg 1900
29. Leske, Franz : Vergleichende Darstellung des Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich und des Preussischen Allgemeinen Landrechts, Bd. II, 2. Hälfte
1. u. 2. Aufl.,
Berlin 1903
30. Linckelmann, Karl:
II Unterhaltungspflicht des unehelichen Vaters,
in: Gutachten aus dem Anwaltsstande über die 1. Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich,
herausgegeben vom Deutschen Anwalt-Verein,
Berlin 1890 S. 446
31. Maunz/Dürig/
Herzog : Kommentar zum Grundgesetz,
Stand 1970
32. Matthiaß : Lehrbuch des bürgerlichen Rechts,
Bd. II,
2. Aufl., Berlin 1899
33. Menger, Anton : Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen
5. Auflage - photomechanisch gedruckt -
1927

34. Meyer, Felix : Setzt der Alimentationsanspruch unehelicher Kinder gegen ihren Erzeuger die Bedürftigkeit der Ersteren und die Leistungsfähigkeit der Letzteren voraus?
Gruchot, Beiträge, 34. Jahrgang, 1890 S. 605
35. Müller/Meikel : Das Bürgerliche Recht, Bd. II, München 1899
36. Opet/Blume : Das Familienrecht des BGB - Kommentar,
Berlin 1903
37. Palandt : Kurzkommentar zum BGB,
angegebene Auflage
38. Planck : Bürgerliches Gesetzbuch, Bd. IV,
Berlin 1901
39. Schmidt,
Maximilian : Die Entmakelung des unehelichen Kindes,
Dissertation, Marburg, 1922
40. Siméon, P. : Recht und Rechtsgang, Bd. I.,
3. Aufl., Berlin 1901
41. Soergel/Siebert : Kommentar zum BGB,
angebener Band und angegebene Auflage
42. Staudinger : Kommentar zum BGB,
angebener Band und angegebene Auflage
43. Stier-Somler,
Fritz : Reichsversicherungsordnung vom 19.7.1911
nebst Einführungsgesetzen,
3. Aufl., München 1929
44. Türcke/Niedenführ/
Winter : Das Bürgerliche Recht, Bd. II,
2. Aufl., Leipzig 1905
45. Weyl, Richard : Vorträge über das Bürgerliche Gesetzbuch,
Bd. I - München 1898,
Bd. II - München 1900
46. Wilke : Gesetzliche Erbfolge und Pflichtteil
in: Gutachten aus dem Anwaltsstande
über die 1. Lesung eines BGB für
das Deutsche Reich,
herausgegeben vom Deutschen Anwaltsverein,
Berlin 1890 S. 975

Kirchliche Interessen vertretende Veröffentlichungen:

1. Arbeitsgemeinschaft
für Jugendpflege und
Jugendfürsorge : Vorschläge des Fachausschusses
Jugendrecht, Jugendwohl 1951 S. 4
2. Caritas-Denkschrift : Das Recht des unehelichen Kindes,
Denkschrift des Deutschen Caritas-
verbandes
Freiburg 1929
3. Caritas-Denkschrift : Neugestaltung des Unehelichenrechts,
Denkschrift des Deutschen Caritas-
verbandes
Freiburg 1935
4. Deutscher Caritas-
verband : Unehelichenrechtsreform,
Jugendwohl 1968 S. 229
5. Deutscher Caritas-
verband : Zentralratstagung des Deutschen
Caritasverbandes - Bericht,
Jugendwohl 1968 S. 230
6. Engelmann : Die Neuregelung des Rechts des un-
ehelichen Kindes und der Annahme
an Kindesstatt,
Jugendwohl 1927 S. 55
7. Familienrechts-
kommission : Stellungnahme der Familienrechts-
kommission der Evangelischen Kirche
in Deutschland
JZ 1966 S. 735
8. Grasnick : Zur Reform des Unehelichenrechts,
Hückeswagen 1968
9. Innere Mission : Denkschrift zur Neugestaltung des
Unehelichenrechts,
Innere Mission 1935 S. 304
10. Katholischer Arbeits-
kreis für die Reform
des Unehelichenrechts: Stellungnahme zum Referentenentwurf
FamRZ 1967 S. 1
11. Klein, Franz : Die Sorge um das uneheliche Kind,
Jugendwohl 1950 S. 194, 221
: Neues Recht für das uneheliche Kind,
Jugendwohl 1963 S. 127
: Zum Referentenentwurf des Bundes-
justizministeriums,
Jugendwohl 1966 S. 453

- | | | |
|---|---|---|
| 12. Kneer, August | : | Das uneheliche Kind - Eine alte Menschheitsfrage als Gegenwartsproblem, Mönchengladbach 1926 |
| 13. Lenné | : | Das Lebens- und Erziehungsrecht des unehelichen Kindes
in: Vertiefung der Jugendhilfe, Freiburg 1928 |
| 14. Niestroj | : | Kritisches zum Entwurf eines Gesetzes über die unehelichen Kinder und der Annahme an Kindesstatt, Jugendwohl 1926 S.22 |
| 15. ders. | : | Zum Problem des unehelichen Kindes, Heimatwesen 1926 Sp. 448 |
| 16. ders. | : | Zur Frage des Mehrverkehrs, Jugendwohl 1927 S. 160 |
| 17. Riß | : | Das Recht des unehelichen Kindes, Jugendwohl 1929 S. 1 |
| 18. Sozialdienst
katholischer Frauen | : | Resolution
ZBlJR 1968 S. 293 |
| 19. Stahl | : | Der Gesetzentwurf zum Schutz des unehelichen Kindes,
Innere Mission 1926 S. 81 |
| 20. Zillken | : | Die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes - Kritisches zum neuen Gesetzentwurf,
Sonderdruck aus: Die christliche Frau,
Köln 1927 |
| 21. dies. | : | Gedanken zur Abänderung des Rechts des unehelichen Kindes,
Caritas 1927 S. 302 |
| 22. dies. | : | Zur Reform des Rechtes des unehelichen Kindes,
Jugendwohl 1964 S. 388 |

Der öffentlichen Fürsorge nahestehende Veröffentlichungen:

1. Appell des Deutschen
Instituts für Vormund-
schaftswesen : Appell zur Reform des Unehelichen-
rechts, Eingabe an maßgebliche Per-
sönlichkeiten in Bundesregierung
und Bundestag
ZBlJR 1968 S. 29
2. Becker, Walter : Uneheliche Väter im neuen Recht
ZBlJR 1968 S. 31
3. Beitzke, Günter : Zur Neuordnung des Unehelichen-
rechts, Kommentierung des sog.
Heidelberger Entwurfs und Stellung-
nahme zu den Beschlüssen des 44.
DJT
ZBlJR 1963 S. 174
4. Brüggemann, Dieter : Einwirkungen des Gleichberechti-
gungsgrundsatzes auf das Uneheli-
chenrecht
ZBlJR 1958 S. 181
5. Burghardt : Vaterschaft und Unterhalt im Entwurf
eines Gesetzes über die unehelichen
Kinder
Zeitschrift für Heimatwesen 1926
Sp. 191 und 219
6. Georgi, Elisabeth : Untersuchung über die Verhältnisse
von 600 Mündelvätern
ZBlJR 1926/1927 S. 41
7. Hertz : Zur Kritik des Gesetzentwurfs über
die unehelichen Kinder
Soziale Praxis 1926 Sp. 514
8. Huvalé, Victor : Einige Wünsche zur Reform des Unter-
haltsrechtes für uneheliche Kinder
ZBlJR 1968 S. 245
9. ders. : Schutzbedürfnis des unehelichen
Kindes und elterliche Gewalt für
die Mutter
ZBlJR 1968 S. 281
10. Isbary, Gerda : Die Situation des unehelichen Kindes
ZBlJR 1959 S. 40
11. Klemm : Mutter und Amtsbeistand im künftigen
Unehelichenrecht
ZBlJR 1967 S. 153

12. Klumker, Christian : Zur Neuordnung des Unehelichen-
rechts
Juristische Wochenschrift 1925 S.310
13. ders. : Der Gesetzentwurf über das Unehe-
lichenrecht
ZBlJR 1925/1926 S. 157
14. ders. : Der Unehelichenschutz im Deutschen
Reich
Archiv für Sozialwissenschaft 1926,
Bd. 55 S. 156
15. ders. : Das Recht der unehelichen Kinder
Juristische Wochenschrift 1926
S. 1418
16. ders. : Der Unehelichenentwurf und die
Jugendämter
ZBlJR 1928/1929 S. 313
17. ders. : Kommentierung des Art. 121 WRV - in:
Die Grundrechte und Grundpflichten
der Reichsverfassung, Bd. 2,
herausgegeben von Nipperdey
18. Klumker und Petersen: Berufsvormundschaft
1907
19. Klumker und Spann : Die Bedeutung der Berufsvormund-
schaft für den Schutz der uneheli-
chen Kinder
1905
20. Meier, Ernst : Zum Entwurf des Familienrechts-
änderungsgesetzes
ZBlJR 1960 S. 288
21. Mösonef, Heinz : Randbemerkungen zur Reform des
Unehelichenrechts
ZBlJR 1964 S. 38
22. Müller : Zum Entwurf eines Gesetzes über die
unehelichen Kinder
Deutsche Richterzeitung 1926 Sp. 34
= ZBlJR 1925/1926 S. 248
23. Müller, Erich : Der Gesetzentwurf über das Unehe-
lichenrecht
ZBlJR 1925/1926 S. 163
24. ders. : Erweiterte Fürsorgepflicht für un-
eheliche Kinder oder primäre öffent-
lich-rechtliche Unterhaltspflicht
ZBlJR 1925/1926 S. 234
25. ders. : Die Sachverständigenkonferenz über
das Unehelichenrecht
Soziale Praxis 1926 Sp. 375

26. ders. : Vaterschaft und Unterhaltspflicht
im künftigen Unehelichenrecht
ZBlJR 1928/1929 S. 285
27. Müller, Josef : Kindergeld und Unterhalt
ZBlJR 1966 S. 313
28. Niclas, Ilse-Dore : Die elterliche Gewalt für die unehe-
liche Mutter und das Grundgesetz
ZBlJR 1960 S. 207
29. dies. : Der Unterhaltsbeitrag der Mutter
des unehelichen Kindes
ZBlJR 1966 S. 226
30. Niestroj : Zum Problem des unehelichen Kindes
(einschränkend) Zeitschrift für Heimatwesen 1926
Sp. 448
31. ders. : Kritisches zum Entwurf eines Geset-
zes über die unehelichen Kinder und
die Annahme an Kindesstatt
Jugendwohl 1926 S. 22
32. ders. : Zur Frage des Mehrverkehrs
Jugendwohl 1927 S. 160
33. Paetsch : Zur Beistandschaft im neuen Unehe-
lichenrecht - Wiedergabe von Auszü-
gen eines im Rundbrief Nr. 1 des
Jahres 1968 des Senators für Jugend
und Sport von Berlin veröffentlich-
ten Referates
ZBlJR 1968 S. 165
34. Pelle, Leo : Die Neuordnung des Unehelichenrechts
aus der Sicht des Amtsvormundes
ZBlJR 1951 S. 128
35. ders. : Das uneheliche Kind und sein Vater
ZBlJR 1961 S. 285
36. ders. : 'Die gleichen Bedingungen'
ZBlJR 1962 S. 106
37. ders. : Zur Reform des Unehelichenrechts
ZBlJR 1968 S. 136
38. ders. : Facharbeit für die Reform des Un-
ehelichenrechts?
ZBlJR 1968 S. 251
39. Peters : Zur Frage der Beseitigung der Mehr-
verkehrseinrede
ZBlJR 1926/1927 S. 237
40. Petersen : s. o. Ziffer 18

41. Pfaff, M. : Ist das uneheliche Kind minderwertig?
ZBlJR 1951 S. 67
42. Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen : Zur Neuordnung des Unehelichenrechts
ZBlJR 1966 S. 291
43. Reuther, Rudolf : Strukturen einer Amtsvormundschaft
ZBlJR 1962 S. 314
44. Riedel, H. : Zur Reform der Amtsvormundschaft
ZBlJR 1959 S. 213
45. Sauermann : Soll der Vormundschaftsrichter über Alimentenansprüche des unehelichen Kindes entscheiden?
ZBlJR 1925/1926 S. 289
46. Schade, Heinrich : Das Abstammungsgutachten im Rahmen des Gesetzentwurfs über die rechtliche Stellung unehelicher Kinder
ZBlJR 1968 S. 121
47. Scherpner, Hanna : Das uneheliche Kind in der Sozialgesetzgebung
ZBlJR 1926/1927 S. 5
48. Spann : s. o. Ziffer 19
49. ders. : Untersuchung über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt/Main - in: Probleme der Fürsorge, Bd. 2
1905
50. Storck : Der Gesetzentwurf über das Unehelichenrecht
ZBlJR 1925/1926 S. 160
51. ders. : dto.
Kritik und Gegenvorschläge von der Jugendfürsorge aus
Soziale Praxis 1926 S. 168
52. ders. : Die Reichstagsvorlage über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder
ZBlJR 1928/1929 S. 257
53. Tagung : Tagung des Deutschen Instituts für Jugendhilfe, 1951 - Hauptthema: Neues Unehelichenrecht, Bericht
ZBlJR 1951 S. 152

54. Tagung : Tagung der Arbeitsgemeinschaft für
Jugendpflege und Jugendfürsorge,
1953
Beschlüsse
ZBlJR 1953 S. 164
55. Tagung : Arbeitstagung des Deutschen Insti-
tuts für Vormundtschaftswesen, 1967
Referate in: Unehelichenrecht im
Wandel, Bd. 4 der Schriften des
Deutschen Instituts für Vormund-
schaftswesen, 1967 - Diskussionser-
gebnisse in: ZBlJR 1967 S. 221
56. Urbach, Peter : Zum künftigen Unterhaltsrecht der
Unehelichen
ZBlJR 1958 S. 290
57. Webler, Heinrich : Zur Beseitigung der Mehrverkehrsin-
einrede im Unehelichenrecht
ZBlJR 1928/1929 S. 32
58. ders. : Zur Kriminalität der Unehelichen
ZBlJR 1951 S. 69
59. ders. : Elterliche Gewalt für die außerehe-
liche Mutter?
ZBlJR 1956 S. 301
60. ders. : Zum Zeugnisverweigerungsrecht des
außerehelichen Kindes im Strafver-
fahren gegen seinen Vater
ZBlJR 1957 S. 41
61. ders. : Diskriminierte Mütter?
ZBlJR 1958 S. 223
62. ders. : Stellungnahme zum Beitrag von Riedel
(ZBlJR 1959 S. 213) für das Deutsche
Institut für Vormundtschaftswesen
ZBlJR 1959 S. 218
63. ders. : Neue Grundlagen für eine Reform des
Unehelichenrechts
ZBlJR 1960 S. 228
64. ders. : Verwirrung im Unehelichenrecht
Antwort auf die Schrift von Hilde-
gard Krüger unter dem Titel: 'Die
Rechtsstellung des unehelichen Kin-
des nach dem Grundgesetz', 1960
ZBlJR 1961 S. 102
65. ders. : Zur personalen Rolle des Vaters im
Leben des unehelichen Kindes
ZBlJR 1961 S. 195

66. ders. : Daseinsformen der unehelichen Kinder - Stellungnahme zu Groth: 'Kinder ohne Familie', 1962
ZBlJR 1962 S. 201
67. ders. : Grundsätzliches zum Unehelichenrecht
ZBlJR 1966 S. 309
68. ders. : Habe ich keinen Vater?
ZBlJR 1967 S. 321
69. Wolff : Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder im BGB und ihre Reform - in: Beiträge zur Theorie und Politik der Fürsorge, Heft 3, 1918
herausgegeben von Klumker

Zeichenerklärung

für die den einzelnen Entwürfen am Rand beigegebenen Parallelstellen:

++	ebenso und im wesentlichen gleicher Wortlaut in der Begründung
+	ebenso
+x-	ebenso mit ähnlicher Begründung
+x	ebenso mit abweichender Begründung
+-	recht ähnlich
+x-	recht ähnlich mit abweichender Begründung
-+	teilweise abweichend
-	abweichend
--	nicht vorgesehen
: ... :	im praktischen Ergebnis ...
(...)	bei abweichender systematischer Ausgangslage ...

I. Teil: Einführung

1. Kapitel: Die gesetzliche Regelung mit Inkrafttreten des BGB

1. Abschnitt: Die Grundkonzeption des Nicht-ehelichen-Rechts

1. Das Bürgerliche Gesetzbuch regelt, so wie es am 1.1.1900 in Kraft getreten ist, das Nichtehelichenrecht in den §§ 1589, 1705 - 1718. § 1589 enthält den Grundsatz, daß Vater und Kind aus außerehelicher Verbindung miteinander als nicht verwandt gelten. Die §§ 1705 - 1707 behandeln das Verhältnis des Kindes zur Mutter und deren Verwandten und die §§ 1708 - 1714 die Beziehungen des Kindes zum Vater. § 1715 regelt die der Mutter gegen den Vater zustehenden Ansprüche, § 1716 erlaubt die Sicherstellung der dem Kinde und der Mutter gewährten Ansprüche im Wege einer einstweiligen Verfügung, § 1717 befaßt sich mit der Vaterschaftsfeststellung und § 1718 bestimmt die rechtliche Bedeutung des freiwilligen Vaterschaftsanerkennnisses.

Das Nichtehelichenrecht wird als sechster Titel und damit als selbständiger vom übrigen Kindschaftsrecht getrennter Sonderabschnitt behandelt.

2. Seine Grundkonzeption ist geprägt durch vier Leitgedanken:

ebenso:	2,1: Das Kind wird nicht in eine Ehe, der gesellschaftlich
RegE S. 79	und rechtlich einzig anerkannten Geschlechtsgemein-
RegV S.120	schaft, hineingeboren.
RE S.193	
RV S.216	

Die auf ein in Familiengemeinschaft lebendes Elternpaar abgestellten Rechtsregeln zur Ordnung des Eltern-Kind-Verhältnisses passen daher nicht - entweder tatsächlich nicht, wenn die Eltern nicht zusammenleben,

ebenso:

RE S.194

RV S.217

einschr.:

RegE S. 80

RegV S.121

abweichend:

C/B S.154

+ oder rechtlich nicht, weil sie zum Schutz der Institution Ehe nicht auf außereheliche Verbindungen übertragen werden dürfen. Den innerhalb der Ehe geborenen werden die außerhalb der Ehe geborenen Kinder gegenübergestellt. Zwischen Brautkindern (1), Mätressenkindern und Kindern aus blutschänderischer (2) Verbindung oder als Folge eines erzwungenen Geschlechtsverkehrs wird nicht unterschieden (3).

In der Beurteilung der Frage, wen mit dem Kind die engsten Beziehungen verbinden, wird eine Entscheidung für die Mutter getroffen. Ihr gegenüber erhält das Kind grundsätzlich die Stellung eines ehelichen Kindes (§ 1705), einschließlich des Erbrechtsanspruchs.

ebenso:

RE S.194

RV S.217

einschr.:

RegE S. 80

RegV S.121

abweichend:

C/B S.154

2,2: Im Grundsatz hat eine Mutter während der gesetzlichen Empfängniszeit nur geschlechtlichen Umgang mit einem Mann. Das erlaubt die gesetzliche Vermutung der Vaterschaft iSv § 1717. Ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem aufgrund gerichtlichen Urteils oder Anerkennung in Anspruch genommenen Mann und dem Kind wird gleichwohl nicht anerkannt (§ 1589 Abs.2, kein Erb-recht). (4) Man bedient und begnügt sich mit einer

ebenso:

C-35 S.155

abweichend:

RegE S. 80

RegV S.121

RE S.194

RV S.217

-
- (1) Freilich erhalten die Kinder durch nachfolgende Ehe der Eltern die Stellung von ehelichen Kindern (§ 1719).
 - (2) Abgesehen von § 1732 - keine Ehelichkeitserklärung möglich.
 - (3) Im römischen Recht galten hiervon abweichend besondere Bestimmungen für Konkubinenkinder - *liberi naturales* - und Kinder aus blutschänderischen oder ehebrecherischen Beziehungen - *liberi ex damnato coitu* -.
 - (4) Eine Ausnahme gilt für das Eherecht in dem Ehehindernis des § 1310 Abs. 3; ab 1938 ersetzt durch § 4 EheG.

ebenso: - + Unterhaltsvaterschaft. Sie entfalte nur Rechtskraft
abweichend: zwischen den am gerichtlichen Feststellungsverfahren
RegE S. 80 Beteiligten und hat keine bindende Rechtswirkung ge-
RegV S. 121 genüber Dritten.
RE S. 194
RV S. 217

2,3: Der Stand der medizinischen Wissenschaft ermöglicht
weder eine positive Vaterschaftsfeststellung noch
ebenso: + einen prozentual relevanten Vaterschaftsausschluß.
RegE S. 80 Für eine dem Eheverhältnis entsprechende Vermutung
RegV S. 121 (§ 1591), die bis zum gegenteiligen Nachweis einen,
abweichend: den Ehemann, als Vater ansieht, fehlt es an dem durch
RE S. 194 die Ehe in einem besonderen Verhältnis zur Mutter
RV S. 217 stehenden Mann.

ähnlich: Dieser Gesichtspunkt wäre als dogmatische Grundlage
RE S. 195 + für die exceptio plurium geeignet. (5)
RV S. 218
abweichend: 2,4: Ein nicht-eheliches Kind entstammt einem mißbillig-
RegV S. 122 ten (6) außerehelichen Geschlechtsverhältnis, das die
Institution der Ehe gefährdet und sittliche Maßstäbe
verletzt.

ebenso: - + Diese Überlegung findet insbesondere Ausprägung in
abweichend: § 1707, mit dem der Mutter die eheliche Gewalt ent-
RegE S. 81 zogen wird (7) und ist in der Motivation für eine
RegV S. 122 Reihe anderer Vorschriften mitbestimmend, z. B. für
RE S. 195
RV S. 218 § 1717.

(5) vgl. aber u. S. 28 ff

(6) Sexueller Verkehr ist nur innerhalb der Ehe legitimiert;
außerehelicher "ehelicher Verkehr" ist "Unzucht", wenn
auch nicht ohne weitere Besonderheiten strafbar - vgl.
die §§ 174 ff, 361 Nr. 6 StGB.

(7) Freilich darf nicht außer Acht gelassen werden, daß der
Frau um 1900 ohnehin nur eine untergeordnete Rolle zu-
gedacht war. Bei ehelichen Kindern übt der Vater die
elterliche Gewalt aus (§§ 1627, 1634). Ein Ausübungs-
recht der Mutter bestand aber nach dem Tod des Vaters
(§ 1684).

2. Abschnitt: Einzelfragen der BGB-Regelung von 1900

1. Begriffsdefinition des nicht-ehelichen Kindes.

Eine Legaldefinition des Begriffes "nicht-eheliches Kind" enthält das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 nicht. Eine Begriffsbestimmung ist vielmehr dem Inhalt der §§ 1591 ff zu entnehmen. Hiernach ist ein Kind nicht-ehelich

1,1: wenn es 1,11: von einer ledigen Frau

1,12: von einer geschiedenen oder verwitweten Frau 302 Tage nach Beendigung der Ehe bzw. nach dem Tode des Mannes (1)

geboren wird,

1,2: wenn die Ehelichkeit mit Erfolg angefochten worden ist,

1,3: wenn es aus einer sog. "Nichtehe" (§§ 1324; 1699) oder

1,4: wenn es aus einer nichtigen Ehe stammt und beide Ehepartner die Nichtigkeit kannten (§ 1699).

2. Vaterschaftsermittlung.

Wie beim ehelichen Kind stützt sich das Gesetz auch bei der nicht-ehelichen Geburt auf eine gesetzliche Vermutung.

Nach § 1717 "gilt" derjenige als Vater, der der Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit beigewohnt hat. (2) Aus der bloßen Tatsache der Beiwohnung werden rechtliche Folgerungen gezogen. Von dieser Folgewirkung kann sich der Mann durch den Nachweis des Mehrver-

(1) vgl. § 47 PStG - in einem Berichtigungsverfahren kann die Ehelichkeit auch noch bei einer Geburt nach dem 302. Tag eingetragen werden.

(2) Eine dem § 1592 Abs. 2 entsprechende Vorschrift, die im Einzelfall bei medizinischer Feststellung ein Über- oder Unterschreiten des gesetzlichen Berechnungszeitraumes zuläßt, fehlt. Wie die Motive - S. 890 - zeigen, ist dies auch bewußt geschehen.

kehrs (exceptio plurium) oder "offenbarer Unmöglichkeit" seiner Vaterschaft (3) befreien. Gleichzeitig kann durch einen solchen Nachweis auch das Kind die Mehrverkehrseinrede entkräften.

Entgegen der Regelung in § 1591 wird durch die Vermutung in § 1717 keine Vaterschaft im Sinne blutsmäßiger Abstammung gesetzlich fixiert. Nach im Laufe der Zeit herrschend gewordener Meinung in Literatur und Rechtsprechung (4) ist § 1717 als Beweisregel im Verfahren zur Feststellung der Unterhaltspflicht zu verstehen. Das hat zu der Unterscheidung zwischen "Ist"- und "Gilt"- bzw. "Zahl"-Vaterschaft geführt. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 1717 lediglich die Grundlage des sich aus § 1708 für das Kind ergebenden Alimentationsanspruchs gegeben ist, keinesfalls aber damit ein familienrechtliches Vater-Kind-Verhältnis legitimiert und festgestellt werden. (5)

Eine familienrechtliche auf Abstammung beruhende Vaterschaft wird im Nichtehelichenrecht gar nicht anerkannt (6) und folglich auch nicht ermittelt.

-
- (3) Der Entlastungsnachweis "offenbarer Unmöglichkeit" ist im 1. Entwurf, der den Motiven zugrunde gelegen hat, noch nicht enthalten (§ 1572 1. Entwurf); er ist erst in die dem Bundesrat zur 2. Lesung vorgelegte Fassung aufgenommen worden (§ 1604 dieser Fassung) - s. u. S. 18
- (4) Erman-Hefermehl, 4. Auflage 1967, § 1717 Bem. 1; Göppinger § 1717 Bem. 5 mwNw; BGH 17, 261
- (5) vgl. BGH 5, 385 (387): "Dabei handelt es sich nicht lediglich um die Beziehung, die nach § 1717 Abs. 1 zwischen einem unehelichen Kind und einem Manne besteht, der der Mutter in der Empfängniszeit beigewohnt hat und als möglicher Vater in Bezug auf die Unterhaltspflicht als Erzeuger gilt (Zahl-Vaterschaft), sondern um die zwischen diesem Kind und seinem wirklichen Erzeuger bestehende Beziehung (Ist-Vaterschaft)."
- (6) Ein Verwandtschaftsverhältnis wird lediglich durch das Ehehindernis des § 1310 Abs. 3 bzw. ab 1938 § 4 EheG anerkannt.

Nach anfänglicher Rechtsprechung ist eine Klärung des Abstammungsverhältnisses im Statusverfahren - zumindest nach rechtskräftiger Entscheidung über den Unterhalt - regelmäßig wegen fehlenden Rechtsschutzbedürfnisses auch gar nicht zulässig. (7)

Da eine wirkliche Vaterschaft nicht ermittelt und festgestellt wird, gelten für den Unterhaltsprozeß die gewöhnlichen Regeln des Zivilprozesses. Die §§ 640 ff ZPO greifen nicht ein (§ 644 ZPO). Auch ist folglich im Gegensatz zum Recht des ehelichen Kindes (§§ 1593 ff) kein Anfechtungsverfahren vorgesehen.

Die Vaterschaft kann auch anerkannt werden (§ 1718) (8). Die Mehrverkehrseinrede ist dann ausgeschlossen. Es ist nach einer Anerkennungserklärung nur noch eine Anfechtung nach den allgemeinen Regeln (§§ 119, 123) möglich. (9)

3. Name des Kindes

Das nicht-eheliche Kind erhält, da es der Mutter zugeordnet wird (§§ 1589, 1705), auch ihren Familiennamen (§ 1706) und zwar stets ihren Mädchennamen. (10) Das

-
- (7) Diese Auffassung vertritt das RG bis einschließlich RG 159, 58. Zur wechselvollen Entwicklung der Rechtsprechung zu dieser Problematik vgl. insbesondere BGH 5, 385 (387 f).
- (8) Die Möglichkeit einer Anerkennung war in dem den Motiven zugrunde liegenden Entwurf noch nicht vorgesehen und ist erst in die dem Reichsrat zur 2. Lesung vorgelegte Fassung aufgenommen worden.
- (9) Einzelheiten der Anfechtungsmöglichkeit waren bis zur Aufhebung des § 1718 durch das am 1.7.1970 in Kraft getretene neue Nichtehelichenrecht vom 19.8.1969 (BGBl. I, S. 1243) streitig - vgl. Göppinger § 1718 Anm. 44 ff; Staudinger/Engelmann, 3./4. Aufl., 1908 Bd. IV § 1718 Bem. 4, e.
- (10) Inwieweit eine Adelsbezeichnung zum Namen gehört, ist anfangs streitig. Dernburg, 1903, § 87 Fußn. 11 geht davon aus, daß nach öffentlichem Recht aller Bundesstaaten eine Weitergabe an das Kind ausgeschlossen sei. Das Reichsgericht entscheidet jedoch am 30.11.1903 (JW 1904, 53 Nr. 3) und am 2.2.1905 (JW 1905, 166 Nr. 2), daß dem "v o n" vor dem Namen, abgesehen vom bayerischen und württembergischen persönlichen Adel, nicht bloß die Bedeutung eines Standesprädikates zukomme, sondern gleichzeitig Bestandteil des Familiennamens sei. Eine endgültige Klärung bringt die Weimarer Verfassung von 1919, die in Art. 109 Abs. III bestimmt, daß Standesunterschiede nicht mehr anzuerkennen seien. Adelsbezeichnungen dürfen fortan nur noch insoweit geführt werden, als sie als Namensbestandteil solche Standesunterscheidung nicht

gilt auch, wenn die Mutter bei der Geburt verheiratet, verwitwet oder geschieden ist (§ 1706). Damit ist eine Namensidentität zwischen Mutter und Kind nicht gewährleistet. Die verschiedene Namensführung kann nur beseitigt werden,

- 3,1: wenn die Mutter nach der Geburt des Kindes dessen Vater heiratet. Durch diese nachfolgende Ehe wird das Kind ehelich (§ 1719) und erhält dann auch den Namen des Vaters, der als EheName geführt wird (§ 1355).
- 3,2: wenn die Mutter vor oder nach der Geburt einen anderen als den Vater des Kindes heiratet und dieser mit Einwilligung des Kindes und der Mutter dem Kind seinen Namen erteilt (§ 1706 Abs. 2, S.2). (11)
- 3,3: wenn die geschiedene Mutter wieder ihren Mädchennamen angenommen hat (§ 1577).

In allen übrigen Fällen ist eine Vereinheitlichung nur im Wege verwaltungsmäßiger Namensänderung möglich. (12)
(13) Daß diese Regelung zu einer insbesondere psychologischen Belastung für das Kind führen kann, hat der Gesetzgeber zwar gesehen, aber dennoch nicht auszuschalten versucht. (14)

4. Erziehung des Kindes

Der Vater wird von einer unmittelbaren Verantwortung für das Kind völlig ausgeschlossen. Das Kind soll bei der Mutter aufwachsen.

-
- (11) Die Möglichkeit der Einbenennung, die in § 1706 Abs. 2 S. 2 vorgesehen ist, wird erst in der 2. und 3. Lesung durch den Reichstag beschlossen.
Die Erweiterung des § 1706 ist auf die Initiative der Sozialdemokraten zurückzuführen, die eine Bloßstellung des Kindes nach außen weitgehend vermeiden wollten - vgl. stenogr. Berichte bei Mugdan, Familienrecht S. 1387 ff, 1419 ff.
 - (12) Bis zum Namensänderungsgesetz von 1938 - RGBI I, 9 - sind hierfür ausschließlich landesrechtliche Bestimmungen maßgebend, vgl. Staudinger-Loewenfeld-Riezler 9. Aufl. Bd. I, § 12 Bem. III A 2 mit einer Übersicht.
 - (13) Sonderfälle stellen die Ehelichkeitserklärung durch den Vater (§ 1723) und die Adoption (§§ 1741 ff) dar.
 - (14) Mot. S. 859

Ihr gegenüber soll es die Stellung eines ehelichen Kindes haben (§ 1705). § 1705 wird jedoch entscheidend eingeschränkt durch § 1707, der der Mutter die elterliche Gewalt abspricht und diese einem Vormund zuweist. (15) Es verbleiben lediglich Recht und Pflicht zur Personensorge. Aber selbst insoweit kommt dem Vormund die rechtliche Stellung eines Beistandes zu.

Der Vormund des Kindes wird durch das Vormundschaftsgericht bestellt (§ 1775 - Bestellungsprinzip). Grundsätzlich ist der Großvater mütterlicherseits zu berufen (1776). Das Gericht "darf" aber auch die Mutter selbst bestellen (§ 1778 Abs. 3). (16) Geschieht dies, hat die Mutter über den Umweg der Vormundschaft weitgehend doch die durch die elterliche Gewalt verliehenen Befugnisse. Einschränkungen ergeben sich lediglich aus einer erweiterten Aufsichtsunterworfenheit für Rechtsgeschäfte (17) und den recht umfangreichen Kontrollrechten. (18)

5. Versorgung des Kindes

Bei der Versorgung des nicht-ehelichen Kindes wird eine Anlehnung an das Recht des ehelichen Kindes deutlich. Die im Prinzip der Haushaltsehe zum Ausdruck kommende Funktionsteilung wird beibehalten. Die Frau hat die häusliche Betreuung zu übernehmen; bei ihr befindet sich das Kind. Der Mann ist verpflichtet, die erforderlichen

-
- (15) Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Mutter auch im ehelichen Recht die elterliche Gewalt grundsätzlich nicht zusteht, sondern dem Vater übertragen ist (§ 1634). Ihr steht die elterliche Gewalt nur zu, wenn der Vater verstorben ist, bei Verwirkung und zusätzlicher Scheidung (§§ 1684; 1680).
- (16) Ebenso in § 1900; Vormundschaft über volljähriges nicht-eheliches Kind.
- (17) vgl. §§ 1630, 1643, 1795, 1821, 1822: Der Katalog der durch das Vormundschaftsgericht genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäfte ist für einen Vormund erheblich umfangreicher als bei der durch die Eltern ausgeübten elterlichen Gewalt.
- (18) vgl. §§ 1793 ff.

finanziellen Mittel bereitzustellen.

In Abweichung vom ehelichen Recht fehlen jedoch der Unterhaltsverpflichtung nahezu alle sie sonst auszeichnenden familienrechtlichen Komponenten. Während sich die Unterhaltsansprüche bei ehelicher Verwandtschaft fort und fort erneuern und aus selbständigen Einzelansprüchen bestehen, ist der Unterhaltsanspruch des nicht-ehelichen Kindes von Voraussetzungen abhängig, die zu einer bestimmten Zeit einmal gegeben sein müssen und nicht jeweilig von neuem eintreten können. Es handelt sich um einen einheitlichen Anspruch mit wiederkehrenden Leistungen. (19) Er entspricht der im Schuldrecht statuierten Leibrente (§ 759) mit einem Stammrecht und hiervon losgelösten Einzelforderungen. (20) Die rechtliche Qualifizierung des Unterhaltsanspruchs bereitet daher Schwierigkeiten und ist bis zur Neuregelung des Nichtehelichenrechts durch das Gesetz vom 19.8.1969 (21) nicht einheitlich (22) entschieden worden. Die Motive (23) sehen den Rechtsgrund familienrechtlich in der Abstammung. Gleichwohl läßt man die Regeln des Statusverfahrens (§§ 640 ff ZPO) nicht zur Geltung gelangen und begnügt sich mit der möglichen Abstammung im Sinne der Vermutung des § 1717. Sicher ist wohl, daß die Anspruchsgestaltung den schuldrechtlichen Regeln folgt:

- 5,1: Der Unterhalt ist in Form einer Geldrente zu zahlen (§ 1710).
5,2: Der Unterhalt kann auch für die Vergangenheit gefordert werden (§ 1711 im Gegensatz zu § 1613). (24)

(19) vgl. Opet-Blume, 1906, § 1708 IV, 1.

(20) vgl. RG 67, 204

(21) BGBI I S. 1243

(22) vgl. Gernhuber S. 639 (rein familienrechtlicher Anspruch LG Stuttgart NJW 1958, S.1730 (rein schuldrechtlicher Anspruch)).

(23) Mot. S. 868/874

(24) Dies ist in dem den Motiven zugrunde liegenden 1. Entwurf noch nicht vorgesehen (§ 1574 iVm § 1492 des 1. Entwurfs - nur bei Verzug -) und ist erst in die dem Reichsrat zur 2. Lesung vorgelegte Fassung aufgenommen worden (§ 1598 dieser Fassung).

- 5,3: Die Unterhaltspflicht ist auf 16 Jahre zeitlich begrenzt (§ 1708) (25) und verlängert sich nur ausnahmsweise (26) bei Vorliegen körperlicher oder geistiger Gebrechen, die einen eigenen Unterhaltserwerb ausschließen oder nur teilweise ermöglichen (§ 1708 Abs. 2).(27)
- 5,4: Die Zahlungspflicht endet nicht mit dem Tod des Mannes (§ 1712 einerseits, § 1615 andererseits).
- 5,5: Die Notbedarfseinrede des § 1603 kann nicht erhoben werden.(28)
- 5,6: In Abweichung von § 1602 spielt eigenes Kindesvermögen keine Rolle. (29)
- 5,7: Die väterlichen Verwandten haften nicht bei Zahlungsunfähigkeit. (30) Dagegen trifft die Mutter und ihre Verwandten eine subsidiäre Verantwortlichkeit (§ 1709).

-
- (25) Der 1. Entwurf hat lediglich eine vierzehnjährige Verpflichtung vorgesehen (§ 1573). Erst die dem Bundesrat zur 2. Lesung vorgelegte Fassung enthält eine Erweiterung auf 16 Jahre (§ 1596).
- (26) vgl. Opet-Blume, 1906, § 1708 Bem. I: "Aus Billigkeitsgründen" - diese Erweiterungsmöglichkeit in Notfällen ist erst mit der 3. Lesung des Reichstages ins Gesetz aufgenommen worden. Der den Motiven zugrunde liegende 1. Entwurf (§ 1573) und die dem Reichsrat zur 2. Lesung vorgelegte Fassung (§ 1596) enthalten diese Klausel noch nicht.
- (27) § 1708 Abs. 2 ist erst auf Beschluß der Reichstagskommission (RTK 283 ff) aufgenommen worden. Bei den Beratungen der II. Kommission fand der gleiche Antrag noch keine Mehrheit (P. IV, 677, 682) - s. bei Staudinger-Engelmann 3./4. Auflage 1908 Bd. IV, § 1708 Bem. 1. Wegen Art. 208 EGBGB gewinnt er jedoch erst ab 1917 praktische Bedeutung.
- (28) Dies gilt nicht für den Fall des § 1708 Abs. 2 - vgl. Staudinger-Engelmann, 3./4. Auflage, 1908, § 1708 Bem. 4 b; Opet-Blume 1906, § 1708 Bem. III, 1, b; Dernburg, 1903, § 89, VI.
- (29) Dies gilt nicht für den Fall des § 1708 Abs. 2 - vgl. Staudinger-Engelmann, 3./4. Auflage, 1908, § 1708 Bem. 4 b; Opet-Blume 1906, § 1708 Bem. III, 1, a; Dernburg, 1903, § 89, VI.
- (30) Sie können allerdings als Erben im Einzelfall über § 1712 herangezogen werden.

5,8: Es besteht keine gegenseitige Unterhaltspflicht;
das Kind ist im Bedarfsfall seinem Vater gegenüber
auch bei eigenem Vermögen nicht verpflichtet.

5,9: Das Ausmaß der Unterhaltszahlungen bestimmt sich nach
der Lebensstellung der Mutter (§ 1708). (31) In die-
sem Rahmen ist der gesamte Lebensbedarf des Kindes
abzudecken, einschließlich der Kosten für die Erzie-
hung und Berufsausbildung. (32)

Als Unterhaltssatz wird für ein Kind einer Arbeiterin
im Jahr 1900 in Berlin eine monatliche Rente von
20 Mark im ersten Lebensjahr, von 18 Mark im zweiten
und dritten Jahr, von 15 Mark im vierten bis sechsten
Jahr und von wieder 18 Mark im siebten bis sechzehnten
Jahr für angemessen gehalten. (33)

Eine Anpassung der Rente an veränderte Verhältnisse,
insbesondere eine Neuberechnung im Krankheitsfall,
ist über § 323 ZPO zulässig. (34)

-
- (31) Der 1. Entwurf erkannte lediglich dem Kind einen An-
spruch auf den notdürftigen Unterhalt zu (Mot. S. 881
ff, 893). Die II. Kommission stellte dann das nicht-
eheliche Kind in dieser Beziehung dem ehelichen gleich
mit der Maßgabe, daß für den Umfang der Bedürfnisse des
Kindes die Lebensstellung der Mutter entscheidend sein
soll (P IV 680 ff). Der in der Reichstagskommission
und im Reichstag gestellte Antrag, die Lebensstellung
des Vaters für maßgebend zu erklären, wird abgelehnt
- s. bei Staudinger/Engelmann 3./4. Aufl., 1908,
Bd. IV, § 1708 Bem. 6.
- (32) vgl. Opet/Blume 1906, § 1708 Bem. II 2 a; Staudinger/
Engelmann 3./4. Aufl. 1908, § 1708 Bem. 7; Dernburg,
1903, § 89 V b.
- (33) Die Zahlen sind Dernburg, 1903, § 89 Fußn. 15 entnommen,
der sich auf das Bl. f. Rechtspf. i. E. d. K. 1900
S. 103 beruft.
- (34) vgl. Opet/Blume 1906, § 1710 Bem. 2; Staudinger/Engel-
mann, 3./4. Aufl., 1908, § 1708 Bem. 12.

6. Erbrecht des Kindes

Erbrechtlich steht das nicht-eheliche Kind gegenüber der Mutter und ihren Verwandten dem ehelichen Kind gleich. Es ist erb- und pflichtteilsberechtigt.

Gegenüber dem Vater hat es keine erbrechtlichen Ansprüche. Einen Ausgleich bietet § 1712. Hiernach erlischt die Unterhaltsrente nicht mit dem Tod des Vaters. Die väterlichen Erben haben lediglich das Recht, das Kind nach Pflichtteilsgrundsätzen abzufinden. (35)

(35) Dieses Abfindungsrecht enthält der den Motiven zugrunde liegende 1. Entwurf noch nicht (§ 1575) und ist erst in die dem Reichsrat zur 2. Lesung vorgelegte Fassung aufgenommen worden (§ 1599).

2. Kapitel: Die BGB-Regelung berührende Gesetzesänderungen
bis zur Neuregelung durch das Gesetz über die
rechtliche Stellung der nicht-ehelichen Kinder
vom 19.8.1969 (1)

1. Die 1900 in Kraft getretene Fassung des Nichtehelichenrechts ist wie selten ein Gesetz über Jahrzehnte unverändert gültig geblieben. Dabei hat der Verfassungsgeber bereits 1919 mit Art. 121 WRV und dann erneut 1949 durch Art. 6 Abs. 5 GG die gesetzgebenden Organe aufgefordert, eine Neuregelung zu schaffen. Das Bewußtsein, ein neues Gesamtwerk entwickeln zu müssen, mag gleichzeitig Detailverbesserungen blockiert haben. Erst durch das Familienrechtsänderungsgesetz vom 11.8.1961 (2) werden die §§ 1707, 1708 und 1710 teilweise neu gefaßt.

§ 1707 wird ein zweiter Absatz zugefügt, der es fortan ermöglicht, einer volljährigen Mutter auf Antrag selbst die elterliche Gewalt zu übertragen.

In § 1708 wird die Dauer der Unterhaltspflicht von 16 auf 18 Jahre erweitert, allerdings mit dem Zusatz, daß nach Vollendung des 16. Lebensjahres nach Billigkeitsgrundsätzen eigenes Kindesvermögen berücksichtigt werden kann.

In § 1710 wird die bisherige vierteljährige Vorauszahlungspflicht auf einen Monat reduziert.

2. Unmittelbare Auswirkungen auf das Nichtehelichenrecht haben ferner noch einzelne Gesetzesänderungen außerhalb des BGB:
- 2,1: Die ebenfalls durch das Familienrechtsänderungsgesetz vom 11.8.1961 (3) getroffene Neufassung des § 644 ZPO. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Anwendung der §§ 640 ff ZPO auf das Verhältnis des nicht-ehelichen Kindes zu seinem Vater ausdrücklich ausgeschlossen. Dieser Ausschluß wird beseitigt. Gleichzeitig wird bestimmt, daß ein negatives Abstammungsurteil ein bereits rechts-

(1) BGBI. I S. 1243

(2) BGBI. I S. 1221

(3) BGBI. I S. 1221 - 14 -

kräftiges, zugunsten des Kindes bestehendes Unterhaltsurteil beseitigt.

2,2: Art. 109 Abs. 3 WRV (4)

Art. 109 Abs. 3 WRV erklärt Adelsbezeichnungen, die nicht Standesunterschiede deutlich machen sollen, (5) zum Namensbestandteil. Dies gilt vornehmlich für die Befugnis, ein " v o n " vor den Namen zu setzen. Ist demnach die Mutter adelig, überträgt sich diese Kennzeichnung als Bestandteil ihres Familiennamens auch auf das Kind (§ 1706). (6)

2,3: Das Namensänderungsgesetz von 1938 (7) mit den Ergänzungen von 1957 (8) und 1961 (9), sowie den "Allgemeinen Verwaltungsvorschriften über die Änderung und Feststellung von Familiennamen" mit den als Anlage A beigelegten Richtlinien. (10)

Namensänderungsanträgen nicht-ehelicher Kinder, die bezwecken, die Tatsache der außerehelichen Geburt durch eine Angleichung an den Namen der Mutter der Allgemeinheit gegenüber zu verbergen, sei "tunlichst entgegenzukommen". (11) (12)

(4) Gilt unter dem Grundgesetz als einfaches Bundesgesetz fort (Art. 123 Abs. 1 GG).

(5) Diese Adelsprädikate wurden beseitigt.

(6) vgl. o. S. 6 Fußn. 15

(7) RGBI I S. 9

(8) RGBI I S. 518

(9) BGBI I S. 1621

(10) GMBI 1961 S. 11

(11) Richtlinien (GMBI 1961 S. 11) III Ziff. 5, b (1); in Beachtung dieser Entwicklung hat die Rechtsprechung den für eine Namensänderung generell erforderlichen "wichtigen Grund" bereits in der außerehelichen Geburt gesehen - vgl. repräsentativ HessVGH DÖV 1962, 33

(12) Für sog. Brautkinder ist darüber hinaus noch folgendes bestimmt worden:

"Ist ein Bräutigam unerwartet gestorben oder als Soldat gefallen und die ernstliche Absicht der Eheschließung nachgewiesen, so kann die Bewilligung seines Namens für etwaige von dem Bräutigam abstammende Brautkinder in Betracht kommen. Dies gilt auch dann, wenn die Angehörigen des Bräutigams widersprechen. Ein Widerspruch ... ist nur zu beachten, wenn wichtige Gründe vorgebracht werden." (Richtlinien (GMBI 1961 S. 11) III Ziff. 5, e).

2,4: Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt (RJWG) vom
9.7.1922. (13)

Mit diesem Gesetz wird in § 35 die gesetzliche Amtsvormundschaft eingeführt und dem Kind mit seiner Geburt das Jugendamt als Vormund zur Seite gestellt. Die Ernennung der Mutter ist ab diesem Zeitpunkt nur noch auf die Initiative des Jugendamtes möglich (§ 40). (14) Die Amtsvormundschaft wird durch das Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG) vom 11.8.1961 (15) beibehalten (§§ 40, 45 JWG) und erst 1970 (16) durch eine subsidiäre Amtspflegschaft ersetzt.

Die §§ 1778 Abs. 3 und 1900 Abs. 3 haben durch das Jugendwohlfahrtsrecht bereits 1922 ihre Bedeutung verloren; gleichwohl werden diese Gesetzespassagen erst 1957 aufgehoben. (17)

2,5: Das Familienrechtsänderungsgesetz vom 11.8.1961. (18)

Durch das Familienrechtsänderungsgesetz werden auch die Vorschriften für die Adoption abgeändert und insbesondere eine Annahme des Kindes durch den Vater erleichtert - Altersgrenze jetzt anstatt 50 nur 35 Jahre (1744).

2,6: Die Lohnpfändungsverordnung vom 30.10.1940. (19)

Diese Verordnung ersetzt die §§ 850 - 850 h ZPO. Während bis 1940 (20) die Unterhaltsansprüche der nicht-

(13) RGBl. I S. 633; in Kraft getreten am 1.4.1924 - vgl. die Verordnung über das Inkrafttreten des RJWG vom 14.2.1924 (RGBl. I S. 110).

(14) Nach dieser Bestimmung hat das Vormundschaftsgericht auf eigenen Antrag des Jugendamtes dieses aus der Vormundschaft zu entlassen und einen Einzelvormund zu bestellen, wenn dies dem Wohle des Mündels nicht widerspricht.

(15) BGBl. I S. 1205

(16) Durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vom 27.6.1970 (BGBl. I S. 920).

(17) Durch das Gleichberechtigungsgesetz vom 18.6.1957 (BGBl. I S. 609).

(18) BGBl. I S. 1221

(19) RGBl. I S. 1451

(20) vgl. § 850 Abs. 4 ZPO und nach dem Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Zwangsvollstreckung vom 24.10.1934 (RGBl. I S. 1070) § 850 Abs. 3 ZPO

ehelichen Kinder gegenüber dem Vater (21) im Falle einer notwendigen Pfändung den Ansprüchen der ehelichen Kinder, des Ehegatten, eventueller früherer Ehepartner und den übrigen Verwandten nachgeordnet waren, verbessert jetzt § 6 Abs. 2 LohnpfändungsVO ihren Rangwert. Bevorrechtigt sind jetzt nur noch die Ansprüche unverheirateter Kinder, des Ehegatten und eventueller früherer Ehepartner. Die verheirateten Kinder folgen gleichstufig mit den nicht-ehelichen Kindern in einer zweiten Gruppe. Erst anschließend finden die übrigen Verwandten Berücksichtigung. Diese Regelung wird bei der 1953 folgenden Gesetzesänderung (22) in § 850 d Abs. 2 ZPO bis zum 30.6.1970 (23) beibehalten.

-
- (21) Ansprüche gegenüber der Mutter (§ 1709 - subsidiäre Haftung) waren wie die ehelicher Kinder zu behandeln (§ 1705).
- (22) Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung vom 20.8.1953 (BGBl. I S. 952).
- (23) Mit dem Inkrafttreten des neuen Nichtehelichenrechts am 1.7.1970 mußte die bisherige Differenzierung in § 850 d ZPO beseitigt werden.

3. Kapitel: Die geistigen Grundlagen der BGB-Regelung
- dargestellt an den Motiven zum Entwurf
eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das
Deutsche Reich (1)

1. Abschnitt: Bedeutung der Motive

1. Durch Beschlüsse des Bundesrats vom 22.6. und 2.7.1874 wird eine Kommission mit der Aufgabe betraut, einen Entwurf für ein Deutsches Bürgerliches Gesetzbuch aufzustellen. Der Entwurf wird 1887 fertiggestellt und unverändert in 1. Lesung vom Bundesrat übernommen.

Zu dem Entwurf werden anhand der Beratungsprotokolle und unter Benutzung der umfangreichen Begründungen, die die einzelnen Redakteure ihren Vorentwürfen beigegeben haben, die Motive ausgearbeitet. Der Entwurf und die Motive werden 1888 veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Aufgrund der Reaktion der einzelnen Regierungen, der Öffentlichkeit und juristischen Fachwelt wird durch Beschluß vom 4.12.1890 eine 2. Kommission mit der Überarbeitung des Entwurfs beauftragt. Die Beratungen sind in den Protokollen der Kommission für die 2. Lesung des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuches festgehalten. (2) Am 22.10.1895 wird die neu erarbeitete Fassung dem Reichskanzler übergeben, von ihm sofort an den Bundesrat weitergeleitet und von diesem mit geringfügigen Änderungen am 16.1.1896 angenommen.

Dem Reichstag wird der Entwurf am 17.1.1896 vorgelegt und Anfang Februar desselben Jahres in 1. Lesung beraten. Nach einer Detailberatung in einer Reichstagskommission

-
- (1) Amtliche Ausgabe, Berlin-Leipzig, 1888, Bd. IV, S. 851 ff
 - (2) Mugdan, Die gesammelten Materialien zum Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich, 1899 - zit.: Protokolle, Kommission Seitenangabe - Mugdan Seitenangabe

tritt das Plenum des Reichstages am 19.6.1896 in die 2. und am 30.6.1896 in die 3. Lesung ein. Bei der Gesamtabstimmung am 1.7.1896 wird der Entwurf mit 222 ja- gegen 48 nein-Stimmen bei 18 Enthaltungen angenommen. Nach Zustimmung durch den Bundesrat und Vollziehung durch den Kaiser wird das BGB am 24.8.1896 verkündet.

2. Die Grundkonzeption des Nichtehelichenrechts im 1. Entwurf von 1887 ist während der anschließenden Beratungen nicht aufgegeben worden. Die sich in den Motiven widerspiegelnden Mehrheitsentscheidungen haben sich auch im weiteren Gesetzgebungsverfahren im wesentlichen durchgesetzt. Die in ihnen dargestellten Überlegungen und zum Ausdruck gebrachten Bewertungen vermitteln damit einen zuverlässigen Einblick in die bei der Erarbeitung des Nichtehelichenrechts vorgegebenen sachlichen Ausgangspunkte und die dominierenden geistigen Standorte, die mit dem in diesem Abschnitt bis 1970 nahezu unverändert gebliebenen BGB sieben Jahrzehnte bestimmend sind.
3. Gegenüber dem Entwurf von 1887 werden im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens noch folgende bedeutsame Veränderungen beschlossen.

3,1: Beiwohnung bei "offenbar unmöglicher" Vaterschaft unbeachtlich.

Die gesetzliche Vermutung der Vaterschaft und ebenso die Mehrverkehrseinrede werden dadurch eingeschränkt, daß sowohl dem in Anspruch genommenen Mann als auch dem Kind der Nachweis gestattet wird, daß aus der festgestellten Beiwohnung eine Vaterschaft "offenbar unmöglich" sei. (3)

(3) Nicht enthalten in § 1572 1. Entwurf; aufgenommen in § 1604 zur 2. Lesung des Bundesrates; dann übernommen in § 1695 Bundesratsvorlage, § 1693 Reichstagsvorlage, § 1717 BGB.

Begründung: Die exceptio plurium sei auf die durch Mehrverkehr entstandene Unsicherheit der Vaterschaftsfeststellung zurückzuführen. Die Konsequenz dieses Gedankens sei, dann auch eine Beiwohnung außer Betracht zu lassen, die eine Vaterschaft "offenbar unmöglich" begründen könne. Der Einwand, daß bei einmal erkanntem Mehrverkehr die Frau schlechthin unzuverlässig und die Grundlage für eine Vermutung überhaupt entzogen sei, kann sich nicht durchsetzen. (4)

3,2: Aufnahme des Vaterschaftsanerkennnisses.

Die Ermittlung des Unterhaltspflichtigen wird von der ausschließlich gerichtlichen Feststellung gelöst und ein freiwilliges Anerkenntnis zugelassen. Es bewirkt, daß später die Mehrverkehrseinrede nicht mehr erhoben werden kann. (5)

Begründung: Die Erfahrungen der Praxis hätten gezeigt, daß das Verantwortungsbewußtsein des Mannes unmittelbar nach der Geburt am größten sei und er zu diesem Zeitpunkt eher Bereitschaft zur Unterhaltszahlung zeige. Diese Bereitwilligkeit schwinde oft, wenn die Vaterschaft nur in einem zeitraubenden gerichtlichen Verfahren festgestellt werden könne. (6)

3,3: Möglichkeit der Einbenennung.

Das starre Prinzip, daß das Kind immer den Familiennamen der Mutter führen muß, wird aufgelockert und die Namenserteilung durch den Stiefvater zugelassen. (7)

Begründung: Die Anpassung des Namens sei für das praktische Leben des Kindes wünschenswert.

(4) vgl. Protokolle, Kommission S. 8675 - Mugdan S. 1031.

(5) Keine Bestimmung im 1. Entwurf; aufgenommen in § 1605 Fassung zur 2. Lesung des Bundesrates; übernommen in § 1696 Bundesratsvorlage, § 1694 Reichstagsvorlage, § 1718 BGB.

(6) vgl. Protokolle, Kommission S. 6208 - Mugdan S. 1032

(7) Die Namenserteilung durch den Stiefvater ist erst in 2. und 3. Lesung auf Antrag der Sozialdemokraten im Reichstag beschlossen worden - bei Mugdan S. 1387 ff, 1419 ff.

3,4: Erweiterung des Unterhaltsanspruchs.

3,41: Die Unterhaltspflicht endet nicht mit Abschluß des 14., sondern erst des 16. Lebensjahres. (8)

Begründung: Die wirtschaftlichen Verhältnisse hätten sich geändert. Mit vierzehn Jahren sei die Ausbildung der Kinder regelmäßig noch nicht abgeschlossen und die Erwerbsfähigkeit wegen Sonderbestimmungen für den "jugendlichen Arbeiter" erheblich beeinträchtigt. (9)

3,42: Ausdehnung der Unterhaltspflicht.

Bei "körperlichen und geistigen Gebrechen" über das 16. Lebensjahr hinaus. (10)

Begründung: Diese Klausel ist "aus Billigkeitsgründen" ohne Debatte im Plenum durch den Reichstag angenommen worden. (11)

3,43: Anstatt notdürftiger Unterhalt jetzt Unterhalt nach der Lebensstellung der Mutter. (12)

Begründung: Das Kind habe Anspruch, in derselben Lebensstellung wie die Mutter aufzuwachsen. Wegen der größeren Erwerbsfähigkeit des Mannes habe er den gesamten standesgemäßen Unterhalt aufzubringen. (13)

3,5: Unterhaltsforderung für Vergangenheit.

Nach dem 1. Entwurf kann Unterhalt für die Vergangenheit nur dann gefordert werden, wenn der Vater sich in Verzug befindet. (14) Diese Beschränkung wird bei den Beratungen für die Fassung zur 2. Lesung des

-
- (8) § 1573 1. Entwurf: 14 Jahre; ausgedehnt auf 16 Jahre in § 1596 Fassung zur 2. Lesung des Bundesrates; übernommen in § 1686 Bundesratsvorlage, § 1684 Reichstagsvorlage, § 1708 BGB.
- (9) vgl. Protokolle, Kommission S. 6214 - Mugdan S. 1021
- (10) Diese Durchbrechung der zeitlichen Begrenzung ist durch die nach der 1. Lesung eingesetzte Kommission des Reichstags aufgenommen worden und dann ohne Debatte in 2. u. 3. Lesung vom Plenum gebilligt worden - Beratungen im Reichstag S. 692, 896; vgl. Haidlen S. 559
- (11) vgl. Opet/Blume, 1906, § 1708 Bem. I.
- (12) Entwicklung wie o. Fußn. 8
- (13) vgl. Protokolle, Kommission S. 6212 - Mugdan S. 1020.
- (14) § 1574 iVm § 1492.

Bundesrates beseitigt und später vom Plenum des Reichstages nicht mehr diskutiert. (15)

- 3,6: Zahlungspflicht bereits vor der Geburt des Kindes.
Begründung: Die finanzielle Not von Mutter und Kind sei unmittelbar nach der Geburt erfahrungsgemäß am größten. Um wenigstens in Einzelfällen hier zu helfen, müsse, könne die Vaterschaft glaubhaft gemacht werden, ein Anspruch schon vor der Niederkunft gegeben werden. (16)

- 3,7: Abfindungsrecht der Erben nach dem Tod des Vaters.

Nach dem 1. Entwurf (17) geht die Unterhaltsverpflichtung ohne Beschränkungsmöglichkeit (18) auf die Erben über. Ihnen wird jetzt ermöglicht, das nicht-eheliche Kind in der Höhe seines hypothetischen Pflichtteilsanspruchs abzufinden. (19)

Begründung: Diese Regelung entspreche der Gerechtigkeit, da auch das eheliche Kind nicht mehr zu fordern habe. Die 'Quelle, aus welcher der Unterhalt geflossen sei', falle mit dem Tod des Vaters weg. (20)

- 3,8: Schließlich ist noch auf eine rein redaktionelle Änderung hinzuweisen, die eine Bewertungstendenz wieder spiegeln könnte. Anstatt der Formulierung, die Personensorge sei "Pflicht und Recht" der Mutter in § 1570 1. Entwurf ist in der dem Bundesrat zur 2. Lesung vorgelegten Fassung in § 1595 die Reihenfolge vertauscht und das Recht der Mutter an den Anfang vor die Pflicht gerückt worden.

(15) § 1598 Fassung zur 2. Lesung des Bundesrats - übernommen in § 1689 Bundesratsvorlage, § 1687 Reichstagsvorlage, § 1711 BGB; vgl. Protokolle, Kommission S. 6215 - Mugdan S. 1021.

(16) vgl. Protokolle, Kommission S. 6230 - Mugdan S. 1027 f

(17) § 1575

(18) Die allgemeinen Regeln über die Beschränkung der Erbenhaftung im Erbrecht bleiben bestehen.

(19) Aufgenommen in § 1599 der dem Bundesrat zur 2. Lesung vorgelegten Fassung; übernommen in § 1690 Bundesratsvorlage, § 1688 Reichstagsvorlage, 1712 BGB.

(20) vgl. Protokolle, Kommission S. 6217 - Mugdan S. 1022 f

2. Abschnitt: Überblick

1. Die Einzelregelung orientiert sich an dem Bestreben, das sittliche Bewußtsein im Sinne zeitlicher Anschauungen zu stärken und die "Heiligkeit und Würde" (1) der Ehe nicht anzutasten:

"Bei der Regelung des Verhältnisses der unehelichen Kinder ist der Entwurf davon ausgegangen, daß regelmäßig nur die durch eheliche Abstammung vermittelte Verbindung diejenige sittliche Grundlage gewährt, welche die Voraussetzung familienrechtlicher Pflichten und Rechte bildet, daß insbesondere nur das feste Band der Ehe und das dadurch begründete Familienleben eine ausreichende Garantie für die Erfüllung jener Pflichten und die zweckentsprechende Ausübung jener Rechte bietet." (2)

2. Statistische Formulierungsanalyse:

29-mal werden sittliche Vorstellungen angerufen,
19-mal wird auf Belange der Familie verwiesen und nur
16-mal nimmt man Bezug auf Interessen des Kindes. (3)

3. Vorrangigkeit der Kindesinteressen:

Stehen Interessen des Kindes mit solchen der Familie, der Allgemeinheit oder von Einzelpersonen in Widerstreit, wird lediglich dreimal zugunsten des Kindes auch wegen des Kindes entschieden: (4)

(1) u. a. Mot. S. 858

(2) Mot. S. 851

(3) Die Zahlenangaben können nur als Richtwerte dienen. Unsicherheiten ergeben sich vornehmlich aus einer Abgrenzung der einzubeziehenden Parallelbegriffe und den oft nur von Zufall - aus philologischen Gründen - getragenen Formulierungen.

(4) Nicht berücksichtigt ist hier die ohne Ausnahme getroffene Entscheidung, dem Vater keine Möglichkeit zur eigenen Erziehung des Kindes zu geben, die ebenfalls im Interesse des Kindes getroffen worden sei - Mot. S. 863. Wie der Verweis auf die Begründung zu § 1568 zeigt, ist dies auf der Grundlage der Überlegung geschehen, daß der Vater dies nur dann wünsche, wenn er damit seine Kostenlast reduzieren könne - Mot. S. 851/852. Dies ist in dieser Absolutheit nicht stichhaltig. Der Vater hat kein Recht, das Kind in eigene Pflege und Erziehung zu nehmen, weil nur dies dem Grundsatz der Eliminierung des Vaters entspricht, der nicht im Interesse des Kindes, sondern zum Schutz von Ehe und Familie und einer Bevorzugung der ehelichen Familie besteht - Einzelheiten vgl. u. S. 33 ff

- 3,1: Motive S. 854: Das nicht-eheliche Kind wird in die Familie der Mutter eingegliedert.
Dies geschieht, weil "ein dringendes Interesse, die Lage der unehelichen Kinder zu verbessern", bestehe - neben der Erwägung, die Allgemeinheit vor Verwahrlosung und Kriminalität der Kinder zu schützen.
- 3,2: Mot. S. 872: Die Vaterschaftsklage wird zugelassen - neben den Argumenten, daß dem Vater "eine sittliche Pflicht" obliege und die Armenfürsorge entlastet werden müsse.
Das Interesse der väterlichen Familie, möglichst nicht mit einer nicht-ehelichen Geburt in Verbindung gebracht zu werden, hat hier zurückzustehen.
- 3,3: Motive S. 901/902: Nach dem Tod des Vaters behält das Kind einen Unterhaltsanspruch (bei gleichzeitigem generellen Entzug eines Erbrechts)
- neben der Überlegung, daß die Armenfürsorge entlastet werden müsse.
Vermögenswünsche der Erben werden untergeordnet.

4. Bewertungsskala:

4,1: Den Interessen des Kindes werden vorangestellt:

- 4,11: Der Rechtsgrundsatz: Niemand darf in Anspruch genommen werden, solange nicht seine Verantwortlichkeit für das Kind festgestellt ist - so für die Unterhaltspflicht des Vaters.
- 4,12: Schutz der Allgemeinheit, insbesondere vor Kriminalität.
- 4,13: Ehe und Familie als Institutionen - so u. a. bei den Fragen des Beziehungsverhältnisses von Vater und Kind.
- 4,14: Verbesserung der "Sittlichkeit" - so u. a. im Zusammenhang mit § 1717.
- 4,15: "Praktische Zweckmäßigkeit" - so bei der Mehrverkehrseinrede und im Namensrecht.
- 4,16: Vermögensinteressen des Vaters - so bei der zeitlichen Unterhaltsbegrenzung.

- 4,2: Den Interessen des Kindes werden nachgeordnet:
- 4,21: Vermögensinteressen der Erben - so bei dem fort-
bestehenden Unterhaltsanspruch, allerdings später
dann eingeschränkt durch die Möglichkeit einer
Pflichtteilsabfindung. (5)
- 4,22: Wunsch der väterlichen Familie, die Tatsache einer
nicht-ehelichen Geburt nicht bekannt werden zu lassen
- so bei der Zulassung der Vaterschaftsklage.

In beiden Fällen ist die Rangfolge letztlich auch
hier noch ungewiß. Es könnte jeweils das Bestreben,
die öffentliche Hand nicht finanziell zu belasten,
entscheidend gewesen sein.

(5) s. o. S. 21 - 3,7

3. Abschnitt: Einzelfragen

2,1: "Vaterschaft" (1)

Die Möglichkeit einer Anerkennung sieht der den Motiven zugrunde liegende 1. Entwurf noch nicht vor. Sie wird erst in die dem Reichstag zur 2. Lesung vorgelegte Fassung aufgenommen. (2)

2,11: "Vaterschaftsklage"

2,111: Die Frage, ob eine gerichtliche Feststellung der "Vaterschaft zugelassen werden soll, führt zu heftigen Kontroversen. Zur Entscheidung steht der französische Grundsatz des code civil: "la recherche de la paternité est interdite" (3) oder der im überwiegenden Teil Deutschlands bisher geltende Rechtszustand, der eine gerichtliche "Vaterschaftsfeststellung" zuläßt. Die Mehrheit spricht sich für die + Vaterschaftsklage aus.

RegE +x
RegV +x
RE +x
RV +x

Es werden an Argumenten genannt:

2,1111: Eine "Vaterschaftsfeststellung sei indirekt möglich.

"Ein direkter Beweis der Vaterschaft ist allerdings nicht möglich, wohl aber kann derselbe indirekt geführt werden durch den Nachweis, daß der als Vater in Anspruch genommene mit der Mutter des Kindes zu einer mit der Zeit der Empfängnis des Kindes zusammentreffenden Zeit den Beischlaf vollzogen hat und innerhalb der Empfängniszeit von einem anderen mit der Mutter des Kindes der Bei-

(1) Da das BGB keine blutsmäßige Abstammung feststellt - s. o. S. 2/3 und 5 - beziehen sich alle Aussagen auf die Unterhaltsvaterschaft. Der Begriff Vaterschaft wird deshalb hier in Anführungszeichen gesetzt.

(2) s. o. S. 19

(3) Mot. s. 865

schlaf nicht vollzogen ist." (4) (5)

- 2,1112: Eine "Vaterschaftsklage" gelte bereits im weitaus größten Teil Deutschlands kraft Gewohnheitsrechts. (6)
- 2,1113: Die Versagung einer "Vaterschaftsklage" würde die finanzielle Situation der Kinder weiter verschlechtern und die Gefahr ihrer Verwahrlosung verstärken. Bereits die Tatsache, daß eine Unterhaltspflicht gerichtlich ausgesprochen werden könne, werde positive Wirkung dahin ausüben, daß mancher "aus freien Stücken seine sittliche Pflicht" erfüllen werde. (7)
- 2,1114: Bei der Nichtanerkennung eines Unterhaltsanspruchs würden lediglich die auch zahlungsfähigen Männer zu Lasten der öffentlichen Armenfürsorge begünstigt. (8)
- 2,1115: Eine Gefahr zunehmender Unsittlichkeit bei positiver Entscheidung sei nicht bewiesen.
"Die vielfach aufgestellte Behauptung, daß die Zulassung der Vaterschaftsklage insofern nachteilig wirke, als sie die Unsittlichkeit befördere und dazu beitrage, die Zahl der unehelichen Kinder zu vermehren, entbehrt jeder sicheren Grundlage". (9)
-
- (4) Mot. S. 868; Eine "Vaterschaftsklage" war dagegen nach französischem Recht zulässig bei Entführung und Nottucht - vgl. Art. 340, 342 code civil
- (5) Als echten Vaterschaftsbeweis bewertet man diese Vermutung aber dennoch nicht. Sie reiche lediglich dazu aus, gewisse finanzielle Verpflichtungen zu begründen. "Die Feststellung der unehelichen Vaterschaft, wenn gleich dieselbe als unmöglich nicht betrachtet werden kann, (ist) doch mit erheblichen praktischen Unzuträglichkeiten verbunden, (so) daß die Aufstellung positiver Vorschriften zum Zwecke der Erleichterung jener Feststellung in hohem Grade bedenklich ist, wenn an die uneheliche Vaterschaft weitergehende familienrechtliche Beziehungen ... geknüpft werden sollen." (Mot. S. 852)
- (6) Mot. S. 869/870
- (7) Mot. S. 870
- (8) Mot. S. 871
- (9) Mot. S. 871

"Der Erwägung aber, daß durch die Unzulässigkeit der Erforschung der Vaterschaft die Widerstandskraft des weiblichen Geschlechts gegen den Anreiz zur Unzucht gestärkt werde, steht die andere Erwägung gegenüber, daß dadurch andererseits die Angriffslust des männlichen Geschlechts gesteigert und die Gefahr vermehrt wird, daß Wollüstige ohne Scheu auch unbescholtene Mädchen zu verführen suchen." (10)

2,112: Die "Vaterschaftsklage" wird ausschließlich unter dem Blickwinkel eines Unterhaltsanspruchs gesehen und diskutiert. Mit keinem Wort wird, wenn auch nur als Problem, ein etwaiges Recht des Kindes erörtert, seinen Vater im Sinne eines Abstammungsverhältnisses feststellen zu lassen. An ganz anderer Stelle, in der ZPO, ist diese Frage verneinend entschieden worden. (11)

2,12: "Vaterschaftsvermutung"

RegE ++
RegV ++
RE +x S.199
RV +x S.223

+2,121: Erforderlichkeit der "Vaterschaftsvermutung"
Eine positive Feststellung der blutmäßigen Abstammung ist nach dem Stand medizinischer Erkenntnisse nicht möglich. (12) Man geht jedoch davon aus, daß die Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit regelmäßig nur mit einem Mann geschlechtlichen Verkehr gehabt hat.

Der Einverkehr erscheint sowohl als gesellschaftliches Postulat wie auch in seiner generellen Beachtung als selbstverständlich. (13) Eine ausdrückliche Begründung fehlt.

Der Grundsatz des Einverkehrs hat zur Folge, daß wie beim ehelichen Kind gesetzlich vermutet wird, daß der Mann der "Vater" des Kindes ist, dessen Verkehr mit der Mutter während der Empfängniszeit nachgewiesen ist.

(10) Mot. S. 872

(11) In § 644 ZPO in der Fassung vom 20.5.1898. Die für das Statusverfahren bei ehelichen Kindern geltenden Sonderbestimmungen der §§ 640-643 ZPO gelten nicht für nicht-eheliche Kinder - vgl. o. S. 6, Fußn. 7

(12) vgl. Mot. S. 868 - s. o. S. 25

(13) Das ist aus der strafrechtlichen Bewertung außerehelicher sexueller Beziehungen leicht verständlich - vgl. o. S. 3 Fußn. 6

Diese Entscheidung dem Richter in freier Beweiswürdigung zu übertragen, sei "aus praktischen Gründen nicht zu empfehlen." (14)

2.122: Grenzen der "Vaterschaftsvermutung" (15)

Aus der gesetzlichen "Vaterschaftsvermutung" ergibt sich die Notwendigkeit, ihr Ausmaß zu bestimmen und die Möglichkeit zu regeln, diese Vermutung zu entkräften.

RegE (+-x)S. 85
RegV (+x)S.128
RE :+-x:S.200
RV :+-x:S.224

+Sie soll durch die Mehrverkehrseinrede beseitigt werden können.

Argumente:

2,1221: Der Rechtsgrund der Unterhaltspflicht

"Da der innere Grund der Unterhaltspflicht des unehelichen Vaters nur in dem durch die Zeugung zwischen dem Kinde und dem Erzeuger geknüpften Bande der Blutsverwandtschaft gefunden werden kann und auch der Entwurf jene Unterhaltspflicht auf die Vaterschaft als Rechtsgrund zurückführt, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß vom Standpunkt der juristischen Konsequenz aus die Tatsache, daß innerhalb der Empfängniszeit die Mutter mit mehreren den Beischlaf vollzogen hat, als erheblich erachtet werden muß. Das die Grundlage der Unterhaltspflicht bildende natürliche Verhältnis zwischen dem Kinde und dem Konkubenten ist in einem solchen Fall nicht feststellbar und deshalb für das Recht nicht vorhanden." (16)

Daß innerhalb der Ehe diese Einrede unbeachtlich sei, stehe nicht entgegen. "Die Gesichtspunkte, welche zu dieser Regelung geführt haben, nämlich das Interesse der Würde der Ehe und der Erhaltung des Familienstandes, fehlen hier gänzlich." (16)

(14) Mot. S. 883

(15) Der Entlastungsnachweis bei "offenbarer Unmöglichkeit" ist in dem den Motiven zugrunde liegenden 1. Entwurf nicht vorgesehen (§ 1572); er wird erst in die dem Bundesrat zur 2. Lesung vorgelegte Fassung aufgenommen (§ 1604) - s.o.S. 19. Es wird damit auch dem Kind die Möglichkeit eingeräumt, die exceptio plurium wieder zu entkräften - vgl. Protokolle, Kommission S. 8675 - Mugdan S. 1031

(16) Mot. S. 885

2,1222: Allgemeine Haftungsgrundsätze

"Vor allem liegt eine schwere Ungerechtigkeit darin, jemanden, welcher der Erzeuger des unehelichen Kindes in Wirklichkeit nicht ist oder dessen Vaterschaft wenigstens völlig ungewiß ist, ... als Erzeuger zu behandeln und zur Ernährung eines vielleicht fremden Kindes zu nötigen." (17)

2,1223: Die anderweitige Gefahr des Mißbrauchs

Es erscheint "in hohem Maße anstößig und das Rechtsgefühl verletzend, daß das Kind, oder thatsächlich die Mutter, in der Lage sein würde, unter den mehreren Zuhältern denjenigen auszuwählen, welcher ihr wegen seines Vermögens oder aus sonstigen Gründen als der angemessenste erscheint, bzw. die mehreren Zuhälter sämtlich nach einander in Anspruch zu nehmen, zumal der Mutter dadurch zugleich die verführerische Gelegenheit zu Erpressungsversuchen gegeben wird." (18)

2,1224: Die anderweitige Gefahr eines negativen Einflusses auf die Sittlichkeit

"Nicht minder ist der Ausschluß der Einrede deshalb verwerflich, weil er einen Anlaß zur Unsittlichkeit und Liederlichkeit in sich birgt, da eine Frauensperson, welche einem Fehlritte zum Opfer gefallen ist, sich solchenfalls leichter veranlaßt finden kann, auch anderen Männern sich hinzugeben, um ihre und des zu erwartenden Kindes Lage zu verbessern. Das Dirnenwesen und die Prostitution werden auf diesem Wege statt gemindert, gefördert." (19)

2,1225: Die Rechtsentwicklung in Preußen

Nachdem die Einrede zunächst nicht zugelassen worden war, hatte man sie wegen schlechter Erfahrung mit dieser Regelung durch Gesetz vom 24.4.1854 eingeführt. (20)

Zur Argumentation:

2,123: Der rechte Stellenwert des sich auf eine zusätzliche Lockerung der Sittlichkeitsvorstellungen beziehenden Argumentes (2,1224) läßt sich bei der Vielzahl der Überlegungen schwer bestimmen. Der Abschreckungsgedanke muß jedoch erhebliches Gewicht gehabt haben. Dies ergibt sich aus der Wertung der Motive, daß "die Gefahr ... vorwiegend in dem Über-

-
- (17) Mot. S. 886
 - (18) Mot. S. 886
 - (19) Mot. S. 886
 - (20) vgl. Mot. S. 887

handnehmen der unehelichen Kinder überhaupt (liege und) nicht darin, daß einzelne Kinder an den Erzeuger sich nicht halten können." (21) Eine Lösung, die hierauf einen erwünschten Einfluß verspricht, muß deshalb besonders begrüßt werden.

Die Entscheidung für die Mehrverkehrseinrede mag auch durch eine Betrachtung spezifisch aus der Sicht des Mannes mitgetragen worden sein. Wäre die Überlegung, daß die Abstammung die "natürliche und sittliche Pflicht" (22) des Vaters zur Unterhaltszahlung begründe, so überzeugend Entscheidungsrichtlinie gewesen, hätte es wohl kaum zu der sich aus § 1717 Abs. 2 im Vergleich zu § 1592 Abs. 2 ergebenden Inkonzsequenz kommen können.

Die in § 1717 an eine Beiwohnung innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit geknüpfte Vermutung der "Vaterschaft" kann anders als bei ehelichen Kindern nach den §§ 1591, 1592 nicht durch den medizinischen Nachweis anhand des Reifegrades ergänzt werden. § 1717 hat den Abs. 2 des § 1592 nicht erhalten, enthält vielmehr eine starre Zeitregelung. Eine sachliche Begründung für die unterschiedliche Behandlung gleicher Tatbestände ist mit der Argumentation, daß sich die Verpflichtung des Mannes aus dem Abstammungsverhältnis ergebe, nicht zu halten.

In den Motiven wird dieser Widerspruch statt gelöst weiter vertieft. Dem Mann wird ausdrücklich gestattet, den Nachweis des Mehrverkehrs anhand des Reifegrades des Kindes bei der Geburt zu führen. (23) Dem Reifegrad wird somit zugunsten des Mannes

(21) Mot. S. 886

(22) Mot. S. 868 s. o. S. 25ff

(23) Unter Bezugnahme auf die gesetzliche Regelung in Preußen heißt es in den Motiven auf S. 887: "Das preußische Gesetz vom 24.4.1854 §§ 15, 9 erwähnt jenen Einwand zwar nicht besonders; da dasselbe aber die exceptio plurium concubentium für zulässig erklärt, so kann in Ermangelung einer entgegenstehenden Bestimmung der Beweis der Zuhaltung der Mutter mit einem Anderen innerhalb der Empfängniszeit auch durch die Beschaffung des Kindes zur Zeit der Geburt desselben geführt werden. Das ist auch der Standpunkt des Entwurfs."

bereits innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit Bedeutung beigemessen. Eine Parallelbestimmung zu § 1592 Abs. 2 hätte ihn dagegen nur belasten können.

Die Begünstigung des Mannes wird dann noch weiter dadurch unterstrichen, daß umgekehrt der Mutter bzw. dem Kind die Möglichkeit versagt wird, auch ihrerseits mit Hilfe des Reifegrades des Kindes, die Vermutung des § 1717 wieder herzustellen und den Hinweis auf einen Mehrverkehr auszuräumen.

"Mit Rücksicht auf die unsichere Grundlage eines solchen Nachweises und die praktischen Gesichtspunkte, auf welchen die Zulassung jener exceptio zugleich beruht, empfiehlt sich nicht, jenen Nachweis zugunsten des Kindes und zuungunsten des Beklagten zu gestatten." (24) (25)

Es ist besonders auffallend, daß nicht etwa argumentiert wird, die Vermutung des Einverkehrs sei einmal erschüttert und begründe die Gefahr, daß weiterer Geschlechtsumgang auch mit dritten Männern stattgefunden habe und es müsse deshalb bei der exceptio bleiben. (26) Man beruft sich vielmehr auf die "unsichere Grundlage eines solchen Nachweises", der ja aus der Position des Mannes nicht sicherer ist und auf "praktische Gesichtspunkte", wofür von den genannten Argumenten nur das Bestreben spricht, mit § 1717 eine stärkere Beachtung der mehrheitlich für richtig angesehenen Sittlichkeitsvorstellungen zu erreichen. (27)

RegE -+ S. 90
RegV -+ S. 131
RE -+ S. 202
RV -+ S. 227

+

2,2: Name des Kindes

Als Name des Kindes kommt der der Mutter oder der des Vaters in Betracht.

(24) Mot. S. 888

(25) In die dem Bundesrat zur 2. Lesung vorgelegte Fassung ist dann allerdings auch der die exceptio plurium ausschließende Nachweis "offenbarer Unmöglichkeit" aufgenommen worden (§ 1604 dieser Fassung) - s. o. S. 19

(26) Dieser Einwand ist bei den Beratungen für die Fassung zur 2. Lesung des Bundesrates in der Kommission geltend gemacht worden, fand jedoch keine Mehrheit (Protokolle, Kommission S. 8675) - s. o. S. 19

(27) vgl. o. 2,1221 bis 2,1225 - o. S. 28f

Daß man sich für den Familiennamen der Mutter entscheidet (§ 1706), wird damit begründet, daß das Kind in die mütterliche Familie integriert werde, sich regelmäßig bei ihr aufhalte und auch von ihr erzogen werde (1705).

Selbst die später doch noch Gesetz gewordene Möglichkeit einer Einbenennung, die die Zustimmung auch des Kindes voraussetzt (§ 1706 S. 2) (28), wird in den Motiven abgelehnt.

"Eine derartige, der familienrechtlichen Stellung des unehelichen Kindes widersprechende und die letztere verdunkelnde privatrechtliche Bestimmung ist jedoch nicht zu empfehlen." (29)

Man enthebt sich der Mühe, einen Nachweis für den Nutzen eines solch formalen Gesichtspunktes zu liefern und setzt sich lapidar über alle für das Kind dadurch möglicherweise entstehenden psychologischen Schwierigkeiten hinweg. Die Motive entscheiden sich für eine Kenntlichmachung der nicht-ehelichen Geburt und ausdrücklich gegen ein möglichst weitgehendes Verschweigen.

2,3: Erziehung des Kindes

Die Erziehung des Kindes kann außerhalb einer Familiengemeinschaft erfolgen oder aber von der väterlichen oder mütterlichen Familie wahrgenommen werden und dann gewissen Einschränkungen unterliegen.

alle+

+2,31: Familienanschluß

Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Auffassung im älteren deutschen Recht (30) wird einer Familieneingliederung mit folgenden Überlegungen der Vorzug gegeben:

(28) vgl. o. S. 19 Fußn. 7

(29) Mot. S. 859

(30) vgl. Mot. S. 854

2,311: Früher war die nicht-eheliche Geburt ein sich "durch das ganze Leben und alle Lebensverhältnisse hinziehender Makel". (31) Dieser Rechtszustand bestehe jetzt nicht mehr.

2,312: Es bestehe "das dringende Interesse, die Lage der unehelichen Kinder zu verbessern". (32)

2,313: Für familien- und erbrechtliche Beziehungen zumindest zu der Familie der Mutter bestünden die "faktischen und sittlichen Voraussetzungen ... , wenn ... der Verschiedenheit der Sachlage entsprechende Modifikationen" berücksichtigt würden. (33)

2,314: Der Verwahrlosung der Kinder müsse im Interesse der Allgemeinheit vorgebeugt werden:
"Berücksichtigt man die große Zahl unehelicher Kinder, berücksichtigt man, daß destruktive Elemente vornehmlich aus den Kreisen solcher Personen hervorgehen, welche von der Familie ausgeschlossen sind, so erscheint es als Aufgabe und Pflicht der Gesetzgebung, auch auf dem Gebiete des Zivilrechts der Vermehrung des Proletariats entgegenzutreten, sollte auch der Eintritt des unehelichen Kindes in die mütterliche Familie den Anschauungen in einzelnen Ständen weniger entsprechen." (34)

RegE - S.91f +
RegV - S.132f
RE +x S.204f
RV +x S.229f

2,32: Stellung des Mannes

2,321: Der "Vater" wird nicht berücksichtigt.

Argumente:

2,3211: "Es ermangeln hier völlig die sittlichen und faktischen Voraussetzungen für die Begründung familienrechtlicher Beziehungen." (35)

2,3212: Zwischen Vater und Kind bestünden keine inneren Bindungen.

"Die durch die Natur zwischen dem unehelichen Kind und seinem Erzeuger geknüpften Bande führen in den wenigsten Fällen zu einer innigen Verbindung zwischen beiden. Meistens steht der Vater dem unehelichen Kind gleichgültig und fremd gegenüber. Er betrachtet dasselbe als eine Last und hat kein Interesse an dem Wohlergehen, der körperlichen und geistigen Ausbildung desselben." (36)

-
- (31) Mot. S. 854
 - (32) Mot. S. 854 auch 855
 - (33) Mot. S. 854
 - (34) Mot. S. 855
 - (35) Mot. S. 852
 - (36) Mot. S. 851

2,3213: Der Schutz der Ehe als Institution.

2,3214: Der Schutz des Familienlebens und der eheliche Friede.

Dies wird in der Auseinandersetzung mit der im französischen Recht gegebenen Möglichkeit einer Anerkennung des Kindes mit der Folge eines ausgeprägten familienrechtlichen Beziehungsverhältnisses deutlich.

"Bedenklich ist die Aufnahme jenes Instituts, weil es die Gefahr mit sich bringt, daß dadurch, namentlich in den unteren Volksklassen, die Ehelosigkeit und das Konkubinat gefördert, andererseits das Familienleben, insbesondere der eheliche Frieden, gestört wird." (37)

Ferner, wenn im Zusammenhang mit der Entscheidung für einen Familienanschluß erwogen wird:

"Der Rücksicht auf die Heiligkeit und die hohe Bedeutung der Ehe wird aber schon dadurch in ausreichendem Maße Rechnung getragen, daß das uneheliche Kind zu dem Vater und dessen Familie in keine Verbindung tritt." (38)

Zur Argumentation:

2,322: Folgerichtigkeit kann nur das Argument beanspruchen, daß die eheliche Institution geschützt und gegen Konkubinate und damit einen Sittenverfall abgesichert werden müsse. Daß der Vater sich nicht um das Kind kümmere, läßt Ausnahmen zu, die gerade in Fällen tatsächlicher Lebensgemeinschaft, die freilich nicht durch Eheschluß kirchlich und staatlich legitimiert ist, auftreten. Familiäre Rechtsbeziehungen werden zudem im Familienrecht nicht durch persönliches Wohlverhalten erworben. Gleichgültigkeit oder Mißbrauch von eingeräumten Rechten und dadurch bedingte schlechte Behandlung des Kindes schaffen sonst allenfalls Entzugsvoraussetzungen im Einzelfall.

Warum darüber hinaus der eheliche und familiäre Friede beim Vater mehr gestört werde als bei der Mutter, ist nicht einsichtig. Zwei sachlich gleich liegende Erscheinungen werden, da man das Kind ausschließlich unter dem Blickwinkel einer Belastung betrachtet, zugunsten des Mannes entschieden. Das offenbart eine männliche Vorzugsstellung. (39)

(37) Mot. S. 852

(38) Mot. S. 855

(39) vgl. u. S. 272ff, wo dieser Gesichtspunkt in einer Gesamtwürdigung aufgegriffen wird.

Daß jedoch der Schwerpunkt beim Schutz der Institution Ehe liegt, bestätigen auch die Ausführungen der Motive zu der Behauptung, daß für die im code civil vorgesehene Anerkennung des Kindes durch den Vater kein Bedürfnis bestehe. (40) Neben dem Hinweis auf die Möglichkeit einer Legitimation durch nachfolgende Ehe und der Ehelichkeitserklärung werden bei Interesse des Vaters ferner empfohlen, die Adoption, schuldrechtliche Pflegeverträge und ein das nicht-eheliche Kind begünstigendes Testament. (41)

Diese Vorschläge zeichnen sich nicht gerade durch übermäßige Praktikabilität aus. Das Adoptionsalter beträgt nach § 1744 50 Jahre (42), schuldrechtliche Verträge begründen kein familienrechtliches Beziehungsverhältnis und testamentarische Berücksichtigung des Kindes äußern sich für den Vater allenfalls in einer besseren Grabpflege.

RegE --+ S. 93 +
RegV --+ S.134 2,33:
RE ++
RV ++

Stellung der Mutter

Als Begründung dafür, daß das Kind in die mütterliche Familie eingeordnet wird, wird ergänzend zu den allgemeinen Gesichtspunkten für einen Familienanschluß überhaupt als Unterschied zum Vater lediglich noch festgestellt, daß die "faktischen und sittlichen Voraussetzungen" (43) bei der Mutter deshalb gegeben seien, weil sie dem Kind viel näher stehe und es ihr "von der Natur anvertraut und ihrer Pflege und Erziehung überlassen" (44) sei.

"Dadurch wird das zunächst auf der natürlichen Verbindung beruhende Band der Liebe zwischen dem unehelichen Kind und dessen Mutter fester geknüpft und werden andererseits durch diese nahen Beziehungen zwischen dem unehelichen Kind und der Mutter von selbst auch die durch die Einheit des Blutes begründeten Beziehungen desselben zur Familie der Mutter aufrechterhalten und belebt, ..." (45)

-
- (40) Mot. S. 852
 - (41) Mot. S. 852/853
 - (42) vgl. o. S. 15
 - (43) s. o. S. 33 zu 2,313
 - (44) Mot. S. 854
 - (45) Mot. S. 854/855

2,34: Inhalt des Erziehungsrechts

alle +

- + 2,341: Gleichstellung aller nicht-ehelichen Kinder
2,3411: Ehewidrige Kinder werden nicht benachteiligt.
"Das Gegenteil hieße die Kinder wegen des Verbrechens oder Vergehens der Mutter zu bestrafen." (46)
2,3412: Brautkinder werden nicht bevorzugt.
"Mit der Heiligkeit und Würde der Ehe verträgt es sich nicht, mit einer immerhin unsittlichen Geschlechtsgemeinschaft gleiche Wirkungen wie mit der Ehe zu verbinden. Es würde dies die Gefahr einer Beförderung der Unsittlichkeit und des Konkubinates mit sich bringen." (47)

RegE - S. 93 f
RegV - S.134
RE - S.209
RV - S.231

+ 2,342: Elterliche Gewalt

Die elterliche Gewalt wird der Mutter vorenthalten.

Argumente:

2,3421: Mangelnder Wille und Unfähigkeit der Mutter.
"Die Erfahrung lehrt, daß uneheliche Kinder in körperlicher wie in geistiger Hinsicht nur zu oft verwaist werden. Das Interesse dieser zahlreichen Kinder und mittelbar der Gesellschaft erheischt es dringend, möglichst sichere Garantien zu schaffen, daß dieselben in körperlicher und geistiger Beziehung eine gute Ausbildung erhalten und zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft erzogen werden. Diese Garantien würden aber regelmäßig fehlen, wenn man der unehelichen Mutter die elterliche Gewalt über ihr uneheliches Kind einräumen wollte. Hat die uneheliche Mutter an sich auch die Fähigkeit, die mit der elterlichen Gewalt verbundenen Pflichten und Rechte zu erfüllen bzw. auszuüben, so mangelt es ihr doch zu oft an dem guten Willen und dem genügenden Ernste." (48)

Auf staatliche Aufsicht durch das Vormundschaftsgericht könne deshalb nicht verzichtet werden. (49)

2,3422: Vermögensvorteile

"Es liegt die Gefahr nahe, daß in vielen Fällen leichtsinnige Mütter das etwa vorhandene Vermögen des Kindes, namentlich die von dem Vater geleisteten Unterhaltsgelder oder eine von demselben gezahlte Abfindungssumme, nicht im Interesse des Kindes, sondern im eigenen Interesse verwenden würden ..."

"Es liegt im Interesse der Sittlichkeit, wenn der unehelichen Mutter jede aus ihrer Unsittlichkeit hervorgehende, auch nur indirekte, Vermögensvorteile entzogen werden." (50)

(46) Mot. S. 857

(47) Mot. S. 858

(48) Mot. S. 860/861

(49) vgl. die recht weitgehenden Kontrollrechte in den §§ 1793 ff

(50) Mot. S. 861/862

2,3423: Gelegenheit zu betrügerischen Manipulationen "Durch die Ausschließung des Vertretungsrechtes wird insbesondere auch der Gefahr vorgebeugt, daß liederliche und leichtsinnige Mütter das Recht der gesetzlichen Vertretung des Kindes dazu mißbrauchen, von verschiedenen Personen, welche mit ihr innerhalb der Empfängniszeit den Beischlaf vollzogen haben, betrügerischerweise auf den Namen des Kindes Alimente zu fordern." (51)

RegE - S. 94
RegV - S. 135
RE +x- S. 210
RV +x- S. 232

+ 2,343: Kontakt zum anderen Elternteil
Ein Einfluß des Vaters oder auch nur ein Besuchsrecht sind nicht vorgesehen. (52)

Zur Argumentation:

2,344: Die Begründung für die Eingliederung des Kindes in die mütterliche Familie und die Begründung für den Entzug der elterlichen Gewalt decken sich in einem entscheidenden Punkt. Beide Mal wird argumentiert, daß der Gefahr einer Verwahrlosung der Kinder und einer Vermehrung des Proletariats entgegengewirkt werden müsse. Mit dem Argument, mit dem man der Mutter das Kind gibt, nimmt man es ihr sogleich wieder weg. Dabei ist festzustellen, daß in dem einen Fall wohlwollend und positiv von dem "auf der natürlichen Verbindung beruhenden Band der Liebe" (53) gesprochen wird und im anderen Fall vom negativen Extrem der "liederlichen oder leichtsinnigen Mutter" (54), die - dann generalisierend - als unfähig angesehen wird, der, sollte dies einmal nicht zutreffen, aber der erforderliche Ernst fehle, die sich an der Alimente bereichern wolle und so häufig gleichzeitig recht dumm, sexuell überaus offenherzig und kriminell sei, daß damit eine ernst zu nehmende Gefahr begründet werden. (55) Dumm wäre eine Mutter, würde sie von mehreren gleichzeitig Alimente fordern, weil sie damit Mehrverkehr zugeben und als Folge den Unterhaltsanspruch überhaupt, käme dies heraus, verlieren würde (§ 1717); (56) sexuell recht offenherzig

(51) Mot. S. 862

(52) vgl. Mot. S. 863

(53) Mot. S. 855 - s. o. S. 35, 2,33

(54) Mot. S. 862 - s. o. S. 37, 2,3423

(55) Mot. S. 862 - s. o. S. 36, 2,3422

(56) Wer dem Kind einer Frau, die sich mit solchen Manipulationen Erfolg verspricht, Alimente zahlt, wird gewiß intensiv nach der Möglichkeit des § 1717 forschen.

wäre sie, weil ein solches Verhalten geschlechtlichen Umgang mit flüchtigen Bekanntschaften voraussetzt, da sich die Männer ja nicht kennen dürfen; kriminell wäre sie, weil der Straftatbestand des Betruges erfüllt wäre. Frauen, die all diese Prädikate auf sich vereinen, findet man regelmäßig allenfalls in Prostituiertenkreisen. Für die Argumentation gegen die elterliche Gewalt wird damit die Prostituierte zur Norm erhoben.

Daß bei den hier anfallenden Entscheidungen von einem gänzlich verschiedenen Vorstellungsbild der Mutter ausgegangen wird, erhellt ferner daraus, daß wohl nicht ernsthaft angenommen werden kann, ein Aufwachsen der Kinder im Rahmen der geschilderten gesellschaftlichen Enklave würde vor Verwahrlosung und Kriminalität schützen.

Die Erwägungen, daß schließlich auch bei entzogener elterlicher Gewalt die Mutter das Unterhaltsgeld erhält, sich somit gleichwohl bereichern könnte (57), und es nach dem den Motiven zugrunde liegenden 1. Entwurf auf den notdürftigen Unterhalt begrenzt sein sollte (58) und bereits deshalb Überschüsse entfallen (59), nehmen sich dagegen recht bescheiden aus. Aber auch sie zeigen, daß Begründungsphantome aufgebaut worden sind.

-
- (57) Ein Vorteil für die Mutter könnte allerdings bei einer Unterhaltsvereinbarung nach § 1714 oder einer vorzeitigen Abfindung durch die Erben nach § 1712 denkbar werden. Solche Fälle bilden aber nicht die Regel. Eine Unterhaltsvereinbarung muß zudem durch das Vormundschaftsgericht genehmigt werden.
- (58) Die Anpassung an den Lebensstandard der Mutter erfolgt erst später - vgl. o. S. 20, 3, 43
- (59) vgl. ferner noch Mot. S. 879/880, wo zudem noch davon ausgegangen wird, daß die zu zahlende Alimente "durch den Gerichtsgebrauch in der Regel so gering festgestellt (wird), daß thatsächlich die primäre Unterhaltspflicht des Vaters auf die Gewährung des nothdürftigen Unterhaltes sich beschränkt bzw. sich nur als eine Beitragspflicht zum Unterhalt des Kindes gestaltet."

Wie schon beim Ausschluß der väterlichen Familie (60) kann wieder nur das Argument, daß die eheliche Institution geschützt und gegen Konkubinate und damit einen Sittenverfall abgesichert werden müsse, Folgerichtigkeit für sich in Anspruch nehmen; das Argument, mit dem gleichzeitig eine unterschiedliche Behandlung der Brautkinder abgelehnt wird. (61)

Der Familienzugehörigkeit kann zugestimmt werden, da sie als solche noch nicht Ehelichkeitsersatz bedeutet und sich somit aus diesem Gesichtspunkt heraus nicht verbietet. Das wird allerdings sofort anders beurteilt bei dem Schritt weiter hin zur elterlichen Gewalt. Das Kindesinteresse, das zumindest eine differenziertere Regelung erfordert hätte, muß jetzt unterliegen. Es wird zudem nicht mehr unterstützt durch gesamtgesellschaftliche Aspekte. Die Kinder stellen mit einer Zuordnung zur Mutter keine aktuelle Belastung mehr dar, sind aus staatlicher Sicht untergebracht und in Verbindung mit der Unterhaltsregelung nicht mehr generell auf die öffentliche Armenfürsorge angewiesen.

2,4: Versorgung des Kindes

Die persönliche Betreuung obliegt der Mutter im Rahmen der Personensorge; den finanziellen Bedarf des Kindes hat der Vater abzudecken. Nur diese zweite Komponente wird als Unterhalt bezeichnet. (62)

Die Unterhaltspflicht wird - verbal - aus der Abstammung abgeleitet. Sie ist als schuldrechtliche Forderung ausgestaltet.

RegE	++	+ 2,41:	Rechtsgrund der Unterhaltspflicht
RegV	++		"Der Entwurf ... (stützt) die hier fragliche Unter-
RE	:-	S.211	haltspflicht auf die wirkliche Vaterschaft ... und
RV	:-	S.233	(behandelt sie) daher als eine familienrechtliche,
			aus dem Status des Kindes sich ergebende Verbindlich-

(60) vgl. o. S. 34, 2,322

(61) vgl. Mot. S. 857 - s. o. S. 36, 2,3412

(62) vgl. Mot. S. 874/875, wo lediglich von einer Unterhaltspflicht des Mannes die Rede ist.

keit, welche jedoch, da sie nichtsdestoweniger eine gesetzliche Obligation ist, wie die gesetzliche Unterhaltungspflicht der Verwandten, den allgemeinen Grundsätzen des Obligationenrechtes untersteht." (63)

Der Entwurf habe auch den Ausdruck "Vater" und nicht etwa "Erzeuger" gewählt. "Der Ausdruck 'Erzeuger' könnte insbesondere zu dem Mißverständnis führen, als ob der Entwurf derjenigen, in ihrer Konsequenz zum Theil zu anderen Resultaten führenden Theorie sich angeschlossen habe, welche die Unterhaltungspflicht nicht auf ein Statusverhältnis, sondern auf die eine in sich abgeschlossene Thatsache der Erzeugung gründet." (63)

RegE ++ + 2,42: Inhalt der Unterhaltungspflicht
RegV ++
RE - S.211 Von Unterhalt wird nur im Zusammenhang mit der vom
RV - S.233 Mann zu zahlenden Unterhaltsrente gesprochen. (64)

2,43: Ausgestaltung der Unterhaltsrente (65)

RegE - S. 95 + 2,431: Eine Differenzierung zwischen verschiedenen
RegV - S.136 Gruppen nicht-ehelicher Kinder ist nicht vorgesehen.
RE +x S.211/201
RV +x S. 233/225

RegE (-+) S. 95 + 2,432: Die Unterhaltsrente ist als schuldrechtliche
RegV (-+) S.136 Forderung konzipiert. Für eine familienrechtliche
RE - S.211 Gestaltung ermangele es "völlig (an den) ... sittli-
RV - S.234 chen und faktischen Voraussetzungen". (66) Es werden
alle, einen typischen familienrechtlichen Unterhalts-
anspruch auszeichnenden Besonderheiten gestrichen.

Beispiele:

2,4321: Leistungsfähigkeit des Vaters und Bedürftigkeit des Kindes bleiben unberücksichtigt. Dem Vater wird es darüber hinaus verwehrt, sich auf die dem ehelichen Vater gegebene sog. Bedürftigkeitseinrede (§ 1603) zu berufen.

"Für eine große Zahl von Personen, insbesondere für solche, welche dem dienenden Stande angehören, sowie für einen erheblichen Teil der Fabrikbevölkerung, würde dann das Gesetz so gut wie nicht geschrieben sein." (67)

(63) Mot. S. 874

(64) vgl. Mot. S. 874/875

(65) Gegenüber dem den Motiven zugrunde liegenden 1. Entwurf ist die Unterhaltungspflicht noch mehrfach erweitert worden - vgl. o. S. 20. Auf ihre grundsätzliche rechtliche Ausformung haben sich diese Änderungen jedoch nicht ausgewirkt.

(66) Mot. S. 852 - s. o. S. 33, 2,321

(67) Mot. S. 897

2,4322: Väterliche Eltern und Verwandte haften nicht. Dies ginge "zu weit" (68),

2,43221: weil "die durch uneheliche Abstammung begründete Verwandtschaft gewohnheitsrechtlich nicht über die Person des unehelichen Vaters hinaus anerkannt worden sei." (69)

2,43222: weil zum Unterhalt "die Ascendenten des Vaters, welche dem unehelichen Kind im Leben regelmäßig völlig fremd gegenüberstehen, eine solche sittliche Pflicht lediglich aufgrund der natürlichen Verwandtschaft nicht anerkannt werden" könne. (70)

2,43223: weil dies andernfalls "in vielen Fällen zur Zerrüttung des Wohlstandes und des Familienfriedens" führen könne. (71)

2,4323: Abkömmlinge des Kindes sind nicht unterhaltsberechtig.

"Eine derartige Ausdehnung der Unterhaltspflicht des unehelichen Vaters würde zu weit führen." (72)

2,4324: Es besteht keine gegenseitige Unterhaltspflicht. Hierfür fehle es bei dem Kind "an der sittlichen Grundlage für eine solche Pflicht." (73)

2,4325: Die Dauer der Unterhaltspflicht ist begrenzt. "Wenngleich der Entwurf die hier fragliche Unterhaltspflicht auf die Vaterschaft und die dadurch zwischen dem unehelichen Kind und dessen Erzeuger hervorgerufene dauernde Lebensbeziehung gründet und dieser Gesichtspunkt an sich dahin führen müßte, jene Unterhaltspflicht, wie die gesetzliche Unterhaltspflicht der Verwandten, auf die ganze Lebenszeit des Kindes zu erstrecken, so kommt doch andererseits in Betracht, daß die sittlichen Beziehungen zwischen dem unehelichen Kind und dessen Vater weniger intensiv sind, wie bei ehelichen Kindern und daß eine auf die ganze Lebenszeit des Kindes sich erstreckende Unterhaltspflicht des Vaters auf die freie Bewegung desselben in wirthschaftlicher und sozialer Beziehung zu störend einwirken und für ihn eine zu drückende Last sein würde." (74)

Und ebenso:

"Dem als Vater in Anspruch Genommenen liegt oft viel daran, durch Zahlung einer Abfindungssumme von der sich sonst lange Jahre hinziehenden, seine freie Bewegung hindernden und vielleicht mit Störung der Familienverhältnisse verbundenen Unterhaltspflicht sich befreien zu können." (75)

(68) Mot. S. 875

(69) Mot. S. 874

(70) Mot. S. 875

(71) Mot. S. 875

(72) Mot. S. 879

(73) Mot. S. 879

(74) Mot. S. 895

(75) Mot. S. 905/906

Es wird hinzugefügt, daß eine Abfindung zugleich im Interesse des Kindes liege, da sie von der Unsicherheit eines Prozeßausganges befreie und sich ändernde Vermögensverhältnisse unbeachtlich werden. Beachtenswert ist die Reihenfolge der Argumente:

- 2,43251: freie wirtschaftliche Bewegungsmöglichkeit des Vaters,
- 2,43252: Rücksichtnahme auf die väterliche Familie,
- 2,43253: das Interesse des Kindes.

2,433: Die Motive gewähren dem Kind nur den "notdürftigen Unterhalt". In der Gesetz gewordenen Fassung + bestimmt sich die Höhe der Unterhaltsrente nach der Lebensstellung der Mutter. (76)

RegE --+ S. 96
RegV --+ S. 137
RE - S. 212
RV - S. 234

Zur Argumentation:

2,44: Die gegebene Begründung zum Rechtsgrund der Unterhaltspflicht und die Erwägungen, die zur Abweichung von familienrechtlichen Grundsätzen angestellt werden, sind nicht frei von Widersprüchen.

Wenn tatsächlich der "Status" (77), die Abstammung entscheidend sein soll, ist nicht einzusehen, warum "lediglich natürliche Verwandtschaft" (78) gegenüber den Großeltern nicht ausreichen sollte. Zumindest neben die blutsmäßige Verbindung tritt damit ein weiterer Gesichtspunkt, der entsprechend der Begriffspaarung einer "natürlichen und sittlichen Pflicht" (79) in der Sittlichkeit gesehen werden muß.

Diese den Vater stärker treffende aus der Sittlichkeit zu begründende Verpflichtung, die nicht in der Vaterschaft gesehen werden soll und die auch nicht auf ein stärkeres Beziehungsverhältnis zum Kind gestützt werden kann, (80) ist demnach nur in der

-
- (76) vgl. o. S. 20
 - (77) Mot. S. 874 - s. o. S. 39 - 2,41
 - (78) Mot. S. 875 - s. o. S. 41 - 2,43122
 - (79) u. a. Mot. S. 868 - s. o. S. 25, 2,111
 - (80) vgl. Mot. S. 851 - s. a. S. 33, 2,3212: Weil ein solches Beziehungsverhältnis regelmäßig fehle, brauche der väterlichen Familie kein familienrechtlicher Kontakt zum Kind eingeräumt zu werden.

Tatsache der Beiwohnung zu erblicken. Dieser Umstand ist dann der doppelten Interpretation fähig. Es kann dies zum einen bedeuten, daß er die causa zur eingetretenen Entwicklung mit der Geburt des Kindes gesetzt habe und ihn haftungsmäßig für den Schadensfall die größere Verantwortung treffe. Es kann dies zum anderen aber auch bedeuten, daß nicht die Folge des außerehelichen geschlechtlichen Verkehrs, sondern bereits seine Tatsache als Auflehnung gegen gesellschaftsgültige Sittlichkeitsnormen, die in der Geburt des Kindes sichtbar geworden ist, geahndet werden müsse.

Es liegt nahe anzunehmen, daß sich in der Unterhaltsregelung sowohl der Einfluß der Anhänger einer Art Gefährdungshaftung als auch der Befürworter der Deliktstheorie widerspiegelt. Die starke Limitierung des dem Kind gegebenen Anspruchs ließe sich in beide Schemata einordnen. Die dem Vater allerdings versagte Notbedarfseinrede und die damit bewußte Schlechterstellung gegenüber dem ehelichen Kind ist von der Sache her - beide Kinder wollen leben - nicht gerechtfertigt und hat eher Strafcharakter. Allerdings ist gegenüber sonstigen Forderungen, auch aus Gefährdungshaftung, eine Notbedarfseinrede ebenfalls nicht zulässig und eine Vollstreckung bis zur Pfändungsgrenze nach den Vorschriften der ZPO zulässig. Eine noch stärkere Betonung einer Sanktion liegt schließlich darin, daß positive Vermögensverhältnisse des Kindes nicht berücksichtigt werden können. (81)

Dieser die familienrechtliche Grundlage ablehnende hier deutlich werdende Einfluß hat die Kindesinteressen erneut ganz in den Hintergrund treten lassen, die jetzt gar hinter der Überlegung, den Vater nicht auf Dauer in seiner "freien Bewegung ... in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung zu stören" (82) zurücktreten müssen.

(81) Die gegebene Begründung einer schnelleren und leichteren Durchsetzbarkeit, Mot. S. 896, ist nicht überzeugend. Man hätte dem Vater auch die Beweislast auferbürden und eine Reduzierung der Rente erst nach erbrachtem Vermögensnachweis zulassen können.

(82) Mot. S. 895 - s. o. S. 41

2,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes

alle +

+ 2,51: Gegenüber der Mutter

Ein Erbrecht gegenüber der Mutter wird nicht weiter erörtert. Es ergibt sich dies daraus, daß das Kind grundsätzlich die Stellung eines ehelichen erhält. (83)

RegE +- S. 98 +2,52: Gegenüber dem Vater

RegV +- S. 139

RE +- S. 214

RV - S. 235

2,521: Fortgeltender Unterhaltsanspruch

Über den Tod des Vaters hinaus besteht ein fortdauernder Unterhaltsanspruch. Maßgebend ist folgende Überlegung:

"Die Streitfrage" - ob der Unterhaltsanspruch gegen die Erben weiter wirken soll oder nicht - "steht in engem Zusammenhang mit der Frage, welchen rechtlichen Charakter die hier fragliche Verpflichtung hat. Die rechtliche Natur des hier fraglichen Anspruchs als eines auf der Vaterschaft beruhenden familienrechtlichen Anspruchs weist an sich darauf hin, den letzteren ... mit dem Tode des Vaters erlöschen zu lassen. Allein bei einer solchen Gestaltung kann das uneheliche Kind erheblich leiden, und zwar namentlich dann, wenn der vermögende Vater frühzeitig stirbt. Das Kind solchenfalls leer ausgehen zu lassen, widerstreitet dem Rechtsgefühle und dem Interesse der öffentlichen Armenpflege." (84)

In dem den Motiven zugrunde liegenden 1. Entwurf fehlt es noch an der später in § 1712 Gesetz gewordenen Abfindungsmöglichkeit in Höhe des Pflichtteilsanspruchs durch die Erben. (85) Die Motive sprechen bereits eine solche Einschränkung an und sehen die Gefahr einer möglichen Besserstellung gegenüber dem ehelichen Kind (86), können sich jedoch für keinen der erörterten Vorschläge entscheiden.

RegE - S. 99

RegV - S. 139

RE - S. 214

RV - S. 236

+ 2,522: Erbrecht

Zwischen dem Vater und dem Kind werden keine familienrechtlichen Beziehungen anerkannt (§ 1589 Abs.2). Damit entfällt auch ein Erbrecht.

(83) Man erörtert lediglich, ob den ehelichen Kindern ein Voraus einzuräumen ist. Dies wird aber abgelehnt - vgl. Mot. Bd. V S. 359

(84) Mot. S. 901/902 - Generell gesehen wird das Interesse des Kindes an einem Erbrecht freilich größer gewesen sein; denn im Regelfall wird der Vater das Kind noch 14-jährig erleben.

(85) § 1575 1. Entwurf; s. o. S. 21

(86) vgl. Mot. S. 903/904

1. Eheschließungen, Ehescheidungen, Geborene und Gestorbene *A/*
a) Grundzahlen

Jahr	Eheschließungen	Ehescheidungen	Lebendgeborene				Totegeborene				Gestorbene (ohne Totegeborene)			
			männlich	weiblich	insgesamt	darunter nicht-ehelich	männlich	weiblich	insgesamt	darunter nicht-ehelich	männlich	weiblich	insgesamt	darunter in den ersten 28 Lebens-tagen 1)

Deutsches Reich²⁾

Pro-
zent

1876	386 746	.	886 800	837 612	1 724 412	147 607	8,56	74 179	7 966	613 090	559 363	1 172 393	419 032	.
1877	366 930	.	904 024	857 022	1 761 046	.	.	73 559	.	596 795	537 657	1 134 452	.	.
1878	347 792	.	894 191	850 468	1 744 659	149 690	8,58	71 133	7 464	603 498	548 525	1 152 023	.	.
1879	340 016	.	878 660	835 773	1 714 433	147 027	8,58	70 647	7 602	605 324	552 636	1 157 960	.	.
1880	335 113	.	890 164	845 707	1 735 871	151 957	8,58	70 870	7 864	596 967	546 806	1 143 773	.	.
1881	337 342	.	870 366	825 809	1 696 175	.	.	67 921	.	609 557	563 646	1 173 205	398 601	.
1882	338 909	.	861 684	820 465	1 682 149	150 883	8,59	66 537	7 571	600 219	556 172	1 156 391	.	.
1883	350 457	.	873 781	828 567	1 702 348	156 526	8,44	67 153	7 931	610 705	566 148	1 176 853	.	.
1884	352 999	.	863 594	820 105	1 683 699	153 684	8,43	66 175	7 610	618 800	571 202	1 190 002	.	.
1885	362 596	.	885 701	839 882	1 725 583	162 640	8,43	68 359	8 048	625 373	578 127	1 203 500	.	.
1886	368 619	.	887 374	842 553	1 729 927	162 074	8,37	68 710	8 233	624 411	575 331	1 199 742	365 774	.
1887	372 326	.	895 301	850 832	1 746 133	163 837	8,36	68 366	7 961	640 657	593 080	1 233 737	.	.
1888	370 659	.	900 056	857 023	1 757 079	164 162	8,34	68 482	7 956	598 585	553 339	1 151 924	.	.
1889	376 654	.	903 210	858 197	1 761 407	.	.	66 972	.	590 278	552 546	1 142 826	.	.
1890	389 339	.	908 430	864 120	1 772 570	.	.	65 869	.	596 628	556 459	1 153 087	.	.
1891	395 356	.	903 045	856 208	1 759 253	.	.	61 011	.	620 088	578 918	1 199 006	392 313	.
1892	399 398	.	944 886	895 286	1 840 172	.	.	62 988	.	600 483	563 936	1 164 421	.	.
1893	398 775	.	922 709	873 262	1 795 971	.	.	61 028	.	625 480	585 922	1 211 402	.	.
1894	401 234	.	937 351	908 364	1 865 715	168 919	8,85	62 555	7 433	643 165	605 036	1 248 201	.	.
1895	408 066	.	943 646	897 559	1 841 205	170 555	8,16	63 092	7 743	593 936	550 395	1 144 331	.	.
1896	414 218	.	962 610	914 668	1 877 278	168 575	8,98	64 366	7 696	600 308	551 180	1 151 488	426 142	.
1897	432 107	.	981 654	933 095	1 914 749	177 422	8,22	64 998	7 937	574 242	524 724	1 098 966	.	.
1898	447 770	.	988 114	938 576	1 926 690	176 043	8,44	64 436	7 991	596 344	545 712	1 142 056	.	.
1899	458 877	.	1 007 132	957 599	1 964 731	177 395	8,93	65 160	7 825	584 580	533 280	1 117 860	.	.
1900	471 519	.	1 015 720	964 584	1 980 304	175 843	8,88	64 982	7 661	618 025	567 172	1 185 197	.	.
1901	476 491	.	1 024 948	971 191	1 996 139	172 207	8,38	64 518	7 437	645 106	591 276	1 236 382	451 127	.
1902	468 329	.	1 043 206	989 107	2 032 313	172 320	8,40	65 525	7 363	612 989	561 500	1 174 489	420 223	.
1903	457 208	9 152 ²⁾	1 035 071	986 664	2 024 735	169 786	8,39	64 679	7 297	584 875	537 617	1 122 492	370 799	.
1904	463 150	.	1 016 454	966 624	1 983 078	163 362	8,44	63 128	7 172	609 531	561 374	1 170 905	404 529	.
1905	470 000	.	1 016 454	966 624	1 983 078	163 362	8,44	63 128	7 281	603 243	559 940	1 163 183	397 781	.

1905		485 906	11 147	1 020 872	966 281	1 987 153	167 301	61 300	6 993	619 838	574 476	1 194 314	407 999
1906		498 990	12 180	1 037 919	984 558	2 022 477	170 020	62 262	7 040	579 743	532 459	1 112 202	374 636
1907		503 964	12 489	1 027 462	972 471	1 999 933	171 906	61 040	7 272	580 777	536 532	1 117 309	351 046
1908		500 620	13 327	1 034 173	980 879	2 015 052	176 685	61 608	7 427	590 540	544 950	1 135 490	359 022
1909		494 127	14 730	1 014 730	963 548	1 978 278	176 383	60 079	7 317	568 151	526 066	1 094 217	335 436
1910		496 396	15 016	987 136	937 642	1 924 778	172 384	58 058	7 200	538 251	546 712	1 045 665	311 462
1911		512 819	15 780	960 565	910 164	1 870 729	169 914	56 310	7 142	584 032	507 451	1 130 784	359 522
1912		523 491	16 911	961 777	907 859	1 869 636	176 515	56 247	7 342	531 095	498 654	1 029 749	275 571
1913		513 283	17 835	943 735	895 015	1 838 750	176 579	55 848	7 398	518 886	486 064	1 004 950	277 196
1914		460 608	17 740	934 228	884 368	1 818 596	176 270	55 793	7 644	781 930	509 380	1 291 310	297 382
1915		278 208	10 791	709 829	672 717	1 382 546	153 143	43 050	6 279	948 329	502 091	1 450 420	231 804
1916		279 076	10 494	531 054	498 430	1 029 484	112 703	32 803	4 974	811 719	486 335	1 298 054	152 862
1917		308 446	11 603	471 297	440 812	912 109	104 066	27 829	4 267	814 734	530 690	1 345 424	141 244
1918		352 543	13 344	479 652	447 161	926 813	120 122	29 438	5 131	953 596	652 879	1 606 475	142 694
1919		844 339	22 022	654 364	606 136	1 260 500	138 990	38 904	6 313	479 804	498 576	978 380	152 242
1920		894 977	36 542	827 355	771 932	1 599 287	179 422	52 306	8 628	469 939	932 929	209 723	81 859
1921		731 157	38 726	807 687	752 760	1 560 447	164 804	50 973	8 365	432 473	427 726	860 199	208 833
1922		690 947	36 587	736 143	688 661	1 424 804	150 150	47 381	7 847	447 494	442 687	890 181	182 160
1923		588 069	33 936	680 876	637 613	1 318 489	134 621	43 456	6 826	435 390	431 364	866 754	171 016
1924		446 445	35 936	666 622	624 141	1 290 763	133 225	43 421	7 063	384 017	382 940	766 957	138 012
1925		489 084	35 431	676 223	635 036	1 311 259	153 577	44 414	7 859	379 260	373 757	753 017	135 989
1926		489 685	34 105	641 395	604 076	1 245 471	152 863	42 053	7 696	374 701	368 254	742 955	124 765
1927		545 381	36 449	606 524	572 368	1 178 892	143 515	38 834	6 723	384 820	380 511	765 331	112 721
1928		594 631	36 928	617 866	582 132	1 199 998	145 232	38 441	6 626	378 117	369 327	747 444	105 578
1929		597 014	39 424	599 649	564 413	1 164 062	139 401	36 700	6 105	410 609	403 936	814 545	110 654
1930		570 241	40 722	589 028	555 123	1 144 151	135 893	36 427	5 955	364 944	353 863	738 807	95 534
1931		522 881	39 971	539 733	508 042	1 047 775	121 948	32 533	5 188	367 468	366 697	734 165	85 628
1932		516 793	42 202	511 801	481 325	993 126	114 514	29 978	4 655	354 581	353 061	707 642	77 451
1933		538 573	42 485	500 868	470 306	971 174	102 674	28 424	4 143	368 615	369 262	737 877	73 283
1934		740 165	54 402	619 072	579 278	1 198 350	101 423	32 528	3 923	366 922	357 807	724 729	79 105
1935		651 435	50 259	652 340	611 636	1 263 976	98 194	33 099	3 622	398 224	393 794	792 018	86 649

- (1) Quelle: Bevölkerung und Kultur, Reihe 2, Natürliche Bevölkerungsbewegung; Statistisches Bundesamt, Ausgabe 1967 S. 34, 35 1968 S. 18, 19
- (2) Jeweilliger Gebietsstand, 1921 ohne Saargebiet, 1922 bis 1944 Gebietsstand vom 31.12.1937
- (3) Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1904

Jahr	Ehe- schlie- ßungen	Ehe- schei- dungen	Lebendgeborene			darunter nicht- ehelich
			männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	

Deutsches Reich

1936	609 770	50 337	659 046	619 537	1 278 583	96 385	33 470	3 646	402 083	393 710	795 793	84 603	44 090
1937	620 265	46 786	656 002	619 044	1 277 046	97 768	31 561	3 326	403 658	390 709	794 367	82 194	43 997
1938	645 062	49 497	696 133	652 401	1 348 534	102 493	31 733	3 216	410 023	389 197	799 220	80 616	42 977
1939	774 163	61 789	729 013	684 217	1 413 230	109 103	32 968	3 236	438 972	415 376	854 348	102 145	•
1940	613 103	49 278	•	•	1 402 258	•	•	•	•	•	885 591	83 727	•
1941	504 200	52 872	•	•	1 308 232	•	•	•	•	•	844 435	82 727	•
1942	525 459	•	•	•	1 055 915	•	•	•	•	•	847 861	71 802	•
1943	514 095	•	•	•	1 124 718	•	•	•	•	•	853 246	80 980	•
1944	•	•	•	•	1 060 000	•	•	•	•	•	920 000	•	•

Bundesgebiet

1938	405 432				828 175	54 698	19 141				485 537	49 226
1945											710 000	
1946	400 399	48 601	380 409	352 589	732 998	120 084	17 291	3 866	313 620	274 711	588 331	66 537
1947	482 193	76 597	404 759	376 662	781 421	92 602	17 010	3 042	301 535	273 093	574 628	66 293
1948	525 160	87 593	418 617	387 457	806 074	82 448	17 853	2 836	266 297	248 795	515 092	55 105
1949	506 199	80 139	431 414	401 389	832 803	77 503	18 708	2 741	263 122	254 072	517 194	49 120
1950	535 708	84 740	420 944	401 891	812 835	79 075	18 118	2 723	266 895	261 852	528 747	45 252
1951	522 946	64 009	410 582	385 026	795 608	76 703	17 790	2 529	277 072	266 825	543 897	42 372
1952	483 358	57 933	413 043	386 037	799 080	72 140	17 145	2 351	278 394	267 569	545 963	38 624
1953	462 101	53 876	410 184	385 912	796 096	69 055	16 456	2 048	295 620	282 407	578 027	37 069
1954	453 168	50 670	420 866	395 162	816 028	68 733	16 779	2 040	285 182	270 277	555 459	35 171
1955	461 818	48 277	423 235	396 893	820 128	64 427	16 558	1 912	299 280	282 592	581 872	34 284
1956	478 352	46 101	441 125	414 772	855 887	63 954	16 129	1 791	310 037	289 376	599 413	33 098
1957	482 590	46 352	460 820	431 408	892 228	64 172	15 911	1 607	319 043	295 973	615 016	32 479
1958	494 110	48 050	466 861	437 604	904 465	61 914	15 082	1 463	309 174	288 131	597 305	32 589
1959	503 981	48 848	490 791	461 151	951 942	63 716	14 951	1 429	313 690	291 814	605 504	32 642
1960	521 445	48 874	498 182	470 447	968 629	61 330	15 049	1 343	332 903	310 459	642 962	32 724
1961	529 901	49 271	520 590	492 097	1 012 687	60 269	14 704	1 238	324 300	303 261	627 561	32 108
1962	530 640	49 508	523 801	494 751	1 018 552	56 648	14 361	1 178	335 082	309 737	644 819	29 807
1963	507 644	50 833	541 812	512 311	1 054 123	55 120	13 991	1 066	347 717	325 352	673 069	28 473
1964	506 182	55 698	547 979	517 458	1 065 437	53 131	12 901	956	347 968	329 660	677 628	24 947
1965	492 128	58 718	536 930	507 398	1 044 328	48 977	12 174	819	351 301	335 020	686 321	24 803
1966	484 562	58 730	539 492	510 853	1 050 345	47 854	12 174	819	351 301	335 020	686 321	24 803
1967	483 101	62 835	523 634	495 825	1 019 459	46 964	11 422	802	350 517	336 832	687 349	23 303
1968	444 011		498 210	471 630	969 840	46 209	10 704		371 393	362 668	734 061	22 125

1968 in den einzelnen Bundesländern:

SehH	19 685	43 833	1979	516	34	32 759	880	646
Hmb	15 841	24 265	1703	215	37	26 543	480	353
Nds	52 444	122 457	4687	1450	82	86 509	2617	1412
Brm	6 014	11 614	683	132	11	9 216	208	154
NW	117 549	269 761	10447	3187	169	202 224	6549	5023
Hess	39 658	82 151	3535	883	60	63 020	1841	1421
RhPf	25 645	58 532	2 442	610	32	44 249	1410	1073
BaWü	62 525	147 911	6 644	1490	93	43 263	3037	2393
Bay	47 428	168 408	10 382	1685	144	122 321	3484	3045
Saar	7573	17 358	787	236	13	12 815	528	437
BlNW	10 038	23 500	2320	218	18	41 654	528	464

(4) Von 1920 bis 1938 im 1. Lebensmonat

(5) ab 1.9.1939 ohne Sterbefälle von Wehrmachtsangehörigen

(6) geschätzte Zahlen

(7) ohne Wehrmachtstote

(8) geschätzt und ohne Bemerken und Berlin

(9) Bundesgebiet ohne Berlin

(10) ohne Ehescheidungen nach fremdem Recht

(11) korrigiert nach Ausgabe 1968 S. 19

(12) Leider liegen für die Jahre 1969 und 1970 noch keine Zahlen vor, die Aufschluß über etwaige Auswirkungen der "Pille" geben könnten.

II. Teil: Reformentwicklung

1. Kapitel: Aufnahme der BGB-Regelung in der juristischen Kommentar- und Lehrbuchliteratur (1)

In der Kommentar- und Lehrbuchliteratur wird nahezu einhellig auf eine eigene Stellungnahme verzichtet. Es findet sich weder Lob noch Tadel; es wird kein Fortschritt gerühmt und keine Versteinierung beklagt. Man beschränkt sich auf die Darstellung der Gesetzesbestimmungen und verzichtet auch bei ihrer Interpretation auf eigene Wertungen und läßt keine kritischen Ansätze erkennen. (2)

Endemann (3) referiert die Rechtsstellung des nicht-ehelichen Kindes als "minderwertig" (4), sieht aber den Grund nicht in der Person des Kindes. Es fehle vielmehr an der sittlichen

-
- (1) Ausgewertet wurden: Buchka, Gerhard v., Darstellung des BGB für das Deutsche Reich und des Gemeinen Rechts, 3. Aufl., Berlin 1899; Cosack, Konrad, Lehrbuch des Deutschen bürgerlichen Rechts, Bd. II, Jena 1900; Cretschmar - Das bürgerliche Recht, Bd. I, Düsseldorf 1902; Dernburg - Das bürgerliche Recht, Bd. IV, Halle 1903 (Mitglied des Herrenhauses); Endemann - Lehrbuch des bürgerlichen Rechts, Bd. II, Berlin 1900; Engelmann - Das Bürgerliche Recht Deutschlands, 3. Aufl., Berlin 1903; Landsberg - Das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches, 2. Hälfte, Berlin 1904; Lehmkuhl - Das Bürgerliche Gesetzbuch, Freiburg 1900 (S.J.); Leske - Vergleichende Darstellung des Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich und des Preussischen Allgemeinen Landrechts, Bd. II, Berlin 1905; Matthiaß - Lehrbuch des bürgerlichen Rechts, Bd. II, 2. Aufl., Berlin 1899; Müller-Meikel - Das Bürgerliche Recht, Bd. II, München 1899; Planck - Bürgerliches Gesetzbuch, Bd. IV, Berlin 1901; Simeon - Recht und Rechtsgang, Bd. I, 3. Aufl., Berlin 1901; Staudinger - Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Bd. IV, München 1899; Türcke-Niedenführ-Winter - Das Bürgerliche Recht, Bd. II, 2. Aufl., Leipzig 1905; Weyl: Vorträge über das Bürgerliche Gesetzbuch, Bd. I, München 1898, Bd. II, München 1900.
- (2) so Buchka aa0; Cosack aa0; Cretschmar aa0; Engelmann aa0; Landsberg aa0; Lehmkuhl aa0; Matthiaß aa0; Müller-Meikel aa0; Planck aa0.
- (3) Endemann aa0 S. 883 ff
- (4) Endemann aa0 S. 883

Grundlage, der Familienbindung der Eltern. Das Recht des Kindes zu stärken und ihm verbesserte Fürsorge zu sichern, liege "in der Richtung der heutigen Rechtsentwicklung" (5). Ebenso begrüßt er "als sittliches und soziales Gebot" (6) die Inanspruchnahme des Vaters und bedauert die dem Mann in § 1717 gegebene Entlastungsmöglichkeit.

Staudinger (7) bewertet den außerehelichten Beischlaf beiläufig als Delikt. Er vermißt lediglich zu § 1717 eine Begründung für die Abweichung von § 1592 Abs. 2 - mögliche Ausdehnung der Empfängniszeit. (8)

Dernburg (9) sieht in § 1707 eine Inkonsequenz. Wenn die Mutter ungeeignet sei, wie dies in den Motiven ausgesprochen werde (10), dann sei nicht so sehr die Übertragung der Vermögensverwaltung als gerade die Wahrnehmung der Personensorge von außerordentlichem Nachteil. Der Frau werde jedoch zu viel Mißtrauen entgegengebracht. Er befürwortet, der Mutter die elterliche Gewalt anzuvertrauen. (11)

Siméon (12) erachtet die Erweiterung des Unterhaltsanspruchs des Kindes als einen beträchtlichen Fortschritt.

(5) Endemann aaO S. 884 Fußn. 31

(6) Endemann aaO S. 888 - Gegen die exceptio plurium spreche:
a) die Notwendigkeit, für Mutter und Kind zu sorgen
b) das Erfordernis, die öffentliche Armenpflege zu entlasten
c) die sittliche Verpflichtung eines "Schwängers".

(7) Staudinger aaO § 1708 Bem. 2

(8) Staudinger aaO § 1717 Bem. 2

(9) Dernburg aaO S. 278 ff

(10) Mot. S. 860/61 - s.o.S. 36

(11) Dernburg aaO S. 279 Fußn. 5 - Er nimmt Bezug auf das entsprechende Gesetz von Weimar aus dem Jahre 1872, das in § 2 nicht-eheleiche Kinder unter die elterliche Gewalt der Mutter stellte. War diese selbst noch minderjährig, erstreckten sich die Rechte ihrer Eltern über sie auch weiter auf das Kind. Diese Regelung hält Dernburg für "sehr zweckmäßig".

(12) Siméon aaO S. 831

Der Kommentar von Türcke-Niederführ-Winter (13) verweist mehrfach ohne eigene Stellungnahme auf die Motive. (14) Die Möglichkeit, Unterhalt auch für die Vergangenheit zu fordern, hält er für "billig". Bei der Erörterung des § 1706 begrüßt er ebenso wie Leske (15), daß das Kind keinen Anspruch auf ein etwaiges Adelsprädikat hat.

(13) Türcke-Niederführ-Winter aaO

(14) so zu den §§ 1707; 1708; 1711; 1717

(15) Leske aaO S. 895; Türcke-Niederführ-Winter aaO zu § 1706: Das Kind sei nicht berechtigt, sich ein etwaiges Adelsprädikat "anzumaßen".

2. Kapitel: Entwicklung bis zur Weimarer Reichsverfassung

1. Die Problematik der rechtlichen und tatsächlichen Situation der nicht-ehelichen Kinder wird nach 1900 vornehmlich durch Angehörige der Sozialfürsorge breiteren Bevölkerungskreisen bewußt gemacht. Besondere Bedeutung kommt der Tätigkeit des Sozialpolitikers Christian Klumker zu. Er richtete bereits 1898 in Frankfurt/Main die "Zentrale für private Fürsorge" ein, gründet 1902 den Verein "Kinderschutz" und 1906 das "Archiv Deutscher Berufsvormünder" (1), das sich später zur Zentralstelle der Jugendfürsorge entwickelt und dessen Vorsitzender er bis in die dreißiger Jahre bleibt. Seit 1901 lehrt er an der Frankfurter Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften und gibt seit 1905 die Reihe "Probleme der Fürsorge" und seit 1906 die "Jahrbücher der Fürsorge" heraus.

Ihm und seinen Mitarbeitern, vor allem Spann und Petersen, ist auch eine frühe Belebung der Berufsvormundschaft, die dann später durch die Amtsvormundschaft fortgeführt wird, zu verdanken. (2) Seit 1909 wird durch das Archiv Deutscher Berufsvormünder das "Zentralblatt für Vormundtschaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung" - ab 1924 "Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt" - herausgegeben, das sich immer wieder eingehend für die Belange des nicht-ehelichen Kindes einsetzt.

1918 veröffentlicht Wolff in den Beiträgen zur Theorie und Politik der Fürsorge die von Klumker zum Lesen empfohlene und soweit ersichtlich erste, eine Neuregelung des gesamten Nichteheleichenrechts fordernde, Monographie: "Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder im BGB und ihre Reform".

Die Ansatzpunkte der Kritik liegen

(1) bei der den Eltern eingeräumten schwachen Position:

"Je mehr man von einer Herabminderung der unehelichen Mütter gegenüber ihrem Kind absieht, um so mehr wird man sie in ihrer natürlichen Liebe zu diesem stärken". (3)

"Wir halten es für einen ganz besonderen Mangel der bestehen-

(1) 1933 nach Verschmelzung mit dem Archiv für Jugendwohlfahrt änderte sich die Bezeichnung in "Deutsches Jugendarchiv", 1937 in "Deutsches Institut für Jugendhilfe" und 1952 in "Deutsches Institut für Vormundtschaftswesen".

(2) vgl. Klumker und Spann, Die Bedeutung der Berufsvormundschaft für den Schutz der unehelichen Kinder, 1905; Klumker und Petersen, Berufsvormundschaft, 1907.

(3) Wolff S. 58/59.

den Rechtsordnung, daß sie im Verhältnis des unehelichen Vaters zu seinem Kind nur Verpflichtungen aber keine Rechte kennt." (4)

(2) bei der Mehrverkehrseinrede, deren Begründung (5) er für "gedankenlose Phrasen" hält. (6)

Er möchte nun dem "fürsorgenden Teil" nach einer einjährigen Bewährungszeit auch die elterliche Gewalt übertragen (7), alle Konkumbenten für den Unterhalt haften lassen (8) und dem Kind gegenüber dem Vater ein Erbrecht einräumen. (9)

2. Die parlamentarische Diskussion eröffnet am 23.1.1908 der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen, indem er die Benachteiligung der nicht-ehelichen Kinder rügt. (10) Bereits einen Monat später greift der Abgeordnete Bassermann von der nationalliberalen Partei diese Frage auf und stellt sie unter einen neuen Aspekt. Er beklagt die hohe Sterblichkeitsziffer und den überdurchschnittlichen Anteil dieser Kinder an der Kriminalität und gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß der Staat sich dies nicht leisten könne. Das höchste Gut der Nation sei die Jugend und von ihr hänge "die militärische Kraft und Tüchtigkeit" des Staates ab. (11) In dieser Beurteilung gibt es zwischen den Parteien keine Meinungsverschiedenheiten.

Am 10.2.1909 ersucht der Petitionsausschuß den Reichstag, dem Reichskanzler eine Petition bezüglich des Nichtehelichenrechts als Material zu überweisen. Jährlich würden ca. 180.000 Kinder außerehelich geboren und "ungefähr 2/3 endeten im Zucht- oder Irrenhaus". Es wird empfohlen, staatliche Erziehungsanstalten zu errichten, mit denen auch Kolonial- und Marineschulen verbunden werden könnten. (12) In die gleiche Richtung weist die Anregung von Helm (FVP) in der Reichstagssitzung vom 22.3.1912 Säuglingsheime zu schaffen und der damit verbundene Hinweis,

-
- (4) Wolff S. 79 - S. 82: die BGB-Regelung sei "ungerecht und
(5) vgl. o. S. 28ff
unklug".
(6) Wolff S. 74 - ebenso S. 54
(7) Wolff S. 81f
(8) Wolff S. 77f
(9) Wolff S. 71, 83ff - S. 84: Es erscheine "selbstverständlich",
daß der Unterhaltsanspruch erlischt.
(10) vgl. Verhandlungen Bd. 230 S. 2676
(11) Verhandlungen Bd. 230 S. 3303
(12) Petition II Nr. 5038 - abgedruckt: Verhandlungen Bd. 253 Nr.

"der Herr Kriegsminister hätte allen Anlaß, wegen der Militärtauglichkeit dieser Frage der Säuglingssterblichkeit ein Interesse zuzuwenden". (13)

Den ersten konkreten parlamentarischen Anstoß zur Überdenkung des gesamten Nichtehelichenrechts des BGB gibt dann der Ausschuß für Bevölkerungspolitik durch einen Beschluß vom 15.5. 1917. (14) Es wird der Reichskanzler ersucht, sich mit den Landesregierungen um einen besseren Schutz der nicht-ehelichen Kinder zu bemühen. Gehalten als allgemeine Empfehlungen wird insbesondere angeregt, die Mehrverkehrseinrede zu beseitigen und den Unterhaltsanspruch zu erweitern.

Bereits am 28.4.1909 ist eine weitere Petition vorgelegt worden. (15) Für die durch nachträgliche Ehe legitimierten Kinder - nur für diese (16) - sollte bei Auszügen aus dem Geburtsregister nicht der Vermerk der Nichtehelichkeit aufgenommen werden. Dieser zunächst vom Jugendfürsorgeamt der Berliner Lehrerschaft ausgehenden Anregung hat der Kommissar des Reichsjustizamtes mit der Einschränkung zugestimmt, daß bei Urkunden, die für die Eheschließung benötigt werden, die Nichtehelichkeit erkennbar bleiben müsse; denn ein solches Verfahren sei geeignet, eine Täuschung des einen Verlobten über die voreheliche Geburt des anderen zu erleichtern und bei nachträglicher Aufdeckung des wahren Sachverhalts das eheliche Verhältnis zu zerrütten. Allerdings seien auf Anregung der Reichsjustizverwaltung schon in den Jahren 1905, 1906 im Verwaltungswege entsprechende Anordnungen an die Standesbeamten ergangen.

3. In der Gesetzgebung ist der Beginn einer sozialen Besser-

(13) Verhandlungen Bd. 284, S. 944

(14) veröffentlicht in Verhandlungen Bd. 322 Nr. 1087 S. 1821 ff (1829 ff)

(15) Verhandlungen Bd. 255 Nr. 1366 S. 8256 ff

(16) Erst mit einer Anfrage der Abgeordneten Ablass und Müller (Meinungen) vom 1.11.1916 - Verhandlungen Bd. 319 Nr. 485 - wurde angeregt, den Inhalt der Petition auf alle nicht-ehelichen Kinder anzuwenden.

stellung und Gleichordnung mit den ehelichen Kindern in den §§ 588, 1259 (Waisenrente) und 1271 ("Hausgeld") der RVO vom 19.7.1911 (17) zu sehen. Es folgt am 4.8.1914 (18) eine Abänderung des Gesetzes vom 28.2.1888 (19) über die Unterstützung der in den Dienst getretenen Mannschaften dahingehend, daß fortan auch die nicht-ehelichen Kinder die Unterstützung erhalten sollen, wenn die Unterhaltsverpflichtung des Vaters festgestellt sei.

Gegen diese die Not des Krieges berücksichtigende aktuelle soziale Maßnahme erheben alsbald die kirchlich ausgerichteten katholischen Frauenorganisationen Widerspruch. In einer Eingabe an den Reichsrat und Reichstag vom August 1915 (20) bringen sie ihre Besorgnis zum Ausdruck, daß vielerorts in den betroffenen gesetzlichen Verbesserungen eine Dauerregelung erblickt werde. Dem müsse mit Entschiedenheit entgegengetreten werden, da dadurch geltende Sittlichkeitsmaßstäbe untergraben würden.

(17) Die RVO vom 19.7.1911 (RGBl S. 509) bildete den Abschluß einer Jahrzehnte zurückreichenden Reformbewegung und ist als erste Kodifikation der damaligen sozialpolitischen Gesetze zu werten. Hinweise auf den früheren Gesetzeszustand s. bei Stier-Somlo, RVO 3. Aufl. München, 1929, Einleitung

(18) RGBl S. 332

(19) RGBl S. 59

(20) abgedruckt in: Die christliche Frau, Jahrgang 13 (1915) S.311

3. Kapitel: Der Verfassungsauftrag des Art. 121 WRV

Die verfassungsgebende Nationalversammlung wird am 19.1.1919 gewählt und zählt 421 Abgeordnete. Hiervon entfallen 188 Mandate auf die Sozialisten und 233 auf die sog. bürgerlichen Parteien:

164 SPD	88 Zentrum
24 USP	77 Demokraten
	34 DNVP
	23 DVP
	11 kleine Parteien (1)

Die Nationalversammlung tritt am 6.2.1919 in Weimar zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Beratungen über die Verfassung beginnen am 24.2.1919 mit der mündlichen Begründung der Regierungsvorlage durch den Reichsinnenminister Preuß. (2)

Diese Vorlage enthält nur einen kurzen Grundrechtskatalog. (3)

-
- (1) s. Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, 1921 S.16
- (2) Die Regierungsvorlage stellt selbst bereits den 3. Entwurf dar. Den 1. Entwurf hat im Auftrage des Rates der Volksbeauftragten, der aus sechs Mitgliedern bestand (je drei Mehrheitssozialisten und unabhängige Sozialisten) und ab dem 9.11.1918 provisorisch die gesamte Reichsgewalt auf sich vereinigte, Dr. Hugo Preuß verfasst und bereits einen Tag nach der Wahl zur Nationalversammlung am 20.1.1919 im Reichsanzeiger veröffentlichten lassen. Die Länderregierungen erhoben gegen diesen Entwurf starke Einwendungen, so daß ein vorläufiger Staatenausschuß gebildet wurde, der eine Überarbeitung vornahm, die zum Entwurf 2 führte. In der 1. Sitzung der Nationalversammlung verabschiedete man schließlich ein Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt, das u. a. vorsah, daß Regierungsvorlagen an die Nationalversammlung der Zustimmung des jetzt institutionalisierten Staatenausschusses bedürfen. Dieser Staatenausschuß unterschied sich, wenn auch eine Umformung stattfand, politisch nicht von seinem Vorgänger, der den Entwurf 2 konzipiert hatte. Die Änderungen zum Entwurf 3 - der endgültigen Regierungsvorlage - sind daher unbedeutend. Einzelheiten s. bei Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, 14. Aufl. S. 16 ff
- (3) Die Aufnahme von Grundrechten war insgesamt umstritten - vgl. die grundsätzliche ablehnende Stellungnahme von Heintze (DVP) (Verhandlungen Bd. 336 Nr. 391 S. 369), der entsprechend der Verfassung von 1871 keine Grundrechte festlegen will.

Besondere Artikel über Ehe und Familie sind nicht vorgesehen. Die Arbeiten des Verfassungsausschusses (4), der am 4.3.1919 mit der weiteren Beratung beauftragt wird und des von ihm wiederum eingesetzten Unterausschusses führen dann zu einer Erweiterung und Neuformulierung der Grundrechte. Im ersten Abschnitt wird die Rechtsstellung des Einzelnen abgegrenzt und im Anschluß folgen die Grundprinzipien für das Gemeinschaftsleben.

Diese starke Beachtung der Einzelpersönlichkeit und der ihr vor den Gemeinschaftsregeln zugewiesene Rang wird von dem Berichterstatter des Unterausschusses Beyerle (Z) näher erläutert:

"Wir waren bemüht, hier einem Gedanken zu folgen, der im Preußischen Allgemeinen Landrecht enthalten ist und der dem germanischen Rechtsdenken seit Jahrhunderten eigen ist: den Einzelnen durch die Gemeinschaft hindurch zum Staate hinaufsteigen zu lassen und so zunächst die Grundrechte und Grundpflichten der Person in erste Linie zu stellen und diesen dann die Grundlagen des Gemeinschaftslebens anzureihen." (5)

Die Rechtslage des nicht-ehelichen Kindes findet auch erste Erwähnung bei der Erörterung des Gleichheitssatzes (6), wird aber im Entwurfstext noch nicht berücksichtigt.

Bei der Diskussion um die Grundlagen des Gemeinschaftslebens wird diese vorher nur beiläufig behandelte Problematik erneut aufgegriffen. Zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien ist es zu einer Kontroverse darüber gekommen, ob die Ehe unter besonderen verfassungsrechtlichen Schutz gestellt werden soll. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird dies positiv entschieden. Hierbei wird das nicht-eheliche Kind als Argument gegen den Eheartikel (7) angeführt. Mit seiner Besserstellung soll der institutionelle Schutz der Ehe relativiert werden.

(4) Der Verfassungsausschuß setzt sich aus 28 Mitgliedern zusammen. Den Vorsitz führt der Abgeordnete Hausmann (DDP).

(5) Verhandlungen Bd. 336 Nr. 391 S. 368

(6) vgl. 32. Sitzung des Verfassungsausschusses vom 28.5.1919 - Verhandlungen Bd. 336 Nr. 391 S. 371 ff

(7) Art. 118 Ausschufentwurf

Gleichzeitig wird die bevölkerungspolitische Komponente angesprochen:

Quark (SPD): "Wenn Sie die Ehe auszeichnen, indem Sie sie unter den besonderen Schutz der Verfassung stellen, dann wirken Sie damit dem von allen Parteien angestrebten Schutz der unehelichen Kinder entgegen. Dabei wissen Sie, daß der Schutz der unehelichen Kinder für die Erhaltung und Vermehrung der Nation eine wesentliche Rolle spielt." (8)

Der von den Abgeordneten Katzenstein (SPD) eingebrachte Antrag (9), sich des nicht-ehelichen Kindes in dem Verfassungsentwurf ausdrücklich anzunehmen, findet allerdings keine Mehrheit. Immerhin kann gegen den Widerstand des Zentrums (10) eine Resolution beschlossen werden, die die Regierung auffordert, die "rechtliche und soziale Stellung der unehelichen Kinder in gerechter Weise zu regeln." (11)

Die Abstimmungsniederlage im Ausschuß und die gefaßte Resolution veranlassen die Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten zur 2. Lesung im Plenum mehrere Anträge einzubringen, die durchweg mit verschiedenen Modifikationen die Gleichstellung des ehelichen und nicht-ehelichen Kindes verfassungsmäßig verankern wollen. (12) Der Art. 118 entsprechende Art. des Entwurfs soll durch einen neuen Absatz ergänzt werden.

Erst als die Demokraten vermittelnd vorschlagen, anstatt einer verfassungsrechtlichen Gleichstellung den Gesetzgeber in der Verfassung aufzufordern, den nicht-ehelichen Kindern gleiche Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen (13), verschiebt sich entscheidend das Stimmenverhältnis. Jetzt, bei diesem Diskus-

(8) Verhandlungen Bd. 336 Nr. 391 S. 505

(9) vgl. Katzenstein (SPD), Verhandlungen Bd. 336 Nr. 391 S. 544

(10) vgl. die Ausführungen von Hitze (Z): "Es fragt sich aber prinzipiell, ob wir überhaupt in diesem Augenblick die Verfassungsvorlage noch mit Resolutionen belasten sollen. Es gibt noch viel wichtigere Sachen als diese." - Verhandlungen Bd. 336 Nr. 391 S. 544

(11) S. Verhandlungen Bd. 336 Nr. 391 S. 544

(12) vgl. Anträge, Nr. 540 und Nr. 544 der SPD und Nr. 548 der USP - Nationalversammlung Bd. VI S. 3901 f

(13) Antrag, Nr. 547 - Nationalversammlung Bd. VI S. 3901

sionsstand, gehen zwei Anträge des Zentrums ein. Zum einen soll die Formulierung "gleiche Bedingungen" durch "gerechte Bedingungen" abgeändert werden (14) und zum anderen der Auftrag an den Gesetzgeber einen eigenen Artikel erhalten und somit vom unmittelbaren Zusammenhang mit dem Eheschutz gelöst werden. (15)

Der erste Antrag wird abgelehnt, da eine klare Entscheidung zu einer programmatischen, letztlich jedoch wenig aussagenden Formel verwässern würde. Die Abgeordnete Brönner (DDP) meint in diesem Versuch des Zentrums "allerlei Fußangeln" zu erkennen und begründet dies:

"Was heißt eigentlich 'gerecht'? Was dem einen Menschen schon höchste Gerechtigkeit ist, erscheint dem anderen ein schreiendes Unrecht. Wenn gar der Gerechtigkeit, von der in diesem Antrage gesprochen wird, das Schriftwort zugrunde gelegt sein sollte: 'Die Sünden der Väter sollen heimgesucht werden an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied', dann wäre es freilich schlecht genut um das Recht der unehelichen Kinder gestellt." (16)

Die Antwort des Zentrums gibt der Abgeordnete Burlage:

"Wir erkennen es durchaus an, daß das Kind völlig unschuldig ist. Aber wir wollen nicht, daß die Ehe dadurch untergraben wird, daß man gewisse, die Bedeutung der Ehe herabsetzende Bestimmungen in bezug auf uneheliche Mutterschaft und auf das (un)eheliche Kind einführt." (17)

"Wir behandeln die uneheliche Mutter durchaus nicht verächtlich. Wir haben die Klöster vom Guten Hirten, die sich dieser Mütter in zarter Liebestätigkeit annehmen, wie sie nur von den Edelsten der Frauen geübt werden kann. Wir wollen, daß diese Mütter sich wieder emporarbeiten, ich möchte sagen, um in einem Bilde zu sprechen, wie die Wasserrose aus dem Schlamm emporsteigt zum Lichte und sich dort in Reinheit an der Sonne entfaltet. Aber das hält uns nicht ab, daß wir uns ehrerbietig verbeugen vor den Jungfrauen, die rein durchs Leben gehen, und auf deren Grab pflanzen wir die Lilien und keine Wasserrosen." (18)

-
- (14) Antrag, Nr. 567 - Nationalversammlung Bd. VI S. 3900
(15) Antrag, Nr. 680 Ziff. 4 - Nationalversammlung Bd. VII S. 395
(16) Nationalversammlung Bd. VI S. 3912
(17) Nationalversammlung Bd. VI S. 3923
(18) Nationalversammlung Bd. VI S. 3924 - Die Reaktion der Abgeordneten hält das Protokoll mit der Bemerkung fest: "Lebhafter Beifall im Zentrum.- Zischen links.- Wiederholtes lebhaftes Bravo! im Zentrum und Zischen links."

Dem 2. Antrag wird dagegen stattgegeben und schließlich mit dem gesonderten Art. 121 in 3. Lesung folgende Bestimmung beschlossen:

"Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern."

Die Intensität, mit der sich die Nationalversammlung noch einmal in 3. Lesung (19) der Nichtehelichenproblematik annimmt (20), weist erneut darauf hin, daß es um mehr geht als um das nicht-eheliche Kind; es geht in ideologischer Auseinandersetzung um die Wertzuweisung von Ehe und Familie in der Gesellschaftsordnung.

(19) vgl. Nationalversammlung Bd. VII S. 347

(20) Die Bedeutung, die den in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Fragen beigemessen wird, läßt sich auch bereits an der Dauer der Debatte ablesen, die lediglich von der Erörterung zu Art. 103 (Gerichtswesen) übertroffen wird.

4. Kapitel: Entwicklung während der Weimarer Republik

1. Abschnitt: Überblick

1. Art. 121 WRV enthält eine Aufforderung an den Gesetzgeber, hat somit nicht selbst derogative Kraft. Die weitergehenden Anträge der Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten sind abgelehnt worden.

2. 1920 wird bereits durch das Reichsjustizministerium ein Referentenentwurf zur Neuregelung vorgelegt. Dieser Entwurf hat die Beratungen der Landesregierungen nicht überstanden.(1)

1921 beschäftigt sich der 32. Deutsche Juristentag mit diesem Thema. Er erachtet es als notwendig, das Nichtehelichenrecht insgesamt neu zu regeln und faßt seine Beratungsergebnisse in Empfehlungen an den Gesetzgeber zusammen. (2)

1922 wird das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz mit der bedeutsamen Neuerung der Amtsvormundschaft verabschiedet. (3) Damit wird praktisch die Berufsvormundschaft (4) im Jugendamt institutionalisiert und auf alle nicht-ehelichen Kinder ausgeweitet. Aufgaben des Amtsvormundes sind insbesondere die gerichtliche Ermittlung des Vaters einzuleiten, den Unterhaltsanspruch geltend zu machen und als Beistand der Mutter behilflich zu sein.

Am 22.5.1925 wird ein Entwurf der Reichsregierung Luther (5) unter dem Justizminister Frenken (6) bekanntgegeben und im

(1) Dieser Entwurf ist - soweit ersichtlich - nirgends veröffentlicht worden. Sein genauer Inhalt und die Gründe für sein Scheitern im einzelnen konnten nicht ermittelt werden. Klumker, Archiv für Sozialwissenschaften Bd. 55 S. 156 erwähnt ihn bloß beiläufig.

(2) vgl. Verhandlungen 32. DJT, 1921, S. 227 ff

(3) RGL. I, S. 633; in Kraft getreten am 1.4.1924

(4) vgl. o. S. 15

(5) ab 1927 Mitglied der DVP - vgl. Der Große Brockhaus Bd. 11, 15. Aufl.

(6) Vertrauensmann des Zentrums - vgl. Der Große Brockhaus, Bd. 6 15. Aufl. 1930

Reichsarbeitsblatt veröffentlicht. (7) Er findet in der Öffentlichkeit außerordentlich starke Resonanz. Die auflebende Diskussion wird hierbei deutlich von zwei Interessengruppen, der Fürsorge und der Kirche, bestimmt. Aus den Kreisen der Fürsorge werden zahlreiche eigene Entwürfe vorgelegt, die schließlich 1928 zu einem einheitlichen Gegenentwurf des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge und des Archivs Deutscher Berufsvormünder zusammengefaßt werden. (8)

Am 11.1.1929 wird durch den Reichskanzler Müller (SPD) und den Justizminister Koch-Weser (DDP) die noch einmal überarbeitete Regierungsvorlage dem Reichstag unterbreitet. (8a) Die am 2.2.1929 begonnenen Beratungen werden nicht zu Ende geführt. Vom Rechtsausschuß, an den die Materie nach der 1. Lesung überwiesen worden ist, gelangt der Entwurf nicht mehr zurück ins Plenum.

3. In den zehn Jahren, in denen der Verfassungsauftrag besteht, von 1919 bis zur 1. Beratung im Jahre 1929, hat das Parlament selbst keine Initiative ergriffen und auch keinen Druck auf die jeweiligen Regierungen ausgeübt.

Auf gelegentliche Anfragen der Sozialdemokraten (9) und

-
- (7) Reichsarbeitsblatt 1925, Amtlicher Teil S. 459. Die Begründung zu diesem Entwurf wird der breiteren Öffentlichkeit dagegen nicht bekanntgegeben. Sie ist aber abgedruckt in den Drucksachen des Reichsrates, Tagung 1925 Nr. 108.
- (8) s. ZBlJR 1927/1928 S. 324 ff; Flugschriften des Archivs Deutscher Berufsvormünder Heft 9, 1928 - mit Begründung.
- (8a) Verhandlungen Bd. 433 Drucksache IV Nr. 733 - mit Begründung.
- (9) 23.6.1921 - Anfrage - Verhandlungen Bd. 368 Nr. 2302, Antwort: 1.7.1921 durch Brandis, Ministerialrat im Justizministerium:
"Ich kann die Erklärung abgeben, ..., daß die Vorlegung eines entsprechenden Entwurfs an den Reichsrat in nächster Zeit zu erwarten ist." - Verhandlungen Bd. 350, 4255.
4.8.1923 - Sachstandsanfrage von der Abgeordneten Schuch (Vereinigte Sozialdemokraten) während einer Parlamentsdebatte - Verhandlungen Bd. 361 S. 11 865.
Antwort durch Oegg, Ministerialdirektor im Justizministerium:
"Ich kann die erste Frage, ob der seit längerem in Vorbereitung befindliche Entwurf ... bald dem Reichsrat als Gesetzesvorlage zugehen werde, bejahen." - Verhandlungen Bd. 361 S. 11 866.

Deutschen Demokraten (10) wird die Erwartung ausgesprochen, das Gesetz "in Bälde" (11) vorlegen zu können und "tunlichste Beschleunigung" (12) zugesagt.

Am 30.4.1926 wird ohne Aussprache ein Entschließungsantrag der Kommunisten vom 16.2.1926 (13) abgelehnt, (14) der die Reichsregierung ersuchen sollte, "unverzüglich einen Entwurf vorzulegen, durch den die geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Ehe, die Mutterschaft und die unehelichen Kinder mit den Vorschriften der Art. 119 und 121 der Reichsverfassung in Einklag gebracht werden und insbesondere die Ehescheidung erleichtert und die Rechtsstellung der uneheli-

-
- (10) 7.11.1921 - Anfrage - Verhandlungen Bd. 369 Nr. 2937, Antwort: 15.11.1921 durch Radbruch (SPD), Justizminister: Der Entwurf werde "mit tunlichster Beschleunigung dem Reichsrate vorgelegt werden." - Verhandlungen Bd. 369 Nr. 3004, 23.6.1922 - Anfrage - Verhandlungen Bd. 374 Nr. 4582, Antwort: 7.8.1922 durch Radbruch (SPD), Justizminister: "Nach dem Stande der Arbeiten glaube ich annehmen zu dürfen, ...,daß der endgültige Entwurf noch im Laufe dieses Jahres dem Reichsrate wird vorgelegt werden können." - Verhandlungen Bd. 374 Nr. 4901, 24.2.1927 - im Parlament: Abgeordneter Bordauf (DDP) - "... Vorher eine Anfrage! Der Reichstag wünscht schon seit sechs Jahren... ." - Verhandlungen Bd. 392, 9213; Antwort: keine - Amtszeit von Justizminister Hergt (DNVP), 28.1.1928 - im Parlament Anfrage durch die Abgeordnete Lüders (DDP) - Verhandlungen Bd. 394, 12 475, Antwort durch Justizminister Hergt (DNVP): "Ich kann natürlich einen Termin, zu dem die Sache im Reichsrat beendet sein wird, nicht nennen; aber ich habe bereits erklärt, daß ich an den Reichsrat von neuem herangetreten bin, um die Sache in Gang zu bringen." - Verhandlungen Bd. 394, 12 447.
- (11) Justizminister Heinz (DVP) - Verhandlungen Bd. 347, 2100
- (12) Justizminister Radbruch (SPD) - Verhandlungen Bd. 369 Nr. 3004
- (13) Verhandlungen Bd. 406 Nr. 1888
- (14) Verhandlungen Bd. 390, 6968

chen Mutter und des unehelichen Kindes verbessert wird."
(15) (16)

Dieser Antrag verlangt nichts, was gegen einen Verfassungsgrundsatz verstieße und fordert im Hinblick auf Art. 121 WRV die Verwirklichung eines Verfassungsauftrages. Gleichwohl findet er keine Mehrheit. (17)

Am 22.6.1928 durch die Sozialdemokraten (18), am 28.6.1928 durch die Deutschen Demokraten (19) und am 27.11.1928 durch die Kommunisten (20) werden solche Entschließungsanträge wiederholt. Zu einer Abstimmung hierüber kommt es dann nicht mehr, da bei der Debatte am 30.11./1.12.1928 (21) bereits bekannt ist, daß der Entwurf vom 11.1.1929 fertiggestellt ist. (22)

Die Problematik des Nichteheleichenrechts wird im übrigen immer wieder einmal, meistens bei Haushaltsdebatten, von den Unabhängigen Sozialisten bzw. den Kommunisten, den Sozial-

-
- (15) Zu dieser Zeit regiert das 2. Kabinett Luther. Der Reichstag hat folgende Sitzverteilung:

SPD	131	DVP	51	WV	21	
DNVP	103	KP	45	BVP	19	Zahlen zit. nach MDR
Z	69	DDP	32	Sonstige	22	(Reichstag) S. 822 f

Dieser Entschließungsantrag hätte somit auch gegen die DNVP, das Zentrum und die BVP durchgesetzt werden können.

- (16) Ein zu Art. 121 WRV sachlich gleichlautender Entschließungsantrag ist bereits am 6.1.1925 durch die Deutschen Demokraten eingebracht worden - Verhandlungen Bd. 397 Nr. 75. Er ist am 18.3.1925 zur Abstimmung gebracht aber abgelehnt worden - Verhandlungen Bd. 385, 1145/46. Diese Ablehnung ist erklärlich, da zu diesem Zeitpunkt der Entwurf vom 22.5.1925 bereits bekannt war - vgl. Korsch (KP), Berichterstatter des Rechtsausschusses, Verhandlungen Bd. 384, 981.
- (17) Für das Zentrum ist dieser Entschließungsantrag allerdings wegen der gleichzeitigen Aufforderung, eine Ehescheidung zu erleichtern, kaum akzeptabel.
- (18) Verhandlungen Bd. 430 Nr. 84
- (19) Verhandlungen Bd. 430 Nr. 114
- (20) Verhandlungen Bd. 432 Nr. 513
- (21) vgl. Verhandlungen Bd. 423, 567 ff
- (22) vgl. Neuhaus (Z), Verhandlungen Bd. 423, S. 595; Arendsee (KP) Verhandlungen Bd. 423 S. 577 - s. Zitate u.S. 141 FuBn. 5

demokraten und den Deutschen Demokraten am Rande erwähnt. (23)
Die Deutsche Volkspartei bezeichnet durch ihren Abgeordneten
Kahl den Entwurf von 1925 zwar einmal als "fein durchdacht"
(24), äußert sich jedoch sonst nicht. Von der Deutsch-Nationalen
Volkspartei fehlt überhaupt jede Reaktion, das Zentrum
nimmt auf seine bereits in der Nationalversammlung gezeigte
ablehnende Haltung Bezug (25) und wird hierin von der Bayerischen
Volkspartei unterstützt. (26)

Zu einer eingehenden Aussprache mit Stellungnahmen aller
Parteien kommt es erstmals in der Debatte vom 30.11./1.12.
1928 (27), die bereits im Zusammenhang mit der ersten Beratung
des Entwurfs vom 11.1.1929 am 4.2.1929 (28) zu sehen ist. (29)

4. Der zur Vorbereitung der 2. Lesung beauftragte Rechts-
ausschuß nimmt seine Arbeit noch auf. Aber weder unter der
Regierung Müller (SPD) (30) noch unter der vom Zentrum ge-
führten Regierungsverantwortung durch die Reichskanzler

-
- (23) vgl. Rosenfeld (US) 23.2.1922, Bd. 353 S. 6034; Rosenfeld
(Vereinigte Sozialdemokraten) 12.2.1923, Bd. 358 S. 9630;
Ledebour (KP) 13.2.1923, Bd. 358 S. 9672; Arendsee (KP)
18.3.1925 Bd. 385 S. 1140; Lüders (DDP) 25.1.1927, Bd. 391
S. 8743; Nemitz (SPD) 25.1.1927, Bd. 391 S. 8742; Bordauf
(DDP) 24.2.1927, Bd. 392 S. 9213; Lüders (DDP) 28.1.1928
Bd. 394 S. 12 475.
- (24) 5.5.1926 - Verhandlungen Bd. 390, 7018.
- (25) Etwa am 12.2.1923: Auf die Forderung des Abgeordneten Rosen-
feld (Vereinigte Sozialdemokraten) hin, gemäß Art. 121 WRV
endlich die "Gleichstellung" der nicht-ehelichen Kinder vor-
zunehmen, antwortet der Abgeordnete Bell (Z):
"Wir können uns seinen Vorschlägen über die Gleichstellung...
nicht anschließen. Wir haben unsere nach dieser Richtung ent-
gegengesetzte Auffassung aus nationalem Interesse zur Genüge
dargelegt und ich habe keinen Anlaß, diese damals von uns mit
zutreffenden und durchschlagenden Gründen gemachten Darlegun-
gen heute zu wiederholen" - Verhandlungen Bd. 358, 9633.
- (26) vgl. Beyerle, 5.5.1926:
"Kraft meiner Überzeugung und kraft meiner Zugehörigkeit zu
meiner Partei" (bin ich) "verpflichtet, den Kampf, den Herr
Dr. Bell in dieser Richtung hier angesagt hat, mit allem
Nachdruck zu unterstützen." - Verhandlungen Bd. 358, 9662.
- (27) Verhandlungen Bd. 423, 567 ff
- (28) Verhandlungen Bd. 423, 1015 ff
- (29) vgl. o. S. 62 Fußn. 22
- (30) bis zum 31.3.1930

Brüning (31) und von Papen (32) werden entscheidende Fortschritte erzielt. Anfragen und Resolutionsanträge von KP und SPD werden an die jeweiligen Ausschüsse verwiesen oder gar nicht mehr behandelt.

-
- (31) bis Ende Mai 1932
(32) ab 1.6.1932
(33) vgl. 9.12.1930, Antrag der SPD, Verhandlungen Bd. 449 Nr. 494 - behandelt am 25.3.1931, Verhandlungen Bd. 445 S. 2003; 22.1.1931, Entschließung des Haushaltsausschusses, (Vorsitzender: Heinemann), Verhandlungen Bd. 449 Nr. 680 - behandelt am 14.2.1931, Verhandlungen Bd. 444 S. 1056; 15.10.1931, Antrag der KP, Verhandlungen Bd. 451 Nr. 1201; 30.8.1932, Antrag der KP, Verhandlungen Bd. 454 Nr. 109 - nicht mehr behandelt.

2. Abschnitt: 32. Deutscher Juristentag (1)

1. Überblick

- 1,1: Bereits der 3./4. Deutsche Juristentag hatte sich 1863 mit der Rechtsstellung des nicht-ehelichen Kindes befaßt. 1921 behandelt der 32. Deutsche Juristentag erneut in Bamberg das gleiche Thema. Es sind zwei Referate von Landgerichtsrat Fallmann und Professor Pappenheim vorbereitet. Beide einigen sich wegen der weitgehenden Übereinstimmung noch vor Beginn des Juristentages auf eine einheitliche Darstellung, die schließlich von Fallmann vorgetragen wird. (2)
- 1,2: In dem vorgetragenen Referat geht Fallmann von folgenden sozialen Tatbeständen aus: (3)
- 1,21: In den letzten Jahren vor dem Krieg sei die Zahl nicht-ehelicher Kinder bis auf über 180.000 pro Jahr angestiegen; sie habe sich während der Kriegszeit dann auf etwa 150.000 jährlich verringert.
- 1,22: 1912 habe der Anteil nicht-ehelicher Kinder 9,5 % betragen und sich später während des Krieges auf 11,2 % erhöht. (4)
- 1,23: 40 % aller Erstgeburten seien nicht-ehelich.
- 1,24: Im Jahre 1916 sei im Staatshaushaltsausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses festgestellt worden, daß

-
- (1) Referate, Diskussion und Beschlußfassung sind als Verhandlungen des 32. Deutschen Juristentages veröffentlicht worden - folgend zitiert: 32. DJT
- (2) 32. DJT S. 150 ff
- (3) vgl. 32. DJT S. 151 f
- (4) Der prozentuale Anteil ist regional sehr unterschiedlich und beträgt mitunter bis zu 40 %, z. B. in Kärnten - 32. DJT S. 152

von 1.000 neugeborenen nicht-ehelichen Kindern nur 312 das zweite und 136 das 19. Lebensjahr erreichten, während die entsprechenden Zahlen der ehelichen Kinder 696 bzw. 512 betragen würden.

- 1,3: Die rechts- und sozialpolitische Analyse ist gekennzeichnet durch im wesentlichen folgende Überlegungen:(5)
- 1,31: Mit zunehmender Kompliziertheit des gesellschaftlichen Lebens, Erhöhung des durchschnittlichen Erziehungszieles, fortschreitender Technisierung und weiterer Lockerung und Auflösung größerer Familiengemeinschaften hätten sich die Existenzbedingungen der Einzelperson ungemein verschlechtert; das Schicksal des Einzelnen werde abhängig von der individuellen Vorsorge der unmittelbaren Verwandten, der Eltern, des Vaters. (6)
- 1,32: Die moralisch-religiöse Verurteilung außerehelicher Fortpflanzung sei sekundäre Folge eines sozial mißbilligten unerwünschten Zuwachses der Gesellschaft.
- 1,33: Die sozial unerwünschte nicht-eheliche Geburt werde infolge naiver Anschauungsweise nur da bekämpft, wo sie sinnlich wahrnehmbar werde, bei Mutter und Kind.
- 1,34: Männliches Entscheidungsmonopol und männlicher Egoismus hätten die eigene Verantwortlichkeit verdrängt und alle Last, die gesellschaftliche Ächtung, die persönliche Sorge für das Kind, die Funktion des sittlichen Tugendwächters und den Schutz der Institution Ehe der Frau zugeschoben.

(5) vgl. 32. DJT S. 152 ff

(6) vgl. auch die recht bescheidene Funktionszuweisung an den Familienrat (§§ 1858 - 1881). Er ist heute praktisch bedeutungslos.

1,35: Das Kind sei bisher nicht als eigene Rechtspersönlichkeit anerkannt worden.

1,4: Seine Vorschläge gehen aus:

1,41: von dem Bewußtsein, das gesamte Rechtsgebiet neu regeln zu müssen;

1,42: von der Erkenntnis, daß wegen der regelmäßig fehlenden familienmäßigen Verbundenheit zwischen Vater, Mutter und Kind eine schematische Gleichstellung mit dem Ehelichenrecht nicht möglich ist;

1,43: von der Forderung, wegen der Vielgestaltigkeit der Einzelfälle eine weitgehende elastische Normierung vorzunehmen.

1,5: Der Juristentag unterstützt die zur Abstimmung vorgelegten Leitlinien und gibt sie, bis auf die Anregung, dem nicht-ehelichen Kind auch ein Erbrecht gegenüber dem Vater zu gewähren, als eigene Empfehlungen an den Gesetzgeber weiter: (7)

"I. 1. Die uneheliche Vaterschaft wird durch freiwillige Anerkennung oder durch gerichtliches Urteil festgestellt. Die Feststellung durch gerichtliches Urteil erfolgt aufgrund freier Beweiswürdigung, die ebenso hinsichtlich der Empfängniszeit, wie hinsichtlich des Gegenbeweises gegen die beizubehaltende gesetzliche Vermutung des § 1717 BGB Platz greift.

Die Vaterschaftsklage kann nur bis zum Ablauf von drei Jahren seit der Geburt des Kindes erhoben werden. Unverschuldeter Fristversäumung ist entsprechend Rechnung zu tragen.

2. Das Kind hat auch abgesehen von dem Fall Nr. 1 einen Anspruch auf Beitragsleistung zu seinem Unterhalt gegen den, der der Mutter innerhalb der Empfängniszeit beige-
wohnt hat, es sei denn, daß die Mutter das Kind nicht aus dieser Beiwohnung empfangen haben kann. Mehrere hiernach Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

Soweit der Unterhalt aus öffentlichen Mitteln zu gewähren ist, tritt an die Stelle des Unterhaltsanspruches des Kindes ein Regreßanspruch des Organes der öffentlichen Hilfe.

3. Zur vorläufigen Sicherung des Unterhaltes des Kindes bis zur endgültigen Feststellung der Vaterschaft empfiehlt sich eine dem Provisorium des § 627 ZPO entsprechende Regelung.

II. 1. Der uneheliche Vater kann dem Kinde mit dessen und der Mutter Einwilligung in gesetzlich zu bestimmender Form seinen Namen erteilen.

Der Einwilligung der Mutter bedarf es nicht, wenn ihr die Sorge für die Person des Kindes nicht zusteht.

2. Steht die elterliche Gewalt nicht der Mutter zu, so ist sie auf Antrag des Vaters vom Vormundschaftsgericht ihm zu übertragen, wenn sich dies mit dem Interesse des Kindes verträgt.

3. Die Unterhaltungspflicht des Vaters ist gegenüber den Vorschriften des § 1708 BGB zeitlich und durch umfassendere Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse zu erweitern.

4. Der der Lebensstellung des Vaters entsprechende Unterhalt ist jedenfalls dann zu gewähren, wenn das Kind bei dem Vater untergebracht ist.

5. Die Anwendung des § 323 ZPO auf Abfindungsverträge ist zuzulassen, wo ihre Versagung eine unbillige Härte bedeuten würde.

III. 1. Die uneheliche Mutter ist nach Möglichkeit der ehelichen gleichzustellen. Das uneheliche Kind erhält den Familiennamen der Mutter auch dann, wenn er infolge ihrer Verheiratung eine Änderung erfahren hat.

2. Nach dem Deutschen Rechte ist der Mutter auf ihren Antrag nach Ablauf einer gesetzlich zu begrenzenden Bewährungsfrist die elterliche Gewalt einzuräumen, soweit dem nicht nach Feststellung des Vormundschaftsgerichts Bedenken entgegenstehen. Das Vormundschaftsgericht hat der Mutter für die Ausübung der elterlichen Gewalt einen Beistand zu bestellen, wenn dies im Interesse des Kindes geboten ist.

3. Die Stellung des Vormunds, beziehungsweise des Beistands ist in bezug auf die Sorge für das Kind derart auszugestalten, daß er die Interessen des Kindes hinsichtlich seines Gedeihens und seiner beruflichen Ausbildung besser zu schützen vermag als bisher.

4. Die Mutter hat neben dem Vater oder dem nach Abschnitt I, Zahl 2 Verpflichteten dem Kinde Unterhalt zu gewähren. Insoweit ein Teil die Unterhaltungspflicht nicht erfüllt, tritt der andere an seine Stelle, soweit hierdurch nicht sein notwendiger Unterhalt beeinträchtigt wird.

5. Die Unterhaltspflicht der Mutter bestimmt sich nach ihrer Lebensstellung. Auf die Verminderung der Erwerbsfähigkeit der Mutter, welche sich dadurch ergibt, daß sie das Kind persönlich verpflegt und erzieht, ist entsprechend Bedacht zu nehmen.

6. Die Ansprüche der Mutter gegen den Vater oder die Bewohner sind im Interesse einer besseren Verpflegung des Kindes in den ersten Lebensmonaten beziehungsweise zum Schutze von Mutter und Kind in der letzten Zeit der Schwangerschaft über das geltende Recht auszudehnen. Insbesondere ist zu berücksichtigen der Mehraufwand, der der Mutter erwächst, falls sie infolge der Schwangerschaft oder Entbindung erkrankt oder infolge Stillens oder sonstiger eigener Pflege des Kindes in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt wird."

...

2. Einzelfragen

2,1: Vaterschaft

Es soll sowohl die gesetzliche Feststellung der Vaterschaft als auch ihre freiwillige Anerkennung zulässig sein (I, Ziff. 1).

2,11: Vaterschaftsklage

2,111: Die Frage, ob eine gerichtliche Feststellung der Vaterschaft überhaupt zugelassen werden soll, steht nicht mehr zur Diskussion. Sie wird unter Hinweis darauf, daß insoweit das BGB für mehrere andere europäische Länder Vorbild gewesen sei, (8) bejaht.

2,112: Nach der BGB-Regelung wird nur eine Unterhaltsvaterschaft festgestellt. Es soll jetzt die tatsächliche Vaterschaft ermittelt werden.

Pappenheim: "Der wichtigste Schritt, den die Leitsätze in dieser Richtung tun, ist der, daß sie dem unehelichen Kinde neben dem ihm gegenwärtig allein zustehenden Anspruch auf Unterhalt einen solchen auf Feststellung der Vaterschaft gegen seinen Erzeuger einräumen." (9)

(8) vgl. 32. DJT S. 161

(9) 32. DJT S. 180; ebenso Fallmann aaO S. 162

2,12: Vaterschaftsvermutung

2,121: Erforderlichkeit der Vaterschaftsvermutung.

Eine positive Feststellung blutsmäßiger Abstammung ist nach dem Stand medizinischer Erkenntnisse nicht möglich.

(10) Man geht jedoch davon aus, daß die Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit regelmäßig nur mit einem Mann geschlechtlichen Verkehr gehabt hat.

Der Grundsatz des Einverkehrs hat zur Folge, daß wie beim ehelichen Kind gesetzlich vermutet wird, daß der Mann der Vater des Kindes ist, dessen Verkehr innerhalb der Empfängniszeit mit der Mutter nachgewiesen ist.

2,122: Grenzen der Vaterschaftsvermutung.

Aus der gesetzlichen Vaterschaftsvermutung ergibt sich die Notwendigkeit, ihr Ausmaß zu bestimmen und die Möglichkeit zu regeln, diese Vermutung zu entkräften.

Sie soll im Wege freier richterlicher Beweiswürdigung beseitigt werden können (I, Ziff. 1).

Argumente:

2,1221: Gegen die exceptio plurium:

"Es (geht) nicht an, in diesem Falle dem Kinde jeden Anspruch zu versagen. ... Es scheint ... heute die überwiegende Ansicht, daß das Recht des Kindes auf Existenz nicht von der Sittlichkeit der Mutter abhängig gemacht werden darf." (11)

Es soll wenigstens der Unterhaltsanspruch bleiben (I, Ziff. 2).

2,1222: Für freie Beweiswürdigung:

"Die Fortschritte, welche die medizinische Wissenschaft in der Gegenwart gemacht hat und das höhere allgemeine Bildungsniveau des Richterstandes, entsprechend der zunehmenden Bildung überhaupt, gestatten nun wohl, der freien Beweiswürdigung sowohl in Ansehung der Frage Eingang zu gewähren, inwieweit der zeitliche Abstand zwischen Beibwohnung und Geburt die Kausalitätsvermutung begrenzt, als auch bezüglich der Widerlegung der

(10) vgl. 32. DJT S. 161 (Fallmann)

(11) 32. DJT (Fallmann) S. 164; ebenso Pappenheim aaO S. 180

Vermutung durch den Nachweis von Tatsachen, welche die vermutete Kausalität geradezu ausschließen oder durch die Möglichkeit einer anderweitigen Kausalität nur abschwächen. Die Erfahrung hat einerseits die Gültigkeit einer generellen Empfängniszeit als empirischen Erfahrungssatz sehr erschüttert, wenigstens was ihre obere Grenze anlangt, andererseits aber verlässliche Methoden gezeitigt, die Dauer der Fruchtreife im Einzelfalle in viel engeren Grenzen zu bestimmen als sie durch die geltende Empfängniszeit gezogen werden, so daß es der Rechtsprechung wohl freigestellt werden sollte, dort, wo verlässliche Daten und Schlüsse vorliegen, sich ihrer in erster Linie zu bedienen." (12)

2,13: Unterhaltsvaterschaft

Kann nach freier richterlicher Beweiswürdigung kein bestimmter Mann als Vater festgestellt werden, sollen alle in Betracht kommenden Männer gesamtschuldnerisch für den Unterhalt aufkommen (I, Ziff. 2).

Argumente:

2,131: Eine gesicherte Existenz des Kindes dürfe nicht vom sittlichen Verhalten der Mutter abhängig sein. (13)

2,132: Eine verstärkte Bereitschaft zum Geschlechtsverkehr werde durch diese Regelung nicht bewirkt, da auch bei bestehenbleibendem Unterhaltsanspruch die außereheliche Schwangerschaft unwillkommen bleibe und ein häufiger Verkehr gerade die Wahrscheinlichkeit des Eintritts dieser als negativ empfundenen Folge erhöht. Zum anderen spielten solche Erwägungen für eine geschlechtliche Bereitschaft keine Rolle. (14)

2,133: Dem Mann geschehe andererseits kein Unrecht. Es werde in diesen Fällen keine echte Vaterschaft festgestellt. Der Zahlungsanspruch gegen ihn sei nicht familienrechtlicher, sondern sozialrechtlicher Art und

(12) 32. DJT (Fallmann) S. 161/162

(13) vgl. 32. DJT (Fallmann) S. 164, (Pappenheim) S. 180

(14) vgl. 32. DJT (Fallmann) S. 165

ergäbe sich nicht aus physiologischer vielmehr sozial - typischer Kausalität als durchschnittlicher Folge eines geschlechtlichen Umgangs. (15)

2,134: Die Möglichkeit, nun durch bewußten Mehrverkehr bessere Unterhaltsvoraussetzungen für das Kind zu schaffen, wird anerkannt; die Gefahr einer solchen mißbräuchlichen Ausnutzung sei aber gering und müsse im Einzelfall dann hingenommen werden - "eine Konsequenz der Überwindung des individualistischen Gerechtigkeitsideals durch das soziale." (16)

Argumente:

2,1341: Unterhaltsspekulationen seien im Hinblick auf die medizinischen Gegebenheiten enge Grenzen gesetzt - recht exakte Reifegradsbestimmung, Zeitablauf bis zur Schwangerschaftsfeststellung.

2,1342: Die Männer könnten sich, um allen Risiken auszuweichen, größere Zurückhaltung auferlegen und einen geschlechtlichen Umgang erst nach einer gewissen Zeit des Sichkennenlernens aufnehmen.

2,1343: Die gesellschaftliche Diffamierung gleichzeitigen Geschlechtsverkehrs mit mehreren Männern bleibe ja bestehen und bilde somit eine wichtige Barriere.

2,135: Eine bedeutsame zusätzliche gesellschaftliche Diskreditierung des Kindes durch die Tatsache mehrerer Unterhaltsverpflichteter könne durch entsprechende Verfahrensgestaltung vermieden werden.

Bei mehreren in Betracht kommenden Männern gäbe es keine Vaterschafts- sondern nur eine Unterhaltsfeststellung. Der Unterhaltsbedarf des Kindes sei zunächst von einer staatlichen Fürsorgestelle auszugleichen und dann von

(15) vgl. 32. DJT (Fallmann) S. 164

(16) 32. DJT (Fallmann) S. 166

ihr im Regreßwege geltend zu machen. Ein persönliches Beziehungsverhältnis zwischen dem Kind und den verschiedenen Männern werde somit vermieden. Die Kenntnis des Kindes, von mehreren Männern unterhalten zu werden, sei zwar von psychologischem Nachteil, aber wiederum nicht so gravierend, daß deshalb die individuelle Verpflichtung zu Lasten einer mangelhaften Versorgung des Kindes oder der Allgemeinheit gänzlich aufgehoben werden könnte. Das entscheidende Handicap für eine förderliche Entwicklung sei der grundsätzliche Mangel an väterlicher Betreuung und fehlender familiärer Atmosphäre, das auch bei Freistellung des Mannes nicht beseitigt werde. (17)

2,14: Anerkennung der Vaterschaft

Die Möglichkeit, die Vaterschaft anzuerkennen, wird befürwortet, ohne daß man Einzelheiten erörtert.

2,2: Name des Kindes

§ 1706 soll geändert werden. Das Kind soll den jeweiligen Namen der Mutter erhalten (III, Ziff. 1). (18) Mit Zustimmung des Kindes und der Mutter (19) könne dem Vater auch die Befugnis eingeräumt werden, dem Kind seinen Namen zu geben (II, Ziff. 1).

Es gilt:

Bei der Namenserteilung sei "eine Stigmatisierung des Kindes" zu vermeiden. "Es fehlt an einem genügenden Grunde dafür, daß" (in dem Fall, daß die Mutter infolge

(17) vgl. 32. DJT (Fallmann) S. 167

(18) Die Formulierung dieses Beschlusses - s. o. S. 68 - mag etwas mißverständlich sein. Der "Familiennamen" der Mutter ist aber ihr jeweiliger Name und diesen soll das Kind erhalten, auch ungeachtet einer etwaigen Veränderung infolge früherer Heirat.

(19) Die Zustimmung der Mutter soll nicht erforderlich sein, wenn ihr nicht die Personensorge zusteht (II, 1).

Verheiratung einen anderen Namen führt) "das Kind den Mädchennamen der Mutter erhält und dadurch von vornherein als unehelich geboren gekennzeichnet wird." (20)

Die Befugnis des Ehemannes bzw. geschiedenen Mannes, sich dagegen zu wehren, daß einem fremden Kind sein Name zugewiesen wird, soll ausschließlich im Scheidungsrecht geregelt werden, wo "die Notwendigkeit ergänzender Vorschriften (zu prüfen bleibt)." (21)

2,3: Erziehung des Kindes

Die Erziehung des Kindes wird grundsätzlich der Mutter zugewiesen. Sie soll bei Eignung nach einer Bewährungszeit auch die elterliche Gewalt erhalten können; hierbei sei sie ggb. durch einen Beistand zu unterstützen (III, Ziff. 2).

Der Vater soll im Einzelfall selbst die Verantwortung für das Kind übernehmen können. (22) Verbleibt das Kind jedoch bei der Mutter, soll er im übrigen auch keinen Einfluß auf die Erziehung ausüben können.

2,31: Familienanschluß

An der grundsätzlichen Entscheidung des BGB, das Kind nach Möglichkeit in einem Familienverband aufwachsen zu lassen, wird festgehalten.

(20) 32. DJT (Pappenheim) S. 180

(21) 32. DJT (Pappenheim) S. 181; a.A. ist Fallmann, der sich zugunsten des unbeteiligten Dritten, des Mannes, ausspricht. In sein Namensrecht dürfe nicht eingegriffen werden - aaO S. 173.

(22) Unter welchen Voraussetzungen der Vater das Kind erhalten kann, wird in keinem Beschluß ausdrücklich festgelegt. Anhaltspunkte müssen den Einzelerörterungen entnommen werden - vgl. 32. DJT S. 168 f, 182. In den Beschlüssen (II, 2) geht man stillschweigend von einer eigenen Verantwortung des Vaters für das Kind aus.

2,32: Stellung des Mannes

Dem Vater soll das Kind grundsätzlich wie auch der Mutter zugesprochen werden können.

2,321: Kann freilich eine echte Vaterschaft nicht festgestellt werden und erfolgt lediglich eine Verurteilung zur Unterhaltszahlung, so fehle es an einer tragfähigen Grundlage für ein familienrechtliches Beziehungsverhältnis. (23)

2,322: Ist von einem Vater-Kind-Verhältnis auszugehen, soll auch die Möglichkeit einer Zuweisung des Kindes an den Vater mit gleichzeitiger Übertragung der elterlichen Gewalt gegeben sein. Auf die konkreten Einzelumstände sei Rücksicht zu nehmen. Der Mutter gebühre eine "natürliche Bevorzugung". (24)

2,33: Stellung der Mutter

Zugunsten der Mutter sei ihre "natürliche Bevorzugung" (25) zu berücksichtigen. Wenn bei ihr die notwendigen Voraussetzungen für eine Versorgung und Erziehung des Kindes erfüllt sind, sei ihr das Kind zuzusprechen.

2,34: Inhalt des Erziehungsrechts

2,341: Gleichstellung aller nicht-ehelicher Kinder
Eine Differenzierung wird nicht erörtert.

2,342: Elterliche Gewalt

Im Grundsatz soll die elterliche Gewalt dem Personensorgeberechtigten übertragen werden. Einzelheiten werden in Blickrichtung auf die Mutter erörtert, bei der sich das Kind regelmäßig befindet.

(23) vgl. 32. DJT S. 163, 167

(24) 32. DJT S. 169 - vgl. auch S. 168/182

(25) 32. DJT S. 169 - vgl. ebenfalls S. 168/182

2,3421: Elterliche Gewalt erst nach Bewährungszeit
Die elterliche Gewalt könne der Mutter allerdings nicht generell übertragen werden, aber es müsse hierfür nach einer zeitlichen Bewährungsfrist die Möglichkeit bestehen. (26)

2,34211: Die Verweigerung sofortiger elterlicher Gewalt beruhe nicht auf einem moralischen Unwerturteil, sie ergebe sich aus statistisch nachgewiesenen negativen Erfahrungen mit einer typischerweise im Vergleich zum Ehelichenrecht ungünstigeren tatsächlichen Ausgangssituation. (26)

2,34212: Die eheliche Mutter übernehme die Vertretung des Kindes ebenfalls erst nach längerer Zeit ehelichen Zusammenlebens mit Mann und Kind. (26) (27)

2,3422: Begrenzung der elterlichen Gewalt
Ganz abgestellt auf das Interesse des Kindes soll im Einzelfall bei Versagen der Mutter die Stellung des Vormundes verstärkt und ihm auch im Bereich der Personensorge Befugnisse eingeräumt werden können. Bei einmal erteilter elterlicher Gewalt soll es ferner möglich sein, erneut eine Vormundschaft zu bestellen. (28)

2,343: Kontakt zum anderen Elternteil
Die Mehrheit des Juristentages erachtet mit Pappenheim die Gefahr einer negativen Einmischung des Vaters für größer und lehnen entsprechende Vorschläge ab. (29)

(26) vgl. 32. DJT S. 173

(27) vgl. §§ 1634, 1684 s. o. S. 3 Fußn. 7

(28) vgl. 32. DJT S. 174 - ggf. auch "Schmälerung" ihrer Rechte

(29) vgl. 32. DJT S. 182; a. A. Fallmann, der dem Vater, sofern er seine Unterhaltsverpflichtungen ordnungsgemäß erfüllt, ein Einflußrecht auf die Erziehung des Kindes einräumen möchte - vgl. 32. DJT S. 172; Beschlufassung, 32. DJT S. 184, Antrag, 32. DJT S. 159

2,4: Versorgung des Kindes

Die persönliche Betreuung obliegt der Mutter im Rahmen der Personensorge; den finanziellen Bedarf des Kindes hat der Vater bzw. haben die Konkubenten abzudecken. Beide Komponenten werden als Unterhaltsleistungen gewertet.

Die Abstammung als Rechtsgrund der Unterhaltsverpflichtung wird nicht mehr behauptet. Die Alimentationsforderung soll weiterhin von schuldrechtlichen Grundsätzen bestimmt sein.

2,41: Rechtsgrund der Unterhaltspflicht

Mit der Befürwortung einer gesamtschuldnerischen Haftung ist Rechtsgrund für die Unterhaltszahlungen nicht mehr das Verwandtschaftsverhältnis, sondern die Mitwirkung bzw. bloß mögliche Mitwirkung an einer sozial relevanten Erscheinung, der Geburt des Kindes. (30)

2,42: Inhalt der Unterhaltspflicht

Als Unterhalt werden sowohl die persönliche Betreuung des Kindes als auch der finanzielle Beitrag angesehen. Dies ergibt sich daraus, daß gefordert wird, an der Unterhaltslast auch die Mutter zu beteiligen. Das Ausmaß ihrer Inanspruchnahme sei davon abhängig, inwieweit sie sich persönlich um das Kind bemühe und dadurch hinsichtlich ihrer Erwerbsaussichten Nachteile hinnehmen müsse. Habe sie das Kind aber nicht selbst in Pflege, sei es unbillig, ausschließlich den Mann zu belasten. (31)

2,43: Ausgestaltung der Unterhaltsrente

2,431: Eine Differenzierung zwischen einzelnen Gruppen nicht-ehelicher Kinder wird nicht vorgeschlagen.

2,432: Die Unterhaltsrente soll weiterhin als schuldrechtliche Forderung konzipiert werden.

(30) vgl. 32. DJT S. 164 - s. o. S. 71 f

(31) vgl. 32. DJT S. 174

Ergänzung:

2,4321: Die Unterhaltspflicht müsse über das 16. Lebensjahr hinaus ausgedehnt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sei fast nie die Berufsausbildung abgeschlossen. (32)
Daß die zeitliche Begrenzung grundsätzlich aufgegeben werden müsse, wird nicht gefordert.

2,433: Befinde sich das Kind beim Vater, sei dessen Lebensstellung maßgebend. Sie generell zum Maßstab zu erheben, wird entgegen einem Antrag von Fallmann abgelehnt. (33)

2,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes

Die Mehrheit lehnt entgegen einem gemeinsamen Antrag von Fallmann und Pappenheim eine erbrechtliche Beteiligung des Kindes am Nachlaß des Vaters ab. (34)

(32) vgl. 32. DJT S. 169

(33) vgl. 32. DJT S. 158/170/184

(34) Der Antrag von Fallmann/Pappenheim hat folgenden Wortlaut:

"Dem unehelichen Kind sind auch hinsichtlich des väterlichen Nachlasses gesetzliches Erbrecht und Pflichtteilsanspruch einzuräumen, und zwar auch neben ehelichen Abkömmlingen des Erblassers und neben seiner Ehegattin. Der Erbteil ist auf die Hälfte dessen zu bemessen, was das Kind zu beanspruchen hätte, wenn es ehelich wäre, jedoch nur, falls es mit gesetzlichen Erben der ersten drei Ordnungen zusammentrifft. Den konkurrierenden Miterben aus ehelicher Verwandtschaft und der Ehegattin ist ein besonderes Abfindungsrecht vorzubehalten."
- 32. DJT S. 158/159

Von den Diskussionsrednern haben sich zu diesem Antrag negativ geäußert: Mittelstein, Bing, Wrzeszinski -
positiv: Lüders, Kipp, Mainzer - vgl. 32. DJT S. 182 ff.

3. Abschnitt: Regierungsentwurf vom Mai 1925 (1)

1. Die Grundkonzeption des Regierungsentwurfs

- 1,1: Die Vorschläge des Regierungsentwurfs behandeln die beabsichtigte Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches isoliert von etwaigen Anpassungen, z. B. der Zivilprozeßordnung und des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Die gesonderte Regelung des Nichtehelichenrechts in einem eigenen Abschnitt wird beibehalten.

§ 1589 Abs. 1 BGB, der das Verwandtschaftsverhältnis zwischen Vater und Kind ignoriert, wird geändert. Ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen beiden wird jetzt auch rechtlich anerkannt und bestimmt sich im einzelnen nach den neuen Vorschriften des Nichtehelichenrechts. Die Vaterschaftsfragen werden in den §§ 1705 a bis 1705 n geregelt, mit der Namenszuteilung befassen sich die §§ 1706 bis 1706 d, das Erziehungsrecht behandeln die §§ 1707 bis 1707 g und die Versorgungsgrundsätze finden sich in den §§ 1708 bis 1714, wobei die §§ 1712 bis 1712 d die Ansprüche nach dem Tod des Vaters enthalten.

- 1,2: Seine Grundkonzeption ist geprägt durch fünf Leitgedanken:

- 1,21: Das Kind wird nicht in eine Ehe, der gesellschaftlich
+ und rechtlich einzig anerkannten Geschlechtsgemeinschaft
geboren.

ebenso:
BGB S. 1
RegV S.120
RE S.193
RV S.216

Die auf ein in Familiengemeinschaft lebendes Elternpaar abgestellten Rechtsregeln zur Ordnung des Eltern-Kind-Verhältnisses passen daher nicht, entweder tatsächlich nicht, wenn die Eltern nicht zusammenleben,

(1) Mit Begründung abgedruckt in Verhandlungen des Reichsrates 1925, Drucksache Nr. 108 - zit.: Begründung RegE mit Seitenangabe

neu
krasser:
BGB S. 2
RE S.194
ebenso:
RegV S.121
abweichend:
C/B S.154

+ oder rechtlich nicht, weil sie zum Schutz der Institution Ehe nicht ohne weiteres auf außereheliche Verbindungen übertragen werden dürfen. Den innerhalb der Ehe geborenen werden die außerhalb der Ehe geborenen Kinder gegenübergestellt.

neu
krasser:
BGB S. 2
RE S.194
RV S.217
ebenso:
RegV S.121
abweichend:
C/B S.154

+ In der Beurteilung der Frage, wen mit dem Kind die engsten Beziehungen verbinden, wird eine Entscheidung zunächst für die Mutter getroffen. Ihr gegenüber erhält es grundsätzlich die Stellung eines ehelichen Kindes (§1705), einschließlich des Erbrechtsanspruchs.

neu
ebenso:
RegV S.121
RE S.194
RV S.217
abweichend:
BGB S. 2
C-35 S.155

1,22: Im Grundsatz hat eine Mutter während der gesetzlichen Empfängniszeit nur geschlechtlichen Umgang mit einem Mann. Das erlaubt die gesetzliche Vermutung der Vaterschaft (§ 1705 g). Ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem aufgrund gerichtlichen Vaterschaftsfeststellungsurteils oder Anerkennung in Anspruch genommenen Mann und dem Kind wird anerkannt - z. B. in der Möglichkeit, Personensorge und elterliche Gewalt auf den Vater zu übertragen und teilweise auch bei den Erbrechtsregeln.

neu
ähnlich:
RegV S.121
RE S.194
RV S.217
abweichend:
BGB S. 2

+ Die Vaterschaft wirkt nicht nur zwischen den Verfahrensbeteiligten: sie äußert auch Rechtswirkung gegenüber Dritten. (2) Wird jedoch die gesetzliche Vermutung durch "erhebliche Zweifel" (§ 1705 b) erschüttert, verbleibt es bei einer bloßen Unterhaltsvaterschaft (§§ 1717 ff).

ebenso:
BGB S. 3
RegV S.121
abweichend:
RE S.194
RV S.217

1,23: Der Stand der medizinischen Wissenschaft ermöglicht
+ weder eine positive Vaterschaftsfeststellung noch einen prozentual relevanten negativen Vaterschaftsaus-schluß. (3) Für eine dem Eheverhältnis entsprechende

-
- (2) vgl. §§ 1705 1, 1705 n Abs. 2. Die Bedeutung eines Statusurteils mit bindender Wirkung für und gegen alle wird diesem Vaterschaftsverhältnis gleichwohl nicht beigelegt. Eigene Verpflichtungen der Eltern erwachsen nur, wenn die Vaterschaftsfeststellung auch ihnen gegenüber erfolgt ist bzw. sie sich der Anerkennung angeschlossen haben (§ 1705 1) - vgl. auch Begründung RegE S. 27/28
(3) vgl. Begründung RegE S. 23

gesetzliche Vermutung (§ 1591 BGB), die bis zum gegenteiligen Nachweis einen Mann, den Ehemann, als Vater ansieht, fehlt es an dem durch die Ehe in einem besonderen Verhältnis zur Mutter stehenden Mann.

Dieser Gesichtspunkt wäre als dogmatische Grundlage

neu
einschränkend:
RegV S.122
abweichend:
BGB S. 3
RE S.195
RV S.218

+ für eine exceptio plurium möglich. Im Hinblick auf das anerkannte Verwandtschaftsverhältnis geht man jedoch einerseits darüber hinaus: Eine Vaterschaftsfeststellung unterbleibt schon, bestehen daran "den Umständen nach erhebliche Zweifel" (§ 1705 g). Zum Schutz des Kindes nimmt man ihr andererseits die volle Wirkung: Der Mann wird nicht von der Unterhaltspflicht befreit.

+neu+
ebenso:
RegV S.122
RE S.195
RV S.218
abweichend:
B/C S.154
ADR S.159
;C-35 S.155:

+ 1,24: Der Staat hat kein absolutes eigenes Interesse an der Feststellung der blutsmäßigen Abstammung der Neugeborenen. Die Vaterschaftsanerkennung ist daher mit Zustimmung des Kindes zulässig (§ 1705 b).

1,25: Ein nicht-eheliches Kind entstammt zwar einem mißbilligten (4) außerehelichen sexuellen Verhältnis, das nicht dem Eheprinzip des Art. 119 WRV entspricht; es selbst hat an der Entscheidung seiner Eltern jedoch

+ keinen Anteil. Aus diesem Gesichtspunkt darf es dann persönlich auch keinen Nachteil erleiden.(5)

neu
ebenso:
RegV S.122
RE S.195
RV S.218
abweichend:
BGB S. 3

(4) vgl. o. S. 3 Fußn. 6

(5) Dieser Gesichtspunkt ist kennzeichnend für den Entwurf und wird bei der Begründung der Unterhaltsregelung aaO auf S.40 auch ausdrücklich ausgesprochen. In dem einleitenden Teil und der Schilderung der Mängel des gegenwärtigen Rechtszustandes werden allerdings noch andere Überlegungen in den Vordergrund gestellt. Die rechtliche Stellung des nicht-ehelichen Kindes müsse verbessert werden wegen

(1) des Verfassungsauftrages in Art.121 WRV - aaO S.14,

(2) der Notwendigkeit, die öffentliche Fürsorge zu entlasten - aaO S.14: "Der Entwurf bringt ferner für die öffentlichen Fürsorgeverbände, deren Mittel z. Z. in besonderem Maße gerade für die Unehelichen in Anspruch genommen werden, eine wesentliche Entlastung mit sich." ; ebenso S. 16,

(3) dem "natürlichen Mitgefühl" für die Kinder - aaO S. 16 u.

(4) der "Erhaltung der Volkskraft" - aaO S. 16 - s. auch aaO S. 14: "Die Zukunft eines Volkes ist seine heranwachsende Jugend. Der Jugend bessere Entwicklungsbedingungen (zu) schaffen, heißt das ganze Volk in seiner Entwicklung fördern. Der Entwurf will dazu beitragen

2. Überblick

- 2,1: Die Einzelregelung orientiert sich an dem Bestreben, vorrangig die Interessen des Kindes bei Beachtung des der Ehe in Art. 119 WRV zuteil gewordenen besonderen Schutzes zu wahren:

"In erster Reihe wird es darauf ankommen, die Einrichtungen, kraft deren das Kind schon jetzt die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes erlangen kann (Ehelichkeitserklärung, Annahme an Kindesstatt), im Interesse des Kindes weiter auszubauen.... Im übrigen muß ... versucht werden, die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes in der mütterlichen Familie sowie im Verhältnis zu seinem Vater und zur Gesamtheit der Stellung der ehelichen Kinder so weit anzunähern, als dies mit den gegebenen Tatsachen des Lebens und mit Rücksicht auf die Familie vereinbar ist." (6)

Die Einzelbestimmungen können in entscheidenden Punkten - §§ 1707 a, 1707 b - Personensorge, elterliche Gewalt; §§ 1708 a, 1708 b - Unterhalt; weitgehend auch §§ 1706 a, 1706 b - Name - an die konkreten Verhältnisse angepaßt werden. Selbst das Bestreben, die Situation des nicht-ehelichen Kindes zu verbessern, ist begrenzt durch die Rechtsstellung des ehelichen Kindes. Darüber hinausgehende Ansprüche werden abgelehnt. (7)

In der Einzelerörterung werden diese Überlegungen nicht mehr gesondert angeführt. Es wird lediglich bei der Rechtfertigung der Unterhaltsvaterschaft in einem Verweis (aaO S.40) hierauf teilweise Bezug genommen. Das erlaubt m. E. den Schluß, daß insoweit politische Taktik Eingang in die Begründung gefunden hat: Mit dem Hinweis auf die freiwerdenden Mittel für die Fürsorgeverbände könnte die SPD, mit dem Appell an das "natürliche Mitgefühl" die christliche Barmherzigkeit des Zentrums und dem Verweis auf die "Volkskraft" die DNVP angesprochen sein.

(6) Begründung RegE S.23

(7) Begründung RegE S.22: "Eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung der unehelichen vor den ehelichen Kindern" - bei der Frage, ob bei Ungewißheit der Vaterschaft die öffentliche Hand den Unterhalt, wenigstens vorläufig bis zu einer gerichtlichen Klärung, übernehmen solle. Begründung RegE S.35: "Das Bestreben, die Lage der unehelich Geborenen zu erleichtern, kann nicht dazu führen, daß das uneheliche Kind mehr Rechte erlangt als das eheliche Kind; dies würde sachlich nicht zu rechtfertigen sein und auch dem Sinn und Zweck des Art. 119 WRV zuwiderlaufen" - bei den Ausführungen zur erbrechtlichen Stellung des Kindes; neben der fortgeltenden Unterhaltsrente kein Erbrecht.

2,2: Statistische Formulierungsanalyse

Es wird verwiesen auf:

2,21: sittliche Vorstellungen (8) - 7-mal

2,22: Belange von Ehe und Familie (8) - 7-mal

2,23: Interesse des Kindes (8) - 56-mal

2,3: Vorrangigkeit der Kindesinteressen

Stehen Interessen des Kindes mit solchen der Familie, der Allgemeinheit oder von Einzelpersonen in Widerstreit, wird bei einer Entscheidung zugunsten des Kindes grundsätzlich immer auch gerade wegen des Kindes entschieden.

2,4: Bewertungsskala

2,41: Den Interessen des Kindes werden vorangestellt:

2,411: Das Interesse des früheren Ehemannes sowie seiner Angehörigen, daß das Kind nicht ihren Namen trägt. Ihnen könne nicht "ohne weiteres zugemutet werden, (dies) zu dulden". (9)

2,412: Das Interesse des Vaters und seiner Familie, daß das Kind nicht ihren Namen trägt. Dies könnte den "Familienfrieden empfindlich" stören.⁽¹⁰⁾

2,413: Erbschaftsinteressen der väterlichen Familie bei der Erbrechtsfrage. (11)

2,42: Den Interessen des Kindes werden u. a. nachgeordnet:

2,421: Der Rechtsgrundsatz: Niemand darf in Anspruch genommen werden, solange nicht seine Verantwortlichkeit für das Kind festgestellt ist - so für die Unterhaltungspflicht des Vaters. (12)

(8) s. o. S. 22 Fußn. 3

(9) Begründung RegE S. 30

(10) Begründung RegE S. 29

(11) vgl. Begründung RegE S. 36

(12) Unterhaltsvaterschaft - §§ 1717 ff

2,422: Ein Feststellungsinteresse des Staates und Dritter an der wahren Abstammung nach Anerkennung des Kindes. (13)

2,423: Eine erkannte Gefahr zunehmender Geschlechtsbereitschaft der Frau mit dem Wegfall der Mehrverkehrseinrede (§§ 1717 ff). (14)

2,424: Ein uneingeschränktes Elternrecht durch die grundsätzliche Beibehaltung der Amtsvormundschaft (§ 1707).

3. Einzelfragen

3.1: Vaterschaft

Der Entwurf läßt sowohl die gerichtliche Feststellung der Vaterschaft als auch ihre freiwillige Anerkennung zu (§§ 1705 a bis 1705 n).

3,11: Vaterschaftsklage

Mot. +x S. 25 + 3,111: Die Frage, ob eine gerichtliche Feststellung
sonst alle + der Vaterschaft überhaupt zugelassen werden soll, steht
nicht mehr zu Diskussion. Sie wird bejaht - § 1705 g.

3,112: Nach der BGB-Regelung wird nur eine Unterhaltsvaterschaft festgestellt, die lediglich zwischen den Verfahrensbeteiligten wirkt und keine bindende Rechtskraft gegenüber Dritten äußert.

neu 32.DJT+-S.69 Die Feststellung nicht-ehelicher Vaterschaft soll jetzt
Mot. (-) S. 27 + durch das Vormundschaftsgericht auch mit Wirkung gegen-
RegV +- S.127 über Dritten erfolgen. (15)

RE +- S.198
RV +- S.222

"Die Einführung eines gewisse familienrechtliche Wirkungen äüßernden 'Vaterschaftsverhältnisses' macht den Erlaß von Vorschriften notwendig, die, soweit es unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt möglich

(13) Wird gar nicht erörtert - vgl. u. S. 89
(14) vgl. Begründung RegE S. 40 - s. u. S. 88
(15) s. hierzu o. S. 80 Fußn. 2

ist, eine Gewähr dafür bieten, daß nur derjenige, auf dessen Geschlechtsverkehr die Zeugung beruht, die rechtliche Stellung des Vaters erlangt." ... Die Entscheidung solle daher das Vormundschaftsgericht treffen. Das hat "den Vorteil, daß die Feststellung der Vaterschaft nicht mehr in einem Parteiprozeß, sondern in einem Verfahren erfolgt, das nach den für die Vormundschaftssachen geltenden Grundsätzen gestaltet ist, insbesondere also nicht nur das Vorbringen der Beteiligten berücksichtigt. Es hat vor ... den Statusprozesses den Vorzug größerer Einfachheit, Beweglichkeit und Schnelligkeit." (16)

3,12: Vaterschaftsvermutung

Mot	++	+ 3,121: Erforderlichkeit der Vaterschaftsvermutung
RegV	++	Eine positive Feststellung der blutmäßigen Abstammung
RE	+x S.199	ist nach dem Stand medizinischer Erkenntnisse nicht
RV	+x S.223	möglich. Man geht jedoch davon aus, daß die Mutter
		innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit regelmäßig
		nur mit einem Mann geschlechtlichen Verkehr gehabt hat.
		Der Einverkehr erscheint sowohl als gesellschaftliches
		Postulat, insbesondere auch aus Art. 119 WRV, wie auch
		in seiner generellen Beachtung als selbstverständlich.
		(17) Eine ausdrückliche Begründung fehlt.

Der Grundsatz des Einverkehrs hat zur Folge, daß wie beim ehelichen Kind vermutet wird, daß der Mann der Vater des Kindes ist, dessen Verkehr mit der Mutter während der Empfängniszeit nachgewiesen ist.

3,122: Grenzen der Vaterschaftsvermutung

		Aus der gesetzlichen Vaterschaftsvermutung ergibt sich
		die Notwendigkeit, ihr Ausmaß zu bestimmen und die
neu 32.DJT	S.70	+ Möglichkeit zu regeln, diese Vermutung zu entkräften.
Mot	(+-x) S.28	Sie soll bei "erheblichen Zweifeln" (§ 1705 g) nicht
RegV	+- S.128	durchgreifen.
RE	(+-x) S.200	
RV	(+-x) S.224	

(16) Begründung RegE S. 24

(17) Das ist aus der strafrechtlichen Bewertung außerehelicher sexueller Beziehungen als Unzucht leicht verständlich - s. o. S. 3 Fußn. 6

Argumente:

3,1221: Gegen die (bloße) exceptio plurium

"Die Bedeutung des familienrechtlichen Begriffs der außerehelichen Vaterschaft würde wesentlich herabgesetzt werden, wenn man die Feststellung auch für Fälle zulassen wollte, in denen sich ein Mehrverkehr der Mutter zwar nicht mit voller Sicherheit nachweisen läßt, aber nach der ganzen Sachlage in hohem Grade wahrscheinlich ist; hier kann von einem 'Vaterschaftsverhältnis' keine Rede sein, vielmehr nur eine Unterhaltsverpflichtung ... infrage kommen." (18)

3,1222: Gegen eine Wahlmöglichkeit

Diese Möglichkeit wird nicht erörtert. Sie verträgt sich aber ebenfalls nicht mit der Absicht, die tatsächliche Abstammung zu ermitteln und nur hieran ein familienrechtliches Beziehungsverhältnis anzuknüpfen.

3,1223: Für "erhebliche Zweifel"

"Nach dem Entwurf (soll) eine Feststellung der Vaterschaft schon dann ausgeschlossen sein, wenn in dem Verfahren Tatsachen hergetreten sind, die gegen das Bestehen einer Blutsverbindung zwischen dem Kinde und dem in Anspruch genommenen Manne erhebliche Zweifel begründen; eine Ungewißheit dieser Art liegt aber schon vor, wenn nach dem festgestellten Sachverhalte der Mehrverkehr der Mutter in hohem Grade wahrscheinlich oder wenn die Empfängnis aus sonstigen Gründen unwahrscheinlich ist. Für die Entscheidung der Frage, ob jemand als Vater eines unehelichen Kindes anzusehen ist, wird also in Zukunft ein wesentlich strengerer Maßstab anzulegen sein. Diese Regelung ist in der Natur der Sache begründet. ... Nach dem Entwurfe hat die Feststellung familienrechtliche Wirkungen, die nicht nur die Schaffung engerer persönlicher Beziehungen zwischen Kind und Vater ermöglichen, sondern dem Kinde auch einen in mehrfacher Hinsicht weitergehenden Unterhaltsanspruch verschaffen, als er Kindern zusteht, die keinen 'Vater' im Rechtssinne haben." (19)

neu F S.51; +
32.DJT S.71 3,13: Unterhaltsvaterschaft
Mot. - S.28

RegV ++

RE - S. 201

RV - S. 225

3,131: Kann eine Vaterschaft nicht festgestellt werden, sollen alle nicht als Vater auszuschließende Männer, die mit der Mutter während der Empfängniszeit geschlechtlichen Umgang gehabt haben, zu Unterhalts-

(18) Begründung RegE S. 26

(19) Begründung RegE S. 26

leistungen, ggf. als Gesamtschuldner herangezogen werden können (§ 1717 ff).

Argumente:

3,1311: Die "mannigfaltigen und schweren Unzuträglichkeiten" (20) der geltenden Mehrverkehrseinrede.
Das Kind ohne Unterhaltsanspruch zu lassen

3,13111: sei eine sachlich nicht gerechtfertigte Härte und verbiete "das natürliche Mitgefühl für die Kinder" (21): "Der Umstand, daß ein Kind, dessen Mutter in der Empfängniszeit mit mehreren Männern geschlechtlich verkehrt hat, von keinem dieser Männer, auch nicht von demjenigen, dessen Vaterschaft im gegebenen Fall besonders wahrscheinlich ist, die Gewährung von Unterhalt verlangen kann, (stellt) eine schwere, sachlich nicht gerechtfertigte Härte für das Kind dar. Nach den in der Praxis gesammelten Erfahrungen wird für ein Kind, das von seiner Mutter allein unterhalten werden muß, meist nur unzureichend gesorgt; gewöhnlich wird es von der zu besonderen Leistungen weder fähigen noch geneigten Mutter in einer möglichst billigen Pflege-stelle untergebracht und nur mit dem Allernötigsten zum Leben versehen." (21)

3,13112: müsse zur "Erhaltung der Volkskraft" geändert werden (21)

3,13113: belaste zu stark die Mittel der Allgemeinheit und

3,13114: habe "in sittlicher Beziehung zu recht unerfreulichen Erscheinungen geführt:

"Viele auf Unterhaltsgewährung verklagte Männer versuchen, wenn sie den Geschlechtsverkehr mit der Mutter nicht leugnen können, sich ihrer moralischen Pflicht, für die von ihnen erzeugten Kinder zu sorgen, dadurch zu entziehen, daß sie die Einrede des Mehrverkehrs erheben und zwar auch dann, wenn sie keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit ihrer Behauptungen haben." (21)

Um sich die Einrede zu sichern, würde "die von ihnen geschlechtlich gebrauchte weibliche Person durch Hinterlist oder Anwendung geistiger Getränke dahin (gebracht) sich noch einem anderen Mann hinzugeben." Es würde auch zum Meineid verleitet. (21)

3,1312: Eine gesicherte Existenz des Kindes dürfe nicht "unter dem Verhalten seiner Mutter leiden." (22)

3,1313: Die Regelung, daß "nicht nur bei erwiesenem Mehrverkehr, sondern ... auch in Fällen, in denen lediglich die Wahrscheinlichkeit eines Mehrverkehrs besteht", die Vaterschaftsfeststellung unterbleibt. (22)

(20) Begründung RegE S. 40
(21) Begründung RegE S. 16, 17
(22) Begründung RegE S. 40

3,1314: Gegenüber diesen Überlegungen hätten mit "Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit des Kindes" (23) und wegen der Überlegungen, "daß das Kind nicht unter dem Verhalten seiner Mutter leiden dürfe" (23) die bestehenden Bedenken zurückzutreten:

3,13141: "Die Gefahr, daß manche Frau, die sich bisher mit Rücksicht auf den sonst drohenden Verlust der Unterhalts- und Ersatzansprüche eines weiteren Geschlechts umganges enthalten hat, künftig leichter geneigt sein wird, sich mehreren Männern hinzugeben, weil sie jenen Nachteil nicht mehr zu befürchten braucht." (23)

3,13142: Der Umstand, daß es "an sich etwas Mißliches (hat), wenn mehrere Männer ... nebeneinander zum Unterhalt des Kindes herangezogen werden, und wenn die Öffentlichkeit oder das heranwachsende Kind im Laufe der Zeit hiervon Kenntnis erlangt." (23)

Zur Argumentation: 3,132: Neben den beiden genannten Bedenken wird in der Unterhaltungsvaterschaft sonst nichts Problematisches gesehen. Es klingt mit keinem Wort ein Zweifel darüber an, ob die bloße Tatsache, mit der Mutter während der Empfängniszeit Geschlechtsumgang gehabt zu haben, als Anspruchsvoraussetzung auch ausreicht. Derartig dogmatisch, nach Anspruchsgrundlagen suchend, geht man nicht vor. Bei der Argumentation fällt auf, daß anfangs bei der Kritik am bestehenden Rechtszustand ein ausschließlich negatives Bild des Mannes karikiert wird: Er berufe sich wahllos auf Mehrverkehr, übertölpelte arme schutzlose Frauen mit Alkohol oder sonstiger Hinterlist und verleite zum Meineid oder beschwöre selbst Wahrheitswidriges.

Beim ersten Argument wird der Bezugspunkt noch gesehen: Nur für die "von ihm erzeugten Kinder" besteht eine moralische Pflicht. Daß hieran auch berechtigte Zweifel bestehen können, wird dann aber übergangen. Hinsichtlich der zweiten Überlegung ist das mit dem Alkohol und sonstiger Raffinesse so eine Sache. Ganz ohne mitwirkende Bereitschaft der Frau nützt dies alles nichts. Bezüglich des dritten Gesichtspunktes schließlich dürfte es doch recht bedenklich sein, auf eine Wahrheitsfindung dadurch zu verzichten, daß alle,

auch die, die nicht einen Meineid leisten müßten oder hierzu nicht bereit sind, zahlen sollen. Im übrigen beurteilt sich m. E. die Gefahr eines Meineids durch den Mann nicht anders als die Gefahr eines Meineids durch die Frau. Die Situationsveränderung erscheint bestenfalls belanglos: Anstatt der Mann: "Ich auch" jetzt die Frau: "Er auch".

Bei der Detailerörterung später in der Einzelbegründung löst man sich dann von der Schlechtigkeit des Mannes, sieht vorrangig "das Leben und die Gesundheit des Kindes" und macht aus der verführten, überrumpelten armen Frau eine für die Misere verantwortliche Mutter: Für deren "Verhalten" dürfe das Kind nicht leiden. Dieses soll aber der Mann, nur weil er verantwortlich sein könnte. Beides paßt m. E. nicht zusammen und bleibt einzeln fragwürdig.

+ 3,14: Anerkennung der Vaterschaft

neu 32.DJT S.73

Mot (-)
RegV ++
RE ++-
RV ++-

Die Möglichkeit der Vaterschaftsanerkennung wird gegeben und ist in den §§ 1705 a bis 1705 f und 1705 k bis 1705 n geregelt. Sie hat die Wirkung einer gerichtlichen Vaterschaftsfeststellung (§ 1705 a). Sie ist von der Zustimmung des Kindes abhängig (§ 1705 b) und unterliegt einem Anfechtungsrecht seitens des Vaters und des Kindes (§ 1705 c). Dritte, insbesondere auch nicht der Staat, haben keine Anfechtungsmöglichkeit.

3,141: Ein Interesse des Staates an einer blutsmäßigen Abstammung wird nicht erörtert.

3,142: Das Interesse des Kindes werde durch das Zustimmungserfordernis und sein Anfechtungsrecht ausreichend berücksichtigt. (24)

3,2: Name des Kindes

Mot + + 3,21: Das Kind, das sich regelmäßig bei der Mutter aufhalten
RegV + soll (§ 1707), erhält den Mädchennamen der Mutter
RE +- S.202 (§ 1706).
RV +- S.226

Dem Kind, das bei ihr aufwächst, werde damit am besten gedient. Es könne auf diese Weise eine sich aus einer Namensverschiedenheit ergebende unnötige Bloßstellung vermieden werden. (25)

Eine Einbenennung (§ 1706 Abs. 2 BGB) bleibt zulässig. (26)

neu: + 3,22: Einen Ehenamen der Mutter kann das Kind nur mit Ein-
32.DJT + S.74 willigung des früheren Ehemannes erhalten (§ 1706 b);
Mot - S. 32 nach dessen Tod haben seine Verwandten ein Wider-
RegV - S.131 spruchsrecht (§ 1706 c Abs. 3).
RE +- S.203
RV +- S.227

"In der Regel(kann) weder dem geschiedenen Ehemanne, noch im Falle seiner Wiederverheiratung dessen Frau oder Witwe noch auch nahen Angehörigen des verstorbenen Ehemannes ohne weiteres zugemutet werden, zu dulden, daß ein uneheliches Kind der früheren Ehefrau den Namen des Mannes trägt, obwohl es nicht von ihm abstammt." (27)

neu: + 3,23: Den Namen des Vaters kann das Kind im Einvernehmen
32.DJT + S.73 zwischen Vater, Mutter (28) und Kind auf Antrag des
Mot - S. 31 Vaters durch das Vormundschaftsgericht erhalten
RegV ++ (§1706 a).
RE +- S.203
RV +

Eine solche Regelung erscheint "erforderlich und zweckmäßig". (29)

Das Vormundschaftsgericht wird eingeschaltet, "weil auch die sonstigen familienrechtlichen Befugnisse, die der Vater nach dem Entwurfe gegenüber dem Kinde erlangen kann (Verkehrsrecht, Sorge für die Person des Kindes, elterliche Gewalt), von einer Anordnung des Vormundschaftsgerichts abhängig gemacht sind und es mißlich wäre, wenn eine Person, die der Verleihung sonstiger Vaterrechte nicht für würdig befunden worden ist, in der Lage wäre, dem Kind ohne behördliche Mitwirkung ihren Namen zu erteilen." (30)

-
- (25) vgl. Begründung RegE S. 29
 - (26) Hierzu ist die Einwilligung von Mutter und Kind erforderlich (§ 1706 a)
 - (27) Begründung RegE S. 30
 - (28) Im Einzelfall, etwa wenn ihr die Personensorge entzogen worden ist, ist ihre Zustimmung entbehrlich (§ 1706 c)
 - (29) Begründung RegE S. 29
 - (30) Begründung RegE S. 29

Gegen den Willen des Vaters kann das Kind seinen Namen nicht zugewiesen bekommen.

"Nach der Auffassung aller Sachkundigen würde eine gegen den Willen des Vaters erfolgende Namensannahme das Verhältnis zwischen Vater und Kind regelmäßig nicht nur nicht verbessern, sondern trüben und dem Kind zum Nachteil gereichen. Hat sich der Vater mit einer anderen als der Mutter verheiratet, so würden zudem durch eine gegen seinen Widerspruch vorgenommene Namensänderung regelmäßig wichtige Interessen seiner Ehefrau und seiner ehelichen Kinder verletzt, und es würde in zahlreichen Fällen der Familienfrieden empfindlich gestört werden." (31)

3,3: Erziehung des Kindes

Die Erziehung des Kindes wird grundsätzlich der Mutter übertragen (§ 1707). Auf Antrag kann ihr auch die elterliche Gewalt zugesprochen werden (§ 1707 b).

Wenn es "aus besonderen Gründen im Interesse des Kindes" geboten erscheint, kann das Vormundschaftsgericht auch dem Vater (32) auf seinen Antrag hin die Personensorge zuweisen, die elterliche Gewalt übertragen und ihm ein Verkehrsrecht zubilligen (§§ 1707 a, 1707 b).

alle + + 3,31: Familienanschluß

Hiervon wird ohne Erörterungen ausgegangen.

3,32: Stellung des Mannes

neu 32.DJT + 3,321: Des ermittelten Vaters:

S. 75

Mot - S. 33f 3,3211: Gegen seinen Willen kann der Vater nur zum

RegV ++ Unterhalt verpflichtet werden.

RE - S.204f

RV - S.229f

(31) Begründung RegE S. 29

(32) Nach der Konzeption des Regierungsentwurfs wird zwischen dem "Vater" und dem bloßen Unterhaltspflichtigen unterschieden - s. o. S. 85 zu Fußn. 16, S. 86

3,3212: Bei eigenem Interesse an dem Kind sind seine rechtlichen Befugnisse von der Entscheidung des Vormundschaftsgerichts abhängig. Orientiert am Wohl des Kindes ist jede Möglichkeit gegeben. Vater und Mutter kann sogar nebeneinander die Personensorge übertragen werden (§ 1707 e). (33)

Begründung:

Es sei mißlich, daß der Vater, auch wenn er dem Kind gegenüber positiv eingestellt ist, keinerlei Einflußmöglichkeit habe:

"Nicht selten lehnen Väter, die an sich geneigt und in der Lage wären, dem Kind eine bessere Pflege und Erziehung zuteil werden zu lassen, jede Mehrleistung mit der Begründung ab, daß ihnen nicht wohl zugemutet werden könne, nur Lasten für das Kind zu übernehmen, von jedem Mitbestimmungs- oder Sorgerecht aber ausgeschlossen zu sein. Vielfach wird die Zahlung vom Vater auch deshalb verweigert, weil er - nicht selten mit Recht - annimmt, daß die von ihm entrichteten Beträge nicht in vollem Umfang für das Kind, sondern zum Teil auch für Zwecke der Mutter verwendet werden oder weil er die von der Mutter bestimmte Pflegestelle für ungeeignet oder im Verhältnis zu den dem Kinde gewährten Gesamtleistungen für zu kostspielig hält. Alle diese Klagen würden wesentlich verringert werden können." (34)

Für die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts ist maßgebend, "daß die Interessen des Kindes keinen Schaden erleiden". (35)

Mot --
RegV ++
RE --
RV --

+ 3,322: Des möglichen Vaters:

Das Vater-Kind-Verhältnis familienrechtlich auszurichten, ist abhängig von einer tatsächlichen Vaterschaft. Diese Voraussetzung fehlt, kann ein Vater wegen zu großer Ungewißheit nicht festgestellt werden. (36)

-
- (33) Hierzu heißt es in der Begründung - aaO S. 31:
"Das Vormundschaftsgericht wird zu einer solchen Maßnahme nur mit besonderer Vorsicht und lediglich dann schreiten dürfen, wenn nach der Persönlichkeit des Vaters und den gesamten Umständen eine Gewähr dafür gegeben ist, daß die Interessen des Kindes keinen Schaden erleiden."
Ein Schutz von Ehe und Familie gegenüber einem Konkubinatsverhältnis wird nicht angesprochen.
(34) Begründung RegE S. 19 - ebenso S. 31
(35) Begründung RegE S. 31
(36) vgl. Begründung RegE S. 24

+ 3,33: Stellung der Mutter
neu 32.DJT S.75

Mot --+ S. 35

RegV++

RE --+ S.208

RV --+ S.231

Der Mutter wird das Kind zunächst zugeordnet. Diese Entscheidung wird nicht weiter begründet. Die Vorrangigkeit der Mutter ist aber stark eingeschränkt. Grundsätzlich kann dem Vater auch gegen ihren Willen Personensorge und elterliche Gewalt für das Kind übertragen werden. Ihm ist lediglich ein Anhörerecht eingeräumt und das Vormundschaftsgericht kann sich über ihren etwaigen Einspruch hinwegsetzen - § 1707 d Abs.3: "Die Anordnung soll unterbleiben, wenn ... aus wichtigen Gründen Widerspruch erhoben wird." Wann ein solcher "wichtiger Grund" anzunehmen ist, wird nicht näher erläutert.

3,34: Inhalt des Erziehungsrechts

alle +

+ 3,341: Gleichstellung aller nicht-ehelichen Kinder
Eine Differenzierung wird nicht erörtert. (37)

neu F S.51;
32.DJT S.76

Mot --

RegV ++

RE --+ S.209

RV --+ S.231

+ 3,342: Elterliche Gewalt

Der Mutter - im Einzelfall auch dem Vater (38) - kann durch das Vormundschaftsgericht auf Antrag die elterliche Gewalt zugesprochen werden (§ 1707 b).

Eine solche Maßnahme wird sich im allgemeinen bei Müttern empfehlen, die bereits "über eine gewisse Reife der Lebensanschauung" verfügen und "sich schon eine nicht zu kurze Zeit hindurch in der Pflege des Kindes bewährt" haben und die Person und Zahlungspflicht des Vaters bereits feststehen. (39)

Argumente:

3,3421: Das der Mutter in den Motiven (40) gegenüber zum Ausdruck gebrachte Mißtrauen sei in so genereller Form nicht berechtigt. "Die seit dem Inkrafttreten des (BGE) gesammelten Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß diese Befürchtungen bei einer großen Anzahl von unehelichen Müttern ... der Begründung entbehren und daß keine Bedenken

(37) Unterschiede ergeben sich freilich für die Kinder, deren Vater nicht feststeht. Dies ist aber nicht Ausfluß der Regelung des Erziehungsrechtes, sondern Folge des Fehlens eines Erziehungsberechtigten.

(38) s. o. S. 92

(39) Begründung RegE S. 31

(40) vgl. o. S. 36 f

bestehen würden, diesen Müttern die gleiche Stellung einzuräumen, wie sie schon jetzt der Witwe gegenüber ihrem ehelichen Kinde zusteht." (41)
"In besonderem Maße ist der Mangel der Befugnis, der Mutter die elterliche Gewalt zu verleihen, im Kriege und in der Nachkriegszeit fühlbar geworden." (42)

3,3422: Die bereits häufig eingeschlagenen Umwege, die Mutter zum Vormund zu bestellen bzw. ihr die Adoption zu empfehlen, seien nicht ausreichend.
Als Vormund unterliege sie immer noch den weitgehenden Aufsichtsbefugnissen des Vormundschaftsgerichts und eine Adoption sei ein "gckünsteltes, die natürlichen Verhältnisse in ihr Gegenteil verkehrendes Verfahren". (43)

3,3423: Die rechtliche Befugnis der Mutter zu erweitern, "dürfte geeignet sein, die Freude der Mutter an der Fürsorge für das Kind zu stärken". (44)

neu F S.51
Mot -- S. 37
RegV ++
RE -- S.210
RV -- S.232

+ 3,343: Kontakt zum anderen Elternteil

Der Kontakt des Kindes zu dem nicht in häuslicher Gemeinschaft mit ihm lebenden anderen Elternteil und dessen Einflußnahme auf die Entwicklung des Kindes orientieren sich am Kindesinteresse. Einzelheiten bestimmt das Vormundschaftsgericht (§§ 1707 a,b).(45)

3,4: Versorgung des Kindes

Die persönliche Betreuung obliegt regelmäßig (46) der Mutter im Rahmen der Personensorge; den finanziellen Bedarf des Kindes hat vorrangig der ermittelte Vater oder, sofern er nicht feststellbar ist, der Konkubent, ggf. mit mehreren als Gesamtschuldner, abzudecken (§§ 1708 ff; 1717 ff). Nur die zweite Komponente, die Geldleistungen, werden als Unterhalt bezeichnet.

(41) Begründung RegE S. 19

(42) Begründung RegE S. 20

(43) Begründung RegE S. 20

(44) Begründung RegE S. 31

(45) s. o. S. 92

(46) Sie kann auch dem Vater auf seinen Antrag zugewiesen werden - §§1707 a, b

Für eine Unterhaltspflicht genügt bereits die mögliche Vaterschaft. Ein festgestelltes Abstammungsverhältnis hat allerdings Auswirkungen auf die Einzelregelung.

Mot ++ + 3,41: Rechtsgrund der Unterhaltspflicht

RegV ++

RE - S.211

RV - S.233

Zur rechtlichen Grundlage für die Unterhaltsverpflichtung des Mannes werden keine Ausführungen gemacht. Aus der vorgesehenen Zahlvaterschaft ergibt sich nur negativ, daß sie nicht von einem Verwandtschaftsverhältnis abhängig sein soll. Es wird lediglich die Notwendigkeit betont, das Kind finanziell abzusichern. (47)

Mot ++ + 3,42: Inhalt der Unterhaltspflicht

RegV ++

RE - S.211

RV - S.233

Von Unterhalt wird nur im Zusammenhang mit der vom Mann zu zahlenden Unterhaltsrente gesprochen. (48)

3,43: Ausgestaltung der Unterhaltsrente

neu + Es wird differenziert zwischen der Unterhaltsrente,
Mot - S. 40 die der ermittelte Vater und der, die der mögliche
RegV ++ Vater zu zahlen hat.
RE - S.211
RV - S.233

3,431: Unterhaltsrente durch den ermittelten Vater

+neu+ +F+S.50 + 3,4311: Die Unterhaltsrente, die der ermittelte Vater
Mot -+ S. 40 zu zahlen hat, ist stärker als familienrechtliche For-
RegV +- derung konzipiert. Die bisherige streng schuldrechtli-
RE -+ S.211 che Ausrichtung sei der Vielfalt der Einzelfälle nicht
RV -+ S.234 gerecht geworden. (49) Es werden wesentliche, einen
typischen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch aus-
zeichnende Besonderheiten übernommen:

(47) vgl. o. S. 88

(48) vgl. Begründung RegE S. 33: "Eine Verteilung der Unterhaltslast zwischen Vater und Mutter ... hat der Entwurf abgelehnt." - s. auch aaO S. 34

(49) vgl. Begründung RegE S. 17 ff

3,43111: Leistungsfähigkeit des Vaters und Bedürftigkeit des Kindes werden berücksichtigt (§§ 1708 b, 1708 c, 1709). (50) Die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Beteiligten sind unter dem Gesichtspunkt der Billigkeit gegeneinander abzuwägen (§ 1708 b S. 2). Das erlaubt auch, in vollem Umfang das Einkommen und Vermögen der Mutter zu berücksichtigen.

3,43112: Väterliche Eltern haften neben den mütterlichen Verwandten (§ 1708 d).

"Nachdem der Entwurf die Beziehungen zwischen Vater und Kind namentlich in familienrechtlicher Hinsicht wesentlich enger gestaltet hat, erscheint es nur folgerichtig und zweckmäßig, wenn auch das natürliche Verwandtschaftsverhältnis, welches das Kind mit den Eltern des Vaters verbindet, durch ausdrückliche Gesetzesvorschrift anerkannt wird ... und wenn hieran bestimmte vermögensrechtliche Folgen geknüpft werden." (51)

3,43113: Die Dauer der Unterhaltspflicht ist stark auf den Einzelfall abgestellt. Über die für den Regelfall beibehaltene 16-jährige Zahlungsverpflichtung hinaus ist bei Gebrechlichkeit des Kindes und Fortdauer der Ausbildung länger Unterhalt zu gewähren. Bei andauernder Ausbildung muß der Vater aber der Berufswahl zugestimmt oder das Vormundschaftsgericht seine verweigernde Einwilligung ersetzt haben (§ 1708 a).

neu
Mot --+ S. 42
RegV ++
RE --+ S.212
RV --+ S.234

+ 3,4312: Die Höhe der Unterhaltsrente richtet sich regelmäßig nach der Lebensstellung der Mutter. Nach Billigkeit können jedoch auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vaters berücksichtigt werden (§ 1708).

(50) § 1708 b: "Ist der Vater bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande, ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts den der Lebensstellung der Mutter entsprechenden Unterhalt zu gewähren, so ist er dem Kinde gegenüber verpflichtet, alle verfügbaren Mittel zu seinem und des Kindes Unterhalt gleichmäßig zu verwenden. Hat der Vater seiner Ehefrau oder einem ehelichen Abkömmling Unterhalt zu gewähren, so beschränkt sich unter den bezeichneten Voraussetzungen seine Verpflichtung gegenüber dem unehelichen Kind auf dasjenige, was mit Rücksicht auf die Bedürfnisse sowie auf die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Beteiligten der Billigkeit entspricht."

§ 1709: "Der Vater ist vor der Mutter und den mütterlichen Verwandten des Kindes unterhaltspflichtig. Die Mutter und die mütterlichen Verwandten haften jedoch vor dem Vater, soweit dies nach den Vermögens- und Erwerbsverhältnissen der Beteiligten unter Berücksichtigung ihrer sonstigen Verpflichtungen der Billigkeit entspricht."

(51) Begründung RegE S. 33

"Diese Neuerung dürfte geeignet sein, viele Härten zu beseitigen und manchem Kinde, ..., den Weg zum gesellschaftlichen Aufstiege zu ebnen." (52)
Daß die Mutter sich bereichern könnte, wird ohne Erwähnung nicht befürchtet.

neu
Mot --
RegV +- S.136
RE --
RV --

+ 3,432: Unterhaltsrente durch den möglichen Vater

3,4321: Die Unterhaltsrente, die der bloß mögliche Vater zu zahlen hat, entspricht im wesentlichen der BGB-Regelung. Dem Mann wird allerdings die Bedürftigkeitseinrede zugesprochen (§ 1717 Abs. 2) und die Möglichkeit gegeben, das Kind auf eigene Einkünfte zu verweisen (§§ 1717 a iVm § 1708 c).

"Diese - den schuldrechtlichen Charakter des Anspruchs in gewisser Weise durchbrechenden - Vorschriften erschienen geboten, um einen Mann, der lediglich aufgrund des Geschlechtsverkehrs mit der Mutter haftet, nicht ungünstiger zu stellen als denjenigen, der als Vater (§ 1705 a) zur Gewährung von Unterhalt verpflichtet ist." (53)

3,4322: Mehrere in Betracht kommende Männer haften als Gesamtschuldner.

"Dies entspricht der Sachlage und wird dem Bedürfnis des Kindes und den Verhältnissen der Verpflichteten am meisten gerecht. Eine Regelung, die es dem Vormund ermöglichen würde, aus der Zahl der Verpflichteten einen von ihnen mit der Wirkung herauszugreifen, daß die-
s e r a l l e i n d e m K i n d e h a f t e n
w ü r d e u n d k e i n e n A u s g l e i c h s -
a n s p r u c h g e g e n d i e a n d e r e n
h ä t t e (so im wesentlichen das österreichische
Recht), müßte von den Betroffenen überaus hart empfun-
den werden, Verbitterung und Zahlungsunwilligkeit zur
Folge haben und daher dem Kinde regelmäßig zum Nachteil
gereichen. Eine V e r t e i l u n g d e r U n -
t e r h a l t s l a s t u n t e r d i e V e r p f l i c h t e t e n
n a c h B r u c h t e i l e n i n d e r W e i s e , d a ß
j e d e r n u r f ü r d e n a u f i h n
e n t f a l l e n d e n B e t r a g a u f z u -
k o m m e n h ä t t e , erscheint schon aus all-
gemeinen Gesichtspunkten bedenklich, widerspricht sich
aber auch deshalb, weil die Beitreibung des Unterhalts
dadurch wesentlich erschwert werden würde und bei Zah-
lungsunfähigkeit eines Verpflichteten keine Möglich-
keit bestände, die anderen Beteiligten für den Ausfall
haftbar zu machen." (54)

-
- (52) Begründung RegE S. 32
(53) Begründung RegE S. 41
(54) Begründung RegE S. 41

3,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes

alle + + 3,51: Gegenüber der Mutter

Ein Erbrecht gegenüber der Mutter wird nicht weiter erörtert. Es ergibt sich dies daraus, daß das Kind grundsätzlich die Stellung eines ehelichen Kindes erhält.

3,52: Gegenüber dem Vater

§ 1589 Abs. 2 BGB, der familienrechtlichen Beziehungen zwischen Vater und Kind im Wege steht, soll abgeändert werden. Gleichwohl wird dem Kind kein generelles Erbrecht zugesprochen. Es wird zunächst zugunsten eines fortdauernden Unterhaltsanspruchs entschieden, wobei allerdings das Abfindungsrecht der Erben eingeschränkt wird. Ein Erbrecht in Form eines kapitalmäßigen Abfindungsanspruchs wird wahlweise zur Unterhaltsrente gegenüber den Erben ab der 2. Ordnung (§ 1712 b) und ein nach Billigkeitsgrundsätzen zu bestimmender Fortkommensanspruch gegenüber Erben ab der 3. Ordnung zugelassen (§ 1712 d).

Mot +- S. 44
RegV +- S.139
RE +- S.214
RV - S.235

+ 3,521: Fortgeltender Unterhaltsanspruch

"Die Erfahrungen der Praxis haben gezeigt, daß dem Kinde zumeist mit einer fortlaufenden, in regelmäßigen Zeitabschnitten zu entrichtenden Geldrente weit mehr gedient ist als mit einer Beteiligung an dem Kapitalnachlaß des verstorbenen Vaters; dies gilt um so mehr, als die Rente jeder Änderung in den Verhältnissen des Kindes oder der allgemeinen Wirtschaftslage ohne Schwierigkeit angepaßt werden kann (§ 323 ZPO)...
... (Es) erschien allerdings erforderlich, das in § 1712 Abs. 2 BGB vorgesehene, vielfach bekämpfte Abfindungsrecht erheblich einzuschränken." (55)

Ein solches Abfindungsrecht mit einem der Höhe nach dem Pflichtteil entsprechenden Betrag wird nur der Ehefrau und den ehelichen Abkömmlingen zugebilligt (§ 1712 a).

"(Diese) Ausnahme rechtfertigt sich damit, daß diese Personen durch die Verpflichtung zur Weiterzahlung der Rente häufig ungünstiger gestellt werden würden als das uneheliche Kind, ein Ergebnis, das im Interesse der Familie vermieden werden muß." (56)

(55) Begründung RegE S. 35
(56) Begründung RegE S. 36

neu +F+ S.51 3,522: Erbrecht

Mot --

RegV ++

RE - S.214

RV - S.236

3,5221: Abfindungsanspruch

"(Der Entwurf) gewährt damit dem unehelichen Kinde in den Grenzen, die sich aus der notwendigen Rücksicht auf die Familie des Vaters ergeben, ein dem Pflichtteilsrechte des ehelichen Kindes wirtschaftlich gleichstehendes Recht auf eine Beteiligung an dem Nachlaß des Vaters und kommt dem von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsche entgegen, auch in erbrechtlicher Hinsicht gewisse Rechtsbeziehungen zwischen Kind und Vater zu schaffen." (57)

3,5222: Fortkommensanspruch

Die Möglichkeit, einen Abfindungsanspruch geltend zu machen, ist davon abhängig, daß das Kind noch unterhaltsberechtig ist. Stirbt der Vater kurz nach dem 16. Geburtstag des Kindes oder wenige Zeit nach Abschluß der Berufsausbildung, könnten sich daraus Härten ergeben, die "nicht verstanden" (58) würden. Es soll deshalb das Vormundschaftsgericht befugt sein, dem Kind auf seinen Antrag von demjenigen Teil des Nachlasses, der nicht den ehelichen Abkömmlingen, der Ehefrau, den Eltern und den Geschwistern des Vaters zufällt, als Beitrag zu seinem Fortkommen eine Geldsumme bis zur Höhe des Pflichtteils zuzuerkennen, wenn und soweit dies der Billigkeit entspricht.

(57) Begründung RegE S. 36

(58) Begründung RegE S. 37

4. Abschnitt: Stellungnahme von kirchlicher Seite

1. Aus katholischer Sicht (1)

In kirchlichen Kreisen löst der Entwurf größtes Befremden aus. Bisher hat man sich kirchlicherseits äußerste Zurückhaltung auferlegt. In der vom Caritas-Verband herausgegebenen Seit-

(1) Als kirchliche Interessenvertreter sind anzusehen:

1. Engelmann, der als Landgerichtspräsident von Schweidnitz in der Zeitschrift für katholische Kinder- und Jugendfürsorge - JUGENDWOHL -, herausgegeben vom Caritas-Verband, schreibt, wird von Lenné als "richtungweisend" (Lenné S. 31) gepriesen. Seine Veröffentlichung: "Die Neuregelung des Rechts des unehelichen Kindes und der Annahme an Kindes Statt", Jugendwohl 1927 S. 55
2. Kneer, der mit kirchlicher Druckerlaubnis vom 30.10.1926 (Köln) sein Buch, "Das uneheliche Kind - Eine alte Menschheitsfrage als Gegenwartsproblem", veröffentlicht - gedruckt im Volksverein-Verlag, Mönchengladbach 1926
3. Lenné, Domkapitular. Sein Beitrag, "Das Lebens- und Erziehungsrecht des unehelichen Kindes", wird in: Vertiefung der Jugendhilfe, Caritas-Verlag, Freiburg, 1928 abgedruckt. Diese Schrift enthält die Referate, die auf einer am 17.-19. 10.1927 in München durchgeführten Tagung, "organisiert von der Gesamtheit der katholischen Verbände dieses Fachgebietes" (Vorwort), gehalten werden
4. Zillken, Elisabeth, sie spricht für die "Kommission des Deutschen Caritas-Verbandes, der Mitglieder aller caritativer Fachverbände, die sich auf dem Gebiet der Jugendfürsorge betätigen und (eine) Kommission des katholischen Frauenbundes, der Mitglieder aller katholischer Frauenorganisationen angehören". (Caritas 1927, 302)
Ihre Veröffentlichungen: "Die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes" in "Die christliche Frau", 1927, Sonderdruck: "Gedanken zur Änderung des Rechts des unehelichen Kindes", Caritas 1927 S. 302
5. Niestroj (mit Einschränkungen), der als Jugendamtsleiter in Glatz ebenfalls in JUGENDWOHL schreibt, dessen Buch, "Vormundschaftsrecht und Vormundschaftsführung nach dem RJWG", 1925 im Caritas-Verlag verlegt wird und sich mehrfach über die Arbeit und Aufgabe des Caritas-Verbandes in Berichten und Monographien äußert.
Seine Veröffentlichungen: "Kritisches zum Entwurf eines Gesetzes über die unehelichen Kinder und der Annahme an Kindes Statt", Jugendwohl 1926 S. 22; "Zur Frage des Mehrverkehrs", Jugendwohl 1927 S. 160; "Zum Problem des unehelichen Kindes", Zeitschrift für Heimatwesen 1926 Sp. 448

schrift für katholische caritative Erziehungstätigkeit (2) - JUGENDWOHL - ist in den Jahrgängen 1919 bis 1925 nicht ein einziger Aufsatz der Reform des Nichtehelichenrechts gewidmet. Es mag sein, daß die Verfassung von 1919 allgemein als "Kind der Revolution" (3) angesehen worden ist und Art. 121 WRV als Produkt extremen Pendelausschlages bewertet wurde, der bei einer aus ihrer Sicht Normalisierung der Verhältnisse von selbst seine Wirkungskraft einbüßen werde.

Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Es scheint jetzt nach Veröffentlichung des Regierungsentwurfes an der Zeit, eindringlich zur Zurückhaltung zu mahnen. August Kneer in seiner Schrift, "Das uneheliche Kind - Eine alte Menschheitsfrage als Gegenwartsproblem" (4) weist zurück auf das Ende des vorigen Jahrhunderts.

"Das BGB von 1900, aus konservativem Geist geboren, wollte erhalten, was an Altem gut war. Nunmehr will man 'vermeintlich Besseres' an seine Stelle setzen. Es gilt, an die alten bewährten Maßstäbe zu erinnern."

Kneer's Beitrag, der hier eingehender berücksichtigt wird, hat repräsentative Bedeutung und trägt offiziösen Charakter. (4)(5)

Kneer veranlaßt der Entwurf, "von einem Zeitalter des unehelichen Kindes" (6) zu sprechen. Für ihn stellt sich das Unehelichenproblem dar als Quadratur des Kreises und

-
- (2) Diese Bezeichnung wechselt. Ab 1922 heißt es "Zeitschrift zur Förderung der katholischen Jugendfürsorge", ab 1924 "Zeitschrift für katholische Kinder- und Jugendfürsorge"
 - (3) Kneer S. 41
 - (4) Kneer's Buch ist durch kirchliche Druckerlaubnis autorisiert - Genehmigungsstempel vom 30.10.1926 J-Nr. 3905. Von Lenné S. 17 wird er als ein "gründlicher Sachkenner auf katholischer Seite" angesehen
 - (5) Eine offizielle Stellungnahme der katholischen Kirche ist nicht bekannt. Lenné schreibt 1927, daß es sie auch nicht gäbe, führt dann jedoch aaO S. 36 aus:
"Aber aus ihrer Stellung zur Ehe und Familie, aus ihrem praktischen Verhalten gegenüber den unehelichen Kindern und aus den Aussprüchen mancher ihrer hervorragenden Vertreter und ihrer Heiligen können wir doch Schlüsse ziehen, die eine gewisse Linienführung bedeuten."
 - (6) Kneer S. 51

"Ist und bleibt ein Problem völliger 'Hoffnungslosigkeit'. Und jeder Versuch einer radikalen Lösung wird nur zu einer Rechtsverschlechterung führen." (7)

Das Unehelichenrecht allein unter dem Gesichtspunkt der Kinderinteressen zu gestalten, bedeute einseitig einen "Parteistandpunkt" (8) einzunehmen. Aber nicht nur Anhänger einer "materialistischen Weltanschauung" (8) - bei ihnen überrasche es nicht - auch "herzensgute und nach Recht strebende Christenmenschen" (8) schienen lediglich die Frage zu kennen:

"Wie helfen wir dem Kinde, während die Frage der Herkunft für sie allzusehr in den Hintergrund tritt." (8)

Der Gesetzgeber dürfe sich die Sache nicht so einfach machen. "Er darf nicht nur an das gewiß bemitleidenswerte Kind denken, sondern er muß auch an den in der unehelichen Geburt liegenden Verstoß gegen alle sittliche und rechtliche Ordnung denken. Und für ihn wird über der Frage, wie sorgen wir für das Kind, ein höherer Gedanke stehen, der Gedanke an das sittliche Wohl des Volkes." (9)

Und gerade dieses "sittliche Wohl" sei augenblicklich ohnehin stark gefährdet.

"Man (wird) mit Fug mit einem Sinken des sittlichen Bewußtseins in der Masse rechnen müssen, wenn das uneheliche Kind vor dem Gesetz völlig gleichsteht dem ehelichen Kinde. Es wird und muß die ohnehin gesunkene Achtung vor der Ehe weiter sinken, die Schätzung der Familie, die ohnehin immer mehr der Auflösung verfällt, weiter abnehmen, es werden letzten Endes Kulturwerte entwertet, die ... als Fundamente aller staatlichen Ordnung gekennzeichnet (werden müssen)." (10)

Mit Entrüstung wird reagiert, wird gefordert von allgemein gehaltenen Bedenken auf konkrete Einwände zu sprechen zu kommen.

"Und einer der Redner auf der Dresdener Tagung (11) hat gar die Abgeordnete Neuhaus, die den Standpunkt der katholischen Kirche mit Klarheit und Nachdruck vertrat, apostrophieren zu müssen gemeint: sie möchte doch einmal 'im einzelnen die Bedenken formulieren', die sie bei der Reform in Richtung einer Gefährdung des 'verfassungsmäßig verbürgten' Instituts der Ehe erblicke.... Als ob sich so etwas 'formulieren' ließe.... Liegen nicht die schlimmsten Auswirkungen jenseits des engen

(7) Kneer S. 42

(8) Kneer S. 52

(9) Kneer S. 53

(10) Kneer S. 53

(11) Konferenz über die Rechtsreform des Unehelichenrechts, einberufen vom Archiv Deutscher Berufsvormünder, Februar 1926

Horizontes, den eine rein materialistische und nur auf das Diesseits gerichtete Anschauung zu überblicken vermag? Aber da betreten wir wohl schon ein Gebiet, wo wir uns nicht mehr verstehen." (12)

Kneer läßt sich folglich auf Einzelheiten nicht ein. Nur selten werden beiläufig Einzelfragen angesprochen. Etwa die Inanspruchnahme der väterlichen Großeltern, die dazu führen würde,

"daß häufig Alimente gezahlt werden (würden) ohne Grund und Schuld. Es würde Unrecht verübt werden in der Form des Gesetzes, am wenigsten aber die Sittlichkeit gefördert." (13)

Oder: Bei der Beseitigung der exceptio plurium wird befürchtet, daß

"die sittlichen Bedenken hierbei nicht mit ihrer ganzen Schwere in die Wagschale gelegt sind." (14)

Daß bei Mehrverkehr mehrere Männer haften, sei

"die Konsequenz und Einfachheit des Radikalismus. Eines Radikalismus, der mit seiner geschäftigen Sorge um das uneheliche Kind ganz andere Ziele verfolgt." (15)

Lenné (16) argumentiert zu diesem Problem in entgegengesetzter Richtung und befürwortet, daß alle Konkubenten jeweils vollen Unterhalt zahlen sollen.

Dies sei keine "Prinzipienfrage", sondern eine Frage der "Zweckdienlichkeit".

"Der Einwand vom Lasterfonds, der wirklich hier droht zur Phrase zu werden, schreckt mich hierbei nicht. Denn es ist immerhin besser, die wirtschaftlichen Folgen eines moralischen Delikts (17) durch diejenigen tragen zu lassen, die es begangen haben, als sie den Steuerzahlern aufzubürden...". (18)

(12) Kneer S. 54

(13) Kneer S. 26

(14) Kneer S. 27

(15) Kneer S. 52

(16) Lenné S. 31 ff

(17) ebenso Niestroj, Jugendwohl 1927 S. 163:

"Gewiß ist der außereheliche und vor allem der Mehrverkehr ein schweres sittliches Delikt." Er befürwortet aber abweichend, immer einen Mann als Vater herauszusuchen (sog. oesterreichische Lösung)

(18) Lenné S. 33

Daß gerade der gesamtschuldnerischen Haftung eigen ist, daß der entstandene Schaden vor den Schädigern getragen wird und lediglich eine Überzahlung vermieden werden soll, vermag im Eifer der Argumentation übersehen worden sein. Es ist ja ohnehin alle Mühe vergebens: "Die Unordnung, die das Abweichen von der Ordnung Gottes, die Sünde, anrichtet, kann eben nie zur Ordnung umgewandelt werden." - Lenné S. 35

Die Sprache von Zillken (19), Niestroj (20) und Engelmann (21) ist zurückhaltender, in der Meinung, daß der Entwurf von Ubel sei, stimmen sie aber alle überein.

Es gilt als Schlußfolgerung:

Kneer: Das uneheliche Kind "ist ethisch und juristisch eine Anomalie, eine Regelwidrigkeit, eine A u s n a h m e." (22) Wir hätten doch eine relativ befriedigende Lösung im BGB. (23) "In der Begründung des Reformentwurfs zum BGB findet sich zum Schluß der Satz: 'Die Zukunft eines Volkes ist seine heranwachsende Jugend'. Wir stellen in diesem Zusammenhang den Satz höher: Die Zukunft unseres Volkes beruht auf seiner sittlichen Gesundheit." (24)

Lenné: "Wer (die BGB-Regelung) vorurteilslos würdigt, wird zugeben müssen, daß die Rechtslage des unehelichen Kindes, wenn auch gewiß noch nicht vollkommen, so doch auch nicht so erschreckend ist, wie eine ungehemmte Demagogie sie mehr durch Schlagworte als durch sachkundige Darlegungen hinzustellen bestrebt ist." (25) Art. 121 WRV habe "die Linke" hineingeschmuggelt. (26)

Zillken: "Unser bisheriges Unehelichenrecht war durchaus auf dem richtigen Wege." (27) "Man kann zum Schluß noch die Frage stellen, ob die Vorschläge, die hier gemacht sind und die nicht direkt die Ehe, dies doch i n d i r e k t dadurch tun, daß sie die Lage des unehelichen Kindes und vor allem die Lage der unehelichen Mutter erleichtern und dadurch die sittliche Auffassung über außerehelichen Geschlechtsverkehr im allgemeinen gefährden." (28)

Niestroj: "Am besten wird bald alles Notwendige bei einer Neuordnung in das Gesetz hineingebaut. Eine solche ist erforderlich, und zwar unter Hinzuziehung von erfahrenen Praktikern." (29)

Engelmann: "Es wird noch ernster Arbeit bedürfen, um dem Entwurf einen Inhalt zu geben, der sowohl der Gerechtigkeit wie der Liebe entspricht." (30)

-
- (19) Zillken, Caritas 1927 S. 302; "Die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes", Sonderdruck aus "Die christliche Frau", 1927 - Sie argumentiert auf der Basis einer "Ersatzfamilie" von Mutter und Kind unter Ausschluß des Vaters.
- (20) Niestroj, Jugendwohl 1926 S. 22; 1927 S. 160; Heimatwesen 1926
- (21) Engelmann, Jugendwohl 1927 S. 55
- (22) Kneer S. 11 Sp. 448
- (23) vgl. Kneer S. 56 f
- (24) Kneer S. 57 - bei diesen Ausführungen ist sicherlich nicht beachtet worden, daß laut Math. I Vers 3, 5f Perez, Boas, Obed, Salomo uneheliche Kinder im Stammbaum von Christus waren.
- (25) Lenné S. 23
- (26) Lenné S. 25
- (27) Zillken, Caritas 1927 S. 304
- (28) Zillken, Caritas 1927 S. 306
- (29) Niestroj, Jugendwohl 1926 S. 28
- (30) Engelmann, Jugendwohl 1927 S. 72

Kurzum:

"Zwischen ... dem Standpunkte der katholischen Kirche und dem des Entwurfes klappt ein Abgrund." (31)

2. Aus evangelischer Sicht

Eingehende Stellungnahmen aus der evangelischen Kirche sind nicht bekannt. Die Zeitschrift "Innere Mission" (32) widmet sich in den Jahrgängen von 1919 bis 1925 gar nicht der Unehelichenproblematik. Über den Regierungsentwurf wird lediglich ein kurzer Bericht von Stahl (33) veröffentlicht, der im Tenor positiv gehalten ist:

"Überblickt man den Entwurf als Ganzes, so kann man trotz der im einzelnen möglichen und notwendigen Kritik nur wünschen, daß er als wertvolle Ergänzung und Ausgestaltung der Rechtsgrundlagen des Unehelichenschutzes bald zum Gesetz erhoben wird." (34)

Bei der Vaterschaftsfeststellung wird befürchtet, daß die mögliche gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Männer in der öffentlichen Meinung negativ bewertet werden könnte und somit die soziale Lage des Kindes verschlechtert würde, die den Namen des Kindes betreffenden Vorschläge werden nur referiert, hinsichtlich des Erziehungsrechts könne der vorgesehenen Möglichkeit, auf Antrag der Mutter auch die elterliche Gewalt zu übertragen, "durchaus zugestimmt" (35) werden, die Verantwortung für das Kind allerdings beiden Eltern gemeinsam zu überlassen, begegnet "gewissen Bedenken" (35), von den Unterhaltsregeln wird schließlich das Bemühen begrüßt, die Ansprüche des Kindes zu erweitern.

(31) Kneer S. 28

(32) Organ des Zentral-Ausschusses und des Zentralverbandes für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche

(33) "Der Gesetzentwurf zum Schutz des unehelichen Kindes", "Die Innere Mission" 1926 S. 81

(34) Stahl S. 85

(35) Stahl S. 83

5. Abschnitt: Stellungnahme von fürsorgerischer Seite

1. Beteiligung an der Diskussion bis zur Veröffentlichung des Regierungsentwurfs

Das Archiv Deutscher Berufsvormünder (1) unter der Leitung von Professor Klumker hat in der öffentlichen Fürsorge eine dominierende Stellung erlangt. In dem von ihm mitgetragenen Publikationsorgan, dem "Zentralblatt für Vormundchaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung" (2) wird den Problemen des nicht-ehelichen Kindes breiter Raum gewährt. In den Inhaltsverzeichnissen ist wegen der Fülle der Beiträge eine eigene Rubrik aufgenommen worden. Nach dem Inkrafttreten der Verfassung und noch unter dem unmittelbaren Eindruck des in Art. 121 WRV enthaltenen Auftrages an den Gesetzgeber finden sich in den Jahren 1919 bis 1922 eine Reihe von Veröffentlichungen, die sich mit der durchzuführenden Gesetzesreform befassen. (3) Im Herbst 1920 ist auf der 12. Tagung Deutscher Berufsvormünder in Jena dieses Thema Gegenstand der Erörterungen. (4)

Ab 1922 erlahmt das Interesse jedoch völlig. Bis 1925, bis zur Veröffentlichung des Regierungsentwurfs, ist dann nicht ein einziger Beitrag abgedruckt, der speziell einer Reform des

-
- (1) Von 1933 bis 1937 "Deutsches Jugendarchiv", von 1937 bis 1952 "Deutsches Institut für Jugendhilfe" und ab 1952 "Deutsches Institut für Vormundchaftswesen" - zit.: ADB
- (2) Ab 1924 "Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt"
- (3) 1919/1920 S. 14: Walther - Zur Frage der exceptio plurium
S.116: Weishaupt - Stellungnahme zum Beitrag von Walther
S.121: Sieglerschmidt - Das Recht des unehelichen Kindes
S.159: Pfeiffer, S. 207: Eiserhardt u. S. 228: Kemnitz - jeweils Stellungnahmen zum Beitrag von Sieglerschmidt
- 1920/1921 S. 5: Schmale - Art. 121 der Reichsverfassung und das Recht des unehelichen Kindes
S.104: Klumker - Was tut not zum Schutz der Unehelichen?
S.115: Kemnitz - Stellungnahme zum Beitrag von Schmale
- 1921/1922 S. 82: Storck - Officialverfahren für die Feststellung der Vaterschaft
- (4) vgl. den Bericht über die Tagung in ZBlJR 1920/1921 S. 140

bestehenden Rechtszustandes gewidmet wäre. Am 9.7.1922 ist das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt (5) verkündet worden (6), das in § 35 die gesetzliche Amstvormundschaft als Neuerung vorsieht. Mit dieser Funktionszuweisung an die Jugendämter ist man zufrieden.

2. Antwort auf den Regierungsentwurf

2,1: Nach der Bekanntgabe des Regierungsentwurfs berät der ständige Ausschuß des Archivs Deutscher Berufsvormünder in seiner Sitzung vom 5.1.1926 über den vorgelegten Entwurf und veröffentlicht eine vorläufige Stellungnahme.(7) Gleichzeitig wird eine Entschlieûung der freien Vereinigung großstädtischer Jugendämter veröffentlicht. (8) Am 26./27.2.1926 findet auf Einladung des Archivs Deutscher Berufsvormünder unter dem Vorsitz von Klumker in Dresden eine Arbeitstagung statt. (9) In einer neu begründeten Schriftenreihe, "Flugschriften des Archivs Deutscher Berufsvormünder" (10), werden private Entwürfe der Öffentlichkeit übergeben (11), die schließlich 1928 zu einem einheitlichen "Gegenentwurf des Archivs Deutscher Berufsvormünder und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge" zusammengefaßt werden. (12) Die

(5) RGB1 I S. 633

(6) In Kraft getreten ist das Gesetz erst am 1.4.1924 - s. o. S. 15 Fußn. 13

(7) ZBlJR 1925/1926 S. 265 = Soziale Praxis 1926 Sp. 173

(8) ZBlJR 1925/1926 S. 265

(9) An dieser Tagung nehmen teil Fachleute aus Oesterreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz, zahlreiche Vertreter der Reichs- und Längerregierungen, der Gerichtsbehörden, der Kommunen und der freien Vereinigungen der Jugendwohlfahrt - ZBlJR 1926/1927 S. 51 in einem Tagungsbericht; ein weiterer Tagungsbericht ist in den Flugschriften des ADB, Heft 3, 1926 abgedruckt - er enthält Teilnehmerliste und Referate.

(10) Das erste Heft dieser Reihe erscheint 1926; 1931 wird diese Folge unter dem Titel "Beiträge zur Jugendhilfe" fortgeführt.

(11) Die Vorschläge von: Storck/Georgi aaO Heft 2, 1926 S.5ff; Polligkeit/Eiserhardt aaO Heft 2, 1926 S. 21 ff; Rothschild aaO Heft 2, S. 28 ff

(12) Mit Begründung abgedruckt in: Flugschriften des ADB, Heft 9, 1928 - zit.: Begründung GE; der reine Entwurfstext ist ferner abgedruckt in: ZBlJR 1927/1928 S. 324 ff

Einzelbeiträge steigen zahlenmäßig sprunghaft an (13) und insbesondere die Aktivität von Klumker ist hervorzuheben, dem auch die Plattform der seiner eigenen Organisation zur Verfügung stehenden Publikationsmöglichkeiten nicht mehr ausreicht. (14)

-
- (13) 1. Burghardt, Amtsvormund und Geschäftsführer des Jugendamtes Fürth - "Vaterschaft und Unterhalt im Entwurf eines Gesetzes über die unehelichen Kinder", Heimatwesen 1926, Sp. 191 u. 219
 2. Georgi, Elisabeth, Amtsvormund in Nürnberg - "Untersuchung über die Verhältnisse von 600 Mündelvätern", ZBlJR 1926/1927, S. 41
 3. Hertz, Direktor des Landesjugendamtes Hamburg - "Zur Kritik des Gesetzentwurfs über die unehelichen Kinder", Soziale Praxis 1926 Sp. 514
 4. Klumker, Vorsitzender des Archivs Deutscher Berufsvormünder - "Der Gesetzentwurf über das Unehelichenrecht", ZBlJR 1925/1926 S. 157; "Zur Neuordnung des Unehelichenrechts", JW 1925, S. 310; "Der Unehelichenschutz im Deutschen Reich", Archiv für Sozialwissenschaften, 1926, Bd. 55 S. 156; "Das Recht der unehelichen Kinder" JW 1926 S. 1418
 5. Müller, Oberamtsrichter und Vorsitzender der Vormundschaftsbehörde in Hamburg - "Zum Entwurf eines Gesetzes über die unehelichen Kinder", DRiZ 1926, Sp. 34 = ZBlJR 1925/1926 S. 248
 6. Müller, Erich, Stadtammann beim Jugendamt Berlin - "Der Gesetzentwurf über das Unehelichenrecht", ZBlJR 1925/1926 S. 163; "Erweiterte Fürsorgepflicht für uneheliche Kinder oder primäre öffentlich-rechtliche Unterhaltspflicht", ZBlJR 1925/1926 S. 234; "Die Sachverständigenkonferenz über das Unehelichenrecht", Soziale Praxis 1926, Sp. 375
 7. Niestroj, Jugendamtsleiter in Glatz (s. auch o. S. 100 Fußn. 1) - "Zum Problem des unehelichen Kindes", Heimatwesen 1926 Sp. 448; "Kritisches zum Entwurf eines Gesetzes über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindesstatt", Jugendwohl 1926 S. 22; "Zur Frage des Mehrverkehrs", Jugendwohl 1927 S. 160
 8. Peters, Verwaltungsinspektor in Hamburg - "Zur Frage der Beseitigung der Mehrverkehrseinrede", ZBlJR 1926/1927 S. 237
 9. Sauermann, Amtsgerichtsrat - "Soll der Vormundschaftsrichter über Alimentenansprüche des unehelichen Kindes entscheiden?", ZBlJR 1925/1926 S. 289
 10. Scherpner, Hanna, "Schülerin" von Klumker (Hans Scherpner, Geschichte der Jugendfürsorge, Göttingen 1966, Vorwort) - "Das uneheliche Kind in der Sozialgesetzgebung", ZBlJR 1926/1927 S. 5
 11. Storck, Oberregierungsrat in Lübeck - "Der Gesetzentwurf über das Unehelichenrecht", ZBlJR 1925/1926 S. 160; dto., Soziale Praxis 1926 S. 168
 12. Webler, Herausgeber des ZBlJR - "Zur Beseitigung der Mehrverkehrseinrede im Unehelichenrecht", ZBlJR 1928/1929 S. 32
- (14) Unter seiner Führung entsteht die Reihe "Flugschriften des Archivs Deutscher Berufsvormünder", er ist der

2,2: Gesamtbeurteilung

Der Entwurf erfährt harte Kritik. Er wird abgelehnt. In grundlegenden Fragen werden abweichende Auffassungen vertreten.

Mit der Vaterschaftsregelung gebe man den Kindern mit ggf. mehreren Zahlungsverpflichteten eine "Pariastellung" (15), der mögliche Ausbau der familienrechtlichen Beziehungen zwischen Vater und Kind enthalte fast nur Rechte für den Vater (16) und biete für das Kind keine echten Vorteile, die elterliche Gewalt könne zum Schutz des Kindes nicht Vater oder Mutter anvertraut werden, da damit die erst neu geschaffene Amtsvormundschaft wieder entwertet werde, und die Unterhaltssicherung schließlich sei unzureichend. Die erbrechtliche Konzeption wird ebenfalls abgeändert.

Im Ergebnis ist man der Meinung, daß "eine vollständige Umgestaltung des Entwurfs unvermeidlich" sei. (17)

Es sei die Frage zu stellen, "ob denn überhaupt die notwendige und erwünschte Reform in der Richtung liegt, die der Entwurf einschlägt, oder ob nicht, was die Beziehung des Kindes zum Vater anlangt, eine Lösung zu suchen ist, die das oben aufgestellte Ziel dadurch zu erreichen sucht, daß sie anstelle der familienrechtlichen Beziehungen eine

Initiator der Dresdener Tagung - s. o. S. 107 Fußn. 9 - und veröffentlicht eigene Beiträge im ZBlJR, der JW und dem Archiv für Sozialwissenschaften - s. o. S. 108 Fußn.13

(15) Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1928 S. 19

(16) "Man darf nicht übersehen, daß diese wirklich verwandtschaftsähnlichen Beziehungen lediglich solche sind, die der Vater b e a n t r a g e n k a n n , deren Entstehen also ganz von seinem Willen abhängt." - Begründung GE, Flugschriften ADB Heft 9, 1928 S. 17

(17) Stellungnahme ADB ZBlJR 1925/1926 S. 265; positiv äußert sich dagegen Müller (Oberamtsrichter und Vorsitzender der Vormundschaftsbehörde in Hamburg) in ZBlJR 1925/1926 S.248 = DRiZ 1926, Sp. 34:

"Der Entwurf scheint mir im großen und ganzen den unehelichen Kindern in solchem Maße zu helfen, als es mit der Rücksicht auf den Gedanken der Ehe und den Schutz der ehelichen Familie vereinbar ist. Er schaltet eine besondere Sicherung dadurch ein, daß wichtige Rechtsgestaltungen nur durch Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes herbeigeführt werden können." Zur Kritik von Klumker und Storck in ZBlJR 1925/1926 S. 157 bzw. 160 führt er aus: "Sie ist verständlich gerade im Munde von Klumker und Storck, den verdienstvollen, langjährigen Vorkämpfer einheitlichen und nachdrücklichen Schutzes der unehelichen Kinder (insbesondere in der Form der Amtsvormundschaft des Jugendamtes). Aber, wie es so geht, sie überschätzen die Wirkungsmöglichkeiten ihrer Schöpfung, unterschätzen andere Wege."

Verantwortlichkeit des unehelichen Vaters in den Mittelpunkt stellt." (18)

Storck: "Den unehelichen Kindern (ist) nicht damit gedient und ihr Los (wird) nicht verbessert, wenn man das Unehelichenrecht möglichst dem jetzt geltenden Ehehellenrecht annähert, wie dies immer wieder in mißverständlicher Auslegung des Art. 121 WRV als Ziel der Reform des Unehelichenrechts gefordert wird." (19)

Müller, Erich: Wenn Art. 121 WRV dadurch erfüllt werden soll, "daß alle möglichen Vorschriften des BGB, die für eheliche Kinder gelten, dem Recht des unehelichen Kindes ... eingefügt (werden), so muß dadurch eine wesentliche Verschlechterung der Lage des unehelichen Kindes herauskommen." (20)

2,3: Einzelbeurteilung

2,31: Vaterschaft

2,311: Die im Entwurf beabsichtigte Konzentration auf eine Ermittlung des wirklichen Vaters wird scharf angegriffen. Es werde Unmögliches versucht. Auch wenn nur ein Mann bekannt sei, könnten dennoch Konkubenten vorhanden sein; dem Betroffenen fehlten dann lediglich die Beweise.

"Dies zeigt, daß es Garantien für eine wirkliche Vaterschaft bei unehelich geborenen Kindern nicht gibt und daß eine Konstruktion, die eine Gewähr dafür sucht, 'daß nur derjenige, auf dessen Geschlechtsverkehr die Zeugung beruht, die rechtliche Stellung des Vaters erlangt', fehlen muß." (21)

Daß eine Vaterschaftsfeststellung schon unterbleiben soll, wenn "erhebliche Zweifel" bestehen, wird deshalb als Rückschritt bezeichnet. Vielen Kindern, die selbst nach geltendem Gesetz einen Vater erhielten, würde dieser jetzt genommen. Das sei gerade auch im Hinblick auf negative sozialrechtliche Auswirkungen bedenklich und bedeute eine

(18) Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1928 S. 18

(19) Storck, ZBlJR 1925/1926 S. 161

(20) Müller, Erich, ZBlJR 1925/1926 S. 163

(21) Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1928 S. 20

Rechtsverkürzung für das Kind. (22) (23)

Der verbleibende Unterhaltsanspruch für das Kind (§§1717 ff RegE) sei kein Ersatz. Die Kenntnis, daß mehrere Männer für den Unterhalt haften, bedeute für das betroffene Kind "eine seelische Belastung" (24) mit der Gefahr "schwerer moralischer Schäden". (24) Das Entstehen einer "Parias-Kaste" (25) und von "Aktienkindern" (26) bzw. "GmbH-Kindern" (27) müsse dringend verhindert werden. (28)

2,312: Der Gegenentwurf macht die Vaterschaftsfeststellung ausschließlich von einer Beiwohnung, die eine Zeugung des Kindes bewirkt haben kann, abhängig (§ 1705 b GE). Kommen mehrere Männer in Betracht, obliege es dem Vormund, den Mann auszuwählen, der am wahrscheinlichsten der Vater ist (29) - sog. oesterreichische Lösung. Die exceptio plurium des § 1717 BGB wird damit insgesamt beseitigt.

Auf Kritik gegenüber diesem Modell wird in der Begründung

-
- (22) vgl. Stellungnahme des ADB, ZBlJR 1925/1926 S. 265; Entschließung der Jugendämter, ZBlJR 1925/1926 S. 266; Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1926 S.18 f; Scherpner, ZBlJR 1926/1927 S. 10; Klumker, Archiv für Sozialwissenschaften, 1926, Bd. 55 S. 188; ders. JW 1926 S. 1418; ders. ZBlJR 1925/1926 S. 158; Storck, Soziale Praxis, 1926 Sp. 172; Burghardt, Heimatwesen Sp. 194; Hertz, Soziale Praxis 1926 Sp. 514; Erich Müller, ZBlJR 1925/1926 S. 164; Niestroj, Jugendwohl, 1926 S. 23; Webler, ZBlJR 1928/1929 S. 32 - Der Vorschlag des Entwurfs wird nur akzeptiert von Müller, ZBlJR 1925/1926 S. 250 = DRiZ 1926 S. 36
- (23) Einen Überblick über die 1925 erreichte sozialrechtliche Position des nicht-ehelichen Kindes und die möglichen Folgen, wenn ein Vater nicht festgestellt wird, gibt Scherpner, ZBlJR 1926/1927 S. 5 ff
- (24) Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1926, S. 19
- (25) Storck, ZBlJR 1925/1926 S. 161; ebenso - "Pariastellung"-Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1928 S. 19
- (26) vgl. Klumker, Archiv für Sozialwissenschaften 1926, Bd.55
- (27) Webler, ZBlJR 1928/1929 S. 33 S.193
- (28) A. A. ist Müller, ZBlJR 1925/1926 S. 250: "Im Leben begründete rechtliche Unterschiede"; zurückhaltender auch die Entschließung der Jugendämter, ZBlJR 1925/1926 S.266 - Solange kein Mehrverkehr nachgewiesen ist, müsse die Vermutung beibehalten werden, sie müsse zur Vaterschaftsfeststellung ausreichen.
- (29) vgl. Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1928 S.22

zum Gegenentwurf folgendes geantwortet:

"Eine absolut gerechte Lösung dieser Frage gibt es nicht; Der Ausschluß der exceptio ist aber die moralisch am meisten befriedigende und auch die sauberste Lösung. (30)... Wenn es einmal vorkommt, daß ein Mann als Vater festgestellt wird, der es tatsächlich nicht ist, so ist diese Ungerechtigkeit nicht groß; im Gegenteil kann man sich eine gewisse erzieherische Wirkung davon versprechen, daß jeder außereheliche Verkehr für den Mann das Risiko bedeutet, eventuell später 18 Jahre lang als Vater Unterhalt leisten zu müssen." (31)

Neben der gerichtlichen Vaterschaftsfeststellung soll auch eine Anerkennungserklärung zulässig sein. An sie werden besondere, die familienrechtlichen Beziehungen stärker betonende Rechtsfolgen geknüpft. Will ein Mann lediglich das Feststellungsverfahren vermeiden und legt auf ein stärkeres Beziehungsverhältnis zum Kind keinen Wert, kann er in Form einer Prozeßvermeidungserklärung auch seine bloße Unterhaltsvaterschaft anerkennen (§ 1705 a GE).

2,32: Name des Kindes

Den amtlichen Vorschlägen wird nicht direkt widersprochen. Es fehlt überhaupt vollends eine Erörterung der in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme.

Im Gegenentwurf wird die eng begrenzte Elastizität des Regierungsentwurfs noch weiter eingeschränkt. Das Recht des Vaters, im allseitigen Einvernehmen dem Kind seinen Namen zu erteilen, soll nur dem die Vaterschaft bzw. Unterhaltungspflicht anerkennenden Vater zustehen - § 1706 a GE. Dieser abweichende Vorschlag wird nicht begründet.(32)

-
- (30) Die "sauberste Lösung" sei dieser Vorschlag, weil dadurch der "zu erwartende Strom von häßlichen Prozessen" vermieden werde - Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1928 S. 22
- (31) Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1928 S. 22
- (32) Georgi hatte, insoweit vom gemeinsamen Entwurf mit Storck - Flugschriften ADB, Heft 2, 1926 S. 5 ff - abweichend, in § 1706 noch vorgeschlagen, dem Kind den jeweiligen Namen der Mutter zu geben.

2,33: Erziehung des Kindes

2,331: Der Versuch des Regierungsentwurfs, die Erziehungsaufgaben flexibler zu verteilen, sie nach Möglichkeit auf die konkreten Verhältnisse anzupassen und sie stärker dem Ehelichenrecht anzunähern, wird verworfen. Vor allem die dem Vormundschaftsgericht übertragene Befugnis, "im Interesse des Kindes" (§ 1707 b RegE) ggf. Vater und Mutter auch die elterliche Gewalt zuzusprechen, löst einen heftigen Protest aus:

Niestroj: Eine solche Ausweitung der elterlichen Befugnisse sei unverstündlich. "Eine Erklärung dafür gibt lediglich das Bestreben, die Unehelichkeit einer Geburt möglichst zu verdecken und das Kind in eine Familie hineinwachsen zu lassen, angeregt durch Art. 121" WRV. ... Es wäre gut, sich auf die Motive (33) zu besinnen. "Was damals galt, gilt heute noch in der Regel nicht nur in Bezug auf die Mutter, sondern in viel höherem Maße für den unehelichen Vater." (34)

Klumker: "Die Verteilung der elterlichen Gewalt beim unehelichen Kind, wie sie das BGB in § 1707 gibt, darf nicht geändert werden, weil sie die Grundlage der Amtsvormundschaft bildet; jede Änderung würde die Entwicklung der Amtsvormundschaft gefährden." (35) ...

Mit dem RJWG sei der Unehelichenschutz auf eine neue Grundlage gestellt; damit sei für ein "Menschenalter" und mehr die Richtung festgelegt, in der die Fürsorge zu arbeiten habe. (35) "Ein schwieriges Gebiet scheidet damit aus der Neuregelung aus, soviel Tinte auch darüber verspritzt worden ist: Die Frage, ob der Mutter oder dem Vater neue Rechte zu gewähren seien." (35)

Die Regierung "merkt gar nicht, daß es sich dabei um den Kern unseres Unehelichenschutzes handelt." (36)

"Man versteht die Lage falsch, wenn man (in der Amtsvormundschaft) nur Aufsicht, Mißtrauen gegen Mutter oder Pflegemutter erblickt. ... (Sie) ist ... Rat, Hilfe, Stütze auch für die Mutter im Hinblick auf das Kind. Eines solchen Schutzes bedürfen die Unehelichen nach

(33) vgl. o. S. 36

(34) Niestroj, Jugendwohl 1926, S. 25

(35) Klumker, JW 1925, S. 311

(36) Klumker, ZBlJR 1925/1926 S. 160

allen Erfahrungen stets." (37) (38)

2,332: Im Gegenentwurf werden dem anerkennenden Vater einige Vergünstigungen gewährt. Er soll vom Vormund in allen Angelegenheiten, welche Unterbringung, Erziehung und Berufsausbildung des Kindes betreffen, gehört werden. Er kann vom Vormundschaftsgericht auch zum persönlichen Verkehr mit dem Kind ermächtigt werden und in Fällen, in denen die Mutter ausscheidet, die Personensorge erhalten (§§ 1707 a ff GE). "Weiter glaubte man in der Übertragung verwandtschaftlicher Rechte an den Vater nicht gehen zu können." (39)

Gegenüber der Mutter sollen die Befugnisse des Vormunds noch dahin erweitert werden können, daß er bei "Gefahr im Verzuge" auch gegen ihren Willen den Aufenthalt des Kindes bestimmen kann (§ 1707 GE).

2,34: Versorgung des Kindes

2,341: Die Vorschläge des Regierungsentwurfs werden teils begrüßt, teils abgelehnt: Applaudiert wird, soweit der Mann zusätzlich belastet wird - Berücksichtigung seiner Erwerbssituation zugunsten des Kindes, Erweiterung des Unterhaltsanspruches - verworfen wird, soweit auch eine Entlastung im Einzelfall möglich ist - Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse der mütterlichen Verwandten

-
- (37) Klumker, Archiv für Sozialwissenschaften, 1926, Bd. 55 S. 178; ebenso S. 184 - vgl. ferner Erich Müller, ZBlJR 1925/1926 S. 163; Storck, Soziale Praxis 1926, Sp. 171; ZBlJR 1925/1926 S. 163
- (38) A. A. sind Hertz, Soziale Praxis 1926, S. 517, der die Möglichkeit voller elterlicher Gewalt als Fortschritt ansieht, die Entschließung der Jugendämter, ZBlJR 1925/1926 S. 266 - "Es ist anzuerkennen, daß es Fälle gibt, in denen die Verleihung der elterlichen Gewalt an die Mutter angebracht ist" - und Müller, ZBlJR 1925/1926 S. 249 = DRiZ 1926 S. 35: Erweist Klumker darauf hin, daß der Entwurf lediglich "Kannbestimmungen" enthalte und es zunächst für jedes uneheliche Kind bei der Amtsvormundschaft verbleibe. Das Jugendamt sei nicht "Selbstzweck"; "Die Gesunden bedürfen des Arztes nicht, sondern die Kranken."
- (39) Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1926 S. 24

nach Billigkeit, Notbedarfseinrede. (40)

Daß dem Vater zuviele Einredemöglichkeiten gegeben seien, wird besonders beklagt. (41) Die Annäherung an das Eheleichenrecht und die daraus folgende familienrechtliche Ausgestaltung des Unterhaltsanspruches sei ein "grundlegender Fehler". (42) Es sollten auch nicht die väterlichen Großeltern herangezogen werden können. (43) Schließlich dürfte auch, würde an der Konzeption des Regierungsentwurfs letztlich doch festgehalten werden, der Anspruch gegenüber dem bloß unterhaltspflichtigen Mann nicht geringer sein.

Burghardt: "Das entspricht den Interessen des Kindes und ist nicht unbillig gegen die, die sein Dasein sittlich zu verantworten haben." (44)

2,342: Das Versorgungsproblem spielt für die Fürsorge insgesamt gesehen bei der anstehenden BGB-Reform nur eine untergeordnete Rolle. Im Grundsatz gehöre dieser Bereich in die Sozialgesetzgebung. Hier müsse mit weiterem Ausbau der Jugendfürsorge der sofortige Unterhalt des Kindes sichergestellt werden und es könne sich jetzt in erster Linie nur darum handeln, in welcher Weise der Mann für die öffentlichen Aufwendungen im Regreßwege in Anspruch genommen werden soll.

Klumker: Auch die Unterhaltsregelung hat "jetzt für uns... mit der wirtschaftlichen Sicherung der Unehelichen wenig mehr zu tun; sie kann und muß jetzt vorwiegend unter dem Gesichtspunkt ihrer gesellschaftlichen Stellung gewürdigt werden." (45)

-
- (40) vgl. Stellungnahme des ADB ZBlJR 1925/1926 S. 265; Entschliebung der Jugendämter, ZBlJR 1925/1926 S. 267; Storck, Soziale Praxis 1926 Sp. 172; Hertz, Soziale Praxis 1926 Sp. 517; Burghardt, Heimatwesen 1926, Sp. 219 ff; Erich Müller ZBlJR 1925/1926 S. 163 ff; Niestroj, Jugendwohl 1926, S. 24; Müller, ZBlJR 1925/1926 S. 250 f = DRiZ 1926, S. 36
- (41) Erich Müller, ZBlJR 1925/1926 S. 165, hat in den Vorschlägen des Regierungsentwurfs acht Einredevarianten erkannt. Burghardt, Heimatwesen 1926, Sp. 220: "Das ist das Untragbare."
- (42) Burghardt, Heimatwesen 1926, Sp. 219
- (43) Eine solche Verpflichtung habe "in der Volksanschauung noch zu wenig Boden". - Entschliebung Jugendämter, ZBlJR 1925/1926 S. 267
- (44) Burghardt, Heimatwesen 1926, S. 222
- (45) Klumker, Archiv für Sozialwissenschaften 1926, Bd. 55 S. 179; vgl. ferner Storck, ZBlJR 1925/1926 S. 162

Der Gegenentwurf selbst unterscheidet zwischen dem festgestellten und aner kennenden Vater. Der festgestellte Vater hat bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres den der Lebensstellung der Mutter entsprechenden Unterhalt zu zahlen. Zugunsten des Kindes können auch seine wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Die Notbedarfeinrede soll er nicht haben. (46) Die Unterhaltspflicht des aner kennenden Vaters soll der gegenüber ehelichen Kindern entsprechen, dürfe jedoch den Betrag, den er als festgestellter Vater zu zahlen hätte, nicht unterschreiten. Die väterlichen Großeltern werden nicht haftbar gemacht (§§ 1708 ff GE).

Es gilt: "Nach dem Gegenentwurf wird sich jedoch die Unterhaltsleistung wie ein ehelicher Vater nur als eine Verstärkung der Unterhaltspflicht auswirken können." (47)

Unterhalt soll auch für die Vergangenheit gefordert werden können (§ 1711 GE).

2,35: Erbrechtliche Stellung des Kindes

Die erbrechtliche Position des Kindes wird nur am Rande erörtert. (48) Mit der im Regierungsentwurf vorgesehenen Unterhaltssicherung ist man zufrieden. Abweichend wird im Gegenentwurf gegenüber dem aner kennenden Vater wie dem

-
- (46) Die Formulierung des § 1708 a Abs. 1 GE ist allerdings etwas mißverständlich: ... "Die Unterhaltspflicht obliegt Vater und Mutter gemeinsam unter billiger Berücksichtigung ihrer Vermögens- und Erwerbsverhältnisse. Der Vater haftet jedoch vor der Mutter." Hieraus könnte auch entnommen werden, daß sich bereits die Höhe der Unterhaltsleistung nach Billigkeitsgesichtspunkten unter Abwägung der beiderseitigen Vermögensverhältnisse bestimme. Das ist indes nicht gemeint. Die Höhe des Anspruchs ist in Abs. 2 geregelt. Der Vorschlag des § 1709 des Regierungsentwurfs (s. o. S. 96 Fußn. 50) wird in der Begründung zum Gegenentwurf ebenso wie die Notbedarfseinrede ausdrücklich abgelehnt - Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1928 S.24
- (47) Begründung GE, Flugschriften ADB, Heft 9, 1928 S. 25
- (48) vgl. Storck, Soziale Praxis 1926, Sp. 172

ehelichen Kind ein volles Erb- und Pflichtteilsrecht eingeräumt (§ 1712 a GE). (49)

Zur Argumentation:

3. Grundlinien der Argumentation

Es wird ausschließlich aus der Sicht des Kindes argumentiert. Was nach eigener Auffassung ihm nützt, ist gut, was Nachteile bringen könnte, verwerflich. Dogmatische Überlegungen fehlen und Folgerichtigkeit wird nicht angestrebt. Bei der Vaterschaftsregelung nimmt man bewußt in Kauf, einen Mann ausschließlich wegen seines geschlechtlichen Umgangs mit der Frau in Anspruch zu nehmen und ist dann auch bereit, stützend Sittlichkeitsüberlegungen anzufügen.

Den öffentlichen Schutz des Kindes will man nur selber wahrnehmen und ist in dieser Hinsicht zu keinerlei Konzession bereit. Gegenüber den Vormundschaftsgerichten kommt, ohne daß es direkt ausgesprochen wird, tiefstes Mißtrauen zum Ausdruck. Von Einzelfallregelungen in der Hand des Vormundschaftsrichters will man nichts wissen und lehnt alle in Kann-Bestimmungen eröffnete Anpassungsmöglichkeiten ab. Das Elternrecht wird untergeordnet und der Mann insgesamt in keinster Weise geschont.

In der Haltung gerade gegenüber dem Mann offenbart sich allerdings auch Widersprüchlichkeit. Wenn betont wird, daß die BGB-Reform vorwiegend unter dem Gesichtspunkt einer Besserung der gesellschaftlichen Stellung des Kindes gesehen werden müsse und mit einer "wirtschaftlichen Sicherung ... wenig mehr zu tun" (50) habe, paßt dazu nicht recht, daß die Vorschläge des Regierungsentwurfs abgelehrt werden und, dadurch, daß man jede

(49) Die Anregung von Müller, ZBlJR 1925/1926 S. 251 = DRiZ N. 36, dem Kind gegenüber dem die elterliche Gewalt innenhabenden Vater ein volles Erbrecht einzuräumen, enthält den gleichen Gedanken, bezogen auf den Regierungsentwurf. Wenn der Vater das Kind anerkennt bzw. ihm die elterliche Gewalt übertragen wird, besteht regelmäßig zwischen Vater und Kind ein solches Beziehungsverhältnis, das eine Parallele zu den Vorschriften für das eheliche Kind rechtfertigt.

(50) s. o. S. 115

Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Situation zugunsten des Mannes ablehnt, seine Belastung erheblich verschärft wird. Auch steht dahin, ob eine gesellschaftliche Neubewertung des Kindes dadurch positiv beeinflußt werden kann, wenn ein Bekenntnis zum Kind mit fast ausschließlich erhöhten Verpflichtungen (51) honoriert und eine geforderte höhere "Verantwortlichkeit" (52) des Vaters nur mit erhöhten Zahlungen angestrebt wird.

Das ihm gewährte Anhörrecht enthält keine Entscheidungsbefugnis; auch als festgestellter Vater kann er dem Vormund schreiben. Ein Verkehrsrecht mit dem Kind ist "im Interesse des Kindes" kaum anders denkbar, als bei ohnehin bestehendem Einvernehmen zwischen Vater und Mutter. Ist das Kind in einem Heim, wird die Heimleitung für das Kind förderliche Besuche des Vaters nicht wegen der Unterscheidung eines anerkennenden oder bloß festgestellten Vaters versagen. Die Möglichkeit, die Personensorge zu erhalten, besteht nur bei einem Ausfall der Mutter. Ob das Jugendamt oder das Vormundschaftsgericht bei dann bestehendem Interesse des Vaters ihm die Betreuung überläßt, wird ebenfalls von den tatsächlichen Umständen abhängen und schwerlich von rechtlicher Vaterschaftskonstruktion. Ein echter Vergleich zwischen Angebot von Mutter und Vater und eine Entscheidung für die besseren Zukunftschancen für das Kind findet auch hier nicht statt.

Es werden schließlich im Erziehungsbereich auch die durch den Regierungsentwurf dem Mann eingeräumten familienrechtlichen Befugnisse kritisiert, die Folgerung, ihm nun korrespondierende Pflichten aufzuerlegen, wird nicht gezogen.

Die ausgeprägte Befürchtung, durch mögliche Einwände des Vaters würde die sichere Existenz des Kindes gefährdet und dauernde Unruhe geschaffen, ist vor allem ein prozessuales Problem. Ohne Versuche, hier zufriedenstellende Schranken zu errichten, sollte nicht sofort der materielle Inhalt angegriffen werden. Insoweit fehlt es an einer sauberen Differenzierung.

(51) s. o. S. 114/116

(52) s. o. S. 110

Hinsichtlich des Namens für das Kind zeigt sich eine ausgesprochene Gleichgültigkeit. Die sonstige Ausrichtung auf das Interesse des Kindes hätte erwarten lassen, daß man sich stärker für eine Namensangleichung einsetzt.

6. Abschnitt: Die Regierungsvorlage vom Januar 1929 (1)

1. Die Grundkonzeption der Regierungsvorlage

- 1,1: Die Vorschläge der Regierungsvorlage behandeln die beabsichtigte Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches isoliert von etwaigen Anpassungen, z. B. der Zivilprozeßordnung und des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Die gesonderte Regelung des Nichtehelichenrechts in einem eigenen Abschnitt wird beibehalten.

§ 1589 Abs. 2 BGB, der das Vormundschaftsverhältnis zwischen Vater und Kind ignoriert, wird geändert. Ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen beiden wird jetzt auch rechtlich anerkannt und bestimmt sich im einzelnen nach den neuen Vorschriften des Nichtehelichenrechts. Die Vaterschaftsfragen werden in den §§ 1705 a bis 1705 g geregelt, mit der Namenszuteilung befassen sich die §§ 1706 bis 1706 d, das Erziehungsrecht behandeln die §§ 1707 bis 1707 f und die Versorgungsgrundsätze finden sich in den §§ 1708 bis 1714, wobei die §§ 1712 bis 1712 d die Ansprüche nach dem Tod des Vaters enthalten.

- 1,2: Seine Grundkonzeption ist geprägt durch fünf Leitgedanken:

- 1,21: Das Kind wird nicht in eine Ehe, der gesellschaftlich und
ebenso: + rechtlich einzig anerkannten Geschlechtsgemeinschaft,
BGB S. 1 hineingeboren.
RegE S. 79
RE S. 193
RV S. 216

Die auf ein in Familiengemeinschaft lebendes Elternpaar abgestellten Rechtsregeln zur Ordnung des Eltern-Kind-Verhältnisses passen daher nicht - entweder tatsächlich nicht, wenn die Eltern nicht zusammenleben, oder rechtlich

(1) Mit Begründung abgedruckt in Verhandlungen des Reichstages IV 1928/1929 Bd. 433, Drucksache Nr. 733 - zit.: Begründung Entwurf 1929 mit Seitenangabe

krasser:
BGB S. 2 + nicht, weil sie zum Schutz der Institution Ehe nicht
RE S.194 ohne weiteres auf außereheliche Verbindungen übertragen
RV S.217 werden dürfen. Den innerhalb der Ehe geborenen werden die
ebenso: außerhalb der Ehe geborenen Kinder gegenübergestellt.
RegE S. 80

In der Beurteilung der Frage, wen mit dem Kind die eng-
krasser:
BGB S. 2 + sten Beziehungen verbinden, wird eine Entscheidung zu-
RE S.194 nächst für die Mutter getroffen. Ihr gegenüber erhält es
RV S.217 grundsätzlich die Stellung eines ehelichen Kindes (§1705),
ebenso: einschließlich des Erbrechtsanspruchs.
RegV S. 80
abweichend:
C/B S.154

1,22: Im Grundsatz hat eine Mutter während der gesetzlichen
Empfängniszeit nur geschlechtlichen Umgang mit einem Mann.
Das erlaubt die gesetzliche Vermutung der Vaterschaft
(§ 17 c).

ebenso:
RegE S. 80 + Ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem aufgrund ge-
RE S.194 richtlichen Vaterschaftsfeststellungsurteils oder Aner-
RV S.217 kennung in Anspruch genommenen Mann und dem Kind wird
abweichend: anerkannt - z. B. in der Möglichkeit, Personensorge und
BGB S. 2 elterliche Gewalt auf den Vater zu übertragen und teil-
C-35 S.155 weise auch bei den Erbrechtsregeln. Die Vaterschaft wirkt

+ neu:
ebenso:
RE S.194 + nicht nur zwischen den Verfahrensbeteiligten, sie hat
RV S.217 vielmehr bindende Rechtswirkung gegenüber Dritten
ähnlich: (§ 1705).
RegE S. 80
abweichend:
BGB S. 2

1,23: Der Stand der medizinischen Wissenschaft ermöglicht weder
eine positive Vaterschaftsfeststellung noch einen prozen-
ebenso:
BGB S. 3 + tual relevanten negativen Vaterschaftsausschluß. (2) Für
RegE S. 80 eine dem Eheverhältnis entsprechende gesetzliche Vermu-
abweichend: tung (§ 1591 BGB), die bis zum gegenteiligen Nachweis
RE S.194 einen Mann, den Ehemann, als Vater ansieht, fehlt es an
RV S.217 dem durch die Ehe in einem besonderen Verhältnis zur
Mutter stehenden Mann.

Dieser Gesichtspunkt wäre als dogmatische Grundlage für
weiter: + eine exceptio plurium möglich. Zum Schutz des Kindes wird
RegE S. 81 ihr jedoch die volle Wirkung genommen. Bei Mehrverkehr un-
abweichend: terbleibt zwar eine Vaterschaftsfeststellung (§ 1705 c),
BGB S. 3 der Mann wird aber nicht von der Unterhaltspflicht be-
RE S.195 freit (§ 1717).
RV S.218

- 1,24: Der Staat hat kein absolutes eigenes Interesse an der
ebenso: + Feststellung der blutsmäßigen Abstammung der Neugeborenen.
RegE S. 81 Die Vaterschaftsanerkennung ist daher mit Zustimmung des
RE S.195 Kindes zulässig (§ 1705 a).
RV S.218

abweichend:
B/C S.154
ADR S.159
:C-35 S.155:

- 1,25: Ein nicht-eheliches Kind entstammt zwar einem mißbillig-
ten (3) außerehelichen sexuellen Verhältnis, das nicht der
Eheprinzip des Art. 119 WRV entspricht, es selbst hat an
der Entscheidung seiner Eltern jedoch keinen Anteil. Aus
+ diesem Gesichtspunkt darf es dann persönlich auch keinen
Nachteil erleiden. (4)

ebenso:
RegE S. 81
RE S.195
RV S.218
abweichend:
BGB S. 3

2. Überblick

- 2,1: Die Einzelregelung orientiert sich an dem Bestreben, vor-
rangig die Interessen des Kindes bei Beachtung des der
Ehe in Art. 119 WRV zuteil gewordenen besonderen Schutzes
zu wahren.

"In erster Reihe wird es darauf ankommen, die Einrichtungen,
kraft deren das Kind schon jetzt die rechtliche

(3) vgl. o. S. 3 Fußn. 6

(4) Dieser Gesichtspunkt ist kennzeichnend für die Regierungs-
vorlage und wird bei der Begründung der Unterhaltsregelung
aaO S. 24 auch ausdrücklich ausgesprochen. In dem einlei-
tenden Teil und der Schilderung der Mängel des gegenwärtigen
Zustandes werden allerdings noch andere Überlegungen
in den Vordergrund gestellt - s. o. S. 81 Fußn. 5. Das
dort Gesagte gilt hier entsprechend. Die Zitate stimmen
wörtlich bei gleicher Seitenangabe überein. Der Hinweis
auf eine verstärkte Entlastung der öffentlichen Fürsorge
findet sich allerdings nicht mehr im einleitenden Text -
so noch auf S. 14 der Begründung RegE - und wird jetzt
mehr als erfreuliche Begleiterscheinung dargestellt.

Stellung eines ehelichen Kindes erlangen kann (Ehelichkeitserklärung, Annahme an Kindesstatt) im Interesse des Kindes weiter auszubauen. ... Im übrigen muß ... versucht werden, die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes in der mütterlichen Familie sowie im Verhältnis zu seinem Vater und zur Gesamtheit der Stellung der ehelichen Kinder so weit anzunähern, als dies mit den gegebenen Tatsachen des Lebens und mit Rücksicht auf die Familie vereinbar ist." (5)

Die Einzelbestimmungen können in einigen Punkten - §§1707 a, 1707 b - Personensorge, elterliche Gewalt; § 1708 a - Unterhalt - an die konkreter. Verhältnisse angepaßt werden.

Das Bestreben, die Situation des nicht-ehelichen Kindes zu verbessern, ist begrenzt durch die Rechtsstellung des ehelichen Kindes. Darüber hinausgehende Ansprüche werden abgelehnt. (6)

2,2: Statistische Formulierungsanalyse

Es wird verwiesen auf:

- 2,21: sittliche Vorstellungen (7) - 7-mal
- 2,22: Belange von Ehe und Familie (7) - 13-mal
- 2,23: Interessen des Kindes (7) - 59-mal

2,3: Vorrangigkeit der Kindesinteressen

Stehen Interessen des Kindes mit solchen der Familie, der Allgemeinheit oder von Einzelpersonen in Widerstreit, wird bei einer Entscheidung zugunsten des Kindes grundsätzlich immer auch gerade wegen des Kindes entschieden.

(5) Begründung Entwurf 1929 S. 23

(6) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 23 u. S. 37 - s. o. S. 82 Fußn. 7. Die dort wiedergegebenen Zitate aus der Begründung des Regierungsentwurfs von 1925 sind wörtlich übernommen worden.

(7) s. o. S. 22 Fußn. 3

2,4: Bewertungsskala

2,41: Den Interessen des Kindes werden vorangestellt:

2,411: Das Interesse des früheren Ehemannes sowie seiner Angehörigen, daß das Kind nicht ihren Namen trägt. Diese Möglichkeit wird gar nicht erwogen, obgleich die besondere Wichtigkeit einer Namensidentität zwischen Mutter und Kind, wenn es in ihrem Hausstand lebt, ausdrücklich hervorgehoben worden ist. (8)

2,412: Das Interesse des Vaters und seiner Familie, daß das Kind nicht ihren Namen trägt. Dies könnte "den Familienfrieden empfindlich" stören. (9)

2,413: Die Interessen der väterlichen Eltern, nicht zu stark belastet zu werden - allenfalls Verpflichtung zu notdürftigem Unterhalt (§ 1708 e).

2,414: Erbschaftsinteressen der väterlichen Familie bei der Erbrechtsfrage. (10)

2,42: Den Interessen des Kindes werden u. a. nachgeordnet:

2,421: Der Rechtsgrundsatz: Niemand darf in Anspruch genommen werden, solange nicht seine Verantwortlichkeit für das Kind festgestellt ist - so für die Unterhaltspflicht des Vaters. (11)

2,422: Ein Feststellungsinteresse des Staates und Dritter an der wahren Abstammung nach Anerkennung des Kindes. (12)

2,423: Ein uneingeschränktes Elternrecht durch die grundsätzliche Beibehaltung der Amtsvormundschaft (§ 1707).

2,5: Abweichungen zum Regierungsentwurf von 1925

Neben redaktionellen Verbesserungen und kleineren Korrekturen sind an Änderungen festzustellen:

-
- (8) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 30
 - (9) Begründung Entwurf 1929 S. 30
 - (10) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 37
 - (11) §§ 1717 ff
 - (12) Wird gar nicht erörtert - vgl. u. S. 130

2,51: Bei der Vaterschaft

Eine Vaterschaftsfeststellung unterbleibt neben den Fällen, in denen der in Anspruch genommene Mann unmöglich der Vater sein kann, nur bei Mehrverkehr (§ 1705 c RegV,; allein "erhebliche Zweifel" (§ 1705 g RegE) reichen nicht mehr aus.

2,52: Bei der Namensregelung

Die in § 1706 b RegE vorgesehene Befugnis des Kindes, beim Vormundschaftsgericht einen Antrag zu stellen, daß ihm der Ehe name der Mutter zugeteilt werde, wird gestrichen.

2,53: Beim Erziehungsrecht

Nach § 1707 c RegV - § 1707 d RegE - soll jetzt auch der Vater angehört werden, bevor der Mutter die elterliche Gewalt übertragen wird.

2,54: Bei der Versorgung des Kindes

2,541: Bei Gefährdung des eigenen standesmäßigen Unterhalts kann sich der Vater nur noch auf die Notbedarfs einrede des § 1603 Abs. 2 S. 1 BGB berufen (§ 1708 b RegV). Er bleibt danach verpflichtet, die vorhandenen Mittel mit dem Kind bzw. den Kindern gleichmäßig zu teilen. Nach § 1708 b RegE konnte auch in vollem Umfang die Einkommenssituation der Mutter berücksichtigt und eine Billigkeitsentscheidung getroffen werden.

2,542: Die Unterhaltsverpflichtung der väterlichen Eltern wird eingeschränkt. Sie können erst nach vergeblichen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen den Vater bzw. seine Erben in Anspruch genommen werden und haben allenfalls bis zur Höhe des notdürftigen Unterhalts einzustehen (§ 1708 e RegV).

2,543: Die vorrangige Haftung des Vaters für die Unterhaltsrente ist nicht mehr durch eine Billigkeitsklausel, die bei entsprechenden finanziellen Verhältnissen der Mutter bzw. deren Verwandten Abweichungen zulässt, eingeschränkt (§ 1709 RegV, § 1709 RegE).

2,544: Unterhalt kann uneingeschränkt auch für die Vergangenheit gefordert werden (§ 1711 RegV) und nicht nur bei Verzug oder nach einem Unterhaltsfeststellungsantrag beim Vormundschaftsgericht (§ 1711 RegE).

2,545: Bei der Unterhaltsvaterschaft haften nicht mehr alle in Betracht kommenden Männer als Gesamtschuldner (§ 1717 RegE), sondern dem Kind gegenüber nur noch einer, der aber seinerseits Regreß nehmen kann (§ 1718 RegV).

2,55: Bei der erbrechtlichen Stellung des Kindes

Den Fortkommensanspruch kann ein Kind jetzt nur noch bis zum 25. Lebensjahr erhalten (§ 1712 d RegV); § 1712 d RegE enthielt keine zeitliche Begrenzung.

3. Einzelfragen

3,1: Vaterschaft

Der Entwurf läßt sowohl die gerichtliche Feststellung der Vaterschaft als auch ihre freiwillige Anerkennung zu (§§ 1705 a bis 1705 g).

3,11: Vaterschaftsklage

Mot +x S.25
sonst alle +

+ Die Frage, ob eine gerichtliche Feststellung der Vaterschaft überhaupt zugelassen werden soll, steht nicht mehr zur Diskussion. Sie wird bejaht - § 1705 c.

3,112: Nach der BGB-Regelung wird nur eine Unterhaltsvaterschaft festgestellt, die lediglich zwischen den Verfahrensbeteiligten wirkt und keine bindende Rechtswirkung gegenüber Dritten äußert.

+neu+
Mot --
RegE +- S.84
RE +
RV +

+ Die Feststellung nicht-ehelicher Vaterschaft soll jetzt für und gegen alle getroffen werden (§ 1705 g).

"Hierin liegt eine wesentliche Verbesserung der Rechtsstellung des Kindes, das ... nun nicht mehr wie bisher gezwungen ist, jedesmal, wenn es daraus Dritten gegenüber Rechte herleiten will und der Dritte die Vaterschaft bestreitet, die Blutsverbindung zwischen ihm und dem Vater erneut nachweisen zu müssen." (13)
Gleichzeitig müsse aber das Feststellungsverfahren geändert werden. "Die Einführung eines für und gegen alle wirkenden, das Bestehen der natürlichen Verwandtschaft zwischen Kind und Vater stärker als bisher betonenden 'Vaterschaftsverhältnisses' macht den Erlaß von Vorschriften notwendig, die ... ausschließen, ... daß jemand ... in einem gewöhnlichen, nur dem Parteibetrieb unterworfenen prozessualen Verfahren" als Vater festgestellt wird. (14)
Das Nähere müsse Ausführungsbestimmungen vorbehalten bleiben. (15)

3,12: Vaterschaftsvermutung

Mot ++
RegE ++
RE +x S.199
RV +x S.223

+ 3,121: Erforderlichkeit der Vaterschaftsvermutung
Eine positive Feststellung der blutmäßigen Abstammung ist nach dem Stand medizinischer Erkenntnisse nicht möglich. (16) Man geht jedoch davon aus, daß die Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit nur mit einem Mann geschlechtlichen Verkehr gehabt hat. Der Einverkehr erscheint sowohl als gesellschaftliches Postulat, insbesondere auch aus Art. 119 WRV, wie auch in seiner generellen Beachtung als selbstverständlich. (17). Eine ausdrückliche Begründung fehlt.

-
- (13) Begründung Entwurf 1929 S. 25
(14) Begründung Entwurf 1929 S. 25
(15) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 26
(16) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 23
(17) Das ist aus der strafrechtlichen Bewertung außerehelicher sexueller Beziehungen als Unzucht leicht verständlich - s. o. S. 3 Fußn. 6

Der Grundsatz des Einverkehrs hat zur Folge, daß wie beim ehelichen Kind vermutet wird, daß der Mann der Vater des Kindes ist, dessen Verkehr mit der Mutter während der Empfängniszeit nachgewiesen ist.

3,122: Grenzen der Vaterschaftsvermutung

Aus der gesetzlichen Vaterschaftsvermutung ergibt sich die Notwendigkeit, ihr Ausmaß zu bestimmen und die Möglichkeit zu regeln, diese Vermutung zu entkräften. Sie soll durch die Mehrverkehrseinrede, die jedoch keine gleichzeitige Unterhaltsbefreiung bewirkt, beseitigt werden (§ 1705 c).

Mot (+x)S. 28 +
RegE +- S. 85
RE : (+-)S.200
RV : (+-)S.224

Argument:

"Durch eine Lösung, die die Vaterschaft nicht vom Vorhandensein einer Blutsverbindung, sondern von der Tatsache der Beiwohnung abhängig machen und eine Vaterschaft selbst dann als gegeben ansehen wollte, wenn die gleichen Voraussetzungen auch gegenüber einem oder mehreren anderen vorliegen, würde das außereheliche Vaterschaftsverhältnis gegenüber dem geltenden Rechtszustand erheblich in seiner Bedeutung herabgedrückt werden

Es würden ... auch diejenigen Mütter, bei denen ein Mehrverkehr nicht infrage kommt, also die übergroße Zahl von ihnen, nach außen hin mit der Möglichkeit eines Geschlechtsumgangs mit mehreren belastet werden. Vor allem aber müßte bei einer solchen Regelung ... auf die Schaffung näherer Beziehungen zwischen Vater und Kind wie auf zahlreiche andere dem Kinde dienende Verbesserungen, die ihrem Inhalt nach nur mit dem Bestehen eines natürlichen Verwandtschaftsverhältnisses zwischen Kind und Mann zu rechtfertigen sind, Verzicht geleistet werden." (18)

+3,13: Unterhaltsvaterschaft

Mot - S. 28
RegE ++
RE - S.201
RV - S.205

3,131: Kann eine Vaterschaft nicht festgestellt werden, sollen alle nicht als Vater auszuschließende Männer, die mit der Mutter während der Empfängniszeit geschlechtlichen Umgang gehabt haben, zu Unterhaltsleistungen herangezogen werden können. Das Kind kann aber nur einen in Anspruch nehmen (§ 1717 ff).

Argumente:

3,1311: "Die mannigfaltigen und schweren Unzuträglichkeiten" (19) der geltenden Mehrverkehrsrede.
Das Kind ohne Unterhaltsanspruch zu lassen:

3,13111: sei eine sachlich nicht gerechtfertigte Härte und verbiete das "natürliche Mitgefühl für diese Kinder" (20): "Der Umstand, daß ein Kind, dessen Mutter in der Empfängniszeit mit mehreren Männern geschlechtlich verkehrt hat, von keinem dieser Männer die Gewährung von Unterhalt verlangen kann, (stellt) eine schwere, sachlich nicht gerechtfertigte Härte für das Kind dar. Nach den in der Praxis gesammelten Erfahrungen wird für ein Kind, das von seiner Mutter allein unterhalten werden muß, meist nur unzureichend versorgt; gewöhnlich wird es von der zu besonderen Leistungen weder fähigen noch geneigten Mutter in einer möglichst billigen Pflegestelle untergebracht und nur mit dem Allernötigsten zum Leben versehen." (20)

3,13112: müsse zur "Erhaltung der Volkskraft" geändert werden, (20)

3,13113: belaste zu stark die Mittel der Allgemeinheit und

3,13114: habe "in sittlicher Beziehung" zu recht unerfreulichen Erscheinungen geführt:

"Viele auf Unterhaltsgewährung verklagte Männer versuchen, wenn sie den Geschlechtsverkehr mit der Mutter nicht leugnen können, sich ihrer moralischen Pflicht, für die von ihnen erzeugten Kinder zu sorgen, dadurch zu entziehen, daß sie die Einrede des Mehrverkehrs erheben und zwar auch dann, wenn sie keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit ihrer Behauptungen haben." (20)

Um sich die Einrede zu sichern, würde "die von ihnen geschlechtlich gebrauchte weibliche Person durch Hinterlist oder Anwendung geistiger Getränke dahin (gebracht), sich noch einem anderen Mann hinzugeben." (21)
Es würde auch zum Meineid verleitet. (21)

3,1312: Eine gesicherte Existenz des Kindes dürfe "wegen des Verhaltens seiner Mutter und weil sich derjenige, auf dessen Beiwohnung die Empfängnis beruht, nicht feststellen läßt", nicht leiden. (22)

3,1313: Der Gefahr, daß das Kind durch das Vorhandensein von ggf. mehreren Unterhaltsverpflichteten gesellschaftlich zusätzlich diskreditiert werden könnte, werde dadurch begegnet, daß das Kind selbst jeweils nur einen Mann haifbar machen könne. (23)

-
- (19) Begründung Entwurf 1929 S. 24
 - (20) Begründung Entwurf 1929 S. 16
 - (21) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 17
 - (22) Begründung Entwurf 1929 S. 24
 - (23) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 24

3.132: Die in der Begründung zum Regierungsentwurf von 1925 noch geäußerte Befürchtung, die Frau könne bei gesichertem Unterhaltsanspruch sexuell freizügiger werden (24), wird nicht wiederholt.

Zur Argumentation:

Bedenken gegen eine Unterhaltsvaterschaft selbst werden auch jetzt nicht erkennbar. Die in diesem Zusammenhang zum Entwurf von 1925 angeführten kritischen Bemerkungen, insbesondere auch zur Argumentationsweise (25), gelten in gleicher Weise für die Regierungsvorlage.

Mot (-)
RegE ++
R^E ++
RV ++

+3,14: Anerkennung der Vaterschaft

Die Möglichkeit der Vaterschaftsanerkennung wird gegeben und ist in den §§ 1705 a, 1705 b und 1705 d bis 1705g geregelt. Sie hat die Wirkung einer gerichtlichen Vaterschaftsfeststellung (§ 1705 a).

Sie ist von der Zustimmung des Kindes abhängig (§ 1705 a) und unterliegt einem Anfechtungsrecht seitens des Vaters und des Kindes (§ 1705 d). (26) Dritte, insbesondere auch nicht der Staat, haben keine Anfechtungsmöglichkeit.

3,141: Ein Interesse des Staates an einer blutsmäßigen Abstammung wird nicht erörtert.

3,142: Das Interesse des Kindes werde durch das Zustimmungserfordernis und sein Anfechtungsrecht ausreichend berücksichtigt. (27)

(24) s. o. S. 88
(25) s. o. S. 88 f

(26) Daneben haben auch noch die Erben und die Eltern, sofern sie in Anspruch genommen werden, ein Anfechtungsrecht (§§ 1705 e, f)

(27) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 27

3,2: Name des Kindes

Mot + +3,21: Das Kind, das sich regelmäßig bei der Mutter aufhalten
RegE + soll (§ 1707), erhält den Mädchennamen der Mutter
RE +- S.202 (§ 1706). Dem Kind, das bei ihr aufwächst, werde da-
RV +- S.226 mit am besten gedient. Es könne auf diese Weise eine
sich aus einer Namensverschiedenheit ergebende unnöti-
ge Bloßstellung vermieden werden. (28)

Eine Einbenennung (§ 1706 Abs. 2 BGB) bleibt zulässig.

Mot + +3,22: Einen Ehenamen der Mutter kann das Kind nicht erhal-
RegE - S. 90 ten. Diese Möglichkeit wird nicht erwähnt.
RE - S.203
RV - S.227

Mot - S.31 +3,23: Den Namen des Vaters kann das Kind im Einvernehmen
RegE ++ zwischen Vater, Mutter (29) und Kind auf Antrag des
RE +- S.203 Vaters durch das Vormundschaftsgericht erhalten
RV + (§ 1706 a). Stirbt der Vater und sind die Eltern zum
Zeitpunkt seines Todes verlobt, kann auch das Kind
einen entsprechenden Antrag stellen (§ 1706 a Abs. 2).
Eine solche Regelung erscheint "erforderlich und
zweckmäßig". (30)

Das Vormundschaftsgericht wird eingeschaltet, "weil auch die sonstigen personenrechtlichen Beziehungen, die nach dem Entwurf unter Umständen zwischen Kind und Vater begründet werden können (Sorge für die Person des Kindes, elterliche Gewalt), zu ihrer Entstehung einer Anordnung des Vormundschaftsgerichts bedürfen und es mißlich wäre, wenn eine Person, die der Verleihung sonstiger Vaterrechte nicht für würdig befunden worden ist, in der Lage wäre, dem Kind ohne behördliche Mitwirkung ihren Namen zu erteilen." (30)

Mögliche Versagungsgründe sind jetzt auch genannt: "Z. B. berechnigte Interessen der Familie des Vaters oder öffentliche Belange, etwa die Tatsache, daß die Eltern des Kindes in ärgerniserregender Weise in Gesellschaftsgemeinschaft miteinander leben." (31)

Gegen den Willen des Vaters kann das Kind seinen Namen nicht zugewiesen bekommen.

(28) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 30

(29) Im Einzelfall, etwa wenn ihr die Personensorge entzogen worden ist, ist ihre Zustimmung entbehrlich (§ 1706 b)

(30) Begründung Entwurf 1929 S. 30

(31) Begründung Entwurf 1929 S. 31

"Nach der Auffassung aller Sachkundigen würde eine gegen den Willen des Vaters erfolgende Namensannahme das Verhältnis zwischen Vater und Kind regelmäßig nicht nur nicht verbessern, sondern trüben und dem Kinde zum Nachteil gereichen. Hat sich der Vater mit einer anderen als der Mutter verheiratet, so würden zudem durch eine gegen seinen Widerspruch vorgenommene Namensänderung regelmäßig wichtige Interessen seiner Ehefrau und seiner ehelichen Kinder verletzt, und es würde in zahlreichen Fällen der Familienfriede empfindlich gestört werden." (32)

3,3: Erziehung des Kindes

Die Erziehung des Kindes wird grundsätzlich der Mutter übertragen (§ 1707). Auf Antrag kann ihr auch die elterliche Gewalt zugesprochen werden (§ 1707 b).

Wenn es "aus besonderen Gründen im Interesse des Kindes" geboten erscheint, kann das Vormundschaftsgericht auch dem Vater (33) auf seinen Antrag hin die Personensorge zuweisen, die elterliche Gewalt übertragen und ihm ein Verkehrsrecht zubilligen (§§ 1707a, 1707b).

alle + +3,31: Familienanschluß

Hiervon wird ohne Erörterungen ausgegangen.

3,32: Stellung des Mannes

Mot - S. 33f + 3,321: Des ermittelten Vaters

RegE ++

RE - S. 204f

RV - S. 229f

3,3211: Gegen seinen Willen kann der Vater nur zum Unterhalt verpflichtet werden.

3,3212: Bei eigenem Interesse an dem Kind sind seine rechtlichen Befugnisse von der Entscheidung des Vormundschaftsgerichts abhängig. Orientiert am Wohl des

(32) Begründung Entwurf 1929 S. 30

(33) Nach der Konzeption der Regierungsvorlage wird zwischen dem "Vater" und dem bloß Unterhaltspflichtigen unterschieden (§§ 1705 a, 1717)

Kindes ist jede Möglichkeit gegeben. Vater und Mutter kann sogar nebeneinander die Personensorge übertragen werden (§ 1707 d). (34)

Begründung:

Es sei mißlich, daß der Vater, auch wenn er dem Kind gegenüber positiv eingestellt ist, keinerlei Einfluß-möglichkeit habe.

"Nicht selten lehnen Väter, die an sich geneigt und in der Lage wären, dem Kinde eine bessere Pflege und Erziehung zuteil werden zu lassen, jede Mehrbelastung mit der Begründung ab, daß ihnen nicht wohl zugemutet werden könne, nur Lasten für das Kind zu übernehmen, von jedem Mitbestimmungs- oder Sorgerecht aber ausgeschlossen zu sein. Vielfach wird die Zahlung vom Vater auch deshalb verweigert, weil er sich nicht ohne Grund zur Annahme berechtigt glaubt, daß die von ihm entrichteten Beträge nicht in vollem Umfang für das Kind, sondern zum Teil auch für Zwecke der Mutter verwendet werden oder weil er die von der Mutter bestimmte Pflegestelle für ungeeignet oder im Verhältnis zu den dem Kind gewährten Gesamtleistungen für zu kostspielig hält. Alle diese Klagen würden wesentlich verringert werden können." (35)

Für die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts "ist allein das Interesse des Kindes maßgebend. (36)

3,3213: Soll der Mutter die elterliche Gewalt übertragen werden, soll vorher der Vater gehört werden (§ 1707 c).

Mot -- + 3,322: Des möglichen Vaters
RegE ++ Das Vater-Kind-Verhältnis familienrechtlich auszurichten, ist abhängig von einer tatsächlichen Vaterschaft.
RE --
RV -- Diese Voraussetzung fehlt, kann ein Vater wegen zu großer Ungewißheit nicht festgestellt werden. (37)

Mot --+S.35 +3,33: Stellung der Mutter
RegE ++
RE --+S.208 Der Mutter wird das Kind zunächst zugeordnet. Diese
RV --+S.231 Entscheidung wird nicht weiter begründet. Die Vorran-

(34) Nicht dagegen die elterliche Gewalt (§ 1707 b Abs. 2)- Dies sei "wegen der damit verbundenen Möglichkeit rechtlicher und tatsächlicher Schwierigkeiten im Interesse des Kindes nicht tunlich". - Begründung Entwurf 1929 S. 33

(35) Begründung Entwurf 1929 S. 19 - ebenso S. 32

(36) Begründung Entwurf 1929 S. 32

(37) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 24

gigkeit der Mutter ist aber stark eingeschränkt. Grundsätzlich kann dem Vater auch gegen ihren Willen Personensorge und elterliche Gewalt für das Kind übertragen werden.

Ihr ist lediglich ein Anhörerecht eingeräumt und das Vormundschaftsgericht kann sich über ihren etwaigen Einspruch hinwegsetzen - § 1707 c Abs. 3: "Die Anordnung soll unterbleiben, wenn (sie) aus wichtigen Gründen widerspricht oder sonst wichtige Gründe entgegenstehen."

Wann solche "wichtigen Gründe" anzunehmen sind, wird nicht näher erläutert.

3,34: Inhalt des Erziehungsrechts

- alle + + 3,341: Gleichstellung aller nicht-ehelicher Kinder
Eine Differenzierung wird nicht erörtert. (38)
- Mot -- + 3,342: Elterliche Gewalt
RegE ++ Der Mutter - im Einzelfall auch dem Vater (39) - kann
RE -+ S.209 durch das Vormundschaftsgericht auf Antrag die elter-
RV -+ S.231 liche Gewalt zugesprochen werden (§ 1707 b).
Eine solche Maßnahme wird sich im allgemeinen bei Müt-
tern "mit einer gewissen Reife der Lebensanschauung"
empfehlen, die sich schon "eine nicht zu kurze Zeit
hindurch in der Pflege des Kindes bewährt" haben und
wenn "die Person des Vaters und seine Zahlungspflicht
... feststehen." (40)

Argumente:

3,3421: Das der Mutter in den Motiven (41) gegenüber zum Ausdruck gebrachte Mißtrauen sei in so genereller Form nicht berechtigt.
"Die seit dem Inkrafttreten des (BGB) gesammelten Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß diese Befürchtungen bei einer großen Anzahl von unehelichen Müttern... der Begründung entbehren und daß keine Bedenken bestehen würden, diesen Müttern die gleiche Stellung

-
- (38) Unterschiede ergeben sich freilich für die Kinder, deren Vater nicht feststeht. Dies ist aber nicht Ausfluß der Regelung des Erziehungsrechtes, sondern Folge des Fehlens eines Erziehungsberechtigten.
- (39) s. o. S. 133
- (40) Begründung Entwurf 1929 S. 32
- (41) vgl. o. S. 36 f

einzuräumen, wie sie schon jetzt der Witwe gegenüber ihrem ehelichen Kind zusteht." (42)

"In besonderem Maße ist der Mangel der Befugnis, der Mutter die elterliche Gewalt zu verleihen, im Kriege und in der Nachkriegszeit fühlbar geworden." (42)

3,3422: Die bereits häufig eingeschlagenen Umwege, die Mutter zum Vormund zu bestellen bzw. ihr die Adoption zu empfehlen, seien nicht ausreichend.

Als Vormund unterliege sie immer noch den weitgehenden Aufsichtsbefugnissen des Vormundschaftsgerichts und eine Adoption sei ein "die natürlichen Verhältnisse in ihr Gegenteil verkehrendes Verfahren." (43)

3,3423: Die rechtliche Befugnis der Mutter zu erweitern "dürfte geeignet sein, die Freude der Mutter an der Fürsorge für das Kind zu stärken." (44)

ot -- S. 37 + 3,343: Kontakt zum anderen Elternteil
egE ++
E -- S.210 Der Kontakt des Kindes zu dem nicht in häuslicher Ge-
V -- S.232 meinschaft mit ihm lebenden anderen Elternteil und
dessen Einflußnahme auf die Entwicklung des Kindes
orientieren sich am Kindesinteresse. Einzelheiten be-
stimmt das Vormundschaftsgericht (§§ 1707 a, b). (45)

3,4: Versorgung des Kindes

Die persönliche Betreuung obliegt regelmäßig (46) der Mutter im Rahmen der Personensorge; den finanziellen Bedarf des Kindes hat vorrangig der ermittelte Vater oder, sofern er bei Mehrverkehr nicht feststellbar ist, ein Konkubent abzudecken (§§ 1708 ff; 1717 ff). Nur die zweite Komponente, die Geldleistungen, werden als Unterhalt bezeichnet.

(42) Begründung Entwurf 1929 S. 19

(43) Begründung Entwurf 1929 S. 19

(44) Begründung Entwurf 1929 S. 32

(45) s. o. S. 133

(46) Sie kann auch dem Vater auf seinen Antrag hin zugewiesen werden.

Für eine Unterhaltspflicht genügt bereits die mögliche Vaterschaft. Ein festgestelltes Abstammungsverhältnis hat allerdings Auswirkungen auf die Einzelregelung.

Mot :++ +3,41: Rechtsgrund der Unterhaltspflicht

RegE ++

RE - S.211

RV - S.233

Zur rechtlichen Grundlage für die Unterhaltsverpflichtung des Mannes werden keine Ausführungen gemacht. Aus der vorgesehenen Zahlvaterschaft ergibt sich nur negativ, daß sie nicht von einem Verwandtschaftsverhältnis abhängig sein soll. Es wird lediglich die Notwendigkeit betont, das Kind finanziell abzusichern. (47)

Mot ++ +3,42: Inhalt der Unterhaltspflicht

RegE ++

RE - S.211

RV - S.233

Von Unterhalt wird nur im Zusammenhang mit der vom Mann zu zahlenden Unterhaltsrente gesprochen. (48)

3,43: Ausgestaltung der Unterhaltsrente

Mot - S. 40

RegE ++

RE - S.211

RV - S.233

+ Es wird differenziert zwischen der Unterhaltsrente, die der ermittelte Vater und der, die der mögliche Vater zu zahlen hat.

3,431: Unterhaltsrente durch den ermittelten Vater

Mot -+ S. 40

RegE +-

RE -+ S.211

RV -+ S.234

+ 3,4311: Die Unterhaltsrente, die der ermittelte Vater zu zahlen hat, ist stärker als familienrechtliche Forderung konzipiert. Die bisherige strenge schuldrechtliche Ausrichtung sei der Vielfalt der Einzelfälle nicht gerecht geworden. (49) Es werden wesentliche, einen typischen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch auszeichnende Besonderheiten übernommen:

(47) vgl. o. S. 129 f

(48) Begründung Entwurf 1929 S. 34: "Eine Verteilung der Unterhaltslast zwischen Vater und Mutter ... hat der Entwurf abgelehnt." - s. auch aaO S. 35

(49) vgl. Begründung Entwurf 1929 S. 17 ff

3,43111: Leistungsfähigkeit des Vaters und Bedürftigkeit des Kindes werden berücksichtigt (§§ 1708b, 1708c).

3,43112: In begrenztem Umfang haften die väterlichen Eltern neben den mütterlichen Verwandten (§ 1708 e).

"Der Umstand, daß der Entwurf den natürlichen Zusammenhang zwischen Vater und Kind stärker als bisher betont und demgemäß auch das Bestehen eines auf der Blutsverbindung beruhenden Verwandtschaftsverhältnisses ... anerkannt hat ..., läßt es gerechtfertigt erscheinen, wenn das uneheliche Kind nunmehr auch zu den Eltern des Vaters in gewisse rechtliche Beziehungen gebracht wird. ...

Die Verpflichtung der Eltern des Vaters soll sich dabei auf den notdürftigen Unterhalt beschränken. Dies rechtfertigt sich damit, daß die Eltern des Vaters dem Kinde meist völlig fernstehen, auch im Falle eigener Bedürftigkeit keinerlei Unterstützung von dem Kinde verlangen können und daß die ehelichen Geschwister und Geschwisterkinder des Vaters in ihren Unterhaltsansprüchen durch das uneheliche Kind nicht weiter als unbedingt erforderlich beeinträchtigt werden dürfen." (50)

Eine Inanspruchnahme ist erst nach vergeblichen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen möglich.

3,43113: Die Dauer der Unterhaltspflicht ist stark auf den Einzelfall abgestellt. Über die für den Regelfall beibehaltene 16-jährige Zahlungspflicht hinaus ist bei Gebrechlichkeit des Kindes und fortdauernder Ausbildung länger Unterhalt zu gewähren. Bei andauernder Ausbildung muß der Vater aber der Berufswahl zugestimmt oder das Vormundschaftsgericht seine verweigerte Einwilligung ersetzt haben (§ 1708 a).

tot -- + 3,4312: Die Höhe der Unterhaltsrente richtet sich
RegE ++ regelmäßig nach der Lebensstellung der Mutter. Nach
RE --+ S. 212 Billigkeit können jedoch auch die wirtschaftlichen
RV --+ S. 234 Verhältnisse des Vaters berücksichtigt werden (§ 1708).

"Diese Neuerung dürfte geeignet sein, viele Härten zu beseitigen und manchem Kinde, ..., den Weg zum gesellschaftlichen Aufstieg zu ebnen." (51)

Daß die Mutter sich bereichern könnte, wird ohne Erwähnung nicht befürchtet.

tot -- + 3,432: Unterhaltsrente durch den möglichen Vater
RegE +- S. 97

RE -- 3,4321: Die Unterhaltsrente, die der bloß mögliche
RV -- Vater zu zahlen hat, entspricht im wesentlichen der BGB-Regelung. Dem Mann wird allerdings die Bedürftig-

(50) Begründung Entwurf 1929 S. 35

(51) Begründung Entwurf 1929 S. 34

keitseinde zugesprochen (§ 1717 Abs. 3) und die Möglichkeit gegeben, das Kind auf eigene Einkünfte zu verweisen (§ 1717 a iVm § 1708 c).

"Diese - den schuldrechtlichen Charakter des Anspruchs in gewisser Weise durchbrechenden - Vorschriften erschienen geboten, um einen Mann, der lediglich aufgrund des Geschlechtsverkehrs mit der Mutter haftet, nicht ungünstiger zu stellen als denjenigen, der als Vater (§ 1705 a) zur Gewährung von Unterhalt verpflichtet ist." (52)

3,4322: Bei mehreren in Betracht kommenden Männern kann das Kind nur einen in Anspruch nehmen.

Damit soll vermieden werden, daß in der Öffentlichkeit oder dem Kind bekannt wird, daß als Vater mehrere Männer infrage kommen. Bei einer gesamtschuldnerischen Lösung würde ferner das nicht-eheliche Kind gegenüber dem ehelichen Kind bevorzugt, was auch "bei manchen Frauen Hemmungen gegen die Hingabe an eine Mehrzahl von Männern beseitigen könnte." (53)

3,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes

alle + + 3,51: Gegenüber der Mutter

Ein Erbrecht gegenüber der Mutter wird nicht weiter erörtert. Es ergibt sich dies daraus, daß das Kind grundsätzlich die Stellung eines ehelichen Kindes erhält.

3,52: Gegenüber dem Vater

§ 1589 Abs. 2 BGB, der familienrechtlichen Beziehungen zwischen Vater und Kind im Wege steht, soll abgeändert werden. Gleichwohl wird dem Kind kein generelles Erbrecht zugesprochen. Es wird zunächst zugunsten eines fortdauernden Unterhaltsanspruchs entschieden, wobei allerdings das Abfindungsrecht der Erben eingeschränkt wird. Ein Erbrecht in Form eines kapitalmäßigen Abfin-

(52) Begründung Entwurf 1929 S. 42

(53) Begründung Entwurf 1929 S. 41

dungsanspruchs wird wahlweise zur Unterhaltsrente gegenüber den Erben ab der 2. Ordnung (§ 1712 b) und bis zum 25. Lebensjahr ein nach Billigkeitsgrundsätzen zu bestimmender Fortkommensanspruch gegenüber Erben ab der 3. Ordnung zugelassen (§ 1712 d).

Mot +- S. 46
RegE +- S. 98
RE +- S. 214
RV - S. 235

+ 3,521: Fortgeltender Unterhaltsanspruch

Er wird "im wohlverstandenen Interesse des Kindes wie der Familie des Vaters" (54) beibehalten.

"Die Erfahrungen der Praxis haben gezeigt, daß dem Kind zumeist mit einer fortlaufenden, in regelmäßigen Zeitabschnitten zu entrichtenden Geldrente weit mehr gedient ist als mit einer Beteiligung an dem Kapitalnachlaß des verstorbenen Vaters; dies gilt umso mehr, als die Rente jeder Änderung in den Verhältnissen des Kindes oder der allgemeinen Wirtschaftslage ohne Schwierigkeiten angepaßt werden kann (§ 323 ZPO). ...

(Es) erschien allerdings erforderlich, das in § 1712 Abs. 2 BGB vorgesehene, vielfach bekämpfte Abfindungsrecht erheblich einzuschränken." (54)
Ein solches Abfindungsrecht mit einem der Höhe nach dem Pflichtteil entsprechenden Betrag wird nur der Ehefrau und den ehelichen Abkömmlingen zugewilligt (§ 1712 a).

"(Diese) Ausnahme rechtfertigt sich damit, daß diese Personen durch die Verpflichtung zur Weiterzahlung der Rente häufig ungünstiger gestellt werden würden als das uneheliche Kind, ein Ergebnis, das im Interesse der Familie vermieden werden muß." (55)

Es ist aber die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts erforderlich.

Mot --
RegE ++
RE - S. 214
RV - S. 236

+ 3,522: Erbrecht

3,5221: Abfindungsanspruch

"(Der Entwurf) gewährt damit dem unehelichen Kinde in den Grenzen, die sich aus der notwendigen Rücksicht auf die Familie des Vaters ergeben, ein dem Pflichtteilsrechte des ehelichen Kindes wirtschaftlich gleichstehendes Recht auf eine Beteiligung an dem Nachlaß des Vaters und kommt dem von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsche entgegen, auch in erbrechtlicher Hinsicht gewisse Rechtsbeziehungen zwischen Kind und Vater zu schaffen." (56)

-
- (54) Begründung Entwurf 1929 S. 37
(55) Begründung Entwurf 1929 S. 37
(56) Begründung Entwurf 1929 S. 38

3,522: Fortkommensanspruch

Die Möglichkeit, einen Abfindungsanspruch geltend zu machen, ist davon abhängig, daß das Kind noch unterhaltsberechtig ist. Stirbt der Vater kurz nach dem 16. Geburtstag des Kindes oder wenige Zeit nach Abschluß der Berufsausbildung, könnten sich daraus Härten ergeben, die "nicht verstanden" (57) würden. Es soll deshalb das Vormundschaftsgericht befugt sein, dem Kind auf seinen Antrag bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres von demjenigen Teil des Nachlasses, der nicht den ehelichen Abkömmlingen, der Ehefrau, den Eltern und den Geschwistern des Vaters zufällt, als Beitrag zu seinem Fortkommen eine Gelsumme bis zur Höhe des Pflichtteils zuzuerkennen, wenn und soweit dies der Billigkeit entspricht.

(57) Begründung Entwurf 1929 S. 39

7. Abschnitt: Stellungnahme der Parteien im Reichstag

1. Die am 11.1.1929 unter der Regierung Müller (SPD) durch den Reichsjustizminister Koch-Weser (DDP) dem Reichstag übergebene Regierungsvorlage (1) wird am 4.2.1929 in erster Lesung vom Plenum behandelt. (2) Das Parlament hat jedoch bereits in den Sitzungen am 30.11.1928 und 1.12.1928 Entschließungsanträge der Sozialdemokraten, Deutschen Demokraten und Kommunisten (3) zum Anlaß genommen, die Nicht-ehelichenproblematik zu erörtern. (4) Diese Aussprache ist mit der ersten Lesung der Gesetzesvorlage im Zusammenhang zu sehen, da schon bekannt war, daß die Regierung ihre Vorarbeiten abgeschlossen hat. (5)

Der seit dem 28.6.1928 amtierende Reichskanzler Müller hatte neben der SPD das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und die Bayerische Volkspartei für eine gemeinsame Koalition gewinnen können. Die Regierungsparteien verfügten zusammen über 301 von insgesamt 491 Mandaten. (6)

2. Die Debatten vom 30.11., 1.12.1928 und 4.2.1929 zeigen, daß die Regierungsmehrheit sich nicht für die angestrebte Reform zusammenhalten läßt. Eine Grenzlinie zwischen Regierung und Opposition gibt es nicht, auch Regierungsparteien äußern sich negativ zu den eingebrachten Vorschlägen.

(1) Verhandlungen Bd. 433 Drucksache IV Nr. 733

(2) Verhandlungen Bd. 423 S. 1015 ff

(3) s. o. S. 62 Fußn. 18, 19, 20

(4) Verhandlungen Bd. 423 S. 564 ff

(5) Arendsee (KP), Verhandlungen Bd. 423 S. 577: "Wir haben heute von der Regierung gehört, daß der Entwurf ... endlich so weit ist, daß er an den Reichstag gelangen kann." Neuhaus (Z), Verhandlungen Bd. 423 S. 595: "... und wenn wir wissen, daß ein solcher Entwurf in wenigen Tagen kommt, so wären diese Anträge damit erledigt. Wir wollen uns aber natürlich mit dieser einfachen Feststellung nicht begnügen."

(6) Der Reichstag hat folgende Zusammensetzung:

Regierungsparteien		Opposition	
SPD	- 153	DNVP	- 73
Zentrum	- 62	NSDAP	- 12
DVP	- 45	WP	- 23
DDP	- 25	KP	- 54
BVP	- 16	Sonstige	28
	301		190

2,1: Stellungnahme der KP

Die Verlautbarungen der Unabhängigen Sozialisten, der jetzigen Kommunisten, in der Zeit von 1919 bis 1929 halten daran fest, (7) die Probleme des nicht-ehelichen Kindes lediglich als Argumentationswaffe in einer ideologischen Auseinandersetzung zu nutzen. Es ist nicht das Kind, das interessiert, es ist seine Existenz, die den Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung veranschaulichen kann. Die "gesellschaftliche Lüge von der Heiligkeit der Ehe" (8), "die Familie in ihrer heutigen bürgerlichen Form, die im Interesse der Bourgeoisie liegt" (9) und die Absicht der "herrschende(n) Klasse, ... (die) das Eigentum schützen will" (10) seien für die Notlage der Nichteelichen verantwortlich. An sachlicher problemnaher Arbeit ist man wegen der tiefgehenden grundsätzlichen Kluft der aufeinanderstoßenden sozialistischen und bürgerlichen Gesellschaftskonzeptionen wenig interessiert. Einzelfragen werden kaum erörtert. Man ist nicht bereit, den Richtungsweiser der Verfassung als Ausgangspunkt zu akzeptieren und verlangt, wie schon 1919 bei der Beratung der Verfassung, auch bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes 1929 die schematische Gleichstellung. Nur bei diesem Hintergrund kann verständlich werden, daß es möglich ist, folgende Sätze vor dem Plenum auszusprechen:

"(Es ist ausgeführt worden), daß die unehelich Geborenen 'Staatsbürger werden sollen, die mit Freude und Kraft im Leben und in der Produktion stehen', d.h., man muß heute mehr als bisher dafür sorgen, daß diese Kinder zu starken Menschen heranwachsen, damit sie geeignet sind, das Schwungrad der Ausbeutung zu drehen, die Profitmühlen in Gang zu halten. Wenn heute die Bourgeoisie ... (sich über die hohe Säuglingssterblichkeit) ... Gedanken ... macht, ... so liegen die Gründe nicht nur darin, daß das Kapital neue Lohnsklaven braucht, sondern auch darin, daß der imperialistische deutsche Staat neues Kanonenfutter braucht." (11)

-
- (7) s. o. S. 54 ff (58)
 - (8) Zietz (US) 16.7.1919, Nationalversammlung Bd. VI S. 3916
 - (9) Overlack (KP) 4.2.1929, Verhandlungen Bd. 423 S. 1021
 - (10) Arendsee (KP) 30.11.1928, Verhandlungen Bd. 423 S. 577
 - (11) Overlack (KP) 4.2.1929, Verhandlungen Bd. 423 S. 1020/1021

Der Gesetzentwurf wird bereits abgelehnt, weil er sich in das bestehende System eingliedern soll.

2,2: Stellungnahme der SPD

Im Gegensatz zu den Kommunisten bedeutet den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei das uneheliche Kind mehr als ein Anknüpfungspunkt für einen Kampf gegen die bestehende Ordnung. Das Bemühen ist darauf ausgerichtet, einen erkannten akuten Notstand durch Verbesserung des Gesellschaftssystems zu beseitigen. "Es handelt sich um ein riesengroßes soziales Problem". (12) Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß das Problem der Unehelichen in einen größeren Zusammenhang gestellt werden müsse. Die Vorstellung sei aufzugeben, daß das nicht-eheliche Kind das Ergebnis einer Unsittlichkeit des einzelnen sei. Die steigende Anzahl außerehelicher Geburten (13) sei vielmehr auf eine jahrzentelange Vernachlässigung der sozialen Fürsorge zurückzuführen:

Sie habe dazu geführt, daß "infolge der ungeheuren materiellen Not, infolge der ungeheuren Wohnungsnot in weitesten Volksschichten heute nicht an eine Eheschließung gedacht werden" könne. (14)

Nicht weil die Ehe schlecht sei, bestünden also die Schwierigkeiten, vielmehr weil sie häufig gar nicht möglich sei. Die Notlage der Kinder selbst soll durchaus im Sinne des Art. 121 WRV gelöst werden. Wenn auch bei den Verfassungsarbeiten weitergehende Anträge gestellt worden waren (15), so akzeptiert man jetzt doch die Mehrheitsentscheidung. In der Diskussion wird auch eine gleichzeitige Neubewertung der rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung der Frau für besonders dringlich gehalten.

Prüf (SPD) 30.11.1929: "Wenn Sie wollen, daß die unehelich Geborenen Staatsbürger werden, wie wir es haben wollen, Menschen, die mit Freude und Kraft im Leben und in der Produktion stehen, so müssen Sie vor allem dafür sorgen, daß die uneheliche Mutter in Deutschland mehr geachtet

(12) Juchaz (SPD) 4.2.1929, Verhandlungen Bd. 423 S. 1017

(13) Diese Aussage wird allerdings von der Statistik kaum getragen - s. o. S. 45/46

(14) Prüf (SPD) 30.11.1928, Verhandlungen Bd. 423 S. 567

(15) vgl. o. S. 56 Fußn. 12

und mehr geschätzt und weniger geächtet wird." (16)

Die SPD gehört zu den Parteien, die seit 1919 - wenn auch nicht besonders nachhaltig (17) darauf gedrängt haben, das Nichtehelichenrecht neu zu fassen. Die Gesetzesvorlage entspricht aber nicht ganz den eigenen Vorstellungen. Man äußert sich reserviert - "Ich gebe ... zu, daß das vorliegende Gesetz den Versuch macht" (18) - und fordert "eine ganz eingehende Aussprache in den Ausschußberatungen". (19) Auch als schließlich erörtert wird, ob die Vorlage nicht wegen der Überlastung des Rechtsausschusses zur schnelleren Bearbeitung dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen werden solle, verweigern die Sozialdemokraten ihre Zustimmung. (20) Es besteht eine starke Annäherung an die aus den Fürsorgekreisen vorgetragene Kritik, was aber gleichzeitig bei dem Problem der elterlichen Gewalt für die Mutter zu Schwierigkeiten führt. Eine zu starke Reglementierung der Frau als Mutter läßt sich kaum mit der geforderten gesellschaftlichen Prestigeverbesserung durch erhöhte Verantwortungszuweisung vereinbaren. In den Ausführungen der Abgeordneten Juchacz vom 4.2.1929 führt dies dann auch dazu, daß sowohl für eine verstärkte Position des Jugendamtes als auch die elterliche Gewalt für die Mutter eingetreten wird:

Zur Stellung des Jugendamtes: "Als ich mir das Gesetz ansah, habe ich ein Verwundern darüber nicht unterdrücken können, daß man das Jugendamt, das das Organ des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt ist, in diesem Entwurf so wenig genannt hat und daß man ihm bei den einzelnen Entscheidungen eine so geringe beratende Rolle eingeräumt hat." (21)

Zur elterlichen Gewalt: "Selbstverständlich bin ich nicht dagegen." (22)

-
- (16) Verhandlungen Bd. 423 S. 568; vgl. ferner Juchacz (SPD) 4.2.1929, Verhandlungen Bd. 423 S. 1015 ff
- (17) An Aktivität verzeichnen die Protokolle am 23.6.1921 eine Anfrage - Verhandlungen Bd. 368 Nr. 901 -; am 25.1.1927 eine beiläufige Bemerkung des Abgeordneten Nemitz - Verhandlungen Bd. 391 S. 8742 -; am 22.6.1928 einen Entschließungsantrag - Verhandlungen Bd. 430 Drucksache Nr. 84 - s. o. S. 60 ff
- (18) Juchacz (SPD), Verhandlungen Bd. 423 S. 1015
- (19) Juchacz (SPD), Verhandlungen Bd. 423 S. 1016
- (20) vgl. Verhandlungen Bd. 423 S. 1023 f
- (21) Verhandlungen Bd. 423 S. 1015
- (22) Verhandlungen Bd. 423 S. 1016

2,3: Stellungnahme der DDP

Den Deutschen Demokraten ist im parlamentarischen Bereich die aktivste Rolle zuzusprechen. Sie sind auch am erfolgreichsten gewesen: Art. 121 WRV geht auf ihren Antrag zurück (23) und ihr Parteimitglied Koch-Weser übergibt dem Parlament als Justizminister die Gesetzesvorlage. Mit heftigen Worten ist der 1919 vom Zentrum eingebrachte Vorschlag, "gleiche Bedingungen" in "gerechte Bedingungen" umzuformulieren, abgelehnt worden (24). Für bessere Voraussetzungen für das nicht-eheliche Kind forderte man gar, einen "heiligen Kampf" zu führen. (25)

Die Deutschen Demokraten sind aber am geltenden parlamentarischen System gescheitert. Es ist ihnen nicht gelungen, eine jahrelange Negierung des Verfassungsauftrages zu verhindern. Zunächst richtete man an die Regierung Anfragen (26), dann versuchte man nach wiederholten nicht eingelösten Versprechungen der jeweiligen Regierungen mit Entschließungsanträgen mehr Druck ausüben zu können (27). Die Abgeordnete Lüders ist die einzige, die sich offen über die schleppende Behandlung beklagt (28) und konkrete Vorwürfe gegen den Vorsitzenden des Rechtsausschusses Spahn (Z) erhebt. (29)

Die Vorlage findet die volle Zustimmung der Partei.

(23) s. o. S. 56 Fußn. 13

(24) vgl. Zitat (Brönner) o. S. 57

(25) Brönner (DDP), Nationalversammlung Bd. VI S. 3909: "Der Makel der unehelichen Geburt muß schwinden, der Kampf für die Rechte des unehelichen Kindes muß geführt werden als ein heiliger Kampf."

(26) So am 7.11.1921, Verhandlungen Bd. 369 Nr. 2937; am 23.6.1922, Verhandlungen Bd. 374 Nr. 4582; Bordauf im Parlament am 24.2.1927, Verhandlungen Bd. 392 S. 9213 - s.o.S. 61

(27) So am 6.1.1925, Verhandlungen Bd. 397 Nr. 75 und am 29.6.1928, Verhandlungen Bd. 430 Nr. 114 - s. o. S. 61/62

(28) So am 28.1.1928, Verhandlungen Bd. 394 S. 12 475 und am 1.12.1928, Verhandlungen Bd. 423 S. 588

(29) Verhandlungen Bd. 423 S. 588: "In diesem Zusammenhang muß ich auch darauf verweisen, daß der frühere Vorsitzende des Rechtsausschusses, der Vorgänger unseres verehrten jetzigen Vorsitzenden" - Kahl DVP - "seiner inneren Überzeugung gemäß nie denWeg gefunden hat, um die gestellten Anträge durch den Ältestenrat vor das Plenum des Hauses zu bringen."

2,4: Stellungnahme der DVP

Die Deutsche Volkspartei stellt den Schutz der Familie in den Vordergrund und hat bereits 1919 grundsätzlich die Aufnahme des Art. 121 WRV abgelehnt. (30) Eine Initiative ist von ihr nie ausgegangen. (31) Am 30.11.1928 wird zur Kenntnis genommen, daß die Vorlage fertiggestellt ist, die Zuversicht ausgedrückt, daß man "ein ungewöhnlich sorgfältig vorbereitetes Gesetz erwarten dürfe" und dann betont, daß "über das Maß" im einzelnen noch gesprochen werden müsse. (32)

Während der ersten Lesung, wo man zum "Maß" Genaueres hätte vortragen können, wird als einziger Beitrag dem mit schnellerer Behandlungsmöglichkeit motivierten Vorschlag (33), den Entwurf an den Bevölkerungsausschuß zu überweisen, widersprochen. (34)

2,5: Stellungnahme des Zentrums

Das Zentrum hat sich bei den Verhandlungen in der Nationalversammlung dadurch ausgezeichnet, daß der Gedanke der Hilfsbereitschaft und Barmherzigkeit auffallend in den Vordergrund gestellt worden ist. (35) Dieser Gesichtspunkt soll auch die Reformentscheidungen bestimmen.

Neuhaus (Z) 1.12.1928: "Ich möchte nun ganz offen unsere grundsätzliche Stellungnahme dahin klar zum Ausdruck bringen, daß wir die uneheliche Mutterschaft an sich für die Folge einer Verfehlung und für ein Unglück halten. Aber wir urteilen nicht über subjektive Schuld. Wir wollen helfen." (36)

Es bleibt offen, wie diese Hilfe aussehen soll und ob ein vorwiegend caritativer Inhalt vorschwebt. Es wird um "Kann-

(30) vgl. Menge (DVP) 30.7.1919, Verhandlungen Bd. 328 S. 2132: "(Wir halten) die Verfassung nicht für die geeignete Stelle, wo diese Frage erörtert werden kann... (und wir können nicht) dieser Form zustimmen, weil es für uns ganz selbstverständlich ist, daß das sehr starke In-den-Vordergrundstellen des unehelichen Kindes direkt dazu führen muß, in gewissem Sinne die Familie aufzulösen."

(31) s. o. S. 60 ff

(32) Kahl DVP 30.11.1929, Verhandlungen Bd. 423 S. 571

(33) s. o. S. 144 Fußn. 20

(34) vgl. Kahl (DVP) 4.2.1929, Verhandlungen Bd. 423 S. 1023

(35) s. o. S. 57 - Zitate

(36) Verhandlungen Bd. 423 S. 596

Vorschriften" gebeten (37) und auch die Übertragung der elterlichen Gewalt auf die Mutter grundsätzlich nicht ausgeschlossen. (38) In der Form, wie es die Regierungsvorlage vorsieht, daß auch dem Vater diese Möglichkeit eingeräumt wird, ginge es indes nicht. (39) Ausdrücklich abgelehnt wird ferner die Mehrverkehrsregelung. Auch in diesem Punkt trifft sich die Kritik mit der abweisenden Haltung der Fürsorge.

Die Ausführungen insgesamt bleiben vage, was an sich bei Beratungen in erster Lesung nicht ungewöhnlich ist. Dennoch dienen solche parlamentarischen Erörterungen dazu, eine allgemeine Positionsbestimmung klarzulegen. Daran fehlt es. Mit keinem Wort ist die entscheidende Wechselwirkung zwischen den Individualrechten von Kind, Mutter und Vater gegenüber Ehe und Familie angesprochen. Hieraus kann nur entnommen werden, daß eine Bewertungsverschiebung seit 1919 nicht stattgefunden hat. Das Zentrum hat auch im Parlament bisher keinerlei Initiative zur Beschleunigung der Reform unternommen. (40) Ihrem Abgeordneten Spahn ist als Vorsitzendem des Rechtsausschusses vielmehr Verschleppungsneigung vorgeworfen worden. (41)

Der Spielraum für eine Verbesserung der Position des Kindes bleibt dann, wenn Ehe und Familie als Institution bereits durch einen verfassungsrechtlichen Schutzartikel zugunsten des nicht-ehelichen Kindes beeinträchtigt werden (42) und die Geburt des Kindes als "Folge einer Verfehlung" (43) so stark betont wird, gering. Es ist aus dieser Sicht schwierig, konkrete Forderungen zu formulieren und das Maximum erreicht, wenn sich Frau Neuhaus "der Hoffnung (hingibt), daß der lebhafteste Wunsch, dem unehelichen Kind zu helfen, (alle) im Ausschuß eint." (44)

(37) Neuhaus (Z), Verhandlungen Bd. 423 S. 1018 u. 596

(38) vgl. Neuhaus, Verhandlungen Bd. 423 S. 596 und 1018

(39) vgl. Neuhaus, Verhandlungen Bd. 423 S. 1018

(40) s. o. S. 60 ff

(41) s. o. S. 145 Fußn. 29

(42) s. o. S. 56 f

(43) Neuhaus (Z), Verhandlungen Bd. 423 S. 596 - s. o. S. 146

(44) Neuhaus (Z), Verhandlungen Bd. 423 S. 1018;

vgl. auch o. S. 104 Fußn. 27, 28

2,6: Stellungnahme der DNVP

Die Deutsche Nationale Volkspartei hat sich 1919 gegen ein betontes persönlichkeitsbezogenes Grundrechtsverständnis ausgesprochen und, wie das Zentrum, Ehe und Familie Vorrang eingeräumt. (45) Von ihren Abgeordneten ergreift während der ersten Lesung keiner das Wort. Hanemann hat schon am 1.12.1928 vorweg erklärt:

Eine Haftung mehrerer Männer käme nicht in Frage, weil das zu "recht unerwünschten Folgen führen könnte, indem nämlich unternehmungslustige junge Damen sich mit einer Mehrzahl von Verehrern umgeben könnten, die als mehr oder minder zahlungskräftig nachher in Anspruch genommen werden. Der zweite Umstand, der für uns unerträglich wäre, ist der, daß gewissermaßen dem unehelichen Vater eine Art elterlicher Gewalt über das Kind eingeräumt und gewissermaßen eine Unterart der Ehe geschaffen würde." (46)

Die DNVP benötigt noch Zeit, denn "die ganzen Aufgaben bedürfen der reiflichen Prüfung und Überlegung." (47)

Zur Argumentation:

3. Die Haltung der größeren Parteien offenbart eine mehrheitliche Verfassungsfeindlichkeit. Diese Feststellung betrifft nicht nur die Kommunistische Partei, die hieraus nie einen Hehl gemacht hat, sondern gilt in gleicher Weise für die Deutsche Nationale Volkspartei und das Zentrum. Die Weimarer Reichsverfassung enthält ein Prioritätsbekenntnis zugunsten des einzelnen und es sind, wie die Erörterungen zum Grundrechtskatalog zeigen (48), bewußt die Individualrechte den Gemeinschaftseinrichtungen vorangestellt worden. Gleichwohl ist man nicht bereit, Ehe und Familie als Institutionen durch stärker persönlichkeitsbetonende Vorschriften einer gewissen Relativierung zu unterwerfen. Immerhin wird diese der Verfassungsintention widerstreitende Auffassung nicht mehr offen vorgetragen und es wird versucht,

(45) vgl. von Gierke (DNVP) 16.7.1919, Nationalversammlung Bd. VI S. 3914: "Die Ehe und Familie müssen im Volksbewußtsein ihren besonderen geheiligten Platz behalten. ... Man darf nicht in dem Wunsche, dem einzelnen zu helfen, das Ganze ruinieren und damit letzten Endes auch den einzelnen unglücklich machen."

(46) Verhandlungen Bd. 423 S. 586

(47) Hanemann (DNVP), Verhandlungen Bd. 423 S. 586

(48) s. o. S. 55

eine klare Entscheidung zu vermeiden.

Der Deutschen Volkspartei ist zumindest vorzuwerfen, daß sie mit ihrer Negierung des Verfassungsauftrages und ihrer Interesselosigkeit an Art. 121 WRV für die Förderung eines breiteren Verfassungsbewußtseins nichts getan hat.

8. Abschnitt: Reaktionen von kirchlicher Seite

1. Von katholischer Seite

1,1: Die Zeitschriften JUGENDWOHL und CARITAS nehmen die Weitergabe der Regierungsvorlage und seine parlamentarische Behandlung in erster Lesung nicht zum Anlaß, eine kritische Würdigung abzudrucken. (1)

Im November 1929 veröffentlicht der Caritasverband dagegen eine ausführliche Denkschrift unter dem Titel "Grundsätzliches zur Reform des Unehelichenrechts". (2) Er setzt sich darin detailliert und außerordentlich sachlich mit den Einzelproblemen auseinander. Orientiert an der unverändert beibehaltenen Überzeugung, daß das nicht-eheliche Kind "Auswirkung eines Verhaltens (sei), welches göttliches und menschliches Recht verletzt" (3) und daß alles abzulehnen sei, was zugleich die beteiligten Familien oder überhaupt die Ehe als solche gefährden könne (4), werden unter Abwägung der verschiedenen Argumente eigene Empfehlungen vorgelegt.

1,2: Antworten auf grundlegende Entscheidungen der Regierungsvorlage

1,21: Vaterschaft

Die Trennung zwischen Vater und Unterhaltspflichtigem wird abgelehnt.

Den aus Fürsorgekreisen zum Regierungsentwurf von 1925 geäußerten Bedenken (5) schließt man sich an. Es wird

(1) In der Zeitschrift Jugendwohl ist zwar im Jahrgang 1929 S. 1 ff ein Beitrag von Riß, Amtsgerichtspräsident i.R., München, unter dem Titel "Das Recht des unehelichen Kindes" veröffentlicht. Die allgemein gehaltenen Ausführungen befassen sich im wesentlichen mit der geltenden BGB-Regelung und enthalten keine detaillierte Auseinandersetzung mit der Regierungsvorlage. Er befürwortet, der Mutter auch die elterliche Gewalt zu geben und das Vater-Kind-Verhältnis danach zu unterscheiden, ob der Vater das Kind anerkannt habe oder nicht. Die im letzten Absatz noch erwähnte Regierungsvorlage müsse auf "den richtigen Gesichtspunkten" aufbauen. Was diese "richtigen Gesichtspunkte" sein sollen, wird nicht ganz deutlich. (S.6)

(2) Denkschrift des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg, Nov. 1929

(3) Caritas-Denkschrift 1929 S. 3

(4) vgl. Caritas-Denkschrift 1929 S.4 f

(5) s. o. S. 110 ff

die sog. oesterreichische Lösung (6) empfohlen. Wenn wirklich einmal der falsche Mann als Vater ausgewählt werden sollte, sei dies immer noch erträglicher als zahlreiche unschuldige Kinder leiden zu lassen. Er habe sich über "die Gebote der Sitte" hinweggesetzt. (7)

1,22: Name

Eine stärkere Namensangleichung wird nicht gefordert. Das in § 1706a Regierungsvorlage 1929 vorgesehene Antragsrecht des Kindes auf den väterlichen Namen, wenn der Vater im Zeitpunkt der Geburt bereits verstorben ist und die Eltern verlobt waren, sei bedenklich. Dadurch könne der Eindruck erweckt werden, der voreheliche Geschlechtsverkehr sei gesetzlich sanktioniert. (8)

1,23: Erziehung

Die Stellung des Vaters sei zu stark. Es wird sowohl die Konzeption der Regierungsvorlage als auch die im Gegenentwurf der Fürsorge von einem Anerkenntnis abhängige Einflußmöglichkeit verworfen. Für Vaterschaftsrechte fehle der innere Grund, da die Abstammung unsicher bleibe (9). Es käme vielmehr darauf an, dem Mann gegenüber Kind und Mutter "wirksame 'Vaterschafts p f l i c h t e n' aufzuerlegen als ihm 'Vaterschafts r e c h t e '" zu geben. (10) Der Mutter gegenüber ist man aufgeschlossener und befürwortet, daß ihr bei entsprechender Eignung die elterliche Gewalt übertragen wird. (11)

1,24: Versorgung

Eine familienrechtlich geprägte Unterhaltsforderung bringe für das Kind zu viele Nachteile. Selbst wenn,

-
- (6) Der Mann, der am wahrscheinlichsten der Vater ist, wird festgestellt
 - (7) Caritas-Denkschrift 1929 S. 9
 - (8) vgl. Caritas-Denkschrift 1929 S. 13
 - (9) vgl. Caritas-Denkschrift 1929 S. 13
 - (10) vgl. Caritas-Denkschrift 1929 S. 14
 - (11) vgl. Caritas-Denkschrift 1929 S. 11

wie im Gegenentwurf der Fürsorge, praktisch nur eine Rentenerhöhung in Frage komme, bringe auch das zu viel Unruhe. Am besten man belasse es bei der schuldrechtlichen Ausrichtung. (12)

Eine Haftung der väterlichen Eltern sei einerseits zu weitgehend, andererseits zu eng. Wenn sie eine Verantwortung dafür trifft, daß sich ihr Sohn seinen Verpflichtungen als Vater entzieht und wenn sie "den Geschlechtsverkehr mit der Kindesmutter pflichtwidrig geduldet oder befördert haben" (13), müßten sie selbst zur Zahlung herangezogen werden können.

1,25: Erbrecht

Der Regierungsvorlage wird zugestimmt. (14)

2. Von evangelischer Seite

Von ihrer Seite ist bereits der 1925 vorgelegte Regierungsentwurf begrüßt worden. (15)

(12) vgl. Caritas-Denkschrift 1929 S. 17
(13) vgl. Caritas-Denkschrift 1929 S. 18
(14) vgl. Caritas-Denkschrift 1929 S. 18
(15) s. o. S. 105

9. Abschnitt: Reaktion von fürsorgerischer Seite

Die Regierungsvorlage gleicht die divergierenden Meinungen nicht aus. Seitens der Fürsorge wird von Storck (1) zwar mit Aufmerksamkeit registriert, daß in einigen Punkten der Entwurf von 1925 im Sinne der eigenen Vorstellungen abgeändert worden ist, den grundlegenden Bedenken habe man indes keine Beachtung geschenkt. Sein Gesamturteil lautet:

"In dieser Fassung unannehmbar; ein kleinlicher Reformversuch auf verfehlter Grundlage; eine Durchbrechung der im RJWG vorgezeichneten Grundgedanken des Unehelichenschutzes. Als letzte Hoffnung bleibt das Vertrauen zum Reichstag."
(2)

(1) Storck, ZBlJR 1928/1929 S. 257 ff

(2) Storck, ZBlJR 1928/1929 S. 261 - vgl. ferner

Klumker, ZBlJR 1928/1929 S. 313 ff

E. Müller, ZBlJR 1928/1929 S. 287 hält sogar die Solidarhaftung des Entwurfs von 1925, die sich von der eigenen Lösung doch noch weiter entfernte, für besser als die Kompromißformel der Regierungsvorlage. Das Rückgriffsrecht würde den als Vater benannten Mann veranlassen, seine Zahlungen einzustellen, wenn die Rückgriffsforderungen nicht eingingen. Überzeugend ist dies nicht, die Vollstreckungsmöglichkeit bleibt ja bestehen.

5. Kapitel: Entwicklung während nationalsozialistischer Zeit

Während der nationalsozialistischen Zeit werden die Reformarbeiten von Neuem begonnen und weitere Entwürfe veröffentlicht. 1934 erscheint in der Zeitschrift für Deutsches Recht ein Entwurf der Rechtsabteilung der NSDAP, bearbeitet von Bechert und Cornelius. (1)

1935 faßt der Caritasverband seine Vorstellungen in Paragraphen. (2) Im gleichen Jahr folgt die Innere Mission mit eigenen Anregungen. (3) 1938 macht die Akademie für Deutsches Recht den Abschluß. (4)

1. Entwurf von Bechert/Cornelius (5)

Bechert/Cornelius stellen ein Interesse des Staates an den wahren Abstammungsverhältnissen in den Vordergrund und befürworten eine weitgehende Übernahme der Vorschriften für eheliche Kinder mit dem dominierenden Einfluß des Vaters. Sie kommen mit insgesamt 12 Paragraphen aus.

Die Vaterschaft ist von Amts wegen zu ermitteln. Eine Anerkennung fällt weg. Bei Mehrverkehr sind die Konkubenten festzustellen (§ 1705).

Das Kind trägt den Namen des Vaters; ist dieser nicht bekannt, erhält es den Mädchenamen der Mutter (§ 1706).

Das Erziehungsrecht steht Vater und Mutter, entsprechend dem zu dieser Zeit geltenden Recht für eheliche Kinder, gemeinsam zu. Die Mutter ist zuständig für die persönliche Betreuung und ist bis zur Ermittlung des Vaters auch Inhaberin der elterlichen Gewalt. Sobald der Vater feststeht, soll die Vertretung des Kindes auf ihn übergehen.

Das Vormundschaftsgericht kann jedoch im Interesse des

-
- (1) Deutsches Recht - Zentralorgan des Bundes Nationalsozialistischer Deutschen Juristen - 1934 S. 422; Begründung S. 442 ff
 - (2) "Neugestaltung des Unehelichenrechtes", Denkschrift des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg 1935; in Fortsetzungen auch in Jugendwohl, 1935
 - (3) "Denkschrift zur Neugestaltung des Unehelichenrechts", in: Die Innere Mission, 1935 S. 304 ff
 - (4) Abgedruckt im Anhang zu dem von Boehmer für den 44. DJT in Hannover 1962 erstatteten Gutachten, Bd. 1 1. Teil, left A S. 120 ff
 - (5) s. o. Fußn. 1

Kindes eine abweichende Entscheidung treffen (§ 1707).

Die Versorgung bestimmt sich nach ehelichem Recht. Das Vormundschaftsgericht kann eine Rentenzahlung anordnen. Für die Vergangenheit kann kein Unterhalt gefordert werden (§§ 1708 ff). Die ermittelten Konkubenten haben jeder an den Ortsfürsorgeverband Beiträge in Höhe des notdürftigen Unterhalts zu leisten (§ 1714).

Das Kind ist gegenüber beiden Elternteilen gleich erbberechtigt, wird aber erst nach ehelichen Abkömmlingen und dann nur mit dem Pflichtteil berücksichtigt (§ 1712).

2. Entwurf des Caritasverbandes (6)

Die Vorstellungen des Caritasverbandes bauen auf den Ergebnissen der Denkschrift von 1929 (7) auf. Der Vater wird von einer Mitverantwortung für das Kind völlig ausgeschlossen. Dieser Ausschluß wird aber jetzt wesentlich pointierter dargestellt. Einen "Vater" gibt es nach der Caritaskonzeption gar nicht, es wird lediglich ein "Erzeuger" ermittelt. Eine Anerkennungsmöglichkeit wird nicht erwähnt. Als echte Vaterschaftsanerkennung wäre sie auch überflüssig, da keinerlei Beziehungsverhältnis zum Kind zugelassen wird, und ein der BGB-Regelung entsprechendes Anerkenntnis als Verzicht auf die Mehrverkehrseinrede würde mit dem befürworteten Wegfall der exceptio plurium ebenfalls gegenstandslos.

Der Versuch klarzulegen, daß für eine familienrechtliche Regelung von Vater-Kind-Beziehungen jegliche Basis fehle, bestimmt die zur Begründung des Entwurfs angefügten Ausführungen. Sie nehmen den breitesten Raum ein und bilden den Anfang. (8)

Mit dem sichtbar gewordenen außerehelichen Verkehr seien Sitte und Recht verletzt worden - in der Betonung vor allem staatliches Gesetz.

"Der Staat hat also für die Verhältnisse, in denen sich eine

(6) s. o. S. 154 Fußn. 2

(7) s. o. S. 150 Fußn. 2

(8) vgl. Caritas-Denkschrift 1935 S. 5-12

eheliche Zeugung vollziehen und ein eheliches Kind aufwachsen kann, vom Beginn - der Eheschließung -, ja sogar dem Verlöbniß her bis zur Volljährigkeit des Kindes und darüber hinaus feste bürgerlich-rechtliche Regeln geschaffen, durch die den Belangen des Volkes, des Staates, der Familie, der Sitte, aber auch der einzelnen Glieder der Familie Rechnung getragen wird." (9)

Wer diese Gesetze mißachte, lehne sich auf gegen die staatliche Ordnung und zeige, daß ihm Verantwortungsbewußtsein fehle. Dieser in der außerehelichen Geburt sichtbar werdende Gesetzesverstoß wird zunächst noch beiden Elternteilen angelastet (10), dann in den Schlußfolgerungen aber auf den Mann konzentriert.

"Wer ... ein Kind unehelich zeugt, hat zunächst die Übernahme von Pflichten abgelehnt und sich Rechte, die ihm nicht zukommen, angemaß. Es wäre widersinnig, ihm aufgrund dieses Tatbestandes einen neuen Rechtskreis zu verleihen." (11)

Der Mutter wird dagegen, ohne daß dies einer weiteren Erläuterung für bedürftig erachtet wird, im Entwurfstext die Möglichkeit eingeräumt, die elterliche Gewalt auf Antrag zu erhalten, ihre Rechtsstellung somit verbessert.

Insgesamt gesehen orientiert sich der Entwurf an der geltenden BGB-Fassung.

Wie in § 1717 BGB beschränkt man sich darauf, den Unterhalt sicherzustellen und ermittelt einen "Erzeuger". Bei Mehrverkehr soll die "Wahrscheinlichkeit", entsprechend der sog. oesterreichischen Lösung, den Ausschlag geben (§ 1717). (12)

Für den Namen des Kindes übernimmt man § 1706 BGB.

Das geltende Erziehungsrecht wird dadurch modifiziert, daß die Mutter einen Antrag stellen kann, ihr die elterliche Gewalt zu verleihen (§ 1707 a). (13)

(9) Caritas-Denkschrift 1935 S. 5

(10) Sitte und Recht seien durch den außerehelichen Geschlechtsverkehr der Eltern verletzt worden - Caritas-Denkschrift 1935 S. 5

(11) Caritas-Denkschrift 1935 S. 6/7

(12) Im Entwurfstext kommt dies nicht klar zum Ausdruck: "Wer der Mutter ... beigewohnt hat, kann als Erzeuger ... in Anspruch genommen werden." Nach dieser Formulierung könnte auch jeder der Beischläfer herangezogen werden. Aus der Begründung ergibt sich jedoch, daß dieser im Entwurf von Bechert/Cornelius enthaltene Vorschlag nicht übernommen werden soll - vgl. aaO S. 40

(13) Seit 1961 durch das Familienrechtsänderungsgesetz (BGBl. I S. 1221) als § 1707 Abs. II BGB Gesetz - s. o. S. 13

Ferner ist für den Fall, daß die Mutter ausfällt, die Möglichkeit vorgesehen, daß das Vormundschaftsgericht Personensorge und elterliche Gewalt auf den Vater überträgt (§1707c) (14). Die Unterhaltspflicht wird auf 18 Jahre verlängert.

Ein Erbrecht wird nicht zuerkannt. Es verbleibt bei dem fortdauernden Unterhaltsanspruch des § 1712 BGB. Bestand beim Tod des Vaters keine Unterhaltsverpflichtung mehr, ist es möglich, einen nach Billigkeit festzulegenden Fortkommensanspruch geltend zu machen.

3. Entwurf der Inneren Mission (15)

Die Denkschrift der Inneren Mission geht davon aus, daß alle nicht-ehelichen Kinder "durch die heilige Taufe in die Gemeinschaft als gleichberechtigte Glieder" (16) aufgenommen würden. Sie selbst seinen "unschuldig" (16) und ihrer Mißachtung müsse entgegengewirkt werden. Dies Bemühen, sie in die Gesellschaft zu integrieren, habe aber auch "die unverbrüchliche Geltung des 6. Gebotes und die Heiligkeit der Ehe" (16) zu berücksichtigen.

"Aus dieser doppelten Blickrichtung ergibt sich für jede gesetzliche Regelung der Stellung des unehelichen Kindes in der Volksgemeinschaft eine starke Spannung, die sowohl die Gefahr der Schädigung der auf lebenslänglicher Einehe aufgebauten Familie als auch des ungenügenden Schutzes des unehelichen Kindes in sich birgt." (17)

Der Entwurf befürwortet auch in nationalsozialistischer Zeit eine Vaterschaftsanerkennung, unterscheidet zwischen Vater und bloßen Erzeuger, wobei dem Vater im Namens- und Erziehungsrecht einige, wenn auch mehr theoretische, Befugnisse und hinsichtlich der Versorgung eine höhere Belastung zudedacht werden. Verpflichtungen über die Unterhaltszahlungen hinaus können ihm nicht zudiktiert werden und ein Einbruch in "die natürliche Verbundenheit der Mutter-Kind-

(14) Nach dem Entwurfstext könnte der Vater hierzu auch verpflichtet werden, da eine solche Zuweisung nicht von seinem Antrag abhängig gemacht worden ist. Es ist aber nicht anzunehmen, daß man hieran gedacht hat. In der Begründung wird diese Vorschrift nur unter der Perspektive einer dem Mann einzuräumenden Befugnis erwähnt - vgl. Caritas-Denkschrift 1935 S. 8

(15) s. o. S. 154 Fußn. 3

(16) Innere Mission 1935 S. 304

(17) Innere Mission 1935 S. 304

Familie" wird nicht zugelassen. (18) Vater ist, wer seine Vaterschaft mit Zustimmung des Kindes anerkannt hat oder als solcher gerichtlich festgestellt ist. Daneben gibt es bei Mehrverkehr den bloßen Erzeuger, wobei dem Kind jeweils nur einer haftet. (19)

Das Kind erhält den Familiennamen der Mutter. Ob dies der Mädchenname oder jeweilige Familienname ist, bleibt offen. Diese Fallgestaltung wird gar nicht erörtert. (20) Im Einverständnis von Mutter, Kind, Vater und ggf. seiner Ehefrau kann auf Antrag des Vaters das Kind auch seinen Namen führen. (21)

Die Erziehung obliegt der Mutter. Sie kann auf Antrag die elterliche Gewalt erhalten. Der Vater hat ein Antragsrecht auf Zuweisung der Personensorge, wenn die Mutter ausfällt und eine solche Maßnahme im Interesse des Kindes liegt. Die Mutter kann nur unter den Voraussetzungen des § 1666 BGB unterliegen. (22)

Der Vater hat 16 Jahre und bei fortdauernder Ausbildung, sofern er ihr zugestimmt bzw. das Vormundschaftsgericht seine Einwilligung ersetzt hat, sowie bei Gebrechlichkeit darüber hinaus eine Unterhaltsrente zu bezahlen, deren Höhe sich nach den Lebensverhältnissen der Mutter bestimmt. Zugunsten des Kindes kann nach Billigkeit auch eine Anhebung erfolgen. Väterliche Eltern sind ebenfalls verpflichtet, in der Rangfolge aber erst nach den Großeltern mütterlicherseits. (23)

Ein Erbrecht des Kindes besteht nicht. Der Unterhaltsanspruch dauert fort. Ehefrau und eheliche Abkömmlinge haben ein Abfindungsrecht mit einem dem ehelichen Pflichtteil entsprechenden Betrag. Gegenüber Erben der zweiten Ordnung besteht für das Kind ein Wahlrecht. Es kann auch einen Kapitalbetrag in Höhe des Pflichtteils fordern. (24)

(18) Innere Mission 1935 S. 305

(19) vgl. Innere Mission 1935 S. 307 und 312

(20) Der Entwurfstext ließe beide Lösungen zu: "Das uneheliche Kind erhält den Familiennamen der Mutter" - Innere Mission 1935 S. 309

(21) vgl. Innere Mission 1935 S. 309

(22) vgl. Innere Mission 1935 S. 309

(23) vgl. Innere Mission 1935 S. 310/311

(24) vgl. Innere Mission 1935 S. 311

4. Entwurf der Akademie für Deutsches Recht (25)

Der vom Familienrechtsausschuß der Akademie für Deutsches Recht 1938 erarbeitete Entwurf berücksichtigt, wie bereits bei Bechert/Cornelius vorgezeichnet, das staatliche Interesse am Abstammungsverhältnis. Im übrigen zeichnet er sich durch eine weitgehende Flexibilität aus, mit der unter Beachtung familienrechtlicher Grundsätze dem Einzelfall Rechnung getragen werden soll.

Es gibt nur eine von Amts wegen durch den Vormundschaftsrichter zu ermittelnde Vaterschaft. Kann eine Vaterschaft nicht festgestellt werden, haften alle möglichen Väter als Gesamtschuldner für den Unterhalt (§ 36).

Das Kind erhält den Namen des Elternteils, bei dem es sich dauernd befindet (§§ 13, 14 iVm § 11). Wächst es, wie als Regelfall zugrundegelegt, bei der Mutter auf (§ 9), trägt es ihren Mädchennamen. Den Ehenamen der Mutter kann es nicht erhalten (§ 13). Eine Einbenennung ist möglich (§ 17). Der Name des Vaters kann ihm, auch wenn es nicht im Haushalt des Vaters erzogen wird, auf eigenen Antrag oder den des Vaters zugewiesen werden, wenn es "seinem Wohle dient" (§ 16).

Das Erziehungsrecht steht zunächst der Mutter zu; der Vater hat aber ein Mitspracherecht und kann bei Meinungsverschiedenheiten das Vormundschaftsgericht anrufen (§ 9). Auf Antrag kann die Mutter die elterliche Gewalt erhalten (§ 10). Der Vater kann auf seinen Antrag die Verantwortung für das Kind zugesprochen bekommen, wenn dies wiederum im Kindesinteresse liegt und wenn Mutter und Vormund nicht "aus beachtlichen Gründen" widersprechen (§ 11).

Für die Versorgung gelten weitgehend die bei ehelichen Kindern anzuwendenden Vorschriften. Vater und Mutter sind gleichermaßen für den Unterhalt verantwortlich. Da lediglich der finanzielle Aufwand als Unterhalt bezeichnet wird, ist auch eine vorrangige Haftung des Vaters vorgesehen. Ihre Vermögensverhältnisse sind dagegen beide nach Billig-

keit zu berücksichtigen (§ 20).

Für die Höhe der Unterhaltsverpflichtung sind regelmäßig die Verhältnisse der Mutter maßgebend. Abweichungen zugunsten des Kindes sind, soweit dies angebracht erscheint, möglich (§ 18). Die Bedürftigkeit des Kindes wird berücksichtigt (§ 18). Die Zahlungsdauer bestimmt sich nach dem Abschluß der Ausbildung bei einer zeitlichen Höchstgrenze von 25 Jahren. Ist dem Vater die elterliche Gewalt über das Kind verliehen worden, ist er wie gegenüber einem ehelichen Kind verpflichtet. Es gilt dann auch eine gegenseitige Unterhaltspflicht (§§ 25, 26). Zurückliegender Unterhalt kann - mit Ausnahmemöglichkeit - nur für einen Zeitraum von drei Jahren gefordert werden (§ 24).

Beim Erbrecht wird differenziert. War der Vater zur Zeit seines Todes mit der Mutter verlobt, hatte er die elterliche Gewalt über das Kind inne oder sind keine Erben feststellbar, besteht ein dem ehelichen Kind gleichkommendes Erbrecht (§ 28). In den übrigen Fällen bleibt der Unterhaltsanspruch bestehen. Den Erben erster Ordnung ist ein Abfindungsrecht mit einem der Höhe nach dem Pflichtteilsanspruch entsprechenden Betrag eingeräumt. Das Fortkommen des Kindes soll aber auch hier nicht gefährdet werden dürfen. Gegenüber Erben der zweiten Ordnung hat das Kind ein Wahlrecht, anstatt der Unterhaltsrenteden Pflichtteil wie ein eheliches Kind zu verlangen (§ 31).

6. Kapitel: Der Verfassungsauftrag des Art. 6 Abs. V GG

Am 1.7.1948 ermächtigen die Militärgouverneure der westlichen Besatzungszonen durch das sog. Dokument I (1) die Ministerpräsidenten der einzelnen Länder, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Diese beschließen am 25.7.1948 einen Sachverständigenausschuß, den Verfassungskonvent, zu benennen (2), der dann auf seiner Tagung vom 10.-23.8.1948 auf Herrenchiemsee einen Verfassungsentwurf erarbeitet. In diesen Entwurf sind keine Artikel über Ehe, Familie und das nicht-eheliche Kind aufgenommen worden. (3)

Die weitere Arbeit fällt dem Parlamentarischen Rat (4) zu, der am 1.9.1948 in Bonn zusammentritt. Die von den Landtagen proportional gewählten 65 (5) Abgeordneten zuzüglich fünf weiterer Mitglieder aus Berlin gehören folgenden Parteien an: (6)

CDU/CSU - einheitliche Fraktion -	28
SPD	30 (29)
FDP/LDP/DVP	6
DP	2
Zentrum	2
KPD	2

-
- (1) Der Wortlaut dieses Dokumentes ist abgedruckt in dem Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee S. 95 (Anlage).
- (2) Jedes der insgesamt 11 Länder benennt einen Vertreter. Die einzelnen Mitglieder sind in dem Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee auf S. 3 namentlich aufgeführt.
- (3) vgl. den Grundrechtskatalog der Art. 1 - 21 des Entwurfs Herrenchiemsee.
- (4) Nach der im Dokument I vom 1.7.1948 ausgesprochenen Ermächtigung an die Ministerpräsidenten, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, werden mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen durch die jeweiligen Länderparlamente Gesetze über den Parlamentarischen Rat verabschiedet und dieser dann auf einer Ministerpräsidentenversammlung einberufen - Einzelheiten im Bonner Kommentar, Stand März 1956, Einleitung S. 84 ff.
- (5) Nach dem Ausscheiden von Löwenthal (SPD) ab 4.5.1949 64 Abgeordnete - vgl. Bonner Kommentar aaO S. 86
- (6) Eine Namensliste findet sich im Bonner Kommentar aaO S. 85

Der Parlamentarische Rat formuliert schließlich, aufbauend auf dem Entwurf von Herrenchiessee, die Endfassung des Grundgesetzes. Die Beschlußfassung durch das Plenum, das das Grundgesetz am 6.5. und 8.5.1949 in 2. und 3. Lesung verabschiedet, sind die sachlichen Einzelerörterungen in den Fachausschüssen, die die eigentliche Vorlage ausarbeiteten und die Beratungen des Hauptausschusses (7), dem die Aufgabe oblag, den Gesamtentwurf zu erörtern und die politischen Entscheidungen zu fällen (8), vorausgegangen.

Das nicht-eheliche Kind wird erstmalig in der 24. Sitzung des Grundsatzausschusses vom 23.11.1948 in die verfassungsrechtliche Erörterung mit einbezogen. (9) In dieser Sitzung ist der Antrag der DP vom 19.11.1948 (10) zu behandeln, der u. a. einen besonderen verfassungsmäßig abgesicherten Schutz für Ehe und Familie fordert.

Die CDU/CSU schließt sich diesem Wunsch mit einem eigenen Vorschlag an. (11) Die SPD wehrt sich anfangs, gibt ihre Bedenken jedoch später auf. (12) (13) Das nicht-eheliche Kind wird

-
- (7) Dem Hauptausschuß gehören 21 Mitglieder an, davon 8 CDU/CSU; 8 SPD; 2 FDP; 1 DP; 1 Z; 1 KPD. - Bonner Kommentar aaO S. 87
- (8) vgl. Bonner Kommentar aaO S. 89 mit Hinweis auf den Beschluß des Ältestenausschusses vom 11.11.1948 - Drucksache (Parl. Rat) Nr. 268
- (9) vgl. Drucksache (Parl. Rat) Nr. 308 - Stenoprotokolle S. 36 ff
- (10) Drucksache (Parl. Rat) Nr. 298 - Die Deutsche Partei ist vertreten durch die niedersächsischen Abgeordneten Heile und Seeborn
- (11) vgl. Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle - 24. Sitzung, 23.11.1948 - Drucksache (Parl. Rat) Nr. 308 S. 33; Dieser Vorschlag wird dann am 24.11.1948 auch als offizieller Antrag eingereicht - Drucksache (Parl. Rat) Nr. 302
- (12) vgl. Bergstraesser: "Das ist eine Deklaration. Wie wollen Sie daraus ein klagbares Recht herleiten?" - Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle -, 24. Sitzung, 23.11.1948, Drucksache (Parl. Rat) Nr. 308 S. 34. In der 29. Sitzung vom 4.12.1948 erörtert man dann nur noch die Formulierung - vgl. Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle, Drucksache (Parl. Rat) Nr. 373 S. 40 ff
- (13) Heuss befürwortet für die FDP ebenfalls die Aufnahme eines besonderen Artikels. Mit von Mangoldt (CDU) nimmt er hierbei Bezug auf die festgelegten Menschenrechte der Vereinten Nationen - "In Parallellität zum Entwurf der UN." - vgl. Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle - 24. Sitzung, 23.11.1948, Drucksache (Parl. Rat) Nr. 308 S. 33 (v. Mangoldt), S. 38 (Heuss). Die Erklärung der Menschenrechte der "Kommission für Soziale, Humanitäre und Kulturelle Fragen" der UNO ist als Drucksache (Parl. Rat) Nr. 144 Gegenstand der Erörterungen.

schließlich von Heuss (FDP) angesprochen, als er zu überlegen gibt, ob nicht der Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter im Grundgesetz festgehalten werden sollte und er ein Beispiel hierfür in Art.121 WRV sieht. (14)

Die Diskussion verbleibt dann bei der Nichtehelichenproblematik. Süsterhenn (CDU) weist in deren Verlauf schließlich darauf hin, daß das Nichtehelichenrecht vom allgemeinen Gleichheitssatz nicht erfaßt werde und man höchstens sagen könne: "Das uneheliche Kind soll die gleiche gesellschaftliche Förderung erhalten wie ein eheliches". (15) Dieser von der CDU gegebene Hinweis wird dann in der 29. Sitzung vom 4.12.1948 von Heuss (FDP) aufgegriffen. Als endlich ein gemeinsamer Vorschlag zum Schutz für Ehe und Familie formuliert werden konnte, beantragt er, daß diesem Artikel der Satz angeschlossen werde: "Uneheliche Kinder stehen in ihren Rechten den ehelichen gleich".(16)

Die CDU lehnt diesen Zusatz ab, allerdings lediglich in der gegebenen Formulierung. Eine Gleichstellung sei nicht möglich; man würde "Unmögliches" verlangen. (17) Aber auch die SPD anerkennt, daß eine Gleichstellung lediglich als Postulat angestrebt werden könne. (18) Sie besteht im Grundsatzausschuß auch nicht auf einer Gleichstellung und erklärt sich mit der von Süsterhenn (CDU) vorgeschlagenen Fassung: "Uneheliche Kinder haben den gleichen Anspruch auf Förderung durch die Gemeinschaft wie eheliche Kinder" (19) einverstanden. (20)

-
- (14) vgl. Heuss, Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle - 24. Sitzung, 23.11.1948, Drucksache (Parl. Rat) Nr. 308 S. 36; Eine Übernahme des Art. 121 WRV hält er dagegen nicht für notwendig.
 - (15) Süsterhenn, Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle - 24. Sitzung, 23.11.1948, Drucksache (Parl. Rat) Nr. 308 S. 37
 - (16) Heuss, Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle - 29. Sitzung, 4.12.1948, Drucksache (Parl. Rat) Nr. 373 S. 46
 - (17) vgl. Süsterhenn, Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle - 29. Sitzung, 4.12.1948, Drucksache (Parl. Rat) Nr. 373 S. 51
 - (18) vgl. Greve, Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle - 29. Sitzung, 4.12.1948 aaO S. 47 u. 54
 - (19) vgl. Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle - 29. Sitzung, 4.12.1948 aaO S. 53
 - (20) vgl. Grundsatzausschuß - Stenoprotokolle - 29. Sitzung, 4.12.1948 aaO S. 54

Dieser gemeinsame Vorschlag des Grundsatzausschusses löst in der 1. Lesung des Hauptausschusses vom 7.12.1948 (21) eine heftige Debatte aus. (22) Die SPD-Fraktion stimmt nicht mehr zu. Nadig (SPD) sieht jetzt in der angebotenen Formulierung "nichts anderes als eine Deklamation" (23) und stellt einen Antrag auf Gleichstellung. (24)

Renner (KP) vermeint in der Weigerung, dem SPD-Antrag zuzustimmen, "die ganze verlogene Herrenmoral der bürgerlichen Klasse" zu erkennen. (25)

Heuss (FDP) hält eine Gleichstellung wegen der gegebenen tatsächlichen Verschiedenheiten für nicht durchführbar und erachtet andererseits die Forderung an den Gesetzgeber in Art. 121 WRV für "zu bombastisch". (26)

Wessel (Z) wiederholt den Gedanken, daß Ehe und Familie nicht beeinträchtigt werden dürfen und meldet systematische verfassungsrechtliche Bedenken an:

"Wenn wir (davon) ausgehen, daß Ehe und Familie die Träger des Staates sind, können wir auf der anderen Seite nicht etwas, was diesem Ordnungsbegriff widerspricht ... in die gleiche Rangordnung stellen." (27)

Für Süsterhenn (CDU) sind die mit dem Nichteheichenrecht zusammenhängenden Fragen

"so komplex und so kompliziert, daß wir das hier nicht einfach mit einem lapidaren Satz regeln und dabei Gefahr laufen können,

(21) Verhandlungen des Hauptausschusses S. 239 ff

(22) Es beteiligen sich von den 21 Ausschußmitgliedern allein 12 an der Diskussion: Wessel (Z); Pfeiffer (CSU); Süsterhenn, Weber (CDU); Seebohm (DP); Heuss (FDP); Bergstraesser, Greve, Nadig, Schmid, Zimmermann (SPD); Renner (KP).

(23) Verhandlungen des Hauptausschusses S. 240

(24) Gleichzeitig soll auch ausgesprochen werden, daß das Kind mit seinem Vater verwandt sei und der Mutter mit der Geburt die elterliche Gewalt übertragen werde - s. Wortlaut in Verhandlungen des Hauptausschusses S. 245

(25) Verhandlungen des Hauptausschusses S. 241

(26) Verhandlungen des Hauptausschusses S. 241

(27) Verhandlungen des Hauptausschusses S. 240

unseren grundsätzlichen Familienbegriff als eine in sich geschlossene Ordnungseinheit preiszugeben." (28)

Von Seehoß (DP) kommt schließlich die Kompromißformel, die sich eng an den Wortlaut des Verfassungsauftrages der Weimarer Reichsverfassung anlehnt:

"Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen, wie den ehelichen Kindern." (29)

Dieser Antrag enthält 20 Stimmen. (30)

In der 2. Lesung durch den Hauptausschuß am 18.1.1949 (31) verfolgt die Sozialdemokratie ihren Wunsch, das nicht-eheliche Kind mit dem ehelichen gleichgestellt zu sehen, weiter. (32) In der wiederum recht eingehenden Aussprache werden in verstärktem Maß Detailfragen erörtert und insbesondere von Wessel (Z) versucht, an Hand von Einzelpunkten aufzuzeigen, daß eine schematische Gleichstellung nicht weiterhelfe. (33) Vom Zentrum und der CDU/CSU wird jetzt der in 1. Lesung gefundene Verfassungsauftrag verteidigt. Er erfährt lediglich auf Anregung des Vorsitzenden Schmid (SPD) eine redaktionelle Änderung und wird in der bereits jetzt vorliegenden späteren Fassung des Art. 6 Abs. V GG mit 13 gegen 1 (34) Stimmen angenommen. Der Antrag (35) der SPD wird allerdings nur mit der knappen Mehrheit von

(28) Verhandlungen des Hauptausschusses S. 243

(29) Verhandlungen des Hauptausschusses S. 245

(30) s. Verhandlungen des Hauptausschusses S. 245

(31) Verhandlungen des Hauptausschusses S. 545 ff

(32) In ihrem Abänderungsantrag fordert sie dagegen abweichend von den Vorstellungen in 1. Lesung nicht mehr, daß der Mutter die elterliche Gewalt zustehen müsse - vgl. Verhandlungen des Hauptausschusses S. 547; zum Antrag in 1. Lesung s. o. S. 164 Fußr. 24

(33) vgl. Verhandlungen des Hauptausschusses S. 548 ff

(34) Die Gegenstimme wird Renner (KP) zuzurechnen sein, der diesen Verfassungsauftrag als "Schmus" bezeichnet - s. Verhandlungen des Hauptausschusses S. 555

(35) Das Stimmenverhältnis von 11 zu 10 bezieht sich nur auf Abs. 1 des aus drei Absätzen bestehenden Änderungsantrages; "Das uneheliche Kind steht dem ehelichen gleich", s. Verhandlungen des Hauptausschusses S. 547, 555

einer Stimme mit 11 gegen 10 abgelehnt. Bei diesem Stimmen-
ergebnis dürften die beiden Abgeordneten der FDP-Fraktion
nicht einheitlich gestimmt haben. (36)

Im weiteren Gesetzgebungsverfahren leitet die SPD den einzel-
nen Abgeordneten noch eine eindringliche Erklärung "Das unehe-
liche Kind" zu (37) und stellt jeweils zur 4. Lesung des
Hauptausschusses (38) und zur 2. Lesung des Plenums (39) den
Abänderungsantrag, wenigstens die natürliche Verwandtschaft
zwischen Vater und Kind auch im Rechtssinne anzuerkennen. (40)
Diese Bemühungen bleiben erfolglos. (41) (42)

-
- (36) CDU/CSU (8), Z (1) und wohl auch Seehofer (DP) - vgl. zur
1. Lesung Verhandlungen des Hauptausschusses S. 244 - haben
sich gegen diesen SPD-Antrag ausgesprochen; von der FDP in
1. Lesung auch Heuss - vgl. Verhandlungen des Hauptausschusses
S. 240/241. Dehler hat sich dagegen in diesem Zusammenhang
nicht zu Wort gemeldet. In 1. Lesung war das Stimmenverhältnis
noch 12:9 - s. Verhandlungen des Hauptausschusses S. 245.
- (37) Drucksache (Parl. Rat) Nr. 608 - Februar 1949
- (38) am 5.5.1949
- (39) am 6.5.1949
- (40) Anträge vom 18.2. - Drucksache (Parl. Rat) Nr. 617; 25.2. -
Drucksache (Parl. Rat) Nr. 631; 5.5. - Drucksache (Parl. Rat)
Nr. 836; 6.5. - Drucksache (Parl. Rat) Nr. 870
- (41) In 3. Lesung keine Debatte - Abstimmung über Art. 7 a insge-
samt: 7 ja 1 nein - Verhandlungen des Hauptausschusses S. 615;
in 4. Lesung Antrag ohne Debatte mit 13 gegen 8 abgelehnt -
Verhandlungen des Hauptausschusses S. 760; in 2. Lesung des
Plenums ohne Debatte abgelehnt - s. stenogr. Berichte S. 176/177
- (42) In der Anlage zum stenogr. Bericht der 9. Sitzung des Parla-
mentarischen Rates am 6.5.1949, schriftlicher Bericht zum
Entwurf des Grundgesetzes für die BRD - Drucksachen (Parl.
Rat) Nr. 850, 854 macht von Mangoldt als Berichterstatter
für den Grundrechtsteil auf S. 6 darauf aufmerksam, daß die
Art. 6 und 7 GG im Grunde als Deklarationen ohne unmittel-
bare Rechtswirkung, als Programmsätze und Weisungen an den
Gesetzgeber den allgemeinen Rahmen des sonstigen Grundrechts-
katalogs sprengen. Dies sei darauf zurückzuführen, daß diese
Artikel erst im Laufe der Beratungen eingefügt worden seien.

7. Kapitel: Entwicklung bis zur Neuregelung durch das Gesetz
über die rechtliche Stellung der nicht-ehelichen
Kinder vom 19.8.1969 (1)

1. Abschnitt: Überblick

1. Art. 6 Abs. V GG enthält eine Aufforderung an den Gesetzgeber, hat somit nicht selbst derogative Kraft. (2) Die weitergehenden Anträge der Sozialdemokraten sind abgelehnt worden.
2. 1951 übergibt das Deutsche Institut für Jugendhilfe (3) die überarbeiteten Vorschläge von 1928 im sog. Hildesheimer Entwurf (4) der Öffentlichkeit.

Im Gleichberechtigungsgesetz vom 18.6.1957 (5) wird das Recht des nicht-ehelichen Kindes ausgeklammert. Eine Initiative des Bundesrates, § 1707 in der Weise zu ergänzen, daß das Vormundschaftsgericht der Mutter die elterliche Gewalt übertragen könne, wird vom zuständigen Bundestagsausschuß nicht in die Gesetzesvorlage eingearbeitet. Aufgrund des Art. 3 Abs. II GG bestehe keine Notwendigkeit, in das Nichteheleichenrecht ändernd einzugreifen. Dies müsse einer späteren Gesamtreform vorbehalten bleiben.(6)

Am 23. 10. 1958 weist das Bundesverfassungsgericht in einem Beschluß (7) darauf hin, daß es nicht im Belieben des Gesetzgebers stehe, wann er den Verfassungsauftrag erfüllt, er vielmehr die Verfassung verletze, wenn er seiner Verpflichtung nicht in "angemessener Frist" nachkomme.

(1) BGBI I S. 1243

(2) Das ist im Grundsatz bis zur Neuregelung 1969 einhellige Meinung gewesen und insbesondere auch vom Bundesverfassungsgericht vertreten worden - s. u. a. BVerfGE 8, 210 (216). Meinungsdivergenzen sind dagegen zu der Frage aufgetreten, ob und ggf. wann Art. 6 Abs. V GG bei Untätigkeit des Gesetzgebers aktualisiert werden könne - vgl. hierzu mwNw Hamann-Lenz Art. 6 Bem. 9; BVerfGE 25, 167 (174 ff)

(3) Zur Namensänderung dieses Instituts s. o. S. 50 Fußn. 1

(4) Abgedruckt in JBlJR 1951, 110

(5) BGBI I S. 609

(6) Einzelheiten mit Fundstellenangabe bei Göppinger aaO S. 18

(7) BVerfGE 8, 210 (216)

Durch das Familienrechtsänderungsgesetz vom 11.8.1961 (8) erfolgt schließlich die erste Teilreform mit der Änderung der §§ 1707, 1708 und 1710. (9)

1962 befaßt sich der 44. Deutsche Juristentag erneut mit der Nichtehelichenproblematik. Die Ergebnisse der Aussprache werden in Beschlüsse gefaßt und veröffentlicht. (10)

1963 publiziert das Deutsche Institut für Vormundschaftswesen einen weiteren Entwurf - sog. Heidelberger Entwurf. (11) Es werden auch Entwürfe von anderen Institutionen und von privater Seite bekannt; die Zahl einschlägiger Veröffentlichungen kann kaum noch übersehen werden. (12)

Ebenfalls im Jahre 1963 konstituiert sich im Auftrag der Deutschen Bischöfe der "Katholische Arbeitskreis für die Reform des Unehelichenrechts". (13)

Anfang 1966 wird eine "Stellungnahme der Familienrechtskommission der Evangelischen Kirche in Deutschland" bekannt. (14)

Im Mai 1966 unter der CDU/CSU-FDP-Koalition mit dem Bundeskanzler Ehrhard und dem amtierenden Justizminister Jaeger (CSU) folgt schließlich der Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums, dem eine eingehende Begründung angeschlossen ist. (15)

(8) BGBl I S. 1221

(9) s. o. S. 13

(10) Verhandlungen 44. DJT, Bd. II, 1. Teil, Heft C S. 196 ff

(11) Abgedruckt in ZBlJR 1963, 199 (221ff)

(12) vgl. zahlreiche Nachweise bei Göppinger aaO S. 33 ff

(13) vgl. Grasnick aaO - Vorwort S. 5

(14) JZ 1966, 735

(15) Referentenentwurf eines Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder, herausgegeben vom Bundesjustizministerium, Mai 1966, Gieseking-Verlag, Bielefeld

Während der Großen Koalition der CDU/CSU-SPD-Regierung unter Kiesinger (CDU) übergibt Justizminister Heinemann (SPD) am 7.12.1967 die Regierungsvorlage (16) mit der ersten Stellungnahme des Bundesrates (17, dem Bundestag zur Beschlufassung.

Die 1. Beratung findet am 17.1.1968 statt; die Vorlage wird an den Rechtsausschuß überwiesen. (18)

Obleich somit das Gesetzgebungsverfahren bereits eingeleitet ist, verkündet das Bundesverfassungsgericht dennoch in seinem Beschluß vom 29.1.1969 (19), daß die dem Gesetzgeber zu gewährende Frist mit dem Ende der V. Legislaturperiode im Herbst 1969 ablaufen werde. (20)

Diese gerichtliche Toleranzgrenze kann eingehalten werden. Am 19.8.1969 wird das Gesetz über die rechtliche Stellung der nicht-ehelichen Kinder im Bundesgesetzblatt (21) verkündet.

-
- (16) Drucksachen (Bundestag) V Nr. 2370, Bd. 117
(17) Vom 27.10.1967 - Anlage 2 zur Drucksache Nr. 2370 aaO
(18) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7575
(19) BVerfGE 25, 167 (187/188)
(20) Die Deutlichkeit, mit der das Bundesverfassungsgericht der Legislative so kurz vor Abschluß der Gesetzesarbeit die Dringlichkeit dieses Gesetzesvorhabens vor Augen führt, könnte überraschen, zumal das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß aaO auf S. 187 betont, daß die Beratungen im Rechtsausschuß und dem eingesetzten Unterausschuß bereits "erheblich fortgeschritten" seien. Möglicherweise hat es doch an dem zügigen weiteren Fortgang einige Zweifel gehabt und die drängenden Abgeordneten - das Bundesverfassungsgericht nennt selbst Bundesjustizminister Heinemann und Köppler (aaO S. 187) - unterstützen wollen. Immerhin hat der Rechtsausschuß erst in seiner 103. Sitzung am 12. 12.1968 die Beratungen aufgenommen und einen Bericht über die Arbeit im Unterausschuß durch deren Vorsitzende, Frau Schwarzhaupt (CDU) angehört. Die erste sachliche Erörterung begann am 16.1.1969 mit einer Abstimmung über einen Einzelpunkt zum Vaterschaftsanerkennntnis. Eine systematische Einzelberatung hatte also zum Zeitpunkt der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 29.1.1969 noch gar nicht eingesetzt. Hiermit begann man dann in der 109. Sitzung am 27.2.1969.
(21) BGBI I S. 1243

2. In den 20 Jahren, in denen der Verfassungsauftrag besteht, von 1949 bis zur Verabschiedung des Gesetzes im Jahre 1969, hat das Parlament selbst kaum Initiative ergriffen und auch keinen Druck auf die jeweiligen Regierungen ausgeübt.

Allerdings hat der verlorene Krieg das Problem aktualisiert. Bei ca. 94.000 (22) sog. Besatzungskindern treten zusätzliche Schwierigkeiten bei der Vaterschaftsfeststellung auf. Die einzige Aktivität konzentriert sich darauf, hier durch Verhandlungen mit den Alliierten möglichst Verbesserungen zu erreichen. (23)

Der erste Hinweis auf Art. 6 Abs. V GG findet sich - soweit ersichtlich - in einer Anfrage des Abgeordneten Arndt (SPD) vom 1.2.1957, mit der er die Vereinbarkeit einer Vorschrift zum Bundesentschädigungsgesetz mit dieser Verfassungsnorm anzweifelt. (24)

-
- (22) vgl. die Zahlenangaben von Pfeleiderer (FDP) am 12.3.1952 im Bundestag, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 11 S. 8504
- (23) vgl. Antrag der SPD vom 25.4.1951, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 11 Nr. 2191; Empfehlung des 7. Ausschusses (Besatzungsstatut, auswärtige Angelegenheiten), Verhandlungen (Bundestag) Bd. 16 Nr. 3110 - behandelt am 12.3.1952, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 11 S. 8504 ff; Anfrage der SPD vom 14.1.1956, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 39 Nr. 2025 - beantwortet am 20.1.1956, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 28 S. 6556; Anfrage der SPD vom 1.6.1956, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 42 Nr. 2423 Ziff. 8 - beantwortet am 6.6.1956, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 30 S. 7775; Anfrage der SPD vom 11.6.1959, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 62 Nr. 1159 - beantwortet am 19.6.1959, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 43 S. 4233; Anfrage der SPD vom 2.1.1964, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 88 Nr. 1803 - beantwortet am 17.1.1964, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 88 Nr. 1871; Anfrage der SPD vom 19.10.1964, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 93 Nr. 2637 - beantwortet am 12.4.1965, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 94 Nr. 2744; Bericht der Bundesregierung vom 6.12.1965, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 101 Nr. 106 - wird am 12.1.1966 an den Rechtsausschuß verwiesen, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 60 S. 483; Bericht des Ausschusses vom 11.2.1966, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 103 Nr. 297 - findet am 18.2.1966 Zustimmung des Plenums, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 60 S. 1021.
- (24) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 48 Nr. 3154 - beantwortet am 1.3.1957, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 35 S. 10 877 f; Die Auseinandersetzung betrifft § 6 der 1. Durchführungsverordnung zum BEG, den Arndt nicht in Einklang mit Art. 6 Abs. V GG sieht.

Eine Gesetzesvorlage wird dagegen nicht gefordert.

In der Antwort auf eine Anfrage des Abgeordneten Rehs (SPD) vom 4.5.1962 (25) zur Unterhaltssituation des nicht-ehelichen Kindes, spricht Staatssekretär Strauß für die Regierung von "einer vorgesehenen allgemeinen Reform des Rechts des unehelichen Kindes". (26) Ein Zeitpunkt wird nicht genannt, danach auch nicht gefragt. Strauß beruft sich allerdings auf eine von der Bundesregierung zu Rate gezogene Kommission, deren Arbeitsergebnis abgewartet werden müsse. Es handelt sich hierbei um die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe und Jugendfürsorge, die bereits 1953 den Auftrag erhalten hatte, Vorschläge für die Gesetzgebung zu unterbreiten. (27) (28) Mit einem Hinweis auf die noch nicht abgeschlossenen Beratungen dieser Arbeitsgemeinschaft ist auch durch den Ministerialrat Maßfeller am 14.4.1961 im Rechtsausschuß die Frage der Abgeordneten Frau Diemer-Nicolaus (FDP), wann mit einer Gesetzesvorlage in Ausführung des Art. 6 Abs. V GG gerechnet werden könne, beantwortet worden. (29)

Am 16.3.1966 erkundigt sich die FDP mit einer kleinen Anfrage noch einmal, ob die Bundesregierung "eine Reform des Unehelichenrechts für notwendig (hält)." (30) Zwei Monate später erscheint der Referentenentwurf, dem sich das Gesetzgebungsverfahren dann relativ zügig anschließt.

-
- (25) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 78 Drucksache IV Nr. 380
 - (26) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 51 S. 1177
 - (27) vgl. Webler, ZBlJR 1962, 202
 - (28) Der Rechtsausschuß dieser Arbeitsgemeinschaft hatte seinerseits das Soziographische Institut der Universität Frankfurt mit einer wissenschaftlichen Untersuchung betraut. Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist 1961 durch Groth unter dem Titel "Kinder ohne Familie", Juventa-Verlag, München, 1961 veröffentlicht worden.
 - (29) vgl. Protokolle des Rechtsausschusses, 145. Sitzung, 14.4. 1961 S. 20 - im Zusammenhang mit den Beratungen zu dem Familienrechtsänderungsgesetz.
 - (30) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 104, Drucksache V Nr. 442; bejahende Antwort der Bundesregierung - Verhandlungen (Bundestag) Bd. 104, Drucksache V Nr. 494

2. Abschnitt: 44. Deutscher Juristentag (1)

1. Überblick

1,1: Bereits der 3./4. Deutsche Juristentag 1863 und der 32.

Deutsche Juristentag 1921 haben sich mit der Rechtsstellung des nicht-ehelichen Kindes befaßt, ehe sich 1966 der 44. Deutsche Juristentag zum dritten Male dieser Problematik annimmt.

Der Arbeit der Tagung liegen zwei Gutachten, von Professor Boehmer und Professor Bosch, zu dem Thema: "Welche Anforderungen sind an eine Reform des Rechts der unehelichen Kinder zu stellen?" zugrunde. Die Diskussion wird durch zwei Referate von Professor Zweigert und Ministerialrat Edlbacher eingeleitet. Die Beratungsergebnisse werden als Beschlüsse veröffentlicht und sind als Empfehlungen an den Gesetzgeber gerichtet.

1,2: Eine Kennzeichnung der sozialen Verhältnisse als Ausgangspunkt der Erörterungen fehlt.

1,3: Eine rechts- und sozialpolitische Analyse, mit der die Notwendigkeit einer Reform skizziert wurde, wird nicht gegeben. Boehmer äußert sich zu diesem Punkt gar nicht, Bosch nimmt Bezug auf Art. 6 Abs. V GG und beschränkt sich im Übrigen auf den Hinweis, daß eine Reform "vor allem die gegenwärtige Situation in diesem Rechtsgebiet" (2) erfordere. Zweigert führt für die Dringlichkeit einer

(1) vom 12.-15. September 1962 in Hannover; Gutachten, Referate, Diskussionsbeiträge und Beschlüsse sind veröffentlicht in den Verhandlungen des 44. Deutschen Juristentages, zwei Bände; die Gutachten befinden sich in Band 1 - folgend zitiert: Name (Gutachten) aaO S.; Referate, Diskussionsbeiträge und Beschlüsse befinden sich in Band 2 1. Teil Heft C - folgend zitiert: Name 44. DJT aaO S.

(2) Bosch (Gutachten) aaO S. 24

Gesetzeskorrektur ein in seinen Augen bestehendes Mißverhältnis an, das zwischen sozialem Status und sozialem Prestige der nicht-ehelichen Kinder bestehe und ausgeglichen werden müsse und stellt eine gewandelte Beurteilung des intimen außerehelichen geschlechtlichen Umgangs fest, "der nicht mehr generell mißbilligt" werde. (3) Edlbacher nennt neben dem letzteren Gesichtspunkt zusätzlich noch die Fortentwicklung des sozialen Gedankens und eine stärkere Betonung des Gleichheitssatzes, die zunehmende Auflockerung der Familienbande (4), die durch den Gleichberechtigungssatz verstärkte Position der Frau und schließlich die leichtere Auflösbarkeit der Ehe. (5)

- 1,4: Sehr breiten Raum nehmen rechtsvergleichende Betrachtungen ein (6), dessen grundsätzlichen Wert gerade im Bereich des Familienrechts Zweigert allerdings bezweifelt. (7)
- 1,5: Die Vorschläge von Boehmer gehen aus:
- 1,51: von dem Bewußtsein, das gesamte Rechtsgebiet neu regeln zu müssen und
- 1,52: von der Erkenntnis, daß wegen der regelmäßig fehlenden familienmäßigen Verbundenheit zwischen Vater, Mutter und Kind eine schematische Gleichstellung mit dem Ehelichenrecht nicht möglich ist.

-
- (3) Zweigert 44. DJT aaO S. 7/8
- (4) Dieses Argument wird aus spezieller soziologischer Betrachtung vertieft durch ein Kurzreferat von Friedeburg, 44. DJT aaO S. 80 ff
- (5) vgl. Edlbacher 44. DJT aaO S. 48
- (6) vgl. Boehmer (Gutachten) aaO S. 7 - 92; Bosch (Gutachten), Anlagen 1 und 2, aaO S. 120 - 172; Referat von Edlbacher 44. DJT aaO S. 47 - 71; Diskussionsbeitrag von Spitzer, 44. DJT aaO S. 72 ff
- (7) Zweigert, 44. DJT aaO S. 9

1,6: Die Vorschläge von Bosch gehen aus:

1,61: von dem Bewußtsein, das gesamte Rechtsgebiet neu regeln zu müssen und

1,62: von der Erkenntnis, daß wegen der regelmäßig fehlenden familienmäßigen Verbundenheit zwischen Vater, Mutter und Kind eine schematische Gleichstellung mit dem Ehepartner recht nicht möglich ist,

1,63: von der Forderung, trotz einer notwendigen Typisierung wegen der Vielgestaltigkeit der Einzelfälle eine weitgehend elastische Normierung vorzunehmen (8) und

1,64: von einer Interpretation des Art. 6 GG, die eine starke Beschränkung des Gesetzgebers aus Abs. I, dem Schutz der Ehe und Familie, annimmt. Hierbei ist kennzeichnend, welchen Einfluß er dem Art. 6 GG auf die rechtliche Stellung des Vaters einräumt.

"Eine besonders bedeutsame Problematik steckt in der typischen Konfliktsituation, die sich immer wieder zwischen der Notwendigkeit des Schutzes der Ehe und ehelichen Familie des Vaters (9) einerseits und der gleichfalls voll anzuerkennenden Notwendigkeit der Verbesserung der Stellung des unehelichen Kindes andererseits ergibt. Das Ehebruchskind des Ehemannes (9) kann und darf ... grundsätzlich nicht dieselbe Rechtsposition einnehmen, wie sein eheliches Kind." ... (10)

(8) vgl. Bosch (Gutachten) aaO S. 13

(9) hervorgehoben durch Verfasser

Zur Argumentation: (10) Bosch (Gutachten) aaO S. 13; Zweigert, 44. DJT aaO S. stellt wohl zu Recht fest:
"Da die verheiratete Ehebrecherin auch nach Anfechtung der Ehelichkeit als eheliche Mutter des Ehebruchskindes angesehen wird, muß man doch fragen, inwiefern es von der Verfassung her in der Beziehung des Ehebrecherischen Vaters ... anders sein sollte."
Außerdem hätten Art. 6 Abs. I und Abs. V GG gleichen Rang. Die rechtliche Einordnung des Kindes richte sich nach Abs. V. Nicht seine Geburt verstoße gegen Abs. I, sondern die bereits in der Vergangenheit liegende Ehebruchshandlung und insoweit liege es ausschließlich in der Hand des treuen Ehegatten, ob Ehe und Familie Bestand haben sollen.

"Das 'Elternrecht' des Art. 6 Abs. II GG muß sicher auch jeder unehelichen Mutter in gewissem Umfang zugebilligt werden. ... Im Parlamentarischen Rat wollten indessen nicht einmal die radikalsten Reformsprecher (11) auch dem unehelichen Vater ein gleiches Elternrecht konzedieren; es wäre völlig unreal und zudem kindesfeindlich!" Fazit: "Das (Mit)Erziehungsrecht der unehelichen Kindesmutter ist garantiert; ein gleiches Recht des unehelichen Vaters existiert nicht." (12)

Jede Besserstellung des Kindes bedeute "potentiell eine weitere Gefährdung der Ehe und ehelichen Familie".

Wo diese "Antinomie der Werte" bereits einsetzt, zeigt eine unter Bezugnahme auf Ficker wiedergegebene Überlegung. Da der Vater jetzt nach § 1708 anstatt 16 im Regelfall 18 Jahre Unterhalt zahlen müsse, werde dem Vater "für zwei weitere Jahre die Heiratsmöglichkeit mit einer anderen Frau als der Kindesmutter" genommen "(oder belaste eben diese trotzdem eingegangene Ehe noch länger als bisher)." (13)

- 1,7: Der Juristentag entscheidet sich mehrheitlich für folgenden Empfehlungen an den Gesetzgeber: (14)

- r Argumentation: (11) Zitiert wird Frau Selbert, die der sozialdemokratischen Fraktion angehört. "Radikaler" war wohl Renner (KP). Die Ausführungen von Frau Selbert im Hauptausschuß - Verhandlungen (Parl. Rat) S. 552 gehen zudem aaO davon aus, daß sich das Kind tatsächlich unter ausschließlicher Betreuung der Mutter befindet. Bei dieser Konstellation solle dem Vater keine gesetzliche Vertretung des Kindes zukommen. Daß sich aber das Kind immer bei der Mutter befinden müsse, wird nicht ausgesprochen, ist nicht zwingend und auch tatsächlich nicht der Fall. Der Zitat hinweis und die eigene Schlußfolgerung sind somit nur allenfalls bedingt zutreffend. - vgl. o. S. 161 ff
- (12) Bosch (Gutachten) aaO S. 56/57; wieso es "kindesfeindlich" sein soll, dem Vater ebenfalls im Grundsatz ein Elternrecht zuzubilligen, wird im einzelnen nirgends dargelegt.
- r Argumentation: (13) Bosch (Gutachten) aaO S. 60; hierzu Zweigert, 44. DJT aaO S. 14/15:
"Warum (sollte) eine etwaige Beeinträchtigung der Ehelichkeit auf Seiten des Vaters anders beurteilt werden als auf Seiten der Mutter: niemand hat bisher eine verfassungsrechtlich verbotene Beeinträchtigung des Ehegedankens darin gesehen, daß die uneheliche Mutter durch die Personensorge für das Kind belastet ist und daß sich dadurch ihre Heiratschancen vermindern. Die Lage des Vaters im Zuge einer Reform anders zu beurteilen, fehlt vom rechtlichen Maßstab her jeglicher Grund."
- (14) 44. DJT aaO S. 221 ff

- I. Bei der gesetzlichen Neuordnung ist davon auszugehen, daß die Wertentscheidung der Verfassung in Art. 6 Abs. I GG und Art. 6 Abs. V GG gleichen Rang haben.
- II. Die Rechtsstellung der Mutter in den persönlichen Beziehungen zu ihrem unehelichen Kind ist zu verstärken. Die elterliche Gewalt steht der volljährigen Mutter kraft Gesetzes zu. Das Jugendamt ist Amtspfleger für die Feststellung der Vaterschaft und die Geltendmachung der Unterhaltsansprüche; in Erziehungsfragen hat es die Stellung eines Beistandes.
- III. Eine Verpflichtung der Mutter, den Erzeuger des unehelichen Kindes zu benennen, ist nicht vorzusehen.
- IV. 1. Das uneheliche Kind erhält den Familiennamen, den die Mutter z. Z. der Geburt des Kindes führt. Spätere Namensänderungen der Mutter in den Fällen der §§ 55-57 EheG erstrecken sich auf das Kind; dies gilt nicht, wenn das Kind das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.
2. Mit Zustimmung der Mutter kann der Vater dem unehelichen Kinde seinen Namen erteilen. Die Zustimmung der Mutter ist nicht erforderlich, wenn die elterliche Gewalt oder die Personensorge dem Vater übertragen ist. Ist der Vater verheiratet, so bedarf er der Zustimmung seiner Ehefrau. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn die Ehefrau zur Abgabe einer Erklärung dauernd außerstande oder ihr Aufenthalt dauernd unbekannt ist. Verweigert die Ehefrau die Zustimmung ohne wichtigen Grund, so kann das Vormundschaftsgericht die Zustimmung ersetzen.
- V. § 1589 Abs. II ist aufzuheben. Die rechtliche Verwandtschaft des unehelichen Kindes zu seinem Vater und der väterlichen Familie ist im Gesetz zu bestätigen und durch besondere Vorschriften zu regeln.
- VI. Alle unehelichen Kinder sind gleichzustellen.
- VII. 1. Das Kind kann verlangen, daß sein Vater mit Wirkung für und gegen alle festgestellt wird.
2. Die Vaterschaft kann durch Anerkenntnis oder durch gerichtliche Entscheidung festgestellt werden.
3. Das Anerkenntnis bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung.
4. Die Mutter und das Kind können dem Anerkenntnis binnen 3 Monaten widersprechen.
5. Das Anerkenntnis kann nur durch Anfechtung im Prozeßwege beseitigt werden.
6. Zur gerichtlichen Feststellung der Vaterschaft gibt es nur ein Verfahren; die Unterscheidung zwischen Ist-Vaterschaft und Zahl-Vaterschaft entfällt.
7. Das Verfahren ist bei Familiengerichten durchzuführen, die als Sonderabteilungen der ordentlichen Gerichte mit einer umfassenden Zuständigkeit in Familienrechtssachen einzurichten sind. Anzuwenden sind die Grundsätze der Zivilprozeßordnung unter Berücksichtigung einiger Prinzipien der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

8. Die Mutter soll nicht die Stellung einer Zeugin haben, sondern nach Art einer Beigeladenen beteiligt werden.

9. Die Klage kann gegen mehrere mögliche Väter in demselben Verfahren erhoben werden.

VIII. Die Einrede des Mehrverkehrs ist zu beseitigen. Die Vermutung, daß als Vater des unehelichen Kindes gilt, wer der Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit beigezohnt hat, bleibt bestehen. Der Gegenbeweis ist zulässig. Von mehreren Männern, die der Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit beigezohnt haben, ist der wahrscheinlichste als Vater festzustellen. Bei gleicher Wahrscheinlichkeit ist die Klage abzuweisen.

IX. Der Vater ist möglichst zu persönlicher Verantwortung heranzuziehen. Dem Vater kann auf seinen Antrag die elterliche Gewalt oder die Personensorge übertragen werden, wenn die Mutter zustimmt, wenn sie verstorben, dauernd außerstande oder ungeeignet ist, die elterliche Gewalt oder die Personensorge auszuüben. Die Ehefrau des Vaters ist anzuhören.

X. In wichtigen Angelegenheiten des Kindes soll der Vater gehört werden. Zur Durchsetzung seines Rechts auf Anhörung kann der Vater das Vormundschaftsgericht anrufen.

XI. Lebt das Kind nicht bei der Mutter, so kann dem Vater auf Antrag vom Vormundschaftsgericht das Recht erteilt werden, mit dem Kind zu verkehren. Das Vormundschaftsgericht kann den Verkehr des Vaters mit dem Kind näher regeln.

XII. 1. Die geltende Regelung des Unterhaltsanspruchs des unehelichen Kindes ist beizubehalten.

2. Beide Elternteile sind verpflichtet, dem Kinde Unterhalt zu gewähren. Die Mutter erfüllt ihre Unterhaltspflicht grundsätzlich durch die persönliche Sorge für das Kind. In anderen Fällen hat sie einen angemessenen Beitrag in Geld zu leisten.

3. Die Unterhaltspflicht jeden Elternteils richtet sich nach seiner Lebensstellung; jedoch wird mindestens der Unterhaltssatz geschuldet, der durch Rechtsverordnung des Bundesjustizministeriums mit Zustimmung des Bundesrates festgesetzt wird.

4. Die Unterhaltspflicht des Vaters ist im Rahmen seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erweitern bis zum Abschluß einer den Fähigkeiten des Kindes entsprechenden Berufsausbildung, längstens jedoch bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres.

5. Die Unterhaltspflicht des Vaters umfaßt auch Zusatzkosten wegen Sonderbedarfs.

6. Die Unterhaltsansprüche ehelicher und unehelicher Kinder haben im Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren gleichen Rang.

7. Soweit die Leistungspflicht des Vaters nicht verwirklicht werden kann, sind seine Eltern nach §§ 1603 ff zum Unterhalt verpflichtet.

XIII. 1. Das uneheliche Kind ist am Nachlaß des Vaters zu beteiligen.

2. Neben der Ehefrau, ehelichen Abkömmlingen oder den Eltern des Vaters erhält das uneheliche Kind ein nicht auszuschließendes gesetzliches Vermächtnis in Höhe des Pflichtteils eines ehelichen Kindes. Hat der Vater die elterliche Gewalt oder die Personensorge über das uneheliche Kind ausgeübt, so erbt dieses wie ein eheliches Kind.

3. Neben Geschwistern, Geschwisterabkömmlingen oder Erben der 3. Ordnung erbt das uneheliche Kind die Hälfte des väterlichen Nachlasses mit entsprechendem Pflichtteilsrecht.

4. In anderen Fällen erbt es allein.

2. Einzelfragen

2,1: Vaterschaft

Es soll sowohl die gerichtliche Feststellung der Vaterschaft als auch ihre freiwillige Anerkennung zulässig sein (VII, 2).

2,11: Vaterschaftsklage

2,111: Die Frage, ob eine gerichtliche Feststellung der Vaterschaft überhaupt zugelassen werden soll, steht nicht mehr zur Diskussion. Sie wird bejaht.

2,112: Nach der BGB-Regelung wird nur eine Unterhaltsvaterschaft festgestellt, die lediglich zwischen den Verfahrensbeteiligten wirkt und keine bindende Rechtskraft gegenüber Dritten äußert.

Die Feststellung nicht-ehelicher Vaterschaft soll jetzt mit Wirkung für und gegen alle getroffen werden (VII,6).

Die Zweispurigkeit von Gilt- und Ist-Vaterschaft sei zu beseitigen. (15)

2,12: Vaterschaftsvermutung

2,121: Erforderlichkeit der Vaterschaftsvermutung

Eine positive Feststellung blutsmäßiger Abstammung ist nach dem Stand medizinischer Erkenntnisse nicht möglich.

(16) Man geht jedoch davon aus, daß die Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit regelmäßig nur mit einem Mann geschlechtlichen Verkehr gehabt hat.

Der Grundsatz des Einverkehrs hat zur Folge, daß wie beim ehelichen Kind vermutet wird, daß der Mann der Vater des Kindes ist, dessen Verkehr mit der Mutter während der Empfängniszeit nachgewiesen ist.

2,122: Grenzen der Vaterschaftsvermutung

Aus der gesetzlichen Vaterschaftsvermutung ergibt sich die Notwendigkeit, ihr Ausmaß zu bestimmen und die Möglichkeit zu regeln, diese Vermutung zu entkräften.

Es wird der Mann als Vater festgestellt, dessen Vaterschaft am wahrscheinlichsten ist und bei gleicher Wahrscheinlichkeit keine Feststellung getroffen.

Argumente:

2,1221: Gegen exceptio plurium

Bosch: "Führt zur Skandalisierung und 'Verweidläufung' der Prozesse" (17); es bestehe keine Notwendigkeit trotz bekannter möglicher Erzeuger der Mutter, ihren Verwandten oder der Allgemeinheit die Unterhaltslast aufzubürden.(18)

-
- (15) Bosch (Gutachten aaO S. 70: "Verfehlte Regelungen des Prozeßrechts"; vgl. ferner Boehmer (Gutachten) aaO S.115; Zweigert, 44. DJT aaO S. 19/24; Scheuner, 44. DJT aaO S. 97
- (16) vgl. Bosch (Gutachten) aaO S. 74 f; Edlbacher, 44. DJT aaO S. 66; Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 134; Lüders, 44. DJT aaO S. 136
- (17) Bosch (Gutachten) aaO S. 29
- (18) Bosch (Gutachten) aaO S. 29

Zweigert: "Die Beibehaltung der exceptio plurium wäre darüber hinaus verfassungswidrig, weil sie sich von dem Modell 'eheliches Kind' ohne überzeugenden Grund zu weit entfernt." (19)

Edlbacher: Dem Kind werde oft ungerechtfertigterweise der Vater genommen. (20) (21)

2,1222: Gegen eine Wahlmöglichkeit

Boehmer und Edlbacher: "Eine gewisse Rückkehr zu der gemeinrechtlichen Deliktshaftung." (22)

Zweigert: Die Alternativität: Vater - Nicht-Vater würde preisgegeben. "Denn die Haftung eines dieser Beihälter würde neben dem Vater, mit dem das Kind verwandt ist, wiederum einen Zahlvater schaffen." (23)

Peters: Es würde gar nicht mehr der wirkliche Vater gesucht. (24)

Henrich: Man entferne sich von der moralischen Grundlage des Unterhaltsrechts und stelle auf eine "Denuntiationswilligkeit" der Mutter ab. (25) (26)

2,1223: Für Ermittlung des wahrscheinlichsten Vaters und für Verzicht auf Vaterschaftsfeststellung bei gleicher Wahrscheinlichkeit.

Dieser Vorschlag wird nur im Gegensatz zur Wahlmöglichkeit des Kindes diskutiert und die Frage, ob ein gewisser Wahrscheinlichkeitsgrad gefordert werden solle, gar nicht aufgeworfen. (27)

2,13: Unterhaltsvaterschaft

Kann eine Vaterschaft nicht festgestellt werden, soll auch nicht eine bloße Unterhaltsverpflichtung ausgesprochen werden.

(19) Zweigert, 44. DJT aaO S. 20

(20) Edlbacher, 44. DJT aaO S. 65

(21) vgl. ferner Boehmer (Gutachten) aaO S. 114: "Ominöse exceptio plurium muß verschwinden"; für die Beibehaltung der Mehrverkehrseinrede Lüders, 44. DJT aaO S. 136

(22) Boehmer (Gutachten) aaO S. 115; vgl. Edlbacher, 44. DJT aaO S. 66

(23) Zweigert, 44. DJT aaO S. 23

(24) Peters, 44. DJT aaO S. 131

(25) Henrich, 44. DJT aaO S. 132

(26) Die Mindermeinung, die sich für eine Vaterschaftsfeststellung in jedem Fall ausspricht, wird vertreten von Bosch (Gutachten) aaO S. 132/133 u. 44. DJT aaO S. 123; Maier, 44. DJT aaO S. 125; Arnold, 44. DJT aaO S. 132/133

(27) Lediglich Müller-Freienfels fordert, daß "eine größere Wahrscheinlichkeit klar" für einen der fraglichen Männer sprechen müsse, 44. DJT aaO S. 135

Eine solche Differenzierung zwischen Vater und Zahlvater solle gerade im Interesse des Kindes wegen der möglichen und negativen psychologischen Folgewirkungen vermieden werden. (28)

2,14: Anerkennung der Vaterschaft

Die Möglichkeit der Vaterschaftsanerkennung mit Wirkung für und gegen alle wird empfohlen (VII, 2).

Wegen der weitreichenden Bedeutung des Anerkenntnisses soll es beurkundungspflichtig sein. Mutter und Kind können dem Anerkenntnis widersprechen. Eine gerichtliche Überprüfung der Richtigkeit wird wohl mehrheitlich nicht für erforderlich gehalten. (29)

2,2: Name des Kindes (30)

§ 1706 soll geändert werden. Das Kind soll den jeweiligen Namen der Mutter erhalten (IV, 1). Mit Zustimmung der Mutter könne dem Vater auch die Befugnis eingeräumt werden, dem Kind seinen Namen zu geben (IV, 2). (31)

Es gilt:

In der Tendenz müsse man möglichst darum bemüht sein, eine Namensverschiedenheit zwischen Vater und Kind zu vermeiden.

-
- (28) vgl. Boehmer (Gutachten) aaO S. 115; Zweigert, 44. DJT aaO S. 21/23; Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 134
- (29) vgl. Bosch (Gutachten) aaO S. 80 f; Zweigert, 44. DJT aaO S. 25; Schwoerer, 44. DJT aaO S. 119 - a.A. Boehmer (Gutachten) aaO S. 113; wohl auch Edlbacher, 44. DJT aaO S. 67
- (30) Das Namensproblem wird praktisch nur beiläufig behandelt - Boehmer widmet ihm in seinem Gutachten nur sechs Zeilen (aaO S. 104) und Bosch zwei Seiten (aaO S. 95 f). In den Referaten und Diskussionsbeiträgen berühren diesen Fragenkomplex lediglich Edlbacher, 44. DJT aaO S. 64/71, Scheuner, 44. DJT aaO S. 97 und Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 105/106
- (31) Die Zustimmung der Mutter ist nicht erforderlich, wenn der Vater die elterliche Gewalt oder die Personensorge ausübt (IV, 2).

Starre Regeln sollten vermieden werden. (32) (33)

Müller-Freienfels (34) spricht der Mutter ein verfassungsmäßiges eigenes Recht auch an ihrem durch Heirat erworbenen neuen Namen zu, der sie selbständig dazu berechtige, ihrem Kind diesen Namen zu geben.

2,3: Erziehung des Kindes

Die Erziehung des Kindes einschließlich der elterlichen Gewalt soll grundsätzlich der Mutter übertragen werden. Sie soll durch einen Amtspfleger und einen Beistand unterstützt werden (II).

Der Vater soll im Einzelfall selbst die Verantwortung für das Kind übernehmen können. Verbleibt das Kind jedoch bei der Mutter, soll er im übrigen bei wichtigen Entscheidungen gehört werden und mit vormundschaftlicher Genehmigung das Recht erhalten, mit dem Kind zu verkehren (IX, X).

2,31: Familienanschluß

An der grundsätzlichen Entscheidung des BGB, das Kind nach Möglichkeit in einem Familienverband aufwachsen zu lassen, wird festgehalten.

2,32: Stellung des Mannes

Dem Vater soll das Kind wie der Mutter zugesprochen werden können, mit Zuweisung der Personensorge und Übertragung der elterlichen Gewalt. Der Mutter gebühre aber

(32) vgl. Bosch (Gutachten) aaO S. 96 u. 44. DJT aaO S. 101; Scheuner, 44. DJT aaO S. 97; Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 105 f

(33) Die Mindermeinung, die die bisherige BGB-Regelung beibehalten will, wird vertreten von Boehmer (Gutachten) aaO S. 104; Edlbacher, 44. DJT aaO S. 64/71. Bosch (Gutachten) aaO S. 96 schließt sich dem für Ehebruchskunder an.

(34) Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 105/106

Vorrang; ein Anspruch des Vaters könne erst dann bestehen, wenn sie selbst ungeeignet sei. (35)

Müller-Freienfels: (36) Herr Kollege Zweigert zieht "eine Verleihung an den Vater dann in Betracht, wenn die Mutter es selbst wünscht oder ausfällt oder versagt. Das scheinen mir durchaus behutsame, praktikable Hinweise für die Umgrenzung der Ausnahmesituation von ihrer Seite zu sein, wozu allerdings außerdem von Seiten des Vaters, als des Antragstellers, sein echtes Interesse am Kind, insbesondere an Hand seines bisherigen Verhaltens, nachgewiesen werden müßte. ... Gerade für das pathologische Zentrum des Statusverhältnisses der Unehelichkeit, die Kind-Vater-Beziehung, darf man nicht nur in festen Schemata denken, sondern muß, ..., zum Wohl des Kindes dem Gericht ein weites Ermessen zubilligen. ... Für ein bewegliches System mit verschiedenen Modulationsmöglichkeiten reicht angesichts der Vielfalt der Lebenssituationen die Ehelichkeitserklärung nicht allein aus." (37) (38)

-
- (35) Ob dem Vater eine solche Möglichkeit, Personensorge und elterliche Gewalt grundsätzlich zu erhalten, eingeräumt werden könne, wird sehr engagiert erörtert. Für Boehmer stellt sich allerdings diese Frage nicht in solcher Alternativität, da er die nicht-ehelichen Kinder weitgehend kategorisieren möchte und bereits dadurch wohl nahezu alle Fälle eines besonders vorhandenen Interesses des Vaters am Kind einer Sonderregelung unterstellen würde (vgl. Boehmer (Gutachten) aaO S. 96 ff u. 44. DJT aaO S. 113 ff). Bosch lehnt jede Abwägung ab und ist nur dann bereit, den Vater zu berücksichtigen, wenn die Mutter gestorben oder sonst außerstande ist, ihren Rechten und Pflichten nachzukommen. Es fehlt jede Differenzierung - vgl. Bosch (Gutachten) aaO S. 90, 92/93 u. 44. DJT aaO S. 148 f; ebenso wohl Maier, 44. DJT aaO S. 140 f.
- (36) Müller-Freienfels 44. DJT aaO S. 151/152 u. S. 103, dort aber ohne Begründung.
- (37) Die Argumentation von Müller-Freienfels übernimmt Zweigert, 44. DJT aaO S. 195; freilich ebenso schon vorher, aber ohne Begründung S. 32; zustimmend wohl Edlbacher, 44. DJT aaO S. 61/62
- (38) Über die Empfehlungen des Juristentages noch hinausgehend: Wilke, 44. DJT aaO S. 146/147, der den Gedanken des § 1671 heranziehen und die jeweils für das Kind günstigste Entscheidung treffen möchte. Zustimmend Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 151/152 und indirekt auch Zweigert, 44. DJT aaO S. 195. Ferner Scheuner, 44. DJT aaO S. 97, die auch für Personensorge und elterliche Gewalt den Mann als "Ausfallbürgen" sehen möchte. Diese weitergehenden Überlegungen sind jedoch nicht in Anträgen der Beschlußfassung unterworfen worden.

2,33: Stellung der Mutter

Der Standpunkt von Bosch (39), daß das Kind "von Rechts wegen - wie ex natura - der Mutter zugeordnet ist und bleiben soll", wird im Grundsatz nicht angegriffen. Wenn bei ihr die notwendigen Voraussetzungen für eine Versorgung und Erziehung des Kindes erfüllt sind, sei es ihr zuzusprechen. (40)

2,34: Inhalt des Erziehungsrechtes

2,341: Gleichstellung aller nicht-ehelicher Kinder

Alle nicht-ehelichen Kinder in verschiedene Gruppen aufzuteilen, wie es insbesondere Boehmer (41) empfiehlt, wird mehrheitlich abgelehnt.

Zweigert gibt den Standpunkt der Mehrheit wieder. (42)

"Gruppierungen machen das Gebiet zum einen unnütz kompliziert. Sie müssen ferner zu einer unerwünschten Deklassierung der nicht bevorzugten unehelichen Kinder führen. Vor allem aber gehen diese Vorschläge an der Tatsache vorbei, daß es sich bei den unehelich bleibenden Kindern ... um einen im wesentlichen gleichgelagerten sozialen Tatbestand handelt: nämlich das Aufwachsen eines Kindes außerhalb einer vollständigen ehelichen Familie bei nur einem Elternteil. ..."

2,342: Elterliche Gewalt

2,3421: Elterliche Gewalt mit der Geburt des Kindes

Der volljährigen Mutter soll grundsätzlich mit der Geburt kraft Gesetzes auch die elterliche Gewalt übertragen werden. (43)

(39) Bosch (Gutachten) aaO S. 89

(40) vgl. auch Boehmer (Gutachten) aaO S. 93 f: Die Zuordnung zur mütterlichen Familie sei in historischer Betrachtung zwar nicht selbstverständlich, könne heute jedoch keinen Bedenken begegnen.

(41) vgl. Boehmer (Gutachten) aaO S. 96 ff u. 44. DJT aaO S. 113 ff

(42) Zweigert, 44. DJT aaO S. 18; vgl. auch Scheuner, 44. DJT aaO S. 97; Bosch (Gutachten) aaO S. 12

(43) Zu der die vorhandene BGB-Regelung mit einem Antragsrecht der Mutter befürwortenden Minderheit gehören Boehmer (Gutachten) aaO S. 104 - allerdings ohne Einzelheiten zu erörtern; Bosch (Gutachten) aaO S. 87 f u. 44. DJT aaO S. 99/100, wo er aber über den geltenden Rechtszustand hinausgehend der Mutter ein subjektives Recht auf Übertragung der elterlichen Gewalt bei ihrer Eignung zusprechen will; Loos, 44. DJT aaO S. 108; Schell, 44. DJT aaO S. 144; wohl auch Maier, 44. DJT aaO S. 140; mißverständlich Edlbacher, 44. DJT aaO S. 62/63

Argumente:

Zweigert: "Ich (halte) die automatische Zuteilung der elterlichen Gewalt - ... - um des Kindeswohles willen für geboten, weil der Prestigezuwachs, den die uneheliche Mutter mit der elterlichen Gewalt gewinnt, mittelbar auch dem unehelichen Kind zugute kommt. Die Vorstellungen von Bosch (44), die uneheliche Mutter müsse sich zur elterlichen Gewalt gleichsam wie ein Lehrling über Gesellen- und Meisterprüfung heraufdienen, halte ich für abwegig, da bei der ehelichen Mutter bei insofern gleicher Ausgangslage mit gutem Grunde niemand an Vergleichbares denkt." (45)

Müller-Freienfels: Die Mutter sei überwiegend befähigt, gegenüber öffentlichen Anstalten gebühre den Eltern grundsätzlich Vorrang und die primäre Berufung der Mutter entspreche den natürlichen Gegebenheiten und sei nach außen weniger diskriminierend. (46) (47)

2,3422: Begrenzung der elterlichen Gewalt

Die Amtsvormundschaft soll durch eine Pfleg- und Beistandschaft ersetzt werden. In dem Bemühen, den Vater festzustellen, den Unterhalt zu sichern und in Erziehungsfragen müsse die Mutter unterstützt werden.

Darüber, daß die Amtsvormundschaft bei übertragener elterlicher Gewalt auf die Mutter nicht ersatzlos wegfallen kann, besteht Einigkeit.

2,343: Kontakt zum anderen Elternteil

2,3431: Der Vater soll in wichtigen Angelegenheiten gehört werden.

(44) vgl. Bosch (Gutachten) aaO S. 88 - Ist es bloß Zufall, daß im 2. Absatz das Wort "Hinaufdienen" noch in Anführungszeichen steht, weiter unten auf der Seite dann aber nicht mehr durch dieses Kennzeichen relativiert wird?

(45) Zweigert, 44. DJT aaO S. 31 - ebenda: "wenig mehr als eine 'kosmetische Änderung'"; ebenso S. 194

(46) Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 102/103

(47) Beide, Zweigert wie Müller-Freienfels, befürworten aber gleichzeitig eine von der Rechtsprechung abweichende Interpretation des § 1666 und wollen die Möglichkeit des Entzuges der elterlichen Gewalt nicht von einem schuldhaften Verhalten des Gewaltinhabers abhängig machen, sondern ausschließlich auf objektive Kriterien abstellen - vgl. u. a. Zweigert, 44. DJT aaO S. 194

Es besteht ganz allgemein das Bestreben, die Stellung des Vaters auszubauen. Einmal wird die grundsätzliche Bedeutung des Vaters für das Kind betont, so daß versucht werden müsse, den Vater für das Kind zu interessieren bzw. soweit es sich bereits mit ihm identifiziert, ihn nicht mehr als notwendig zu isolieren, zum anderen meint man, zunehmende Verpflichtungen auch durch stärkere Rechte ausgleichen zu sollen. Im einzelnen komme es weitgehend auf die konkreten Verhältnisse an (48)

2,3432: Ein gesetzlicher Anspruch auf ein Besuchsrecht wird abgelehnt. Der Vater kann aber eine vormundschaftsgerichtliche Entscheidung beantragen.

Zweigert: Es müsse differenziert werden. In die "geschlossene Sphäre der 'Mutter-Kind-Familie'" dürfe nicht eingegriffen werden. Anders sei die Situation aber, wächst das Kind etwa in einem Heim auf.

"Das Verkehrsrecht des unehelichen Vaters darf also nicht pauschal verdammt werden. Die tatsächlichen Umstände, unter denen das Kind aufwächst, können so vielgestaltig sein, daß eine perfektionistische gesetzliche Regelung gerade verfehlt wäre." (49) (50)

- (48) vgl. Bosch (Gutachten aaO S. 64 u. 91, 44. DJT aaO S. 149 - der um recht vorsichtige Korrekturen bittet; vgl. ferner Boehmer (Gutachten) aaO S. 105; Zweigert, 44. DJT aaO S. 32/34; Edlbacher, 44. DJT aaO S. 62; Scheuner, 44. DJT aaO S. 138; Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 151; Urbach, 44. DJT aaO S. 139; Maier, 44. DJT aaO S. 141; Schell, 44. DJT aaO S. 143 f.

Gegen eine Beteiligung des anderen Elternteils aber wohl Wilke, 44. DJT aaO S. 146

- (49) Zweigert, 44. DJT aaO S. 35; ebenso Edlbacher, 44. DJT aaO S. 62; Scheuner, 44. DJT aaO S. 138; Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 151; Urbach, 44. DJT aaO S. 139; Schell, 44. DJT aaO S. 144; Wilke, 44. DJT aaO S. 146/147 - zur elt. Gewalt.

Zur Argumentation:

- (50) Die vor allem von Bosch vertretene Gegenmeinung lehnt ein Verkehrsrecht generell ab, ohne auf Einzelheiten abzustellen. Es wird mit einem seltenen Negativexempel argumentiert: "Das Verkehrsrecht - oder Besuchsrecht ist dann überhaupt unproblematisch, wenn die Eltern insoweit einig sind. Wenn sie aber uneins sind und die verlassene Geliebte sich gegen den Besuch des Kindes bei seinem Erzeuger oder umgekehrt sperrt, dann sollte man hier auf keinen Fall die Rechtssituation des § 1643 kopieren". Bosch, 44. DJT aaO S. 150. Hiergegen Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 150: "Die vom reichen Herzensbrecher verlassene Geliebte, die vom Rechtlichen keine Ahnung hat - sicher ein schönes, rührendes, aber heute nicht mehr allzu oft vorkommendes Bild." Dieser mangelnde Differenzierungswille von Bosch ist besonders augenfällig, zumal er gerade auf die Ausführungen von Zweigert Bezug nimmt. Wie Bosch versäumt auch Maier, 44. DJT aaO S. 141 die von Scheuner, 44. DJT aaO S. 138 vorgeschlagene Einzelbetrachtung und zitiert sie falsch als generelle Gegnerin eines Verkehrsrechtes.

2,4: Versorgung des Kindes

Die persönliche Betreuung soll der Mutter als der Erziehungsberechtigten obliegen, den finanziellen Bedarf habe vorrangig der Vater abzudecken. Beide Komponenten werden als Unterhaltsleistungen gewertet.

Die Unterhaltspflicht finde ihren Rechtsgrund letztlich in der Abstammung. Ihr Inhalt soll sich weitgehend nach schuldrechtlichen Grundsätzen bestimmen. Aus Praktikabilitätsgesichtspunkten soll ein Mindestunterhalt festgelegt werden (XII).

2,41: Rechtsgrund der Unterhaltspflicht

Es soll der Vater im Statusverfahren festgestellt werden. Eine bloße Zahlvaterschaft wird abgelehnt. (51)
Hieraus ergibt sich eine Abhängigkeit von Alimentationsverpflichtung und Verwandtschaftsverhältnis.

2,42: Inhalt der Unterhaltspflicht

Daß neben dem finanziellen Beitrag auch die persönliche Betreuung als Unterhaltsleistung zu werten ist, wird einhellig angenommen. (52)

2,43: Ausgestaltung der Unterhaltsrente

2,431: Eine Differenzierung zwischen verschiedenen Gruppen nicht-ehelicher Kinder wird nicht vorgeschlagen.

2,432: Die Unterhaltsrente soll weiterhin als schuldrechtliche Forderung konzipiert werden.

Diese Entscheidung zugunsten des bisherigen Rechtszustandes fällt bei der Erörterung, ob Leistungsfähigkeit des Vaters und Bedürftigkeit des Kindes den Alimentationsanspruch beeinflussen können.

(51) s. o. S. 180 f

(52) vgl. Boehmer (Gutachten) aaO S. 108; Bosch (Gutachten) aaO S. 86; Zweigert, Verhandlungen, 44. DJT Bd. II aaO S. 29; aaO ferner Edlbacher S. 60; Müller-Freienfels S. 164

Bosch: "(Es) gibt keinen schlimmeren Schlag gegen die Interessen des unehelichen Kindes, als es an diesem Platz dem ehelichen 'gleichzustellen': Die meisten Unterhaltungsprozesse müssen bei Heranziehung der §§ 1602, 1603 BGB nicht nur erheblich weitläufiger werden, sondern können hiernach nur noch in seltenen Fällen einen vollen Erfolg, dann und wann einen Teilerfolg erbringen; meist mußten vermutlich die Klagen ganz abgewiesen werden. Mit vollem Recht haben daher schon die Motive zum BGB (IV S. 896 f) die Erfordernisse der Bedürftigkeit auf der einen und der Leistungsfähigkeit auf der anderen Seite abgelehnt, ja hinzugefügt, im Falle der Einführung des beneficium competentiae würde 'das Gesetz für eine große Zahl von Personen ... so gut wie nicht geschrieben sein'. Wir warnen deshalb alle, die gerade hier - wieder einmal in ideologischer Übertreibung - das uneheliche Kind 'wie ein eheliches' gestellt sehen möchten und die außerdem so verblendet sind anzunehmen, wenn der uneheliche Vater 'sanfter behandelt' werde, werde er im allgemeinen auch leistungswilliger sein." (53)

Zweigert: "Die heutige schuldrechtliche Ausgestaltung des Unterhaltsanspruchs des unehelichen Kindes (so jedenfalls bis zum 16. Lebensjahre des Kindes) hat bekanntlich die praktischen Pointen, daß im Erkenntnisverfahren keine Erhebungen über die Leistungsfähigkeit des Vaters angestellt werden, daß das Kind nicht seine Bedürftigkeit beweisen muß und daß Unterhalt auch für die Vergangenheit verlangt werden kann. Diese Vorteile würden bei einer familienrechtlichen Ausgestaltung des Unterhaltsanspruchs entfallen. Abgesehen davon, daß das Grundgesetz eine Verschlechterung der Position des unehelichen Kindes meines Erachtens verbietet, sprechen hier gute Gründe dafür, die Rechtsstellung des unehelichen Kindes gegenüber der des ehelichen Kindes unterschiedlich zu gestalten. Wegen der bekannten Tendenzen einer Großzahl der unehelichen Väter, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschleiern und sich der Unterhaltspflicht nach Kräften zu entziehen, bedarf das uneheliche Kind anders als das eheliche eines rechtstechnisch schärfer umrissenen Anspruchs, um überhaupt ausreichend zu dem Seinen zu kommen. Eben diese Vorstellung, den Unterhaltsanspruch des unehelichen Kindes mit höheren Chancen der Durchsetzbarkeit auszurüsten - und nicht etwa das verwandtschaftsfeindliche Ausgangsdogma - war es, die zu der Lösung des BGB geführt hat.

Das ergeben die Motive (S. 896 f). (54) Es sollte bei dieser Lösung im Prinzip bleiben." (55) (56)

Ergänzung:

2,4321: Bei entsprechender Berufsausbildung solle die Unterhaltspflicht bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres verlängert werden können. Diese erweiterte Belastung des Vaters sei aber von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängig.

2,433: Die Höhe der Unterhaltsrente soll sich nach der Lebensstellung des Verpflichteten bestimmen.

Zweigert: Allein dies sei "sachgerecht". "Damit würde das unbillige und mit Art. 6 Abs. V GG wohl kaum zu vermeinbare Ergebnis vermieden, daß der wohlhabende Vater weniger zahlt, als seiner Leistungsfähigkeit entspricht, oder daß der in bescheidenen Verhältnissen lebende Vater durch die bessere Lebensstellung der Mutter ruiniert wird." (57) (58)

2,434: Der Vater soll grundsätzlich verpflichtet sein, wenigstens einen behördlich festzusetzenden Mindestunterhalt zu zahlen.

-
- (54) Die Interpretation der Motive, wie sie hier von Zweigert vorgenommen wird, ist m. E. zumindest recht fragwürdig. Wie o. S. 40 ff, insbesondere S. 42/43 dargelegt, sind für die in den Motiven getroffene Entscheidung nicht in erster Linie Praktikabilitätsgesichtspunkte maßgebend gewesen. Vor allem galt es, sittliche Grundsätze zu schützen; vgl. aber auch o. S. 34 Fußn. 39 und u. S. 272ff
- (55) Zweigert, 44. DJT aaO S. 27
- (56) Die Mindermeinung, die eine familienrechtliche Konzeption befürwortet, wird vertreten von Edlbacher, 44. DJT aaO S. 59 ff und wenigstens hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Bedürftigkeit von Boehmer (Gutachten) aaO S. 105 ff u. 44. DJT aaO S. 172 f. Hinsichtlich einer gegenseitigen Unterhaltspflicht läßt Boehmer alle Möglichkeiten offen (Gutachten) aaO S. 110; zur zeitlichen Begrenzung wird nichts ausgeführt.
- (57) Zweigert, 44. DJT aaO S. 27/28; ebenso Bosch (Gutachten) aaO S. 98/99; Boehmer (Gutachten) aaO S. 105 möchte die väterlichen Verhältnisse nur zugunsten des Kindes berücksichtigen.
- (58) Das Problem der Bemessungsgrundlage ist von der Leistungsfähigkeit in concreto zu unterscheiden. Auch ein in ärmlichen Verhältnissen lebender Vater ist zu einem typisierten Unterhalt verpflichtet unabhängig davon, ob er hierzu neben seinen etwaigen weiteren Belastungen in der Lage ist.

Dieser Vorschlag wird erst während der Diskussion von Schöne präzisiert (59), findet spontanen Beifall (60) und wird von Meyer (61) und Müller-Freienfels (62) noch ausdrücklich befürwortet.

2,435: Bosch und Zweigert befürworten beide die bisherige schuldrechtliche Konzeption des BGF und beide berufen sich auf die Motive. Das erscheint bei der sonstigen Gegensätzlichkeit beider Meinungen überraschend.

Zur Argumentation:

Zweigert dürfte die Motive allerdings nicht ganz zutreffend interpretiert haben, die nicht, wie er meint, in erster Linie Praktikabilitätsüberlegungen ausdrücken, sondern vorrangig praeventiven Schutz für Sitte und Moral befürworten und auch nicht ganz frei von Sanktionsgedanken sind. (63) Zweigert hat darüber hinaus m. E. die praktischen Gesichtspunkte einer schnellen Anspruchsverwirklichung zu sehr vom Prozessualen, wo diese Erwägungen zunächst einmal hingehören, ins Materielle verlagert. Der korrigierende später in die Diskussion eingeführte Vorschlag, der Praxis mit einem generellen Mindestunterhalt zu helfen, hat sich erfreulicherweise durchgesetzt. Im familienrechtlichen System müßte freilich auch er einer grundsätzlichen Reduzierung zugänglich sein. Das Argument aus Art. 6 Abs. V GG, der eine Schlechterstellung des nicht-ehelichen Kindes verbietet, erscheint m.E. ebenfalls nicht der Sache gerecht zu werden. Es soll entsprechend dem Verfassungsauftrag wegen dem bestehenden diskriminierenden gesetzlichen Zustand insgesamt eine Chancengleichung an die ehelichen Kinder angestrebt

(59) Schöne, 44. DJT aaO S. 157

(60) 44. DJT aaO S. 157 - Protokollvermerk: "Beifall"

(61) Meyer, 44. DJT aaO S. 160

(62) Müller-Freienfels, 44. DJT aaO S. 163/164

(63) vgl. o. S. 40 ff, insbesondere 42/43; vgl. aber auch o. S. 34 Fußn. 39 und u. S. 272 ff.

werden; diese Gesamtbetrachtung schließt in Detailfragen aber einen im Einzelfall möglichen Negativeffekt nicht aus. Ein Systembruch familienrechtlicher Grundsätze wird durch Art. 6 Abs. V GG nicht gefordert. Allenfalls wäre er verfassungsrechtlich zulässig.

Bosch scheint einen anderen Ausgangspunkt zu haben und, werte ich das richtig, sich den Motiven schon eher zu nähern. Er ist m. E. nicht frei von ideologiebestimmter Betrachtung, was sich für mich gerade aus seinem den Andersdenkenden gegenüber erhobenen Vorwurf, in "ideologischer Übertreibung" zu denken, ergibt. Gemeint sein können nach Sachlage nur die politisch sozialistisch orientierten Befürworter einer schematischen Gleichstellung. (64) Darum muß es aber, wie die Lösung über den Mindestunterhalt zeigt, gar nicht gehen. Das das Unterhaltsrecht beherrschende Prinzip, daß sich die jeweilige Unterhaltsverpflichtung an den persönlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten zu orientieren hat, hat für diesen Zusammenhang keine zwingende ideologische Bedeutung. Ideologieverdächtig wirkt dagegen, wenn in dem Einordnen in das familienrechtliche System lediglich die Zielvorstellung einer "sanfteren Behandlung" des Vaters gesehen wird. Der Vater soll weder bestraft noch entlastet werden, er soll unter den typischen familienrechtlichen Voraussetzungen seinen Unterhalt zahlen. Der praktische Wert eines ohnehin nicht vollstreckbaren Titels ist nicht erkennbar.

2,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes

2,51: Gegenüber der Mutter

Ein Erbrecht gegenüber der Mutter wird nicht weiter erörtert. Es ergibt sich dies daraus, daß das Kind grundsätzlich die Stellung eines ehelichen erhält.

(64) vgl. u. a. die Diskussion um Art. 121 WRV - o. S. 54 ff, insbesondere S. 56 Fußn. 12 - und um Art. 6 Abs. V GG - o. S. 161 ff insbesondere S. 163 f

2,52: Gegenüber dem Vater

§ 1589 Abs. 2 BGB, der familienrechtlichen Beziehungen zwischen Vater und Kind im Wege steht, soll gestrichen werden. In konsequenter Fortentwicklung wird auch ein Erbrecht gegenüber dem Vater dem Grunde nach bejaht. Da aber regelmäßig das nicht-eheliche Kind außerhalb der väterlichen Familie lebt, könne es neben den engsten Verwandten des Erblassers nicht ein volles Erbrecht erhalten. In Einzelfragen bestehen Meinungsunterschiede. (65)

(65) vgl. Boehmer (Gutachten) aaO S. 111 - er möchte neben dem Ehegatten und den ehelichen Abkömmlingen kein Erbrecht zubilligen; Bosch (Gutachten) aaO S. 110 mahnt "behutsam" vorzugehen; die schließlich mehrheitlich beschlossene Empfehlung (XIII Ziff. 2) neben Ehegatten und ehelichen Abkömmlingen ein gesetzliches Vermächtnis vorzusehen, geht auf Zweigert (44. DJT aaO S. 37 u. 215) zurück.

3. Abschnitt: Referentenentwurf vom Mai 1966 (1)

1. Die Grundkonzeption des Referentenentwurfs.

- 1,1: Die Vorschläge des Referentenentwurfs erfassen nicht nur das BGB, sondern gleichzeitig Vorschriften der Zivilprozeßordnung und des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Die gesonderte Regelung des Nichtehelichenrechts in einem eigenen Abschnitt wird aufgegeben und die gesamte Materie in das Ehehichenrecht eingeordnet.

§ 1589 Abs. 2 BGB, der das Verwandtschaftsverhältnis zwischen Vater und Kind ignoriert, wird gestrichen. Die Vaterschaftsfragen werden in den §§ 1600 a bis 1600 q geregelt, mit der Namenszuteilung befassen sich die §§ 1617 bis 1620, das Erziehungsrecht behandeln die §§ 1705 bis 1714 und die Versorgungsgrundsätze finden sich in den §§ 1615 a bis 1615 u. Das Erbrecht des Kindes schließlich ist im Erbrecht, in den §§ 1930 a bis 1930 c, 1934 a bis 1934 e und 2053 berücksichtigt.

- 1,2: Seine Grundkonzeption ist geprägt durch fünf Leitgedanken:

- 1,21: Das Kind wird nicht in eine Ehe, der gesellschaftlich
+ und rechtlich einzig anerkannten Geschlechtsgemeinschaft, hineingeboren.

ebenso:
BGB S. 1
RegE S. 79
RegV S.120
RV S.216

Die auf ein in Familiengemeinschaft lebendes Elternpaar abgestellten Rechtsregeln zur Ordnung des Eltern-Kind-Verhältnisses passen daher nicht - entweder tat-

-
- (1) Referentenentwurf eines Gesetzes über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder, herausgegeben vom Bundesjustizministerium, Mai 1966, Gieseking-Verlag, Bielefeld

ebenso:
BGB S. 2
RV S.217
einschränkend:
RegE S. 80
RegV S.121
abweichend:
C/B S.154

+ sächlich nicht, wenn die Eltern nicht zusammenleben, oder rechtlich nicht, weil sie zum Schutz der Institution Ehe nicht auf außereheliche Verbindungen übertragen werden dürfen. Den innerhalb der Ehe geborenen werden die außerhalb der Ehe geborenen Kinder gegenübergestellt. Zwischen einzelnen Gruppen nicht-ehelicher Kinder wird nicht unterschieden.

ebenso:
BGB S. 2
RV S.217
einschränkend:
RegE S. 80
RegV S.121
abweichend:
C/B S.154

In der Beurteilung der Frage, wen mit dem Kind die engsten Beziehungen verbinden, wird eine Entscheidung für die Mutter getroffen. Ihr gegenüber erhält es grundsätzlich die Stellung eines ehelichen Kindes, einschließlich eines Erbrechtsanspruchs.

1,22: Im Grundsatz hat eine Mutter während der gesetzlichen Empfängniszeit nur geschlechtlichen Umgang mit einem Mann. Das erlaubt die gesetzliche Vermutung der Vaterschaft (§ 1600 q).

ebenso:
RegE S. 80
RegV S.121
RV S.217
abweichend:
BGB S. 2
C-35 S.155

+ Ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem aufgrund gerichtlichen Urteils oder Anerkennung in Anspruch genommenen Mann und dem Kind wird anerkannt - z. B. in der grundsätzlichen Möglichkeit eines Verkehrsrechtes, im Erbrecht. Die Vaterschaft wirkt nicht nur zwischen den Verfahrensbeteiligten, sie hat vielmehr bindende Rechtswirkung gegenüber Dritten.

ebenso:
RegV S.121
RV S.217
ähnlich:
RegE S. 80
abweichend:
BGB S. 2

1,23: Der Stand der medizinischen Wissenschaft ermöglicht zwar noch keine 100 %ige positive Vaterschaftsfeststellung, der gesicherte Wahrscheinlichkeitswert kommt jedoch recht nahe an diese Grenze heran; (2) die wissenschaftlichen Erkenntnisse lassen bereits einen prozentual relevanten Vaterschaftsausschluß - etwa 80 % aller in Betracht kommenden Männer (3) - zu.

neu
ebenso:
RV S.217
abweichend:
BGB S. 3
RegE S. 80
RegV S.121

- (2) Das OLG Hamm hat in einem Armenrechtsverfahren mit Beschluß vom 21.5.1966 - FamRZ 1966 S. 575 - bereits ein biostatistisches Gutachten als Beweismittel für einen positiven Vaterschaftsbeweis in einem Statusverfahren entgegen der Auffassung des Instanzgerichtes zugelassen. Es sei nicht auszuschließen, daß aufgrund eines solchen Gutachtens das Gericht die Überzeugung von der Vaterschaft gewinnen könne.
- (3) s. Begründung RE S. 55; vgl. ferner Göppinger aaO S. 288 ff mit wNw.

Für eine dem Eheverhältnis entsprechende gesetzliche Vermutung (§ 1591 BGB), die bis zum gegenteiligen Nachweis einen Mann, den Ehemann, als Vater ansieht, fehlt es an dem durch die Ehe in einem besonderen Verhältnis zur Mutter stehenden Mann. Dieser Gesichtspunkt wäre als dogmatische Grundlage für eine exceptio plurium möglich, wenn die Exaktheit medizinischer Feststellungen nicht bereits eine Variation erlauben würde. Eine Vaterschaftsfeststellung unterbleibt nur, bestehen nach Überzeugung des Gerichts hiergegen "trifftige Gründe" (§ 1600 q).

neu
ähnlich:
RV S. 218
(ähnlich):
BGB S. 3
abweichend:
RegE S. 81
RegV S. 122

ebenso: + 1,24: Der Staat hat kein absolutes eigenes Interesse an der
RegE S. 81
RegV S. 122
RV S. 218
abweichend:
B/C S. 154
ADR S. 159
:C-35 S. 155: Feststellung der blutsmäßigen Abstammung der Neugeborenen.
Die Vaterschaftsanerkennung ist daher mit Zustimmung des Kindes zulässig (§§ 1600 a, 1600 c).

1,25: Ein nicht-eheliches Kind entstammt zwar einem mißbilligten (4) außerehelichen sexuellen Verhältnis, das nicht dem Eheprinzip des Art. 6 Abs. I GG entspricht; es selbst hat an der Entscheidung seiner Eltern jedoch keinen Anteil. Aus diesem Gesichtspunkt darf es dann auch persönlich keinen Nachteil erleiden (5).

ebenso:
RegE S. 81
RegV S. 122
Rv S. 218
abweichend:
BGB S. 3

2. Überblick

2,1: Die Einzelregelung orientiert sich an dem Bestreben, vorrangig die Interessen des Kindes bei Beachtung des der Ehe in Art. 6 Abs. I GG zuteil gewordenen besonderen Schutzes zu wahren:

-
- (4) Sexueller Verkehr ist nur innerhalb der Ehe legitimiert; außerehelicher "ehelicher Verkehr" ist "Unzucht", wenn auch nicht ohne weitere Besonderheiten strafbar - vgl. die §§ 174 ff, 361 Nr. 6 StGB - s. o. S. 3 Fußn. 6. Die Interpretation des Unzuchtbegriffes ist durch die Strafrechtsänderungsgesetze bislang nicht erfaßt worden. Vgl. ferner Begründung RE S. 36: Das Kind sei "unschuldig".
- (5) vgl. Begründung RE S. 36

"Der Entwurf stellt ... das Wohl des unehelichen Kindes in den Vordergrund. ... Bei einem Interessenwiderstreit zwischen dem unehelichen Kind und seinen Eltern werden die Interessen des Kindes den Interessen seiner Eltern vorgezogen. Das Kind ist an der Tatsache seiner unehelichen Geburt unschuldig. Die Verantwortung dafür tragen die Eltern. (6) ... Die Durchführung der Aufgabe, die Interessen der unehelichen Kinder zu fördern, findet eine Grenze in Art. 6 Abs. I GG, wonach Ehe und Familie zu schützen sind. ... Der Entwurf schützt Ehe und Familie als Einrichtung, vermeidet es insbesondere, Konkubinate einer ehelichen Verbindung gleichzustellen." (7)

Die Einzelbestimmungen können in entscheidenden Punkten - §§ 1615 c, 1615 o - Unterhalt, § 1618 - Name, § 1706 - elterliche Gewalt - an die konkreten Verhältnisse angepaßt werden. Eine Ungleichbehandlung gegenüber ehelichen Kindern wird nur unter der Perspektive eines verstärkten Schutzes des Kindes befürwortet. Es wird mitunter auch wegen seiner geburtsmäßig bedingten Nachteile bevorzugt, um möglichst "gleichwertige" Entwicklungschancen zu bieten (8).

2,2: Statistische Formulierungsanalyse

Es wird verwiesen auf

2,21: sittliche Vorstellungen (9) - 6-mal (10)

2,22: Belange von Ehe und Familie (9) - 18-mal

2,23: Interessen des Kindes (9) - 126-mal.

2,3: Vorrangigkeit der Kindesinteressen

Stehen Interessen des Kindes mit solchen der Familie, der Allgemeinheit oder von Einzelpersonen in Widerstreit, wird bei einer Entscheidung zugunsten des Kindes grundsätzlich immer auch gerade wegen des Kindes entschieden.

(6) Begründung RE S. 36

(7) Begründung RE S. 37

(8) vgl. Begründung RE S. 35

(9) Die Bezugspunkte sind jeweils sachlich gesehen worden. Zu den "sittlichen Vorstellungen" gehört auch die Erwähnung des Konkubinats, zu Belangen von Ehe und Familie etwa auch der Hinweis auf Art. 6 Abs. I GG und zu den Kindesinteressen u. a. "Gerechtigkeit für das Kind", "soziale Hilfe für das Kind", "Schlechterstellung", "besonderer Schutz" s. auch o. S. 22 Fußn. 3

(10) 2 x aus einem Konkubinat dürften keine Vorteile erwachsen, 4 x keine Unterhaltspflicht bei grobem sittlichen Verstoß durch den Unterhaltsberechtigten.

2,4: Bewertungsskala

2,41: Den Interessen des Kindes werden vorangestellt:

2,411: Der Rechtsgrundsatz: Niemand darf in Anspruch genommen werden, solange nicht seine Verantwortlichkeit für das Kind feststeht - so für die Unterhaltspflicht des Vaters.

2,412: Im Konkubinatsfall Ehe und Familie bei der Erteilung des Namens des Vaters - aber selbst hier einschränkend, kein Verbot: "Es wird besonders gründlicher Überlegung bedürfen." (11) (12)

2,413: Erbschaftsinteressen der ehelichen Abkömmlinge außerhalb der Unterhaltsbedürftigkeit (§ 1930 a).

2,42: Den Interessen des Kindes werden u. a. nachgeordnet:

2,421: Ein Feststellungsinteresse des Staates und Dritter an der wahren Abstammung nach Anerkennung des Kindes. (13)

2,422: Ein uneingeschränktes Elternrecht durch die Zuweisung eines Beistandes (§ 1706).

2,423: Das Interesse des Vaters, daß das Kind nicht seinen Namen trägt (§ 1618).

2,424: Das Interesse des Vaters an einer generell seiner Leistungsfähigkeit angepaßten Unterhaltsrente soweit der Mindestunterhalt unterschritten wird - Ausnahmen möglich (§ 1615 o). (14)

2,425: Das Interesse des Vaters, das Kind zu besuchen. (15)

2,426: Der pauschalierte Zugewinnausgleichsanspruch der Frau (§ 1615 f).

2,427: Die Gefahr vermehrter Prozesse bei der Abfindungsregelung - "Zweckmäßigkeit Gesichtspunkte müssen dem gegenüber zurücktreten." (16)

(11) Begründung RE S. 83

(12) Diese Einschränkung dürfte bei strenger Gesetzesbeachtung nur rein theoretischer Natur sein. Leben die Eltern zusammen, ohne verheiratet zu sein, wird der Vater regelmäßig auch nach § 1723 den Antrag auf Ehelicherklärung stellen. Entscheidet das Vormundschaftsgericht dann wirklich ausschließlich unter dem vorgegebenen Bezugspunkt der Kindesinteressen, muß es bei ordentlichen Verhältnissen dem Antrag auch stattgeben. Es könnte sich dieser Hinweis später durchaus einmal als verbales Zugeständnis gegen bekannte bzw. zu vermutende Gegner einer solchen Regelung erweisen.

(13) Kein Anfechtungsrecht des Staates - vgl. Begründung RE S. 43/44

(14) vgl. Begründung RE S. 75/76

(15) vgl. § 1713 - Begründung RE S. 35/92

(16) Begründung RE S. 69

3. Einzelfragen

3,1: Vaterschaft

Der Entwurf läßt sowohl die gerichtliche Feststellung der Vaterschaft als auch ihre freiwillige Anerkennung zu (§§ 1600 a - 1600 q).

3,11: Vaterschaftsklage

Mot +x S. 25 + 3,111: Die Frage, ob eine gerichtliche Feststellung
sonst alle + der Vaterschaft überhaupt zugelassen werden soll, steht
nicht mehr zur Diskussion. Sie wird bejaht (§ 1600 a).
(17)

3,112: Nach der BGB-Regelung wird nur eine Unterhalts-
vaterschaft festgestellt, die lediglich zwischen den
Verfahrensbeteiligten wirkt und keine besondere Rechts-
kraft gegenüber Dritten äußert.

Mot -- + Die Feststellung nicht-ehelicher Vaterschaft soll jetzt
RegE +- S. 84 im Statusprozeß mit Wirkung für und gegen alle getrof-
RegV + fen werden (§ 1600 a; §§ 640 ff ZPO des RE).
RV ++

Der bisherige "Rechtszustand ist unbefriedigend. Das
uneheliche Kind sollte in Zukunft besser gestellt wer-
den, und zwar in größtmöglicher Annäherung an das Recht
des ehelichen Kindes. Da bei der Geburt des unehelichen
Kindes allerdings die Abstammungsverhältnisse nicht
offenkundig sind, bedürfen sie der vorherigen Klärung.
Im Interesse des Kindes soll eine wirkliche Abstammung
mit bindender Wirkung für und gegen alle festgestellt
werden." (18) (19)

3,12: Vaterschaftsvermutung

Mot +x S. 27 + 3,121: Erforderlichkeit der Vaterschaftsvermutung.
RegE +x S. 85 Eine positive Feststellung der blutsmäßigen Abstammung
RegV +x S.127 ist nach dem Stand medizinischer Erkenntnisse nicht
RV ++ möglich. (20)

(17) vgl. Begründung RE S. 53, wo lediglich ausgesprochen
wird, daß sowohl Kind wie Vater ein Feststellungsrecht
haben müssen.

(18) Begründung RE S. 43 - ebenso S. 53 und 55

(19) Es geht hier vor allem um den Feststellungsanspruch des
Kindes im Statusverfahren. Der Vater hat bereits seit
der Änderung der ZPO vom 1.1.1962 ein entsprechendes
Klagerecht in § 640 ZPO - FamRÄndG vom 11.8.1961
(BGBl I S. 1221)

(20) vgl. o. S. 194

Man geht jedoch davon aus, daß die Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit regelmäßig nur mit einem Mann geschlechtlichen Verkehr gehabt hat.

Der Grundsatz des Einverkehrs hat zur Folge, daß wie beim ehelichen Kind vermutet wird, daß der Mann der Vater des Kindes ist, dessen Verkehr mit der Mutter während der Empfängniszeit nachgewiesen ist.

Der Einverkehr ergibt sich als gesellschaftliches Postulat insbesondere aus Art. 6 Abs. I GG. (21) Seine Beachtung wird allerdings nicht als selbstverständlich angesehen.

"Auf eine Vaterschaftsvermutung bei Beiwohnung innerhalb der Empfängniszeit kann nicht verzichtet werden. Der positive Nachweis der Vaterschaft ist auch bei den heutigen fortgeschrittenen Untersuchungsmethoden sehr schwierig und gelingt in vielen Fällen nicht. ... Ein Wegfall der Vermutung würde somit die Lage der unehelichen Kinder erheblich verschlechtern und eine erstrebenswerte Anpassung an die Rechtsstellung der ehelichen Kinder, für die die Vermutung des § 1591 Abs. 2 BGB streitet, verhindern. Endlich ist es nicht möglich, in allen Fällen außerehelicher Vaterschaft erbkundliche Gutachten einzuholen. Die hierfür erforderliche Anzahl von Sachverständigen steht nicht annähernd zur Verfügung. Im übrigen ist die zugunsten des Kindes streitende Vaterschaftsvermutung auch sachlich gerechtfertigt; denn im allgemeinen verkehrt die Mutter eines unehelichen Kindes während der Empfängniszeit nur mit einem Mann." (22) (23)

(21) vgl. ferner o. S. 195 Fuß. 4

(22) Begründung RE S. 54

(23) Inwieweit das gesellschaftliche Postulat des Einverkehrs im Einzelfall das Gericht als vorgegebenes Faktum bindet, ist nicht mit letzter Sicherheit ersichtlich. Aus der Formulierung der Vorschrift - "Die Vermutung gilt nicht, wenn bei Würdigung aller Umstände triftige Gründe gegen die Abstammung sprechen" (§ 1600 q) - muß wohl die Folgerung gezogen werden, daß auch die Einverkehrsvermutung bereits durch "triftige Gründe" erschüttert werden kann und ein Mehrverkehrsbebeweis nicht erforderlich ist. Zwischen der Vermutung des Einverkehrs und der Vermutung, daß das Kind auch aus der festgestellten Beiwohnung innerhalb der Empfängniszeit stammt besteht demnach keine Stufenfolge mit der Maßgabe, daß sich die "triftigen Gründe" lediglich auf die zweite Stufe auswirken können, also eine Alternativmöglichkeit in der Vaterschaft zunächst feststehen müßte. Gleichwohl dürfte die Einverkehrsvermutung nicht bereits ausschließlich dadurch beseitigt werden können, daß aufgrund medizinischer Gutachten die Vaterschaft des in Anspruch genommenen Mannes als fraglich oder gar unwahrscheinlich angesehen wird. Es müßten hiervon unabhängig Anhaltspunkte für einen Mehrverkehr gegeben sein. Andernfalls bestünde bereits eine theoretische Feststellungslücke für atypische medizinische Vererbungsfaktoren.

3,122: Grenzen der Vaterschaftsvermutung.

Aus der gesetzlichen Vaterschaftsvermutung ergibt sich die Notwendigkeit, ihr Ausmaß zu bestimmen und die Möglichkeit zu regeln, diese Vermutung zu entkräften.

Mot :+-x: S. 28 + Sie soll bei "trifftigen Gründen" (§ 1600 q) nicht
RegE(+ -x) S. 85 durchgreifen.
RegV:(+ -):S.128
RV ++

Argumente:

3,1221: Gegen die exceptio plurium:

"Sie führt dazu, daß das Kind in einer nicht unerheblichen Zahl von Fällen weder einen Vater noch Unterhalt erhält." (24) (25)

3,1222: Gegen eine Wahlmöglichkeit:

Bei dieser Lösung "könnte ein Mann in Anspruch genommen werden, obwohl für die Vaterschaft eines anderen Mannes ebenso gute oder noch stärkere Gründe sprechen. Dieses Ergebnis wäre ungerecht." (26)

3,1223: Für "trifftige Gründe":

"Der Stand der Wissenschaft gestattet verfeinerte Regelungen. ... Der Entwurf strebt an, daß den unehelichen Kindern, deren Abstammung durch ein gerichtliches Verfahren geklärt werden muß, in größtmöglichem Umfang ihr wirklicher Vater als Vater festgestellt wird. ... Das Kind hat ein schutzwürdiges Interesse daran. ... Eine Reihe von Verbesserungen auf dem Gebiet des Unehelichenrechts ist davon abhängig, daß der festgestellte Vater auch der wirkliche Vater des Kindes ist. ...

(Der Vorschlag) führt zu einer elastischen Regelung, die nicht durch eine starre Schematik die Wahrheitsfin-

(24) Begründung RE S. 55

Argumentation:(25) Die hier abgelehnte absolute Form der exceptio plurium ist nur in den Motiven befürwortet worden, aber schon nicht mehr im BGB Gesetz geworden - s. o. S. 18 -. Dem Kind steht nach § 1717 der Unmöglichkeitbeweis offen - s. o. S. 5 und 19.
Damit scheiden nach dem Stand der Wissenschaft bereits jetzt mindestens 80 % aller in Betracht kommenden Männer aus - s. o. S. 194 -. Es ist kaum anzunehmen, daß ein Gericht "trifftige Gründe" verneinen würde, wenn bei diesem Prozentsatz ein nachgewiesener Mehrverkehr nicht ausgeschlossen werden kann. Damit dürfte sich gegenüber dem bisherigen Rechtszustand zumindest keine Steigerung der Vaterschaftsfeststellungen ergeben. Gleichwohl wird die neue Regelung im Kindesinteresse im Hinblick auf vermehrte Vaterschaftsfeststellung begrüßt. "Die Beseitigung der exceptio plurium wird daher auch in der Reformliteratur ganz überwiegend gefordert." Begründung RE S.55.

Argumentation:(26) Begründung RE S. 55 - Wie bei der exceptio plurium wird auch hier das negativste nicht variierte Modell der Argumentation zugrunde gelegt. Das Wahlrecht könnte in verschiedenartigster Weise modifiziert werden.

dung behindert. Er gestattet und fordert die Prüfung aller Umstände des Einzelfalles, die für und gegen die Vaterschaft des Beklagten ins Gewicht fallen können. ... Die Tatsache des Mehrverkehrs führt dabei für sich allein nicht zum Ausschluß. (Es)wird vermieden, daß in den Fällen, in denen mehrere Männer mit gleicher Wahrscheinlichkeit als Vater in Betracht kommen, einer der Männer nach Wahl des Kindes verurteilt werden muß. ... Die Fälle, in denen mehrere Männer mit gleicher Wahrscheinlichkeit als Vater in Betracht kommen, sind bereits heute so selten, daß in diesen Fällen eine Klageabweisung in Kauf zu nehmen ist und Mutter und Kind im Notfall an die öffentliche Sozialhilfe verwiesen werden können." (27) (28)

Mot +x + 3,13: Unterhaltsvaterschaft

S. 28 ff

RegE - S. 86

RegV - S.128

RV ++

Kann eine Vaterschaft nicht festgestellt werden, soll auch nicht eine bloße Unterhaltsverpflichtung ausgesprochen werden.

"Auf diese Weise würde eine zweite, mindere Klasse von unehelichen Kindern geschaffen. Die allgemeine gesellschaftliche Stellung von Mutter und Kind könnte erheblich darunter leiden." (29)

Mot (-) + 3,14: Anerkennung der Vaterschaft

RegE ++-

RegV ++-

RV ++

Die Möglichkeit der Vaterschaftsanerkennung wird gegeben und ist in den §§ 1600 a - 1600 p geregelt. Sie hat die Wirkung einer gerichtlichen Vaterschaftsfeststellung (§ 1600 h) und wirkt somit ebenfalls für und gegen alle. (30) Sie ist von der Zustimmung des Kindes abhängig (§ 1600 c) und unterliegt einem detailliert geregelten Anfechtungsrecht seitens des Vaters, der Mutter und des Kindes. Dritte, insbesondere auch nicht der Staat, haben keine Anfechtungsmöglichkeit.

(27) Begründung RE S. 56

(28) Eine Klageabweisung wird sich in der Praxis nicht auf Fälle gleicher Wahrscheinlichkeit beschränken lassen und ist im Hinblick auf die Zielvorstellung, die tatsächlichen Abstammungsverhältnisse zu ermitteln, auch gar nicht gewollt. Bei der Neigung der Praxis zur Schematisierung von Generalklauseln würden sich sehr schnell Taxwerte in Gestalt prozentualer Angaben herausbilden und ein Unterschied zur geltenden BGB-Regelung würde kaum verbleiben - s. o. S. 200 Fußn. 25

(29) Begründung RE S. 56

(30) vgl. o. S. 198

3,141: Das Interesse des Staates, die blutsmäßige Abstammung zu erfahren, wird gering erachtet.

"Auch muß immerhin ein geringes öffentliches Interesse an der Wahrheit des Personenstandes bejaht werden. Dennoch kann eine gerichtliche Feststellung der Vaterschaft weder gefordert noch zugelassen werden, wenn ein Mann seine Vaterschaft mit Zustimmung des Kindes (vgl. § 1600 c) anerkennt." (31)

3,11411: Unrichtige Anerkenntnisse dürften selten sein; (32) vornehmlich nur, wenn die Mutter geheiratet werden soll. Dann aber entspreche die Aufnahme in die Familie dem Wohl des Kindes am ehesten.

3,1412: Über das umständlichere Verfahren der Adoption könnte das gleiche Ergebnis erzielt werden. (32)

3,1413: Auch bei einer Heirat kurz vor der Geburt nimmt das geltende Recht eine Unrichtigkeit des Personenstandes in Kauf (§ 1593 BGB). (33)

3,1414: Grundsätzlich müsse eine Anerkennung begrüßt werden: "Da erfahrungsgemäß uneheliche Väter in der Frühzeit nach der Empfängnis sich ihrer Verantwortung mehr bewußt und daher bereitwilliger sind, ein Anerkenntnis abzugeben, als später, wird zusätzlich erreicht, daß sich die Zahl der Abstammungsprozesse verringert." (34)

3,142: Das Interesse des Kindes werde durch das Zustimmungserfordernis und sein Anfechtungsrecht ausreichend berücksichtigt. (35)

3,2: Name des Kindes

Mot	+-	S. 31	+ 3,21: Das Kind, das sich regelmäßig bei der Mutter aufhalten
RegE	+-	S. 90	soll (§ 1705) erhält den jeweiligen Namen der Mutter
RegV	+-	S. 131	(§ 1617). Diese Bestimmung ist aber durchlässig. Wenn
RV	+-	S. 226	es im Einzelfall im Interesse des Kindes geboten ist, abweichend zu entscheiden, kann es auch den Mädchen-

(31) Begründung RE S. 43

(32) vgl. Begründung RE S. 43 - Dem tatsächlichen Vater kann somit durch einverständliches Zusammenwirken der Mutter und einem anderen Mann das Kind völlig entzogen und jede Verbindung abgeschnitten werden. Hier wirkt sich die absolute Priorität für die Mutter ggf. drastisch aus.

(33) vgl. Begründung RE S. 44

(34) Begründung RE S. 45

(35) vgl. Begründung RE S. 45

namen der Mutter (§ 1617 Abs. 2), den Namen des Vaters (§ 1618) oder den eines späteren Ehemannes der Mutter (§ 1619) erhalten.

Es gilt:

"Nach heutiger Auffassung steht die Aufgabe des Geburtsnamens, das Individuum zu kennzeichnen, im Vordergrund. Die Aufgabe, die Abstammung der Person zu kennzeichnen, tritt demgegenüber zurück." (36)

Daraus folgt:

"Das Kind wächst in aller Regel im Lebenskreis der Mutter auf. Es entspricht der Verbundenheit von Mutter und Kind, daß das Kind auch dann denselben Namen wie die Mutter führt, wenn die Mutter infolge Verheiratung einen Ehenamen führt. Ein Auseinanderfallen von Mutter- und Kindesnamen ist dem Wohle des Kindes auch insofern abträglich, als es die Gefahr der Aufdeckung der Tatsache der unehelichen Geburt vergrößert." (37)

neu 32.DJT + 3,22: Der Ehemann kann sich gegen die Zuweisung seines Namens an ein fremdes Kind nur bei eigenem "überwiegendem Interesse" mit einem Antrag auf Entscheidung durch das Vormundschaftsgericht wehren (§ 1617 Abs. 2 S. 3) oder aber sich scheiden lassen und seiner Frau und damit gleichzeitig dem Kind die Weiterführung seines Namens untersagen (§ 56 EheG).

neu + 3,23: Den Namen des Vaters kann das Kind auf seinen Antrag hin erhalten, wenn dies "aus besonderen Gründen seinem Wohle entspricht" (§ 1618). Solange der Mutter das Recht der Personensorge zusteht, ist ihre Einwilligung erforderlich.

"In der Reformliteratur wird vielfach gefordert, daß das Kind den Namen des Vaters nur dadurch erlangen kann, daß der Vater dem Kinde seinen Namen erteilt... . Das wird aber nicht der Bedeutung gerecht, die dem Kindeswohle beizumessen ist. Entspricht es nicht dem Wohle des Kindes, den Vaternamen zu erhalten, so darf das Kind ihn nicht erhalten. Fordert das Wohl des Kindes hingegen, daß das Kind den Vaternamen erhält, so muß diese Möglichkeit auch dann bestehen, wenn der Vater nicht bereit ist, dem Kind seinen Namen zu geben. Aus der Zeugung eines unehelichen Kindes ergibt sich eine besondere Verantwortung des Vaters. Das Wohl des Kindes muß daher dem Interesse des Vaters vorgehen." (38)

Eine Abgrenzung zum Schutz der Ehe wird angesprochen bei der Namenserteilung im Konkubinat:

(36) Begründung RE S. 81
(37) Begründung RE S. 81
(38) Begründung RE S. 82

"Die Rücksicht auf den Schutz von Ehe und Familie sollte verbieten, daß eheähnliche Gemeinschaften, sei es auch nur nach außen hin, gebilligt und mit Rechtsvorteilen ausgestattet werden." (39)

Es bedürfe deshalb "besonders gründlicher Überlegungen" (39) ob in solchen Fällen Ausnahmen zugelassen werden können und das Kind den Namen des Vaters erhalten dürfe.

3,3: Erziehung des Kindes

Die Erziehung des Kindes einschließlich der elterlichen Gewalt wird grundsätzlich der Mutter übertragen (§§ 1705 ff). Sie wird durch einen Beistand unterstützt (§§ 1708 ff).

Der Vater hat keinen Anspruch, auf die Erziehung des Kindes Einfluß zu nehmen und hat auch ein Verkehrsrecht nur dann, wenn der Erziehungsberechtigte - meist die Mutter - dies zuläßt oder es im Interesse des Kindes durch das Vormundschaftsgericht angeordnet wird (§ 1713). Dem Vater kann die persönliche Verantwortung für das Kind nur in Ausnahmefällen auf Antrag durch Ehelicherklärung übertragen werden (§ 1723).

alle + + 3,31: Familienanschluß

Der Familienanschluß wird befürwortet. Er "ist heute selbstverständlich". (40)

Der Entwurf "geht von der Erkenntnis aus, daß dem Wohle des Kindes eine feste Zuordnung zur Familie der Mutter oder eine feste Zuordnung zur Familie des Vaters am besten entspricht. Das Kind soll nicht zwischen Vater und Mutter hin- und hergerissen werden." (41)

+ 3,32: Stellung des Mannes

Mot +x S. 33 f
RegE - S. 91 f
RegV - S. 132 f
RV ++

3,321: Der Vater wird nicht berücksichtigt:
Argumente:

3,3211: Es ergebe sich dies aus der Natur der Sache. "Nach der Natur der Sache kommt nur eine feste und dauernde Zuordnung zur Mutter in Betracht. Das gilt umso mehr, als nach den Erkenntnissen der neueren Psychologie und Pädagogik die ersten Lebensjahre des Kindes entscheidend sind. Mutter und Kleinkind sind körperlich und seelisch aufeinander zugeordnet. Die Mutter muß daher den Vorrang vor dem Vater haben." (42)

-
- (39) Begründung RE S. 83
(40) Begründung RE S. 84
(41) Begründung RE S. 86
(42) Begründung RE S. 85

3,3212: Er habe am Kind kein Interesse.

"Nur eine kleine Minderheit der Väter (hat) ein Interesse daran, das Kind zu sich zu nehmen. Selbst wenn sie das Kind zu sich nehmen wollen, dann in vielen Fällen nur aus eigensüchtigen Motiven, nämlich um Unterhalt für das Kind einzusparen." (43)

3,3213: Er sei tatsächlich nicht in der Lage, für das Kind zu sorgen.

"Der Vater hat in den seltensten Fällen die Möglichkeit, die elterliche Gewalt ordnungsgemäß auszuüben. Ist er unverheiratet, so kann er das Kind nicht selbst pflegen. Nur in wenigen Fällen werden die Eltern oder sonstige nähere Verwandte des Vaters zur Pflege bereit sein. Ist der Vater verheiratet und ist das Kind im Ehebruch gezeugt, so wird es erst recht nicht im Haushalt des Vaters aufwachsen können. Heiratet der Vater später eine andere Frau als die Mutter des Kindes, so wird seine Ehefrau in vielen Fällen nicht bereit sein, das Kind zu sich zu nehmen. Ist sie dennoch dazu bereit, so wird die Stiefmutter oft kein voller Ersatz für die leibliche Mutter sein." (44)

3,3214: "Der Verkehr zwischen der Mutter und dem Kind läßt sich nicht so stark beschränken wie etwa der Verkehr zwischen Vater und Kind. Zwischen Mutter und Kind kann sich bereits eine echte Bindung entwickelt haben, die nicht völlig zerschnitten werden darf." (45)

Der Mutter müsse "in jedem Fall" (45) ein Besuchsrecht verbleiben. Das aber könne zu größeren Schwierigkeiten führen.

3,3215: Er werde "nicht durch einen Beistand überwacht." (45)

3,3216: Er habe andere rechtliche Möglichkeiten.

"Er kann die Mutter des Kindes heiraten, er kann das Kind für ehelich erklären lassen, er kann zum Vormund bestellt werden, er kann das Kind als Pflegekind zu sich nehmen und er kann es schließlich adoptieren." (45)

r Argumentation: 3,322: Die Argumentation ist nicht durchweg sachorientiert.

Als soziologische Tatsache wird man heute noch die Prämisse akzeptieren können, daß eine nicht-eheliche Geburt i. d. R. Nachteile für das Kind mitsichbringt. (45a) Die daraus gezogene Konsequenz in der Begründung des RE offenbart sanktionsnahe Orientierung:

"Dem Vater muß es obliegen, diese Nachteile auszugleichen. Rechte die dem Kinde zu diesem Zwecke verliehen werden, kann nicht auch der Vater in Anspruch nehmen. Bei dem Vater müssen deshalb die Pflichten im Vordergrund stehen." (45b)

Warum hat allein der Vater die Nachteile auszugleichen und warum stehen bei ihm die Pflichten ohne jegliche gleichzeitige Rechte im Vordergrund, lautet sofort die Fragestellung.

Es mag dahinstehen, ob es der "Natur der Sache" entspricht, daß das Kind in erster Linie der Mutter zuzuordnen ist.

(43) Begründung RE S.86; ebenso S. 87: "aus selbstsüchtigen Motiven"

(44) Begründung RE S. 85/86

(45) Begründung RE S. 86

(45a) vgl. Begründung RE S. 36

(45b) Begründung RE S. 36

Vieles spricht auch dafür, daß es sich um eine gesellschafts-politische Bewertung handelt. Es ist ferner denkbar und vornehmlich eine erziehungsbedingte Frage der Bewußtseinsbildung, daß der Mann sich stärker auch innerlich gleich nach der Geburt oder bereits früher mit dem Kind verbindet oder daß die weitere Betreuung außerhalb der Familie, die ja nur ein Gesellschaftsmodell darstellt, und weg von der Mutter durch Dritte, etwa durch vom Staat eingesetzte Amtsträger, erfolgt. Immerhin handelt es sich insoweit um eine eindeutige gesetzgeberische Entscheidung.

Mit der "Natur der Sache" allein läßt sich aber die getroffene Regelung nicht erklären. Es gibt zum einen genügend Mütter, die sich über diese Naturverbundenheit hinwegsetzen und zum anderen müßte diese naturgegebene Mutter-Kind-Beziehung, wird unter dem Leitmotiv des Kindesinteresse entschieden, relativiert werden. Ein in guten Verhältnissen lebender und sich um das Kind bemügender Vater könnte gewiß mehr Gewähr für eine gute Pflege und Ausbildung bieten und damit dem Kind größere Chancen einräumen als eine gleichgültige, sich selbst in finanziellen und sonstigen Schwierigkeiten befindende Mutter. Das Ausmaß des erforderlichen Gegengewichts zum Ausgleich für den der Mutter durch die "Natur" gegebenen Vorsprung wird nicht präzisiert. Es wird als wissenschaftliches Ergebnis mitgeteilt, daß die ersten Lebensjahre für das Kind entscheidend seien. Damit wird lediglich die Wichtigkeit der Zuordnungsentscheidung unterstrichen. Es ist aber kein Argument für die Hingabe des Kindes gerade an die Mutter.

Warum soll sich gerade der Mann am Kindesunterhalt bereichern wollen. In den Motiven befürchtete man dies von der Frau. Wenn das Kind beim Vater selbst aufwächst, kann er es schwerlich auf einem anderen Lebensstandard halten als seiner eigenen Lebensführung entspricht. Wird es in ein Heim gegeben, sind die hierfür erforderlichen Kosten aber regelmäßig höher als die zu zahlende normale Unterhaltsrente. (46)

-
- (46) Da die vom Vater zu zahlende Unterhaltsrente in ihrer Höhe auch seine Vermögensverhältnisse berücksichtigen soll (§ 1615 c), wird es bei niedrigem Lebensstandard der Mutter vorkommen können, daß Mutter und Geschwister des Kindes an der erhöhten Rente Vorteile haben. Das wird gesehen und ausdrücklich hingenommen! - s. Begründung RE S. 65; vgl. auch u. S. 112

Warum ist der unverheiratete Mann anders als die unverheiratete Frau generell zur Pflege des Kindes nicht in der Lage?

Warum muß eine unverheiratete Frau im Gegensatz zum Mann keinen Beruf ausüben? (47)

Warum sind die mütterlichen Verwandten häufiger bereit, das Kind bei sich aufzunehmen als die väterlichen? Es liegt doch nahe, daß es sich hier um eine Folgeerscheinung der gesetzlichen Regelung handelt.

Warum soll eine negative Einstellung zum Kind durch eine etwaige spätere Ehefrau des Vaters mehr Beachtung finden als parallel die des späteren Ehemannes der Mutter? In beiden Fällen hat der neue Partner auf die Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen.

Warum muß die Mutter "in jedem Fall" ein die Entwicklung des Kindes möglicherweise störendes Besuchsrecht haben? Bei Ehelicherklärung und Adoption ist das auch gesetzlich gar nicht vorgesehen.

Schließlich kann dem Vater die Verantwortung für das Kind nicht deshalb vorenthalten werden, weil ihn kein Beistand unterstütze und notfalls kontrolliere. Wird dies für erforderlich gehalten, könnte er ebenso wie bei der Mutter zur Unterstützung vom Vormundschaftsgericht oder kraft Gesetzes bestellt werden. Diese vom Gesetzgeber zu treffende Entscheidung ist kein Sachargument gegen den Vater.

Die aufgeworfenen Fragen finden alle nur eine Antwort aus einer dem Mann zugewiesenen Sonderstellung, die noch einer mehrheitlichen gesellschaftlichen Anschauung entsprechen mag, aber einer sachlichen, gerade im Hinblick auf Art. 3 GG gebotenen Rechtfertigung erst bedarf. Die erforderliche Relativierung des "naturegegebenen" Vorsprungs der Mutter dagegen durch den Vormundschaftsrichter ist auch im Rahmen der Über-

(47) An anderer Stelle der Begründung zum Referentenentwurf wird die Fragwürdigkeit dieser Argumentation dann auch deutlich. Zur Rechtfertigung des Mindestunterhalts heißt es auf S. 73: "Der Mutter obliegt die Pflege des Kindes. Solange sie nicht verheiratet ist, ist ihr eigener Unterhalt häufig nicht sichergestellt. Sie muß daher in der Regel ihren Unterhalt selbst verdienen. Deshalb wird sie nur unter Schwierigkeiten in der Lage sein, sich der Pflege des Kindes zu widmen."

prüfung eines vom Vater gestellten Antrages nach § 1723 auf Ehelicherklärung kaum möglich. Der Widerspruch der Mutter soll nach § 1727 RE nur bei "schwerwiegenden Gründen" für das Kindeswohl übergangen werden können. Es wird deshalb schon Versagen der Mutter vorliegen müssen. Einer vergleichenden Bewertung sind hier enge Grenzen gesetzt. Auch ist ein Antrag des Kindes erforderlich (§ 1740 a RE), der nicht gestellt werden wird, wenn die Mutter bereits vorher erfolgreich eine Beseitigung oder Reduzierung der Beistandschaft erreicht hat (§ 1706 Abs. II RE). Immerhin könnte über eine korrigierende Auslegung dieser Vorschrift die Praxis teilweise einen Ausweg finden. Aber selbst dann bliebe immer noch die in § 1739 BGB a. F. dem Vater auferlegte vorrangige Unterhaltspflicht. Jetzt, wo er die persönliche Betreuung selbst übernimmt, fehlt es an korrespondierenden Vorschriften für eine Rentenpflicht der Mutter.

Mot ++ + 3,33: Stellung der Mutter
 RegE -+ S. 93 Da es "selbstverständlich" sei (48), das Kind möglichst
 RegV -+ S.134 in einer Familien heranwachsen zu lassen, entspreche es
 RV ++ "der Natur der Sache" (49), der mütterlichen Familie
 den Vorzug zu geben.

3,34: Inhalt des Erziehungsrechts

alle + + 3,341: Gleichstellung aller nicht-ehelichen Kinder.
 Eine Differenzierung wird nicht erörtert.

neu +B/C+ S.154; + 3,342: Elterliche Gewalt
 44.DJT S.195
 Mot -- S. 36 Im Grundsatz wird die elterliche Gewalt der volljähri-
 RegE ++ S. 93 gen Mutter als der Personensorgeberechtigten übertragen.
 RegV -+ S.134
 RV ++ 3,3421: Elterliche Gewalt mit der Geburt des Kindes
 (§ 1705).

Argumente:

3,34211: Elterliche Gewalt und Personensorge gehören zusammen. "Wird der Mutter die Personensorge ohne die Vertretung, hingegen dem Vormund die Vertretung des Kindes nach außen zugeteilt, so ist dies keine echte Aufgabenteilung, da bei jedem Vertretungsakt in persön-

(48) Begründung RE S. 84
 (49) Begründung RE S. 85

lichen Angelegenheiten (z. B. bei Abschluß eines Operationsvertrages oder Lehrvertrages) zugleich auch die Personensorge berührt wird. Die Frage, was zu geschehen habe, wenn sich Mutter und Vormund nicht einigen, bleibt ungeklärt." (50)

3,34212: Vermögensvorteile

Das Kind habe nur sehr selten eigenes Vermögen. (51)
Ein Interessenwiderstreit könne allerdings im Einzelfall auftreten. Aber:

"Erstreckt sich die elterliche Gewalt ehelicher Eltern auch auf Vermögensangelegenheiten des Kindes, so muß dies grundsätzlich auch für die uneheliche Mutter gelten." (52)

3,3422: Begrenzung der elterlichen Gewalt

Die Amtsvormundschaft soll durch einen Beistand ersetzt werden, sie könne nicht ersatzlos wegfallen. In dem Bemühen, den Vater festzustellen und der Unterhaltssicherung müsse die Mutter unterstützt werden.

"Neben diesen wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist die seelische Situation der Mutter zu berücksichtigen. Nicht selten ist sie von Enttäuschung, von Haßgefühlen gegen den Vater des Kindes oder gar von Verzweiflung bestimmt. ...

Auch wenn die Mutter im allgemeinen sich ihrer Verantwortung bewußt und zur Ausübung der elterlichen Gewalt geeignet ist, würde es eine nicht zu vertretende Verschlechterung der Lage des Kindes bedeuten, wenn die Mutter im Regelfall die uneingeschränkte elterliche Gewalt erhielte und das Kind damit des besonderen Schutzes durch den Vormund verlustig ginge." (53)

Der Aufgabenkreis des Beistandes müsse auf die konkreten Verhältnisse abgestellt werden können. Deshalb "ist eine biegsame Regelung geboten, die dem Einzelfall Rechnung trägt." (54)

3,343: Kontakt zum anderen Elternteil

3,3431: Die Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Erziehung wird als Gefahr gesehen und abgelehnt. Mutter und Vater könnten unterschiedliche Ziele verfolgen. (55)

3,3432: Ein gesetzlicher Anspruch auf ein Besuchsrecht wird nicht gegeben. Der Vater kann aber eine vormundschaftsgerichtliche Entscheidung beantragen (§ 1713 Abs. 1).

Argumente:

(50) Begründung RE S. 84/85

(51) vgl. Begründung RE S. 84

(52) Begründung RE S. 85

(53) Begründung RE S. 85

(54) Begründung RE S. 88

(55) vgl. Begründung RE S. 92

Mot +
RegE - S. 94
RegV - S. 135
RV ++

3,34321: Soziologisch gesehen stehe der nicht-eheliche Vater dem Kind "erheblich ferner" als Großeltern ihrem ehelichen Enkel, die auch kein Besuchsrecht haben. (56)

3,34322: Nach neueren psychologischen Erkenntnissen spiele der Vater für die Entwicklung des Kindes zwar eine bedeutsame Rolle. Die Abwesenheit des Vaters ist aber "dadurch bedingt, daß Vater und Mutter nicht in einer Ehe zusammenleben", gehört somit zum Schicksal des unehelichen Kindes. (56)

3,34323: Die Gefahr, daß eine innere Familienharmonie bei der Mutter gestört werde, sei zu groß. Gerade im Interesse des Kindes sei dies zu vermeiden. (56)

3,4: Versorgung des Kindes

Die persönliche Betreuung obliegt der Mutter als Erziehungsberechtigten; den finanziellen Bedarf hat vorrangig der Vater abzudecken (§§ 1615 a ff). Beide Komponenten werden als Unterhaltsleistungen gewertet.

Die Unterhaltspflicht findet ihren Rechtsgrund letztlich in der Abstammung. Ihr Inhalt folgt familienrechtlichen Grundsätzen. Aus Praktikabilitätsgesichtspunkten ist ein Mindestunterhalt mit Ausnahmeverbehalt vorgesehen (§§ 1615 n ff).

+ 3,41: Rechtsgrund der Unterhaltspflicht

:neu: :44.

DJT: S. 180

Mot -: S. 39/42

RegE - S. 95

RegV - S. 136

RV ++

"Der (Unterhalts)anspruch findet seine Rechtfertigung in der Zeugung, in der daraus folgenden engen Blutsverwandtschaft und der sich wiederum daraus ergebenden Verantwortung für das Kind." (57)

neu 32.DJT + 3,42: Inhalt der Unterhaltspflicht

S.77;44.

DJT S.187

Mot - S. 40

RegE - S. 95

RegV - S. 136

RV ++

Als Unterhalt werden sowohl die persönliche Betreuung des Kindes als auch der finanzielle Beitrag angesehen.

(56) vgl. Begründung RE S. 92

(57) Begründung RE S. 61 - Es wird zwar gleichzeitig neben der Abstammung auch auf die Zeugungshandlung Bezug genommen, daraus aber keine Konsequenz gezogen. Wenn auch argumentiert wird, daß dem Vater hieraus eine "besondere Verantwortung" zufalle und für die Unterhaltshaftung der väterlichen Eltern zunächst noch auf Art. 6 Abs. V GG verwiesen wird, (vgl. Begründung RE S.61/62) wird bei der prinzipiellen Verpflichtung der väterlichen Großeltern wieder auf den letztlich entscheidenden Gesichtspunkt, den der Abstammung, zurückgegriffen: "Die Haftung der Großeltern kann somit nur daraus hergeleitet werden, daß die unehelichen Kinder in gerader Linie von ihnen abstammen." Begründung RE S. 62

"Das bedeutet, daß die Mutter ihre Unterhaltspflicht durch Pflege und Erziehung des Kindes erfüllen kann, daß also ihre tatsächliche Arbeitsleistung für das Kind bei der Bemessung des von ihr zu leistenden Unterhalts berücksichtigt wird." (58)

3,43: Ausgestaltung der Unterhaltsrente

Mot	+x	S.40/29f	+	3,431: Eine Differenzierung zwischen verschiedenen
RegE	-	S. 95		Gruppen nicht-ehelicher Kinder wird nicht vorgenommen.
RegV	-	S.136		

RV	++			
Mot	-	S. 40	+	3,432: Die Unterhaltsrente ist als familienrechtliche
RegE	+	S. 95		Forderung konzipiert.
RegV	+	S.136		

RV	++			
----	----	--	--	--

"Der Unterhaltsanspruch des unehelichen Kindes gegen seinen Vater hat ebenso familienrechtlichen Charakter wie andere Unterhaltsansprüche unter Verwandten...
... Hieraus ergibt sich von selbst, daß die Grundsätze, die für die Regelung des Unterhalts unter Verwandten als gerecht angesehen werden, auch im Verhältnis zwischen dem unehelichen Kind und seinem Vater angewendet werden sollten, es sei denn, daß wichtige Gründe eine Abweichung im einzelnen rechtfertigen." (59) (60)

Es werden im Grundsatz die wesentlichen, einen typischen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch auszeichnenden Besonderheiten übernommen.

Beispiele:

3,4321: Leistungsfähigkeit des Vaters und Bedürftigkeit des Kindes werden berücksichtigt (§§ 1615 a iVm §§ 1602 1603). (61)

Eine Verpflichtung des Vaters über seine Leistungsfähigkeit hinaus könne ohnehin auch in der Zwangsvollstreckung meist nicht verwirklicht werden und gefährde den Unterhalt der ehelichen Kinder. (62)

3,4322: Väterliche Eltern und Verwandte haften (§§ 1615 a, 1601).

3,4323: Abkömmlinge des Kindes sind unterhaltsberechtigt (§§ 1615 a, 1601).

(58) Begründung RE S. 64

(59) Begründung RE S. 61 - Über § 1615 a wird auf die allgemeinen Vorschriften für das Ehelichenrecht (§§ 1601 bis 1615) verwiesen.

(60) Wenn man freilich für diese Entscheidung die Motive zitiert und sich mit ihnen in Übereinstimmung wähnt, ist das unzutreffend - vgl. die konträre Auffassung der Motive o. S. 42 ff.

(61) Die Bedürftigkeit des Kindes wird allerdings bis zur Höhe des Mindestunterhalts nicht berücksichtigt während der ersten 18 Jahre (§ 1615 n)

(62) vgl. Begründung RE S. 61

3,4324: Es besteht eine gegenseitige Unterhaltspflicht.

3,4325: Die Dauer der Unterhaltspflicht ist nicht begrenzt. "Dies wäre sachlich nicht gerechtfertigt und würde im Widerspruch zu der Fassung des Art. 6 Abs. V GG stehen." (63)

+neu+	B/C S. 155;	+ 3,433: Die Höhe der Unterhaltsrente richtet sich nach
	44.DJT S.189	
Mot	- S. 42	der Lebensstellung auch des Vaters. Das Kind soll an
RegE	→ S. 96	seinem Lebensstandard teilhaben können. Daß eventuell
RegV	→ S. 137	Mutter und Geschwister an erhöhten Zahlung partizipieren
RV	++	können, müsse hingenommen werden. (64)

neu	44.DJT S. 189+	3,434: Der Vater ist grundsätzlich verpflichtet, wenig-
Mot	--	stens einen behördlich festzusetzenden Mindestunter-
RegE	--	halt zu zahlen (§ 1615 n).
RegV	--	Damit soll vor allem verhindert werden, daß mit dem
RV	++	Einwand mangelnder Leistungsfähigkeit, Prozesse verzögert werden. (65) Der Mindestunterhalt kann nur
		in Ausnahmefällen reduziert werden (§ 1615 o) (66),
		höchstens aber auf den Betrag, den der Vater leisten
		müßte, wenn das Kind ehelich wäre. Über § 1615 a iVm
		§§ 1606 III, 1603 III, 2 können hierbei auch Ein-
		künfte der Ehefrau berücksichtigt werden.

3,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes

alle +	+ 3,51: Gegenüber der Mutter
	Ein Erbrecht gegenüber der Mutter wird nicht weiter
	erörtert. Es ergibt sich dies daraus, daß das Kind
	grundsätzlich die Stellung eines ehelichen erhält.

3,52: Gegenüber dem Vater

§ 1589 Abs. 2 BGB, der familienrechtlichen Beziehungen zwischen Vater und Kind im Wege steht, soll gestrichen werden. In konsequenter Fortentwicklung wird auch ein Erbrecht gegenüber dem Vater dem Grunde nach

(63) Begründung RE S. 63

(64) vgl. Begründung RE S. 65

(65) vgl. Begründung RE S. 72

(66) Ausnahmegründe sind: a) körperliche und geistige Gebrechen des Vaters; b) eigenes Vermögen des Kindes nach Billigkeit; c) sonst allgemein zur Vermeidung unbilliger Härten.

bejaht. Zwischen einem über den Tod hinaus weiterbestehenden Unterhaltsanspruch und einem erbrechtlichen Anspruch wird unter Berücksichtigung der Interessen der väterlichen Familiengemeinschaft versucht, einen Ausgleich zu finden (§§ 1615 e - 1615 m; 1930 a - c; 1934 a - e; 2053).

Zur Kompensation geringerer erbrechtlicher Ansprüche soll der Unterhaltsanspruch nicht mit dem Tod des Vaters bzw. der väterlichen Verwandten erlöschen und ebenfalls zur Kompensation der über den Tod des Unterhaltspflichtigen fortdauernden verbesserten Unterhaltssicherung wird die erbrechtliche Position eingengt. (67)

Mot +- S. 44
RegE +- S. 98
RegV +- S.139
RV - S.235

+ 3,521: Fortgeltender Unterhaltsanspruch

"Um dem Verfassungsauftrag des Art. 6 Abs. V GG zu entsprechen, muß der Gesetzgeber dafür Sorge tragen, daß auch im Falle des Todes des Vaters der Unterhalt nach Möglichkeit sichergestellt ist." (68)
Zwar haften auch die väterlichen Verwandten, gegenüber ehelichen Kindern sei es aber benachteiligt, da es neben ihnen nicht erberechtigt ist (§ 1930 a).
Die Erben haben ein Abfindungsrecht, wenn sie dem Kind einen im Falle der Ehelichkeit dem gesetzlichen Erbteil entsprechenden Betrag zur Verfügung stellen, wobei die Quotenerhöhung der Ehefrau bei Zugewinnsgemeinschaft unberücksichtigt bleibt (§ 1371 BGB) - § 1615 f.
Das Kind seinerseits hat solange noch eine aktuelle Unterhaltungspflicht besteht - andernfalls bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres - einen Auszahlungsanspruch anstelle fortlaufenden Unterhalts in Höhe des Pflichtteils, den es als eheliches Kind erhielte (§ 1615 i).

Mot --
RegE - S. 99
RegV - S.139
RV - S.236

+ 3,522: Erbrecht

Neben ehelichen Abkömmlingen besteht kein Erbrecht (§ 1930 a), neben Verwandten der zweiten Ordnung erbt

-
- (67) "Der Entwurf sieht daher zum Ausgleich für eine schlechtere erbrechtliche Lage vor ..., daß sein Unterhaltsanspruch ... nicht erlischt." - Begründung RE S. 66
"Es erscheint deshalb" - wegen des bestehenbleibenden Unterhaltsanspruch - "nicht erforderlich, dem unehelichen Kind beim Tode des Vaters ein gesetzliches Erbrecht zu geben, wenn der Vater eheliche Abkömmlinge hinterläßt" - Begründung RE S. 116
Eine Argumentationsblüte!
- (68) Begründung RE S. 66

es die Hälfte, bei noch lebendem Ehegatten ein Viertel (§§ 1930 a, 1934 a). (69)

Argumente:

3,5221: Sicherung durch fortdauernden Unterhaltsanspruch

Das Kind sei durch den fortdauernden Unterhaltsanspruch begünstigt und hiermit ausreichend abgesichert. (70)

3,5222: Familiengemeinschaft

Das Kind lebe regelmäßig nicht in Familiengemeinschaft mit dem Vater. Es fehle an dem "Beieinander- und Füreinandersein". (71)

"Die bloße Tatsache der Abstammung würde überbewertet werden, wenn uneheliche Kinder erbrechtlich den ehelichen gleichgestellt würden". (71)

3,5223: Mutmaßlicher Erblasserwille

Es entspreche dem "mutmaßlichen Willen, ... daß vor allem die Angehörigen bedacht werden sollen, die ihm persönlich am nächsten stehen." (72) Das seien die Ehefrau und die ehelichen Kinder.

3,5224: Lebenswerk

"Schließlich dient die Bevorzugung der ehelichen Abkömmlinge ... auch dem Zweck, das Lebenswerk des Erblassers aus Achtung vor der Persönlichkeit des Verstorbenen und zum Nutzen der Familiengemeinschaft möglichst als Ganzes zu erhalten und fortzuführen. Hierzu ist aber im allgemeinen nur die engere Familie des Erblassers in der Lage." (73)

3,5225: Gegenüber Verwandten der zweiten Ordnung könne das Kind nicht mehr ausgeschlossen werden. Selbst wenn die persönlichen Beziehungen des Vaters zu ihnen intensiver sein mögen, "so muß doch die engere Blutsverwandtschaft zwischen Vater und Kind und die besondere Verantwortung berücksichtigt werden... die ihm gebietet, die dem Kind aus seiner unehelichen Geburt erwachsenden Nachteile möglichst auszugleichen." Es deshalb zur Hälfte zum gesetzlichen Erben zu berufen, sei angemessen. (74)

-
- (69) Die Bestimmungen über den Zugewinnausgleich bleiben unberührt. Daraus ergibt sich ggb. eine weitere Reduzierung (§ 1931 Abs. 3).
- (70) vgl. Begründung RE S. 116 - s. auch o. S. 213/14 Fußn. 67
- (71) Begründung RE S. 116
- (72) Begründung RE S. 116
- (73) Begründung RE S. 116/117
- (74) Begründung RE S. 117

4. Abschnitt: Regierungsvorlage vom 7.12.1967 (1)

1. Die Grundkonzeption der Regierungsvorlage

- 1,1: Die Vorschläge der Regierungsvorlage behandeln die beabsichtigte Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches, isoliert von etwaigen Anpassungen, z. B. der Zivilprozeßordnung und des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Die gesonderte Regelung des Nichtehelichenrechts in einem eigenen Abschnitt wird aufgegeben und die gesamte Materie in das Ehehichenrecht eingeordnet.

§ 1589 Abs. 2 BGB, der das Verwandtschaftsverhältnis zwischen Vater und Kind ignoriert, wird gestrichen. Die Vaterschaftsfragen werden in den §§ 1600 a bis 1600 o geregelt, mit der Namenszuteilung befassen sich die §§ 1617, 1618, das Erziehungsrecht behandeln die §§ 1705 bis 1713 und die Versorgungsgrundsätze finden sich in den §§ 1615 a bis 1615 o. Das Erbrecht des Kindes schließlich ist im Erbrecht, in den §§ 1934 a bis 1934 c, 2331 a, 2338 a berücksichtigt.

- 1,2: Seine Grundkonzeption ist geprägt durch fünf Leitgedanken:

- 1,21: Das Kind wird nicht in eine Ehe, der gesellschaftlich

ebenso:
BGB S. 1
RegE S. 79
RegV S.120
RE S.193

- + und rechtlich einzig anerkannten Geschlechtsgemeinschaft, hineingeboren.

Die auf ein in Familiengemeinschaft lebendes Elternpaar abgestellten Rechtsregeln zur Ordnung des Eltern-Kind-Verhältnisses passen daher nicht - ent-

ebenso:
BGB S. 2
RE S.194
einschränkend:
RegE S. 80
RegV S.121
abweichend:
C/B S.154

- + weder tatsächlich nicht, wenn die Eltern nicht zusammenleben, oder rechtlich nicht, weil sie zum Schutz der Institution Ehe nicht auf außereheliche Verbindungen übertragen werden dürfen. Den innerhalb der Ehe geborenen werden die außerhalb der Ehe geborenen Kinder gegenübergestellt. Zwischen einzelnen Gruppen nicht-

(1) Drucksachen (Bundestag) V Nr. 2370 Bd. 117 - die Begründung hierzu wird folgend zitiert: Begründung RV mit Seitenangabe

ehelicher Kinder wird nicht unterschieden. In der Beurteilung der Frage, wen mit dem Kind die engsten + Beziehungen verbinden, wird eine Entscheidung für die Mutter getroffen. Ihr gegenüber erhält es grundsätzlich die Stellung eines ehelichen Kindes, einschließlich des Erbrechtsanspruchs.

ebenso:
BGB S. 2
RE S. 194
einschränkend:
RegE S. 80
RegV S. 121
abweichend:
C/B S. 154

1,22: Im Grundsatz hat eine Mutter während der gesetzlichen Empfängniszeit nur geschlechtlichen Umgang mit einem Mann. Das erlaubt die gesetzliche Vermutung der Vaterschaft (§ 1600 o).

ebenso:
RegE S. 80
RegV S. 121
RE S. 194
abweichend:
BGB S. 2
C-35 S. 155

+ Ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem aufgrund gerichtlichen Urteils oder Anerkennung in Anspruch genommenen Mann und dem Kind wird anerkannt - z. B. in der grundsätzlichen Möglichkeit eines Verkehrsrechtes, im Erbrecht. Die Vaterschaft wirkt nicht nur + zwischen den Verfahrensbeteiligten, sie hat vielmehr bindende Rechtswirkung gegenüber Dritten.

ebenso:
RegV S. 121
RE S. 194
ähnlich:
RegE S. 80
abweichend:
BGB S. 2

1,23: Der Stand der medizinischen Wissenschaft ermöglicht zwar noch keine hundertprozentige positive Vaterschaftsfeststellung, der gesicherte Wahrscheinlichkeitswert kommt jedoch recht nahe an diese Grenze

+ heran; (2) die wissenschaftlichen Erkenntnisse lassen bereits einen prozentual relevanten Vaterschaftsaus-schluß - etwa 80 % aller in Betracht kommenden Männer (3) - zu.

Für eine dem Eheverhältnis entsprechende gesetzliche Vermutung (§ 1591 BGB), die bis zum gegenteiligen Nachweis einen Mann, den Ehemann, als Vater ansieht,

ebenso:
RE S. 194
abweichend:
BGB S. 3
RegE S. 80
RegV S. 121

(2) s. o. S. 193 Fußn. 2

(3) s. Begründung RV S. 37; s. ferner o. S. 193 Fußn. 3

fehlt es an dem durch die Ehe in einem besonderen Verhältnis zur Mutter stehenden Mann. Dieser Gesichtspunkt wäre als dogmatische Grundlage für eine + exceptio plurium möglich, wenn die Exaktheit medizinischer Feststellungen nicht bereits eine Variation erlauben würde. Eine Vaterschaftsfeststellung unterbleibt nur, bestehen nach Überzeugung des Gerichts "bei Würdigung aller Umstände schwerwiegende Gründe" (§ 1600 o).

ähnlich:
RE S.195
(ähnlich):
BGB S. 3
abweichend:
RegE S. 81
RegV S.122

ebenso: + 1,24: Der Staat hat kein absolutes eigenes Interesse an der
RegE S. 81 Feststellung der blutsmäßigen Abstammung der Neugeborenen.
RegV S.122
RE S.195
abweichend:
B/C S.154 Die Vaterschaftsanerkennung ist daher mit Zustimmung
ADR S.159 des Kindes zulässig (§§ 1600 a, 1600 c).
:C-35 S.155:

1,25: Ein nicht-eheliches Kind entstammt zwar einem mißbilligten (4) außerehelichen sexuellen Verhältnis, das nicht dem Eheprinzip des Art. 6 Abs. I GG entspricht. Es selbst hat an der Entscheidung seiner + Eltern jedoch keinen Anteil. Aus diesem Gesichtspunkt darf es dann auch persönlich keinen Nachteil erleiden. (5)

ebenso:
RegE S. 81
RegV S.122
RE S.195
abweichend:
BGB S. 3

2. Überblick

2,1: Die Einzelregelung orientiert sich an dem Bestreben, vorrangig die Interessen des Kindes bei Beachtung des

-
- (4) s. o. S. 195 Fußn. 4; vgl. ferner Begründung RV S. 20: Das Kind sei "unschuldig". Der sich vollziehende Auffassungswandel ist indes unverkennbar - vgl. Kaffka (SPD) im Bundestag, 1. Lesung der Regierungsvorlage am 17.1. 1969 (Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7564): "Ich glaube, es besteht kein gesellschaftlicher Makel gegenüber dem außerehelichen Geschlechtsverkehr; daran hat man sich gewöhnt, und das wird in unserer Gesellschaft toleriert." Das Protokoll vermerkt aa0: "Unruhe bei der CDU/CSU".
- (5) vgl. Begründung RV S. 20

der Ehe in Art. 6 Abs. I GG zuteil gewordenen Schutzes zu wahren:

"Der Entwurf stellt ... das Wohl des unehelichen Kindes in den Vordergrund....Bei einem Widerstreit der Interessen des unehelichen Kindes und seiner Eltern werden die Interessen des Kindes den Interessen seiner Eltern vorgezogen. Das Kind ist an der Tatsache seiner unehelichen Geburt unschuldig. Die Verantwortung dafür tragen die Eltern. (6) Die Aufgabe, die Interessen der unehelichen Kinder zu fördern, findet eine Grenze in Art. 6 Abs. I GG, wonach Ehe und Familie zu schützen sind. ... Der Entwurf schützt daher Ehe und Familie als Einrichtung, vermeidet es insbesondere, Konkubinate einer ehelichen Verbindung gleichzustellen." (7)

Die Einzelbestimmungen können in entscheidenden Punkten - §§ 1615 c, 1615 h - Unterhalt; § 1706 - elterliche Gewalt - an die konkreten Verhältnisse angepaßt werden. Eine Ungleichbehandlung gegenüber ehelichen Kindern wird nur unter der Perspektive eines verstärkten Schutzes des Kindes befürwortet. Es wird mitunter auch wegen seiner geburtsmäßig bedingten Nachteile bevorzugt, um möglichst "adäquate" (8) und "gleichwertige" (8) Entwicklungschancen zu bieten.

2,2: Statistische Formulierungsanalyse

Es wird verwiesen auf

2,21: sittliche Vorstellungen (9) - 6-mal (10)

2,22: Belange von Ehe und Familie (9) - 27-mal (11)

2,23: Interessen des Kindes (9) - 128-mal.

(6) Begründung RV S. 20

(7) Begründung RV S. 21

(8) Begründung RV S. 20

(9) Die Bezugspunkte sind jeweils sachlich gesehen worden. Zu den "sittlichen Vorstellungen" gehört auch die Erwähnung des Konkubinats; zu den Belangen von Ehe und Familie etwa auch der Hinweis auf Art. 6 Abs. I GG und zu den Kindesinteressen u. a. "Gerechtigkeit für das Kind", "soziale Hilfe für das Kind", "Schlechterstellung", "besonderer Schutz" - s. auch o. S. 22 Fußn. 3

(10) 1 x - aus einem Konkubinat dürften keine Vorteile erwachsen; 5 x - keine Unterhaltspflicht bei grobem sittlichen Verstoß des Unterhaltsberechtigten.

(11) Die vermehrte Erwähnung von Familienbelangen ist auf die gegenüber dem Referentenentwurf veränderte Erbrechtslösung zurückzuführen.

2,3: Vorrangigkeit der Kindesinteressen

Stehen Interessen des Kindes mit solchen der Familie, der Allgemeinheit oder von Einzelpersonen in Widerstreit, wird bei einer Entscheidung zugunsten des Kindes grundsätzlich immer auch gerade wegen des Kindes entschieden.

2,4: Bewertungsskala

2,41: Den Interessen des Kindes werden vorangestellt:

2,411: Rechtsgrundsatz

Niemand darf in Anspruch genommen werden, solange nicht seine Verantwortlichkeit für das Kind feststeht - so für die Unterhaltspflicht des Vaters.

2,412: Im Konkubinatsfall Ehe und Familie bei der Erteilung des Namens des Vaters. (12)

2,413: Familieninteressen der ehelichen Abkömmlinge (§ 1934 a).

2,42: Den Interessen des Kindes werden u. a. nachgeordnet:

2,421: Ein Feststellungsinteresse des Staates und Dritter an der wahren Abstammung nach Anerkennung des Kindes. (13)

2,422: Ein uneingeschränktes Elternrecht durch die Zuweisung eines Beistandes (§ 1706).

2,423: Das Interesse des Vaters, daß das Kind nicht seinen Namen trägt (§ 1615 h). (14)

2,424: Das Interesse des Vaters, das Kind zu besuchen. (15)

(12) Diese Wertung ist nicht direkt dem Entwurfstext und der Begründung zu entnehmen, ergibt sich aber aus einer Gesamtbetrachtung - s. hierzu u. S. 227

(13) Kein Anfechtungsrecht des Staates - vgl. § 1600g, Begründung RV S. 31/32. Ein Feststellungsinteresse des Staates findet gar keine Erwähnung mehr.

(14) vgl. Begründung RV S. 52 ff

(15) vgl. § 1712 - Begründung RV S. 68 f

2,5: Abweichungen zum Referentenentwurf

Neben redaktionellen Verbesserungen und kleineren Korrekturen sind an Änderungen festzustellen:

2,51: Bei der Vaterschaft - keine.

2,52: Bei der Namensregelung:

2,521: Der Ehemann hat nicht mehr die Möglichkeit, durch Berufung des Vormundschaftsgerichtes zu verhindern, daß das nicht von ihm gezeugte Kind seiner Frau seinen Namen erhält (§ 1617 Abs. 2 S. 3 RE).

2,522: Die in § 1618 RE vorgesehene Befugnis des Kindes, einen Antrag zu stellen, daß ihm der Name des Vaters zugeteilt werden, wird gestrichen.

2,53: Beim Erziehungsrecht

2,531: Die Beistandschaft kann jetzt aufgehoben werden, wenn ihr Wegfall "dem Wohle des Kindes nicht widerspricht" (§ 1706 Abs. 2) und es wird nicht mehr positiv gefordert, daß eine solche Maßnahme "dem Wohle des Kindes entspricht" (§ 1706 Abs. 2 RE).

2,532: Das Kontrollrecht des Beistandes in § 1710 RE über die Ausübung der elterlichen Gewalt der Mutter entfällt. Die Arbeit des Beistandes konzentriert sich auf die ihm zugewiesenen speziellen Aufgaben (§ 1711 RE; § 1710 RV).

2,54: Bei der Versorgung des Kindes

2,541: Nach § 1615 m RE können Kind und Vater sich auf eine vertragliche Abfindung der Unterhaltsansprüche des Kindes einigen. In § 1615 i RV wird die gegenseitige Unterhaltspflicht weiterentwickelt und auch ein Abfindungsvertrag für etwaige Ansprüche des Vaters zugelassen.

2,542: Anstatt "Mindestunterhalt" (§ 1615 n RE)
heißt es "Regelunterhalt" (§ 1615 f RV).

2,543: Nach dem Tod des Vaters entfällt der Unterhaltsanspruch.

2,55: Bei der erbrechtlichen Stellung des Kindes

Das Kind ist jetzt erbberechtigt und erhält einen dem gesetzlichen Erbrecht des ehelichen Kindes kapitalmäßig entsprechenden Erbersatzanspruch (§ 1934 a RV).

3. Einzelfragen

3,1: Vaterschaft

Die Regierungsvorlage läßt sowohl die gerichtliche Feststellung der Vaterschaft als auch ihre freiwillige Anerkennung zu (§§ 1600 a bis 1600 o).

3,11: Vaterschaftsklage

Mot	+x S.25	+ 3,111: Die Frage, ob eine gerichtliche Feststellung der Vaterschaft überhaupt zugelassen werden soll, steht nicht mehr zur Diskussion. Sie wird bejaht (§ 1600 a). (16)
sonst	alle +	

3,112: Nach der BGB-Regelung wird nur eine Unterhaltsvaterschaft festgestellt, die lediglich zwischen den Verfahrensbeteiligten wirkt und keine besondere Rechtskraft gegenüber Dritten äußert.

Mot	--	+ Die Feststellung nicht-ehelicher Vaterschaft soll jetzt im Statusprozeß mit Wirkung für und gegen alle getroffen werden (§ 1600 a).
RegE	+-- S.84	
RegV	+	
RV	++	

(16) vgl. Begründung RV S. 35, wo lediglich ausgesprochen wird, daß sowohl Kind wie Vater ein Feststellungsrecht haben müssen.

Der bisherige "Rechtszustand ist unbefriedigend. Das uneheliche Kind sollte in Zukunft besser gestellt werden, und zwar in größtmöglicher Annäherung an das Recht des ehelichen Kindes. Da bei der Geburt des unehelichen Kindes allerdings die Abstammungsverhältnisse nicht offenkundig sind, bedürfen sie der Klärung. Im Interesse des Kindes soll eine wirkliche Abstammung mit bindender Wirkung für und gegen alle festgestellt werden." (17) (18)

3,12: Vaterschaftsvermutung

Mot	+x S. 27	+ 3,121: Erforderlichkeit der Vaterschaftsvermutung
RegE	+x S. 85	
RegV	+x S.127	Eine positive Feststellung der blutsmäßigen Abstammung ist nach dem Stand medizinischer Erkenntnisse nicht möglich. Man geht jedoch davon aus, daß die Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit regelmäßig nur mit einem Mann geschlechtlichen Verkehr gehabt hat.
RE	++	

Der Grundsatz des Einverkehrs hat zur Folge, daß wie beim ehelichen Kind vermutet wird, daß der Mann der Vater des Kindes ist, dessen Verkehr mit der Mutter während der Empfängniszeit nachgewiesen ist.

Der Einverkehr ergibt sich als gesellschaftliches Postulat insbesondere aus Art. 6 Abs. I GG. Seine Beachtung wird allerdings nicht als selbstverständlich angesehen.

"Auf eine Vaterschaftsvermutung bei Beiwohnung innerhalb der Empfängniszeit kann nicht verzichtet werden. Der positive Nachweis der Vaterschaft ist auch bei den heutigen fortgeschrittenen Untersuchungsmethoden sehr schwierig und gelingt in vielen Fällen nicht. ... Ein Wegfall der Vermutung würde somit die Lage der unehelichen Kinder erheblich verschlechtern und eine Anpassung an die Rechtsstellung der ehelichen Kinder, für die die Vermutung des § 1591 Abs. 2 BGB streitet, verhindern. Im übrigen ist die zugunsten des Kindes streitende Vaterschaftsvermutung auch sachlich gerechtfertigt; denn im allgemeinen verkehrt die Mutter eines

(17) Begründung RV S. 25 - ebenso S. 36

(18) Es geht hier vor allem um den Feststellungsanspruch des Kindes im Statusverfahren. Der Vater hat bereits seit der Änderung der ZPO vom 1.1.1962 ein entsprechendes Klagerecht in § 640 ZPO - FamRÄndG vom 11.8.1961 (BGBl I S. 1221)

unehelichen Kindes während der Empfängniszeit nur mit einem Mann." (19) (20)

3,122: Grenzen der Vaterschaftsvermutung

Aus der gesetzlichen Vaterschaftsvermutung ergibt sich die Notwendigkeit, ihr Ausmaß zu bestimmen und die Möglichkeit zu regeln, diese Vermutung zu entkräften. Sie soll

+ bei entgegenstehenden "schwerwiegenden Gründen" (§ 1600 o) nicht durchgreifen.

Mot :+-x:
S.28

RegE(+x)
S.85

RegV:(+):
S.128

RE ++

Argumente:

3,1221: Gegen die exceptio plurium

"Sie führt dazu, daß das Kind in einer nicht unerheblichen Zahl von Fällen weder einen Vater noch Unterhalt erhält." (21) (22)

3,1222: Gegen eine Wahlmöglichkeit des Kindes

Bei dieser Lösung könnte ein Mann "in Anspruch genommen werden, obwohl für die Vaterschaft eines anderen Mannes ebenso gute oder noch stärkere Gründe sprechen. Dieses Ergebnis wäre ungerecht." (23)

3,1223: Für "schwerwiegende Gründe"

"Der Stand der Wissenschaft gestattet verfeinerte rechtliche Regelungen. ... Der Entwurf strebt an, daß den unehelichen Kindern, deren Abstammung durch ein gerichtliches Verfahren geklärt werden muß, ihr wirklicher Vater als Vater festgestellt wird. ... Das Kind hat ein schutzwürdiges Interesse daran... . Eine Reihe von Verbesserungen auf dem Gebiet des Unehelichenrechts ist davon abhängig, daß der festgestellte Vater auch der wirkliche Vater des Kindes ist. ...

(19) Begründung RV S. 36

(20) Zur Bedeutung der Einverkehrsvermutung vgl. o. S. 198 Fußn. 23. Ihre dogmatische Einordnung ist dadurch, daß "trifftige Gründe" durch "schwerwiegende Gründe" ersetzt worden sind, nicht verdeutlicht worden. Auch die neue Formulierung der fraglichen Bestimmung (jetzt § 1600 o) gibt keine endgültige Klärung. Ein zusätzlicher Hinweis wird dagegen in der Begründung gegeben: "Ist etwa aufgrund der Zeugen- oder Parteiaussagen anzunehmen, daß die Mutter in der Empfängniszeit nur mit dem Beklagten in Verbindung gestanden hat, so ist er trotz medizinischer Unwahrscheinlichkeit seiner Vaterschaft zu verurteilen." (Begründung RV S. 38)

(21) Begründung RV S. 37

(22) Dieser Hinweis stellt sich praktisch als Scheinargumentation dar - vgl. o. S. 199 Fußn. 25

(23) Begründung RV S. 37 - zur Argumentationsweise vgl. o. S. 199 Fußn. 26

Zur Argumentation:

Eine elastische Regelung wird gewählt, weil der Richter dadurch seine Entscheidung eher in Übereinstimmung mit den wirklichen Abstammungsverhältnissen zu bringen vermag, als wenn er an starre Beweisregeln gebunden wäre." (24)

(Bei Mehrverkehr) "büßt die Vaterschaftsvermutung... ihre sachliche Berechtigung zum großen Teil ein. Eine Vaterschaftsvermutung, die sich gleichzeitig gegen mehrere Männer richtet, würde zudem den Naturgesetzen widerstreiten. Die Vermutung soll jedoch auch in diesem Fall nicht völlig entkräftet werden, sondern sich auf den Mann beschränken, von dem das Kind mit hinreichender Wahrscheinlichkeit stammt. ... Daß mehrere Männer mit gleicher Wahrscheinlichkeit in Betracht kommen, ist selten; in solchen Fällen ist eine Klageabweisung in Kauf zu nehmen. Mutter und Kind können im Notfall an die Sozialhilfe verwiesen werden." (25) (26)

Mot.	+x	+ 3,13: Unterhaltsvaterschaft	
RegE	-	S.28ff	Kann eine Vaterschaft nicht festgestellt werden, soll
RegV	-	S.86	auch nicht eine bloße Unterhaltsverpflichtung ausgesprochen werden.
RE	++	S.128	

"Auf diese Weise würden eine zweite, mindere Klasse von unehelichen Kindern geschaffen. Die allgemeine gesellschaftliche Stellung von Mutter und Kind könnte erheblich darunter leiden." (27)

Mot (-)	+ 3,14: Anerkennung der Vaterschaft	
RegE	++-	Die Möglichkeit der Vaterschaftsanerkennung wird gegeben und ist in den §§ 1600 a bis 1600 m geregelt.
RegV	++-	Sie hat die Wirkung einer gerichtlichen Vaterschaftsfeststellung (§ 1600 f Abs. 1) und wirkt somit ebenfalls für und gegen alle. (28) Sie ist von der Zustimmung des Kindes abhängig (§ 1600 c) und unterliegt einem detailliert geregelten Anfechtungsrecht seitens des Vaters, der Mutter und des Kindes. Dritte, insbesondere auch nicht der Staat, haben keine Anfechtungsmöglichkeit.
RE	++	

(24) Begründung RV S. 37

(25) Begründung RV S. 38

(26) Eine Klageabweisung wird sich in der Praxis allerdings kaum auf Fälle gleicher Wahrscheinlichkeit beschränken lassen - vgl. hierzu o. S. 200 Fußn. 28

(27) Begründung RV S. 38

(28) vgl. o. S. 222f; Begründung RV S. 26

3.141: Das Interesse des Staates, die blutsmäßige Abstammung zu erfahren, wird gering erachtet.

"Auch muß immerhin ein gewisses öffentliches Interesse an der Wahrheit des Personenstandes bejaht werden. Dennoch kann eine gerichtliche Feststellung der Vaterschaft weder gefordert noch zugelassen werden, wenn ein Mann seine Vaterschaft mit Zustimmung des Kindes (vgl. § 1600 c) anerkennt." (29)

3,1411: Unrichtige Anerkenntnisse dürften selten sein; (30) vornehmlich nur, wenn die Mutter geheiratet werden soll. Dann aber entspreche die Aufnahme in die Familie dem Wohl des Kindes am ehesten.

3,1412: Über das umständlichere Verfahren der Adoption könnte das gleiche Ergebnis erzielt werden. (30)

3,1413: Auch bei einer Heirat kurz vor der Geburt nimmt das geltende Recht eine Unrichtigkeit des Personenstandes in Kauf (§ 1593 BGB). (31)

3,1414: Auch gegen eine frühzeitige Anerkennung bestehen keine Bedenken:

"Bisweilen wird eingewandt, vor der Geburt lasse sich der Mann, der als Vater benannt wird, zu leicht gefühlsmäßig zu einer Anerkennung der Vaterschaft verleiten. Gleiches gilt aber auch für die erste Zeit nach der Geburt... . Entscheidend für die Abgabe einer Anerkennungserklärung dürften meist nur die Kenntnisse von der Persönlichkeit der Mutter und der Art des geschlechtlichen Umgangs mit ihr sein." (32)

3,142: Das Interesse des Kindes wird durch das Zustimmungserfordernis und sein Anfechtungsrecht ausreichend berücksichtigt. (33)

3,2: Name des Kindes

mot -+ S. 31 + 3,21: Das Kind, das sich regelmäßig bei der Mutter aufhalten
RegE +-S. 90 soll (§ 1705) erhält den jeweiligen Namen der Mutter
RegV +-S.131 (§ 1617).
RE +-S.202

(29) Begründung RV S. 25/26

(30) vgl. Begründung RV S. 26 - einem echten Interesse des tatsächlichen Vaters an seinem Kind wird im Konfliktfall kein Schutz gewährt. Hier wirkt sich die absolute Priorität für die Mutter aus.

(31) vgl. Begründung RV S. 26

(32) Begründung RV S. 27

(33) vgl. Begründung RV S. 27

Führt die Mutter, nachdem sie einmal einen Ehenamen gehabt hat, wieder ihren Mädchennamen, überträgt sich diese Änderung automatisch bis zum 18. Lebensjahr auf das Kind (§ 1617 Abs. 2). Ein späterer Ehemann der Mutter kann dem Kind seinen Namen erteilen (§ 1618).

Es gilt:

"Nach heutiger Auffassung steht die Aufgabe des Geburtsnamens, das Individuum zu kennzeichnen, im Vordergrund. Die Aufgabe, die Abstammung der Person zu kennzeichnen, tritt demgegenüber zurück." (34)

Daraus folgt:

"Das Kind wächst in aller Regel im Lebenskreis der Mutter auf. Es entspricht der Verbundenheit von Mutter und Kind, daß das Kind auch dann denselben Namen wie die Mutter führt, wenn die Mutter infolge Verheiratung einen Ehenamen führt. Die Verschiedenheit der Namen wäre dem Wohle des Kindes auch insofern abträglich, als es die Gefahr vergrößert, daß die Unehelichkeit des Kindes bekannt wird." (35)

		+ 3,22:	Der Ehemann bzw. der frühere Ehemann kann sich gegen
Mot	-	S. 32	die Zuweisung seines Namens nur über die im Scheidungs-
RegE	+	S. 90	recht enthaltene Vorschrift des § 56 EheG wehren.
RegV	-	S.131	
RE	+		

Ein Interesse des Mannes, eine durch den Namen nach außen kundwerdende Verbindung zu dem Kind zu vermeiden, wird nicht mehr erörtert.

		+ 3,23:	Der Name des Vaters kann dem Kind nicht mehr auf
Mot	-	S. 31	seinen Antrag hin erteilt werden.
RegE	+		
RegV	+		
RE	-+	S.203	

Argumente:

3,231: Das Kind befinde sich regelmäßig bei der Mutter und "nur wenige uneheliche Kinder wachsen beim Vater oder in der väterlichen Familie auf." Es dürfe deshalb Kindes- und Muttername nicht auseinanderfallen. (36)

(34) Begründung RV S. 59

(35) Begründung RV S. 59

(36) Begründung RV S. 59

3,232: "Das Kind gewinnt auch nicht etwa dadurch an Wertschätzung, daß es den Namen des Vaters führt." (37)

3,233: "Wenn die Mutter später einen Dritten heiratet, (wäre) die Möglichkeit ausgeschlossen, daß das Kind im Wege der Einbenennung den Namen des Dritten erhält." (37)

3,234: Wächst das Kind nicht bei der Mutter auf, könne es der Vater für ehelich erklären. Sollte es sonst noch einmal geboten sein, dem Kind den Vaternamen zu geben, bliebe noch der Verwaltungsweg offen. (38)

ur Argumentaton:3,24: Es ist ausgeschlossen, daß der Fall, daß der Vater dem Kind seinen Namen nicht erteilen will, dies aber im Interesse des Kindes, etwa bei einer Heimunterbringung, liegen würde, übersehen worden ist. Der Referentenentwurf hat diesen Gesichtspunkt eingehend beachtet (39) und im übrigen hat man sich sonst selbst in der Begründung durch weitgehende wörtliche Übernahme sehr an ihn angelehnt.

Ein verstärkter Schutz der Interessen des Mannes kann kaum für die Abweichung ursächlich sein. Eine Rücksichtnahme auf ihn ist eher verkürzt worden. Die in § 1617 Abs. 2 S. 3 RE noch vorgesehene Möglichkeit des Ehemannes der Mutter, der jedoch nicht Vater ist, die Erteilung seines Namens auf das Kind durch Anrufung des Vormundschaftsgerichts zu verhindern, ist gestrichen worden. Es dürfte vielmehr der Einfluß zum Tragen gekommen sein, der in dieser Regelung, die dem Wortlaut nach auch im Konkubinatsfall eine Namenszuteilung ermöglicht und aus der Sicht des Kindes sicherlich auch häufig gebieten würde (40), eine Gefahr für Ehe und Familie sieht. (41)

(37) Begründung RV S. 59/60

(38) vgl. Begründung RV S. 60

(39) vgl. o. S. 202 f

(40) s. o. S. 197 Fußn. 12

(41) s. u. S. 244 f

3,3: Erziehung des Kindes

Die Erziehung des Kindes einschließlich der elterlichen Gewalt wird grundsätzlich der Mutter übertragen (§§ 1705 ff). Sie wird durch einen Beistand unterstützt (§§ 1708 ff).

Der Vater hat keinen Anspruch, auf die Erziehung des Kindes Einfluß zu nehmen und hat auch ein Verkehrsrecht nur dann, wenn der Erziehungsberechtigte - meist die Mutter - dies zuläßt oder es im Interesse des Kindes durch das Vormundschaftsgericht angeordnet wird (§ 1712). Dem Vater kann die persönliche Verantwortung für das Kind nur in Ausnahmefällen auf Antrag durch Ehelicherklärung übertragen werden (§ 1723).

alle + +3,31: Familienanschluß

Der Familienanschluß wird befürwortet. Er "ist heute selbstverständlich". (42)

Hierbei ist dann zu beachten:

"Dem Wohle des Kindes dient eine feste Zuordnung zur Familie der Mutter oder eine feste Zuordnung zur Familie des Vaters am besten. Es darf nicht soweit kommen, daß das Kind nicht mehr weiß, ob es zur Familie des Vaters oder zur Familie der Mutter gehört." (43)

+3,32: Stellung des Mannes

Mot +x S. 33f
RegE - S. 91f
RegV - S. 132f
RE ++

3,321: Der Vater wird nicht berücksichtigt

Argumente:

3,3211: Es ergebe sich dies aus der Natur der Sache.

"Nach der Natur der Sache kommt nur eine feste und dauernde Zuordnung zur Mutter in Betracht. Das gilt umso mehr, als nach den Erkenntnissen der neueren Psychologie und Pädagogik die ersten Lebensjahre des Kindes entscheidend sind. Mutter und Kleinkind sind körperlich und seelisch einander zugeordnet. Die Mutter muß daher den Vorrang vor dem Vater haben." (44)

(42) Begründung RV S. 61

(43) Begründung RV S. 63

(44) Begründung RV S. 63

3,3212: Er habe am Kind kein Interesse.

"Nur eine kleine Minderheit der Väter (hat) ein Interesse daran, das Kind zu sich zu nehmen. Will der Vater das Kind zu sich nehmen, dann vielfach aus eigensüchtigen Motiven, nämlich um Unterhalt für das Kind einzusparen." (45)

3,3213: Er sei tatsächlich nicht in der Lage, für das Kind zu sorgen.

"Der Vater hat selten die Möglichkeit, die elterliche Gewalt ordnungsgemäß auszuüben. Ist er unverheiratet, so kann er das Kind nicht selbst pflegen. Nur in wenigen Fällen werden die Eltern oder sonstige nähere Verwandte des Vaters zur Pflege bereit sein. Ist der Vater verheiratet und ist das Kind im Ehebruch gezeugt, so wird es erst recht nicht im Haushalt des Vaters aufwachsen können. Heiratet der Vater später eine andere Frau als die Mutter des Kindes, so wird seine Ehefrau in vielen Fällen nicht bereit sein, das Kind zu sich zu nehmen. Ist sie dennoch dazu bereit, so wird die Stiefmutter oft kein voller Ersatz für die leibliche Mutter sein." (46)

3,3214: Der Verkehr zwischen Mutter und Kind läßt sich nicht so stark beschränken wie etwa der Verkehr zwischen Vater und Kind. Zwischen Mutter und Kind kann sich bereits eine echte Bindung entwickelt haben, die nicht völlig zerschnitten werden darf." (46)
Es wird apodiktisch, ohne Begründung, davon ausgegangen, daß der Mutter ein Besuchsrecht in jedem Fall verbleiben m u B . (47)

3,3215: Es würde "nicht durch einen Beistand überwacht." (48)

3,3216: Er habe andere rechtliche Möglichkeiten.
"Er kann die Mutter des Kindes heiraten, er kann das Kind für ehelich erklären lassen, er kann zum Vormund bestellt werden, er kann das Kind als Pflegekind zu sich nehmen oder er kann es adoptieren." (49)

Zur Argumentation: 3,322: Die kritischen Überlegungen, die zu dieser Argumentation im Zusammenhang mit dem Referentenentwurf angefügt worden sind, gelten an dieser Stelle in gleicher Weise. (50)

(45) Begründung RV S. 63 - ebenso S. 64: aus selbstsüchtigen Motiven

(46) Begründung RV S. 63

(47) vgl. Begründung RV S. 63

(48) Begründung RV S. 64

(49) Begründung RV S. 63

(50) s. hierzu o. S. 204 ff

+3,33: Stellung der Mutter

Mot ++
RegE -+ S. 93
RegV -+ S.134
RE ++

Da es "selbstverständlich" (51) sei, das Kind möglichst in einer Familie heranwachsen zu lassen,entspreche es "der Natur der Sache" (52) der mütterlichen Familie den Vorzug zu geben.

3,34: Inhalt des Erziehungsrechtes

alle +

+3,341: Gleichstellung aller nicht-ehelichen Kinder.
Eine Differenzierung wird nicht erörtert.

Mot -- S. 36
RegE -+ S. 93
RegV -+ S.134
RE ++

+3,342: Elterliche Gewalt

Im Grundsatz wird die elterliche Gewalt der volljährigen Mutter - also der Personensorgeberechtigten - übertragen.

3,3421: Elterliche Gewalt mit der Geburt des Kindes (§ 1705).

Argumente:

3,34211: Elterliche Gewalt und Personensorge gehören zusammen.

"Wird der Mutter die Personensorge ohne die Vertretung, hingegen dem Vormund die Vertretung des Kindes nach außen zugeteilt, so ist dies keine echte Aufgabenteilung, da bei jedem Vertretungsakt in persönlichen Angelegenheiten (z. B. Abschluß eines Operationsvertrages oder Lehrvertrages) zugleich auch die Personensorge berührt wird. Die Frage, was zu geschehen hat, wenn sich Mutter und Vormund nicht einigen, bleibt ungeklärt." (53)

3,34212: Vermögensvorteile

Das Kind habe nur sehr selten eigenes Vermögen. (54)
Ein Interessenwiderstreit könne allerdings im Einzelfall auftreten. Aber:

"Erstreckt sich die elterliche Gewalt ehelicher Eltern auch auf Vermögensangelegenheiten des Kindes, so muß dies grundsätzlich auch für die uneheliche Mutter gelten." (55)

3,3422: Begrenzung der elterlichen Gewalt

Die Amtsvormundschaft soll durch einen Beistand ersetzt werden, sie könne nicht ersatzlos wegfallen.

-
- (51) Begründung RV S. 61
(52) Begründung RV S. 63
(53) Begründung RV S. 62
(54) vgl. Begründung RV S. 61
(55) Begründung RV S. 62

In dem Bemühen, den Vater festzustellen und der Unterhaltssicherung müsse die Mutter unterstützt werden.

"Neben diesen wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist die seelische Situation der Mutter zu berücksichtigen. Nicht selten ist sie von Enttäuschung, von Haßgefühlen gegen den Vater des Kindes oder gar von Verzweiflung bestimmt...."

Auch wenn die Mutter im allgemeinen sich ihrer Verantwortung bewußt und zur Ausübung der elterlichen Gewalt geeignet ist, würde es die Lage des Kindes verschlechtern, wenn die Mutter bereits kraft Gesetzes die uneingeschränkte elterliche Gewalt erhielte und das Kind damit des besonderen Schutzes, den ihm die bisherige Regelung gewährt, verlustig ginge." (56)
Der Aufgabenkreis des Beistandes müsse auf die konkreten Verhältnisse abgestellt werden können. Deshalb "ist eine bewegliche Regelung verboten, die dem Einzelfalle Rechnung trägt." (57)

mot +
RegE - S. 94
RegV - S.135
RE ++

+ 3,343: Kontakt zum anderen Elternteil

3,3431: Die Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Erziehung wird als Gefahr angesehen. Mutter und Vater könnten unterschiedliche Ziele verfolgen. (58)

3,3432: Ein gesetzlicher Anspruch auf ein Besuchsrecht wird nicht gegeben. Der Vater kann aber das Vormundschaftsgericht anrufen (§ 1712).

Argumente:

3,34321: Soziologisch gesehen stehe der nicht-eheliche Vater dem Kind "erheblich ferner" als Großeltern ihrem ehelichen Enkel, die auch kein Besuchsrecht haben. (59)

3,34322: Nach neueren psychologischen Erkenntnissen spiele der Vater für die Entwicklung des Kindes zwar eine bedeutsame Rolle. (Die Abwesenheit des Vaters ist aber) "dadurch bedingt, daß Vater und Mutter nicht in einer Ehe zusammenleben; sie gehört somit zum Schicksal des unehelichen Kindes." (59)

3,34323: Die Gefahr, daß eine innere Familienharmonie bei der Mutter gestört werde, sei zu groß. Gerade im Interesse des Kindes sei dies zu vermeiden. (60)

-
- (56) Begründung RV S. 62
(57) Begründung RV S. 65
(58) vgl. Begründung RV S. 70
(59) Begründung RV S. 68
(60) vgl. Begründung RV S. 68

3,4: Versorgung des Kindes

Die persönliche Betreuung obliegt der Mutter als Erziehungsberechtigten, den finanziellen Bedarf hat der Vater abzudecken (§§ 1615 a ff). Beide Komponenten werden als Unterhaltsleistungen gewertet.

Die Unterhaltspflicht findet ihren Rechtsgrund letztlich in der Abstammung. Ihr Inhalt folgt familienrechtlichen Grundsätzen. Aus Praktikabilitätsgesichtspunkten ist ein Regelunterhalt mit Ausnahmeverbehalt vorgesehen (§ 1615 f ff).

+3,41: Rechtsgrund der Unterhaltspflicht

Mot:-: S.39/42 "Der (Unterhalts)anspruch findet seine Rechtfertigung
RegE - S. 95 in der Zeugung, in der daraus folgenden engen Bluts-
RegV - S.136 verwandtschaft und der sich damit ergebenden Verant-
RE ++ wortung für das Kind." (61)

+3,42: Inhalt der Unterhaltspflicht

Mot - S. 40 Als Unterhalt werden sowohl die persönliche Betreuung
RegE - S. 95 des Kindes als auch der finanzielle Beitrag angesehen.
RegV - S.136 "Das bedeutet, daß die Mutter ihre Unterhaltspflicht
RE ++ durch Pflege und Erziehung des Kindes erfüllen kann,
daß also ihre tatsächliche Arbeitsleistung für das
Kind bei der Bemessung des von ihr zu leistenden Un-
terhalts berücksichtigt wird." (62)

3,43: Ausgestaltung der Unterhaltsrente

Mot +x S.40/29f + 3,431: Eine Differenzierung zwischen verschiedenen
RegE - S. 95 Gruppen nicht-ehelicher Kinder wird nicht vorgenommen.
RegV - S. 136
RE ++

- (61) Begründung RV S. 43 - es wird zwar gleichzeitig neben der Abstammung auch auf die Zeugungshandlung Bezug genommen, daraus aber keine Konsequenz gezogen. Wenn auch argumentiert wird, daß dem Vater hieraus eine "besondere Verantwortung" zufalle und für die Unterhaltshaftung der väterlichen Eltern zunächst noch auf Art. 6 Abs. V GG verwiesen wird (vgl. Begründung RV S. 43), wird bei der prinzipiellen Verpflichtung der väterlichen Großeltern wieder auf den letztlich entscheidenden Gesichtspunkt, den der Abstammung, zurückgegriffen: "Die Haftung der Großeltern kann somit nur daraus hergeleitet werden, daß die unehelichen Kinder in gerader Linie von ihnen abstammen." (Begründung RV S. 44)
- (62) Begründung RV S. 46

Mot - S. 40
RegE -+ S. 95
RegV -+ S.136
RE ++

+ 3,432: Die Unterhaltsrente ist als familienrechtliche Forderung konzipiert.

"Der Unterhaltsanspruch des unehelichen Kindes gegen seinen Vater hat ebenso familienrechtlichen Charakter wie andere Unterhaltsansprüche unter Verwandten...
... Hieraus folgt, daß die Grundsätze, die für die Regelung des Unterhalts unter Verwandten als gerecht angesehen werden, auch im Verhältnis zwischen dem unehelichen Kind und seinem Vater angewendet werden sollten, es sei denn, daß wichtige Gründe eine Abweichung im einzelnen rechtfertigen." (63)(64)

Es werden im Grundsatz die wesentlichen, einen typischen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch auszeichnenden Besonderheiten übernommen.

Beispiele:

3,4321: Leistungsfähigkeit des Vaters und Bedürftigkeit des Kindes werden berücksichtigt (§ 1615 a iVm §§ 1602, 1603). (65)

Eine Verpflichtung des Vaters über seine Leistungsfähigkeit hinaus könne ohnehin auch in der Zwangsvollstreckung nicht verwirklicht werden und gefährde den Unterhalt der ehelichen Kinder. (66)

3,4322: Väterliche Eltern und Verwandte haften (§§ 1615 a, 1601).

3,4323: Abkömmlinge des Kindes sind unterhaltsberechtig (§§ 1615 a, 1601).

3,4324: Es besteht eine gegenseitige Unterhaltspflicht.

3,4325: Die Dauer der Unterhaltspflicht ist nicht begrenzt. "Dies wäre sachlich nicht gerechtfertigt und würde in Widerspruch zu Art. 6 Abs. V GG stehen." (67)

Mot - S. 42
RegE -+ S. 96
RegV -+ S.137
RE ++

+ 3,433: Die Höhe der Unterhaltsrente richtet sich nach der Lebensstellung auch des Vaters. Das Kind solle an seinem Lebensstandard teilhaben können. Daß eventuell Mutter und Geschwister an erhöhten Zahlungen partizipieren könnten, müsse hingenommen werden. (68)

(63) Begründung RV S.43

(64) Die Bezugnahme auf die Motive zum BGB, die hier zur Stützung dieser Auffassung folgt, ist sachlich nicht gerechtfertigt - vgl. o. S. 211 Fußn. 60; o. S. 39 ff

(65) Die Bedürftigkeit des Kindes wird allerdings bis zur Höhe des Mindestunterhalts nicht berücksichtigt während der ersten 18 Jahre (§ 1615 f)

(66) vgl. Begründung RV S. 43

(67) Begründung RV S. 45

(68) vgl. Begründung RV S. 47

Mot --
RegE --
RegV --
RE ++

+ 3,434: Der Vater ist grundsätzlich verpflichtet, wenigstens einen behördlich festzusetzenden Regelunterhalt zu zahlen (§ 1615 f).

Damit soll vor allem verhindert werden, daß mit dem Einwand mangelnder Leistungsfähigkeit Prozesse verzögert werden. (69) Der Regelunterhalt kann nur in Ausnahmefällen reduziert werden (§ 1615 h) (70), höchstens aber auf den Betrag, den der Vater leisten müßte, wenn das Kind ehelich wäre. Über § 1615 a iVm §§ 1606 III, 1603 III, 2 können hierbei auch Einkünfte der Frau berücksichtigt werden.

3,5: Erbrechtliche Stellung des Kindes

alle + + 3,51: Gegenüber der Mutter

Ein Erbrecht gegenüber der Mutter wird nicht weiter erörtert. Es ergibt sich dies daraus, daß das Kind grundsätzlich die Stellung eines ehelichen erhält.

3,52: Gegenüber dem Vater

§ 1589 Abs. 2 BGB, der familienrechtliche Beziehungen zwischen Vater und Kind im Wege steht, soll gestrichen werden. In konsequenter Fortentwicklung wird auch ein Erbrecht gegenüber dem Vater dem Grunde nach bejaht. Zwischen einem über den Tod hinaus weiterbestehenden Unterhaltsanspruch und einem erbrechtlichen Anspruch wird generell zugunsten einer erbrechtlichen Beteiligung entschieden. (71)

neu F S.50;+S.

117+;

B/C S.155;

+ ADR+S.110;

44.DJT S.192

Mot - S. 44

RegE - S. 98

RegV - S.139

RE - S.214

+ 3,521: Fortgeltender Unterhaltsanspruch

Ein fortgeltender Unterhaltsanspruch entfällt. Das Kind wird erbrechtlich - zumindest wertmäßig - einem ehelichen Kind völlig gleichgestellt. Damit erübrigt

(69) vgl. Begründung RV S. 48

(70) Ausnahmegründe sind andere Unterhaltsverpflichtungen, eigenes Einkommen des Kindes und allgemein, wenn es die Billigkeit verlangt.

(71) Damit ist die o. S. 213 Fußn. 67 kritisierte Argumentationsblüte in der Begründung zum Referentenentwurf beseitigt worden.

sich eine Sonderregelung für den Unterhalt. (72)
Ein Unterhaltsanspruch anstelle des Erbrechts
verkürze im Ergebnis die Rechtsposition des Kindes.

"Da die meisten unehelichen Kinder von Männern im jugendlichen Alter erzeugt werden, sind sie in der Regel beim Tode des Vaters nicht mehr minderjährig oder unterhaltsbedürftig, so daß ein auf die Zeit der Minderjährigkeit oder der Unterhaltsbedürftigkeit beschränktes Erbrecht ihnen praktisch nur selten zugute kommen würde. Auch die Zubilligung eines Fortkommensbetrages, dessen Umfang im Einzelfall vom Richter nach Billigkeitsgrundsätzen zu bestimmen wäre, würde das uneheliche Kind, das eines Beitrages zu seinem Fortkommen nicht mehr bedarf, grundsätzlich von einer Beteiligung am Nachlaß ausschalten. Auch diese Regelung würde dem unehelichen Kind somit keine Rechtsstellung geben, die der eines ehelichen Kindes gleichwertig wäre." (73)

ot --
egE - S. 99
egV - S. 139
E - S. 214

+ 3,522: Erbrecht

Das nicht-eheliche Kind erbt wie ein eheliches Kind.
Neben ehelichen Abkömmlingen und neben dem überlebenden Ehegatten erhält es jedoch lediglich einen dem gesetzlichen Erbteil wertmäßig entsprechenden Erbersatzanspruch (§ 1934 a).

Argumente:

3,5221: Grundgedanke

Art. 6 Abs. V GG verlange eine gleichwertige Rechtsstellung. Einer weitgehenden Besserstellung stünden auch andere Verfassungsvorschriften, insbesondere Art. 6 Abs. I GG nicht entgegen:

"Art. 6 Abs. I und Art. 6 Abs. V GG stehen gleichrangig nebeneinander. Die erbrechtlichen Einbußen, die die Mitglieder der ehelichen Familie des Vaters durch das Hinzutreten des unehelichen Kindes erleiden, müssen von ihnen aufgrund des Art. 6 Abs. V GG in Kauf genommen werden." (74)

Bereits die Tatsache einer gegenüber dem ehelichen Kind verminderten Rechtsstellung würde eine Minderung des Ansehens und der gesellschaftlichen Stellung bedeuten, was gerade durch Art. 6 Abs. V GG verhindert werden soll. (75)

Die Grenze einer Gleichstellung ist erst dort zu ziehen, "wo unterschiedliche tatsächliche Voraussetzungen eine abweichende Regelung erfordern." (75)

(72) vgl. Begründung RV S. 92

(73) Begründung RV S. 90

(74) Begründung RV S. 90

(75) vgl. Begründung RV S. 90

3,5222: Gegen den Gesichtspunkt, daß Familiengemeinschaft fehle:

"Zwar ist zuzugeben, daß nach heutiger Auffassung das gesetzliche Erbrecht der Abkömmlinge seine Grundlage und Rechtfertigung nicht allein in der blutsmäßigen Abstammung findet, sondern auch als vermögensrechtliche Nachfolge in die mit dem Erblasser in der Kleinfamilie gelebte Lebensgemeinschaft betrachtet wird. Dem kann aber ... eine entscheidende Bedeutung nicht beigemessen werden." (76)

3,52221: Auch bei ehelichen Abkömmlingen stelle das Gesetz nicht auf die Familiengemeinschaft ab - z. B. bei Kindern aus geschiedener Ehe, bei Tod des Erblassers vor Geburt des Kindes oder in hohem Alter, wenn die Kinder längst eigene Familien gegründet haben. (76)

3,52222: Das Erbrecht des überlebenden Ehegatten werde auch durch Ansprüche der Neffen und Nichten ohne Bezug auf eine Familiengemeinschaft begrenzt. (76)

3,52223: "Es wäre im übrigen höchst unbillig, wenn der für das Kind nachteilige Umstand, daß es nicht in Familiengemeinschaft mit seinem Vater leben kann und diese Gemeinschaft entbehren muß, weiterhin dazu führen würde, daß das Kind im Erbrecht gegenüber ehelichen Kindern benachteiligt wird." (77)

3,5223: Gegen den Gesichtspunkt, daß der mutmaßliche Erblasserwille mißachtet werde:

Es bestehe Testierfreiheit. Gerade im Hinblick hierauf sei es nicht unbedingt die Aufgabe des Gesetzgebers, sich an die Stelle des Erblassers zu setzen und dessen mutmaßlichen Willen zur Geltung zu bringen. Er dürfe zudem Art. 6 Abs. V GG nicht widersprechen.

"Deshalb könnte, von der verfassungsrechtlich grundsätzlich gebotenen Gleichstellung ausgehend, der mutmaßliche Wille allenfalls dazu führen, das uneheliche Kind einem durch Verfügung von Todes wegen von der Erbfolge ausgeschlossenen ehelichen Kind gleichzustellen, ihm also den Pflichtteil eines ehelichen Kindes zuzuerkennen. ...

Im Rahmen der grundlegenden Reform eines Rechtsgebietes können und dürfen nicht nur nach den bisher herrschenden sozialen Anschauungen ausgerichtete Regelungen getroffen werden. Aufgabe der Gesetzgebung ist es vielmehr, durch die Regelung der mangels eines erkennbaren Parteiwillens kraft Gesetzes eintretenden Rechtsfolgen auch ein Leitbild zu schaffen, das für die zukünftige Entwicklung bestimmend sein kann." (78)

(76) Begründung RV S. 90

(77) Begründung RV S. 91

(78) Begründung RV S. 91/92

3,5224: Gegen den Gesichtspunkt, daß das Lebenswerk gefährdet werde:

"Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß Nachlässe nur selten ein 'Lebenswerk' ... umfassen... . Ist im Einzelfall tatsächlich ein 'Lebenswerk' zu erhalten, so wird der Erblasser in der Regel testamentarisch darüber verfügen. ... Die Fortführung ... ist immer gefährdet, wenn mehrere gesetzliche Erben vorhanden sind, da grundsätzlich jeder Miterbe jederzeit die Auseinandersetzung verlangen kann."
(79)

3,5225: Gegen den Gesichtspunkt, daß die Mitarbeit ehelicher Kinder nicht berücksichtigt werde:

Die geltende gesetzliche Erbfolge stelle nicht darauf ab, ob an dem Erwerb des Vermögens ein Erbe mitgewirkt habe. Hier etwaige Ungerechtigkeiten zu vermeiden, sei Aufgabe des Erblassers bzw. der Rechtsprechung - z. B. Anerkennung von Lohnansprüchen. (80)

3,5226: Erbersatzanspruch

Da zwischen Vater und Kind keine familiären Beziehungen unterhalten worden sind, könnte es oft an einem entsprechenden Gefühl für Pietät fehlen. Es bestünde die Gefahr, daß finanzielle Interessen rücksichtslos durchgesetzt würden. Aus diesem Grunde sei es daher angebracht, das Kind nicht in die Erbengemeinschaft aufzunehmen. (80)

3,5227: Gegenseitigkeit

Dies sei "folgerichtig". (81)

(79) vgl. Begründung RV S. 91

(80) vgl. Begründung RV S. 91

(81) Begründung RV S. 92

5. Abschnitt: Stellungnahme von kirchlicher Seite

1. Aus katholischer Sicht

1,1: Beteiligung an der Diskussion bis zur Veröffentlichung des Referentenentwurfs

Die Stellungnahme der der katholischen Kirche nahestehenden Institutionen und Einzelpersonlichkeiten sind im Vergleich zur Reaktion von Kneer (1) auf den Entwurf von 1925 wesentlich differenzierter geworden. Eine motorische Wirkung hin auf eine Veränderung der bestehenden Gesetzesvorschriften kann allerdings auch für die Nachkriegszeit nicht festgestellt werden. (2) Das Thema hat aber immer wieder zur Diskussion gestanden. Schon 1951 wird in "Jugendwohl" - Katholische Zeitschrift für Kinder- und Jugendfürsorge-, dem Publikationsorgan des Caritas-Verbandes, über eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge berichtet und u. a. auch die Vorschläge des Unterausschusses zur Reform des Unehelichenrechts, dessen Vorsitzende Elisabeth Zillken war, verwiesen. (3) Sie enthalten in ihren wesentlichen Punkten:

1,11: Wegfall der exceptio plurium und Verpflichtung des Mannes, dessen Vaterschaft am wahrscheinlichsten ist.

1,12: Keine generelle elterliche Gewalt für die Mutter mit der Geburt des Kindes; Beibehaltung der Amtsvormundschaft.

(1) Kneer, Das uneheliche Kind, 1926 - vgl. o. S. 99 ff

(2) vgl. auch Klein, Jugendwohl 1963, 129, der dem auf dem 44. DJT geäußerten Vorwurf, die Bemühungen zur Verwirklichung des Verfassungsauftrages seien zu schleppend, mit dem Hinweis begegnet, daß Art. 6 Abs. V GG zeitlich unverbindlich sei und sich jede in diese Richtung zielende Kritik wegen der bereits erfolgten Teilreform, §§ 1707, 1708, 1710, von selbst erledige.

(3) Jugendwohl 1951, 4

- 1,13: Keine gleichzeitigen Rechte von Vater und Mutter; keine Rechte für den Vater zu Lasten der Mutter.
- 1,14: Unterhaltsverlängerung auf 18 Jahre.
- 1,15: Haftung der väterlichen Großeltern als Bürgen, wenn durch ihr Verhalten die außereheliche Geburt maßgeblich beeinflusst worden ist.
- 1,16: Kein Erbrecht des Kindes gegenüber dem Vater.

In "Jugendwohl" finden sich dann ferner bis zur Veröffentlichung des Referentenentwurfs 1966 noch Beiträge von Franz Klein, 1950 zu Art. 6 Abs. V GG (4) und 1963 als Betrachtung zum 44. DJT (5) und von Elisabeth Zillken, 1964. (6) In diesen Äußerungen wird eine deutliche Hinwendung zum Kind sichtbar und sein Anspruch auf Achtung, losgelöst vom Verhalten der Eltern, anerkannt. Die frühere Einstellung wird kritisiert.

"Wir hatten bisher eine zu primitive Moralauffassung: Das uneheliche Kind war für sich das äußere Zeichen dafür, daß moralisch etwas nicht in Ordnung war." (7) Man hält zwar daran fest, daß

"außereheliche Zeugung und Geburt sittliche Fehlleistung ist und bleibt, der von der geltenden Rechtsordnung die Legitimität abgesprochen ist." (8)

Um dies aber sichtbar zu machen, wird in erster Linie, durchaus unter Wahrung der Interessen des Kindes, versucht, ein Kontrastbild zum Ehelichenrecht zu erhalten.

Anstatt der Belastung des Kindes durch die Mehrverkehrseinrede, wird dem Mann, wenn nur seine Vaterschaft am wahrscheinlichsten ist, die Unterhaltungspflicht aufgebürdet. (9) Da die Alimentationspflicht damit nicht auf tatsächliche Vaterschaft abgestellt wird, fügt sich die Argumentation, daß deshalb auch die Unter-

(4) Jugendwohl 1950, 194 ff, 221 ff

(5) Jugendwohl 1963, 127 ff

(6) Jugendwohl 1964, 388 ff

(7) Zillken, Jugendwohl 1964, 388; vgl. auch Klein, Jugendwohl 1963, 131 u. 137

(8) Klein, Jugendwohl 1963, 135; ebenso aaO S. 136 u. 1950, 196; vgl. auch Zillken, Jugendwohl 1964, 395

(9) vgl. Vorschläge Zillken, Jugendwohl 1951, 4; Klein, Jugendwohl 1963, 137; Zillken, Jugendwohl 1964, 391

haltszahlungen zeitlich begrenzt werden müssen (10), kein familienrechtliches Beziehungsverhältnis zwischen Kind und Vater bestehen dürfe (11) und ein Erbrecht gegenüber dem Vater abgelehnt wird (12), folgerichtig an die Eingangsbewertung an. (13)

Als typisch kann ein Randlicht zu dem am 20.11.1959 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gebilligten Beschluß zur feierlichen Proklamation des Kindes gelten. In Art. 1 dieser Proklamation war zunächst der Satz enthalten: "Alle Kinder, ob sie in der Ehe oder außer der Ehe geboren seien, sollen in den Genuß dieser Rechte kommen."

Vor der Kommission für Menschenrechte ist das Weglassen dieses Satzes begründet worden:

"Wir möchten nur verhindern, daß die Ehegatten und die in der Ehe geborenen Kinder praktisch selbst eine Diskriminierung erfahren durch Akte, die dem geheiligten Charakter des Ehevertrages entgegen sind."

-
- (10) vgl. Vorschläge Zillken, Jugendwohl 1951, 5; Zillken, Jugendwohl 1964, 394; Wenn einer von 2/3 Männern ausgewählt werde, wäre eine lebenslange Unterhaltspflicht bzw. -bereitschaft unzumutbar.
- (11) vgl. Vorschläge Zillken, Jugendwohl 1951, 5; Klein, Jugendwohl 1963, 136/137; Zillken, Jugendwohl 1964, 392
- (12) vgl. Vorschläge Zillken, Jugendwohl 1951, 5; Klein, Jugendwohl 1963, 138; Zillken, Jugendwohl 1964, 394
- (13) Die Argumentation wird allerdings gelegentlich durch Behauptungen ersetzt bzw. bleibt recht vordergründig: Die natürliche Verwandtschaft mit dem Vater solle zwar anerkannt werden, "allerdings kann das uneheliche Kind mit seinem Vater nicht in gleicher Weise verwandt sein wie das eheliche Kind." Das könnte etwas genauer dargestellt werden - Klein, Jugendwohl 1963, 136.
"Daß der Unterhaltsanspruch des unehelichen Kindes gegen den Vater nicht vom Bedürfnis abhängig sein darf, bedarf keiner näheren Begründung." - Klein, Jugendwohl 1963, 138. Derartig selbstverständlich scheint diese Auffassung eigentlich nicht zu sein.
Ein gegenseitiges Erbrecht zwischen Vater und Kind wird abgelehnt:
"Eine solche gesetzliche Regelung aber würde erhebliche Komplikationen und auch Belastungen des unehelichen Kindes nach sich ziehen." - Zillken, Jugendwohl 1964, 394 -
Damit läßt sich eine solch grundlegende Entscheidung wohl nicht stichhaltig begründen.

Hierzu das Bureau Catholique de l'enfant, Paris, kommentierend:

"Unter diesen Umständen können wir uns nur freuen darüber, daß der erwähnte Satz im endgültigen Text gestrichen wurde." (14)

1,2: Antwort auf den Referentenentwurf und die Regierungsvorlage

1,21: Im Jahre 1963, dem Jahr als sich auch der 44. DJT mit der Nichtehelichenproblematik befaßte, konstituierte sich im Auftrag des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Bonn, der "Katholische Arbeitskreis für Reform des Unehelichenrechts." Er setzte sich aus Vertretern von Wissenschaft, Politik und Sozialpraxis zusammen. Er hat eine umfassende Stellungnahme zu den Vorschlägen des Referentenentwurfs erarbeitet. Das Ergebnis wurde in der Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (15) veröffentlicht. (16) In der Schrift von Maria Grasnick, "Zur Reform des Unehelichenrechts" werden dann die Anregungen und Vorstellungen des Arbeitskreises unter Verwertung auch der Sitzungsprotokolle der Regierungsvorlage mit den in der Zwischenzeit im vorbereitenden Gesetzesverfahren vorgenommenen Änderungen gegenübergestellt. (17) In der Zeitschrift des Caritas-Verbandes, "Jugendwohl" hat sich Franz Klein zum Referentenentwurf geäußert. (18) Eine Bewertung der Regierungsvorlage ergibt sich ferner aus einem Bericht von der Zentraltagung der

(14) vgl. Jugendwohl 1960, 313

(15) FamRZ 1967, 1 ff

(16) Kardinal Frings hat in einem Schreiben vom 10.10.1966 die Tätigkeit des Arbeitskreises wie folgt gewürdigt: "Für die Vorlage der Vorschläge des 'Katholischen Arbeitskreises für die Reform des Unehelichenrechts' spreche ich meinen besonderen Dank aus. Ich bitte, diesen Dank und meine Anerkennung auch den Mitgliedern des Arbeitskreises zu übermitteln. Der Arbeitskreis hat eine überaus wertvolle und gewissenhafte Arbeit geleistet." - zit. nach Grasnick aaO S. 6

(17) Der damalige Weihbischof und Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe und heutige Bischof von Münster Tenhumberg hat zu diesem Buch das Vorwort geschrieben und der Verfasserin seinen "besonderen Dank" ausgesprochen.

(18) Klein, Jugendwohl 1966, 453 ff

Diözesan-Caritasverbände und der zentralen caritativen Fachverbände, die am 23.4.1968 in Münster stattfand. (19) Auch der Sozialdienst katholischer Frauen hat sich zu der Vorlage geäußert. (20)

1,22: Gesamtbeurteilung

Im Grundsätzlichen wird bemängelt, daß eine zu weit gehende Gleichstellung beabsichtigt sei.

Klein (21) befürchtet den zu großen Einfluß jener Kreise, "die heute aus ideologischen Gründen wenigstens die rechtliche Angleichung zwischen dem ehelichen und dem unehelichen Kind in möglichst großem Umfang realisiert sehen wollen." (22)

Grasnick (23) geht für die Regierungsvorlage bereits davon aus, daß die Vorschläge auf der rechtlichen Gleichstellung aufbauen und teilweise gar darüber hinaus gingen. Sie stellt die Frage, ob dadurch Ehe und Familie herabgemindert werden sollen:

"In der jüngsten Reformdiskussion erhoben sich bereits in der Tagespresse Stimmen, die befürchteten, daß es für die Frauen durchaus erwägenswert und vorteilhaft erscheinen könne, von einer Eheschließung abzusehen, um so für ihr Kind in jedem Falle bessere rechtliche Ansprüche zu sichern." (24)

Die weitgehend angestrebte rechtliche Gleichstellung wird aber andererseits gerade deswegen kritisiert, weil sie für das nicht-eheliche Kind Nachteile zur Folge habe (25); so insbesondere auch auf der Zentralratstagung des Caritas-Verbandes vom 23.4.1968, wo eine Ungleichbehandlung aus dem Gesichtspunkt verbesserter Lebenschancen für das Kind gefordert wird. (26)

Die Gesetzesarbeiten gingen zudem zu rasch voran. Es sei bedauerlich, daß Heinemann (27) zu "eiliger Durchführung" (28) dränge.

(19) Jugendwohl 1968, 229 = FamRZ 1968, 304 = ZBlJR 1968, 201

(20) Wiedergabe der Resolution in ZBlJR 1968, 292

(21) Klein Jugendwohl 1966 S. 453 ff

(22) Klein aaO S. 453

(23) Grasnick, Zur Reform des Unehelichenrechts, 1968

(24) Grasnick aaO, S.16

(25) Grasnick aaO, S. 8

(26) vgl. Jugendwohl 1968, 229

(27) Justizminister unter der Regierung Kiesinger

(28) Grasnick aaO, S. 15

"Bevor das Unehelichenrecht im Parlament Entscheidungsgegenstand wird, bedarf es vielmehr gründlicher, vorurteilsfreier, von ideologischen Gründen absehender sachlicher Erörterungen." (29)

Einhellig wird die vorgeschlagene Systematik einer Aufteilung auf die für eheliche Kinder geltenden Vorschriften abgelehnt und gefordert, wie bisher einen selbständigen Abschnitt für das Nichtehelichenrecht beizubehalten. Dies sei aus "optischen Gründen" (30) geboten, weil nur auf diese Weise vermieden werde, daß wegen der zahlreichen Ausnahmenormen der Anschein einer geringerwertigen Regelung und Diskriminierung auftrete. (31) Nur bei zusammenfassender Normierung sei eine "gerechte" (32) Lösung möglich. Auch seien die von diesen Vorschriften betroffenen Kinder zahlenmäßig so gering (33), daß das Ehelichenrecht unnötig unübersichtlich und kompliziert werde. (34) Schließlich findet sich bei Klein (35) - aber auch nur bei ihm - der ausgesprochene Hinweis auf Art. 6 Abs. I GG.

Übereinstimmend wird ferner abgelehnt, § 1589 Abs. 2 BGB zu streichen; er soll neu formuliert werden und ein Verwandtschaftsverhältnis zum Vater ausdrücklich anerkennen. (36)

-
- (29) Grasnick aaO, S. 17; vgl. auch Klein, Jugendwohl 1963, 129 s. o. S. 238 Fußn. 2, ebenso S. 71
- (30) Grasnick aaO, S. 8; vgl. auch Klein, Jugendwohl 1966, 456: "rein optisch" zuviel Gewicht
- (31) vgl. Grasnick aaO, S. 70
- (32) Grasnick aaO, S. 8; vgl. auch S. 71
- (33) Es würden etwa 5 % der Kinder nicht-ehelich geboren. Hiervon würden aber rund 40 % durch nachfolgende Ehe der Eltern legitimiert und ein weiterer Teil später adoptiert. Betroffen würden somit lediglich ca. 2 %. Aber auch dieser Prozentsatz werde sich in der Zukunft "durch eine weitere Verbreitung der empfängnisverhütenden Mittel" noch reduzieren - Grasnick aaO, S. 8/9; vgl. ferner S. 71
- (34) vgl. Zentralratstagung des Caritas-Verbandes, Jugendwohl 1968, 229; Grasnick aaO, S. 71
- (35) Klein, Jugendwohl 1966, 456
- (36) vgl. Grasnick aaO, S. 9, 71; Zentralratstagung des Caritas-Verbandes, Jugendwohl 1968, 229; Klein, Jugendwohl 1966, 455; Resolution des Sozialdienstes katholischer Frauen, ZBlJR 1968, 293

1,25: Einzelbeurteilung

1,231: Vaterschaft

Die Regelung der Vaterschaftsfrage findet, von abweichenden Detailvorschlägen abgesehen, Zustimmung. Die Möglichkeit des Vaterschaftsanerkennnisses und die Richtlinien für die gerichtliche Vaterschaftsfeststellung werden befürwortet. Es wird auch akzeptiert, daß im Einzelfall einmal kein Vater bei Mehrverkehr festgestellt werden kann. Im Hinblick auf die naturwissenschaftlichen Fortschritte glaubt man dieses Ausnahmerisiko hinnehmen zu können. (37)

Es werden zahlreiche kleinere Korrekturen vorgeschlagen. Dem speziellen Schutzgedanken für die eheliche Familie sind die Anregungen zuzurechnen, ein geheimes Anerkenntnis und ein Anfechtungsrecht auch der Ehefrau und der ehelichen Abkömmlinge des Anerkennenden nach dessen Tod bei noch bestehendem eigenen Anfechtungsrecht zuzulassen. (38)

1,232: Name des Kindes

Der Regierungsvorlage wird zugestimmt.

Die in § 1618 RE vorgeschlagene Möglichkeit, dem Kind im Ausnahmefall auch wenn es sich nicht beim Vater aufhält, seinen Namen zu geben, wird abgelehnt. Es bestehe hierfür kein tatsächliches Bedürfnis; es sei nur zu befürchten, daß Mütter hierauf hinwirken würden, um dem Mann Schwierigkeiten zu bereiten. (39)

1,233: Erziehung des Kindes

1,2331: Stellung des Vaters

Der Ausschluß des Vaters von irgendwelcher Einflußnahme auf das Kind wird begrüßt; er soll mit den

(37) vgl. Grasnack aaO, S. 40 ff - zu § 1600 o RV S. 62-64; nicht ganz so zustimmend, Zentralratstagung des Caritasverbandes, Jugendwohl 1968, 230 und Klein, Jugendwohl 1966, 458, der Bedenken äußert und ohne dies direkt zu fordern, mehr dazu neigt, den jeweils wahrscheinlichsten "Vater" zu verpflichten.

(38) vgl. Grasnack aaO, Nr. 11 - S. 47 -, Nr. 18 - S. 52

(39) vgl. Grasnack aaO, Nr. 101 - S. 110 -; die besondere Situation eines Heimaufenthaltes des Kindes mit absoluter Interesselosigkeit der Mutter wird nicht erörtert.

Vorschlägen des Referentenentwurfs und der Regierungsvorlage auf die bisherigen Möglichkeiten, vor allem auf die Ehelicherklärung, angewiesen bleiben. (40) Man folgt der Argumentation der beiden amtlichen Vorlagen (41), die volle Zustimmung verdiene. (42) Ergänzend wird die Ansicht vertreten, daß ein stärkere Position des Mannes wegen eines Verstoßes gegen Art. 6 Abs. I GG grundgesetzwidrig wäre (43), wobei vor allem die Ehe des Vaters zu schützen sei (44) und daß die Erzeugung noch keinen Anspruch auf ein Elternrecht begründe; von jenen Stimmen, die von "den Interessen des Vaters, seiner Position und seinen Rechten sprechen" (45), könne man sich nicht deutlich genug distanzieren. Die vage Möglichkeit, daß das Vormundschaftsgericht einmal zum "Wohle des Kindes" (§§ 1713 RE; 1712 RV) auch gegen den Willen der erziehungsberechtigten Mutter ein Verkehrsrecht zulassen könne, wird abgelehnt. (46) Bei entsprechenden Anordnungen in Scheidungsfällen seien zu oft schwere psychische Schäden für die Kinder die Folge gewesen. (47)

1,2332: Stellung der Mutter

Von Klein (48) und seitens des Caritas-Verbandes (49) wird kritisiert, daß der Mutter mit der Geburt des Kindes zugleich die elterliche Gewalt zufallen solle. Der Systematik des Familienrechts wäre besser gedient, wenn der elterlichen Gewalt in Bezug auf eheliche Kinder die Amtsvormundschaft bei nicht-ehelichen Kindern gegenübergestellt bliebe.

-
- (40) vgl. Grasnick aaO u. a. S. 75
 - (41) vgl. o. S. 203 ff u. 229 ff
 - (42) s. u. a. Klein, Jugendwohl 1966, 460
 - (43) Grasnick aaO Nr. 49 - S. 73
 - (44) vgl. Grasnick aaO Nr. 52 - S. 75
 - (45) Grasnick aaO Nr. 51 S. 74
 - (46) vgl. Klein, Jugendwohl 1966, 460; Grasnick aaO. S. 11, Nr. 69 - S. 88
 - (47) so Grasnick aaO Nr. 69 S. 89
 - (48) vgl. Klein, Jugendwohl 1966, 459; Sozialdienst katholischer Frauen, ZBlJR 1968, 293
 - (49) Zentralratstagung des Caritas-Verbandes, Jugendwohl 1968, 230

Der Arbeitskreis stimmt dagegen dem Referentenentwurf und der Regierungsvorlage zu. (50) Allerdings sollte die Beistandschaft weiter ausgebaut werden, insbesondere § 1687 BGB, der im Verhältnis zur Rechtsstellung der Eltern für einen Vormund einen erweiterten Zustimmungskatalog für Rechtsgeschäfte vorsieht, anwendbar bleiben und ein stärkeres Kontrollrecht gewährleistet werden. (51)

1,234: Versorgung des Kindes

Von den Versorgungsvorschriften werden zwei wesentliche Grundsätze abgelehnt: Die zeitlich unbegrenzte Alimentationspflicht des Vaters und die gegenseitige Unterhaltsverantwortung von Vater und Kind und hin über die Generationen. Klein sieht hierin eine zu weit gehende von Art. 6 Abs. V GG nicht geforderte Gleichstellung und begründet seine Bedenken aus Art. 6 Abs. I GG. (52) Der Arbeitskreis betont in erster Linie, daß das Kind dadurch nur benachteiligt würde und es wegen der erfahrungsmäßig zu beobachtenden schlechten Zahlungsmoral keinen inneren Grund dafür gäbe, das Kind seelisch damit zu belasten, gegebenenfalls seinerseits den Vater oder dessen Verwandte zu unterstützen. Die in § 1611 RV vorgesehene Befreiungsmöglichkeit bei grober Unbilligkeit werde der Situation nicht gerecht. (53)

Grundsätzlich solle die Unterhaltspflicht nach 18 Jahren enden und nur ausnahmsweise bei Gebrechlichkeit und fortdauernder Ausbildung verlängert werden können. (54) In eingeschränktem Umfang soll es auch möglich sein, die väterlichen Eltern heranzuziehen. (55)

(50) s. Grasnick aaO Nr. 73 - S. 94

(51) vgl. Grasnick aaO Nr. 83 ff - S. 101 ff

(52) Klein, Jugendwohl 1966, 461

(53) vgl. Grasnick aaO vor allem S. 11; ferner Nr. 134 - S. 130 ff; Nr. 133 - S. 129

(54) vgl. Grasnick aaO, Nr. 114 ff - S. 116 ff

(55) vgl. Grasnick aaO, Nr. 130 - S. 126 f

Seitens des Caritas-Verbandes wird weiterhin ein von der Leistungsfähigkeit des Vaters unabhängiger Unterhaltsanspruch verlangt. (56) Einer stärkeren Betonung der Unterhaltspflicht als familienrechtlichen Anspruch wird seitens des Sozialdienstes katholischer Frauen insgesamt widersprochen und gefordert, am bisherigen schuldrechtlichen Prinzip festzuhalten. (57)

1,235: Erbrechtliche Stellung des Kindes

Die Vorschläge zum Erbrecht werden abgelehnt. (58)

Es wird durch den Arbeitskreis lediglich gegenüber den Erben der zweiten Ordnung ein Viertel des Nachlaßwertes als gesetzliches Vermächtnis "trotz Bedenken noch für annehmbar" (59) gehalten. Bei frühzeitigem Tod des Vaters soll es bei der geltenden Regelung verbleiben - Unterhaltsanspruch mit Abfindungsrecht seitens der Erben. (60)

Zur Begründung seiner abweichenden Auffassung werden durch den Arbeitskreis in folgender Reihenfolge genannt: (61)

1,2351: Die Situation des Kindes wird durch ein Erbrecht nicht verbessert; 80 % aller nicht-ehelicher Väter stammen aus ärmlichen Verhältnissen.

1,2352: Die Mitarbeit der Familienangehörigen werde mißachtet, wodurch "der Familiengeist erheblich Schaden leiden" (62) werde. Bereits zu Lebzeiten des Erblassers würden Vermögensverlagerungen vorgenommen, um die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschleiern.

"Auch die bloße Möglichkeit der Zeugung eines uneheleichen Kindes, die bei der hohen Quote der Ehebrüche der Ehemänner einiges Gewicht hat, wird in zahlreichen Familien zu entsprechenden Reaktionen führen. Rechtsanwälte und andere Berater werden sich verpflichtet fühlen, auf ein kommerzielles Verhalten hinzuwirken." (62)

(56) Zentralratstagung des Caritas-Verbandes, Jugendwohl 1968, 230

(57) vgl. ZBlJR 1968, 293

(58) vgl. Grasnick aaO, S. 12 ff; Nr. 142 ff - S. 141 ff; Klein, Jugendwohl 1966, 462; Zentralratstagung des Caritas-Verbandes, Jugendwohl 1968, 230; Sozialdienst katholischer Frauen, ZBlJR 1968, 293

(59) Grasnick aaO, Nr. 144 - S. 149

(60) Grasnick aaO, Nr. 150 - S. 151

(61) s. Grasnick aaO, Nr. 149 - S. 141 ff

(62) Grasnick aaO, S. 143

Es sei die Frage aufzuwerfen, ob nicht ein Erbrecht des nicht-ehelichen Kindes für die eheliche Familie "in den Bereich des psychisch Unzumutbaren rückt." (62)

1,2353: Der mutmaßliche Wille des Erblassers, dem auch die gesetzliche Erbfolge zu entsprechen habe, werde verletzt.

1,2354: Da die nächsten Angehörigen, "dieser zahlenmäßig keinesfalls unbedeutende Personenkreis" (63), das nicht-eheliche Kind als Eindringling empfinden müßten, würde die negative Einstellung der Allgemeinheit gegen diese Kinder verfestigt und verstärkt.

1,2355: Art. 6 Abs. I GG stehe einer erbrechtlichen Beteiligung entgegen.

Den vom Arbeitskreis zuletzt angeführten Gesichtspunkt stellt Klein (64) an die Spitze. Zu den Vorschlägen des Referentenentwurfs mit der fortdauernden Unterhaltspflicht und einem stark reduzierten Erbrechtsanspruch führt er aus:

"Im Prinzip wird damit die unterschiedliche Verwandtschaft des ehelichen und des unehelichen Kindes bereits bestätigt. Es erhebt sich die Frage, warum dieses Prinzip nicht konsequent durchgeführt wird und das Kind kein Erbrecht nach dem Vater haben soll." (64)

Zur Argumentation:

1,3: Grundlinien der Argumentation

Die in den berücksichtigten Äußerungen eingehaltene Argumentationsweise ist in sich sachlich wenig konsequent und zudem in mehrfacher Hinsicht widersprüchlich. Mit den amtlichen Vorstellungen besteht insoweit Übereinstimmung, als das Wohl des Kindes genannter herausragender Bezugspunkt ist. Er kann hingegen nicht immer bestimmend gewesen sein.

Es wird zwar einerseits gefordert, die Befugnisse des zum Schutz des Kindes bestellten Beistandes zu erweitern und das Kind von eigenen Unterhaltsverpflichtungen freizustellen. Andererseits wird es aber dadurch, daß es regelmäßig keinerlei Anteil am väterlichen Erbe haben soll, benachteiligt.

(62) Grasnack aaO S. 143

(63) Grasnack aaO S. 146

(64) Klein, Jugendwohl 1966, 462

Werden die Einzelpunkte überprüft, läßt sich feststellen, daß zwar Bereitschaft besteht, die rechtliche Systematik auch zugunsten des Kindes zu durchbrechen und durch Einschränkung des Elternrechts und Aufgabe des das Unterhaltsrecht beherrschenden Abstammungsgrundsatzes gegenüber dem ehelichen Kind eine Vorzugsstellung einzuräumen, andererseits aber dann, wenn die Institutionen Ehe und Familie tangiert werden, nicht einmal eine Gleichordnung zugelassen wird. Daraus ist zu folgern, daß diesen gesellschaftlichen Einrichtungen gegenüber dem Interesse des Kindes noch ein Vorrang eingeräumt wird, es selbst somit nicht an der Spitze der Erörterungen steht.

Diese Rangfolge wird lediglich von Klein auch in der Argumentation konsequent betont. Der Arbeitskreis nennt diesen Gedanken, wenn überhaupt, nur beiläufig, meist am Schluß einer Argumentationskette. Das bedingt fast zwangsläufig Kuriositäten:

- 1,31: Einerseits wird der den amtlichen Vorschlägen zugrunde liegenden Besserstellung des nicht-ehelichen Kindes entnommen, die Mutter könnte wegen der verbesserten Situation des Kindes bereits auf die Idee kommen, gerade deshalb von einer Ehe abzusehen, andererseits sei aber die Position des Kindes wiederum durch eine weitgehende Gleichordnung so gefährdet, daß "verbesserte" Schutznormen geschaffen werden müßten. (65)
- 1,32: Eine aus "optischen" Gründen abzulehnende Aufteilung der das nicht-eheliche Kind betreffenden Vorschriften habe wegen der erforderlichen Ausnahmenvorschriften diskriminierende Wirkung, ein zusammenfassender Sonderabschnitt dagegen nicht. (66)
- 1,33: Darüber, daß § 1589 Abs. 2 BGB inhaltlich wegfallen müsse, besteht Einigkeit. Gleichwohl wird gefordert, § 1589 Abs. 2 BGB beizubehalten und ihn lediglich

(65) vgl. o. S. 242

(66) vgl. o. S. 243

in eine sachliche Leerformel dahin umzugestalten, daß er ausdrückt, die vorher existierende Bestimmung sei nicht mehr existent. (67)

- 1,34: Einerseits erfasse das Nichtehelichenrecht einen zahlenmäßig derartig geringen Personenkreis, daß damit das Ehelichenrecht nicht belastet werden dürfe, andererseits sei der durch etwaige Erbrechtsverpflichtungen betroffene Personenkreis wiederum so groß, daß durch ihn das gesellschaftliche Bild des nicht-ehelichen Kindes nachhaltig negativ beeinflusst werde, (68) - ganz abgesehen davon, daß vorrangig eine gesellschaftliche Stellung nicht durch die Meinung und vermögensmäßige Teilungsbereitschaft der Verpflichteten, sondern durch die Dritten gegenüber in Erscheinung tretenden rechtlichen Befugnisse bestimmt wird.
- 1,35: Regelmäßig werde ein Erbrechtsanspruch wegen allgemein schlechter Vermögenslage kaum einmal relevant werden, gleichwohl bestehe die relevante Gefahr unliebsamer vorzeitiger Vermögensverschiebungen (69) - ganz abgesehen davon, daß ein gesetzlich anzustrebendes Ziel nicht deshalb aufgegeben werden sollte, weil dadurch im Einzelfall die Möglichkeit manipulativer Gesetzesumgehung begründet wird.
- 1,36: Daß durch Entscheidung des Vormundschaftsgerichts grundsätzlich mögliche Verkehrsrecht wird mit der als unerfreulich erkannten Situation in Scheidungsfällen verglichen. (70) Hierbei wird verschwiegen, daß das Vormundschaftsgericht seine Entscheidung auf das Wohl des Kindes auszurichten hat, während das Besuchsrecht des geschiedenen Vaters ihm aus seiner elterlichen Position auch unabhängig von dem Kindesinteresse zusteht.

(67) vgl. o. S. 243

(68) vgl. o. S. 243 u. 247/248

(69) vgl. o. S. 247/248

(70) vgl. o. S. 245

1,37: Der Mann spielt bei der rechtlichen Nominierung überhaupt keine Rolle. Er wird 'mal geschützt (71), 'mal völlig rechtlos gestellt (72) - je nachdem, wie es gerade in das angestrebte Distanzbild am besten paßt.

2. Aus evangelischer Sicht

Die Familienrechtskommission der evangelischen Kirche hat kurz vor Veröffentlichung des Referentenentwurfs dem Justizministerium eine Stellungnahme zugeleitet. (73)

Hierin bittet sie, sorgsam darauf zu achten, Ehe und Familie nicht zu gefährden. Es wird begrüßt, daß § 1589 Abs. 2 BGB gestrichen werden soll.

Die allgemein gehaltenen Empfehlungen zeigen in keinem Punkt einen krassen Gegensatz zu dem Referentenentwurf und der Regierungsvorlage.

2,1: Hinsichtlich der Vaterschaftsfeststellung drängt man auf die Ermittlung des tatsächlichen Vaters und äußert gegen das Modell einer etwaigen gesamtschuldnerischen Haftung mehrere Bedenken.

2,2: Zur Namenszuweisung wird nichts ausgeführt.

2,3: Das Erziehungsrecht wird möglichst "frei von störenden Einflußmöglichkeiten des Vaters" (74) einseitig der Mutter zugesprochen, wobei ihr grundsätzlich, wenn der Schutz des Kindes im Einzelfall sichergestellt sei, "trotz ihrer Verletzung des göttlichen Gebotes" (74) auch mit der Geburt die elterliche Gewalt übertragen werden könne. Gegen den Willen der erziehungsbe-

(71) vgl. u. a. o. S. 244 - auch nicht ausnahmsweise Anspruch auf den Namen des Vaters

(72) vgl. u. a. o. S. 245 - das Gerede von einem Elternrecht des Vaters müsse aufhören

(73) abgedruckt in JZ 1966, 735

(74) Familienrechtskommission JZ 1966 S. 736

berechtigten Mutter solle der Vater auch regelmäßig kein Besuchsrecht haben. Ausnahmen seien jedoch möglich, z. B. wenn das Kind im Heim oder bei Pflegeeltern sei. Das Vormundschaftsgericht habe im Interesse des Kindes im Konfliktfall zu entscheiden.

- 2,4: Die bisherige schuldrechtliche Unterhaltsforderung solle den familienrechtlichen Grundsätzen angepaßt werden.
- 2,5: Ein Erbrecht des Kindes sei gerechtfertigt. Es sei jedoch ein Ausgleich mit den nächsten Angehörigen des Erblassers zu finden, um schwerwiegende, familienzerstörende Auswirkungen zu vermeiden.

6. Abschnitt: Stellungnahme von fürsorgerischer Seite

1. Beteiligung an der Diskussion bis zur Veröffentlichung des Referentenentwurfs

Seitens der Fürsorge ist durch das Deutsche Institut für Vormundschaftswesen (1) und insbesondere seinen Direktor Dr. Heinrich Webler (2) die Diskussion immer wieder aufgegriffen worden. Sein Publikationsorgan, das Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt (3), enthält zahlreiche Beiträge, die sich mit den Reformbemühungen um ein neues Nichteheleichenrecht befassen. (4) Es werden Tagungen ab-

-
- (1) Früher "Archiv Deutscher Berufsvormünder" (1906-1933), "Deutsches Jugendarchiv" (1933-1937), "Deutsches Institut für Jugendhilfe" (1937-1952), ab 1952 "Deutsches Institut für Vormundschaftswesen"
 - (2) Seit 1923 Leiter der Geschäftsstelle des Archivs Deutscher Berufsvormünder
 - (3) Früher- von 1909 bis 1924 - Zentralblatt für Vormundschaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung
 - (4) 1951, 67: Pfaff - Ist das uneheliche Kind minderwertig?
1951, 69: Zur Kriminalität der Unehelichen
1951, 110: Vorlage des überarbeiteten Entwurfs des Archivs Deutscher Berufsvormünder von 1926
1951, 128: Pelle - Die Neuordnung des Unehelichenrechts aus der Sicht des Amtsvormundes
1951, 152: Bericht über eine Tagung des Deutschen Instituts für Jugendhilfe, 25./26.5.1951 in Lippstadt. Eines der zwei Hauptthemen: Neues Unehelichenrecht
1953, 164: Beschlüsse von der Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge vom 6.7.1953 in Düsseldorf
1956, 301: Webler - Elterliche Gewalt für die außereheliche Mutter?
1957, 41: Webler - Zum Zeugnisverweigerungsrecht des außerehelichen Kindes im Strafverfahren gegen seinen Vater
1958, 181: Brüggemann - Einwirkungen des Gleichberechtigungsgrundsatzes auf das Unehelichenrecht
1958, 290: Urbach - Zum künftigen Unterhaltsrecht der Unehelichen
1958, 223: Webler - Diskriminierte Mütter?
1959, 40: Isbary - Die Situation des unehelichen Kindes
1959, 213: Riedel - Zur Reform der Amtsvormundschaft

Tagungen abgehalten (5), Reaktionen auf Gesetzesvorhaben
(6) wie private Schriften (7) veröffentlicht, durch Unter-

-
- 1959,218: Webler - Stellungnahme zum Beitrag Riedel für das Deutsche Institut für Vormundchaftswesen
 - 1960,207: Niclas - Die elterliche Gewalt für die uneheliche Mutter und das Grundgesetz
 - 1960,228: Webler - Neue Grundlagen für eine Reform des Unehelichenrechts, Stellungnahme zu dem ersten von Groth vorgelegten Ergebnis eines 1954 von der Jugendkommission der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge in Auftrag gegebenen Untersuchungsberichts über die soziale Lage des unehelichen Kindes
 - 1960,288: Meier - Zum Entwurf des Familienrechtsänderungsgesetzes
 - 1961,102: Webler - Verwirrung im Unehelichenrecht, Antwort auf die Schrift von Hildegard Krüger "Die Rechtsstellung des unehelichen Kindes nach dem Grundgesetz". Berlin 1960
 - 1961,195: Webler - Zur personalen Rolle des Vaters im Leben des unehelichen Kindes
 - 1961,285: Pelle - Das uneheliche Kind und sein Vater
 - 1962,106: Pelle - "Die gleichen Bedingungen"
 - 1962,201: Webler - Daseinsform der unehelichen Kinder; Stellungnahme zu Groth: "Kinder ohne Familie", Ergebnis der Untersuchungen des Soziographischen Instituts der Universität Frankfurt, beauftragt vom Rechtsausschuß der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendhilfe, dieser beauftragt 1953 von der Bundesregierung
 - 1962,282: Webler - Kinder durchweg einfachster Herkunft?
 - 1962,314: Reuther - Strukturen einer Amtsvormundschaft
 - 1963,174: Beitzke - Zur Neuordnung des Unehelichenrechts, Kommentierung des sog. Heidelberger Entwurfs und Stellungnahme zu den Beschlüssen des 44. DJT
 - 1963,199: Vorlage des sog. Heidelberger Entwurfs
 - 1964, 38: Mösoner - Randbemerkungen zur Reform des Unehelichenrechts
 - (5) vgl. z. B. 1951: Tagung des Deutschen Instituts für Jugendhilfe, Lippstadt
 - 1953: Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge, Düsseldorf
 - 1961: Arbeitstagung in Coburg
 - 1963: Arbeitstagung in Goslar
 - (6) vgl. z. B. Meier - Zum Entwurf des Familienrechtsänderungsgesetz ZBlJR 1960, 288
 - (7) vgl. z. B. Webler - Zur Schrift von Hildegard Krüger: "Die Rechtsstellung des unehelichen Kindes nach dem Grundgesetz", Berlin 1960, ZBlJR 1961, 102

suchungen und Analysen (8) dem Gesetzgeber Unterstützung gewährt und schließlich 1951 und 1963 eigene Entwürfe (9) vorgelegt. Gleichwohl wird nicht gedrängt und nicht nachhaltig die Erfüllung des Verfassungsauftrages in Art. 6 Abs. V GG gefordert. Man habe bereits "seit einem halben Jahrhundert unbestritten den fortschrittlichsten Unehelichenschutz der Welt." (10) Das so außerordentlich Positive der geltenden Regelung wird in der durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 9.7.1922 (11) eingeführten Amtsvormundschaft gesehen. Die Furcht ist groß, daß mit einer Gesetzeskorrektur dieses Institut zugunsten einer elterlichen Gewalt für die Eltern Einschränkungen erfährt. (12) Die generelle Übertragung der elterlichen Gewalt auf die Mutter wird von Webler (13) gar als verfassungswidrig angesehen. Art. 6 Abs. II GG stelle die Pflege und Fürsorge für das Kind in den Vordergrund. Erhalte die nicht-eheliche Mutter die elterliche Gewalt, verlöre das Kind den umfassenden Schutz der Vormundschaft, womit seine Stellung erheblich verschlechtert würde. Elterliche Gewalt "setzt das

-
- (8) vgl. u. a. Webler, ZBlJR 1956, 301 zur elterlichen Gewalt; Webler, ZBlJR 1961, 195 zur Bedeutung des Vaters für ein heranwachsendes Kind; Reuther 1962, 314 statistische Untersuchung
- (9) 1951 - abgedruckt in ZBlJR 1951, 110 (Hildesheimer-Entwurf);
1963 - abgedruckt in ZBlJR 1963, 199
- (10) Webler, ZBlJR 1961, 102 (109); ebenso ZBlJR 1958, 223 (227)
- (11) RGBI I S. 633 - s. o. S. 15
- (12) vgl. u. a. die dem Rechtsausschuß des Bundestages zugeleiteten Darlegungen von Webler, die auch von Beitzke mitunterzeichnet worden sind (ZBlJR 1963, 176 Fußn. 8), in denen zu der beabsichtigten Änderung des § 1707 ablehnend Stellung genommen wird und wo u. a. der Hinweis enthalten ist, dem neuen Nichtehelichenrecht nicht vorzugreifen, ZBlJR 1958, 223 (227)
- (13) Webler, ZBlJR, 102 (106)

Zusammenwirken beider Elternteile voraus". (14) (15)

Diese strikt abweisende Haltung gegenüber der mütterlichen Ausübung der elterlichen Gewalt wird nach dem Familienrechtsänderungsgesetz vom 11.8.1961 (16), das § 1707 BGB einen zweiten Absatz einfügt und die Möglichkeit der Übertragung der elterlichen Gewalt auf die Mutter auf Antrag vorsieht, etwas modifiziert. Es wird jetzt eine strenge Prüfung und für das neue Gesetz eine generelle Unterstützung der Mutter durch eine Amtsbeistandschaft gefordert. (17) Webler (18) geht davon aus, daß das Kind

-
- (14) Webler, ZBlJR 1961, 102 (109); vor einer Beeinträchtigung der Amtsvormundschaft warnen ferner: Webler, ZBlJR 1951, 69 (71); Pelle, ZBlJR 1951, 128 (133), der bereits zu diesem Zeitpunkt eine Umformung der Vormundschaft in eine Beistandschaft bzw. Zuweisung eines Beistandes erörtert; Tagung des Deutschen Instituts für Jugendhilfe, ZBlJR 1951, 152; Webler, ZBlJR 1956, 301 (302); Webler/Beitzke (s. ZBlJR 1963, 176 Fußn. 8), ZBlJR 1958, 223; Isbary, ZBlJR 1959, 40 - aber der Ausnahmeregelung des Gesetz gewordenen § 1707 Abs. 2 zustimmend; Webler, ZBlJR 1959, 218 als Antwort auf einen die elterliche Gewalt für die Mutter befürwortenden Beitrag von Riedel, ZBlJR 1959, 213. Zu der von Riedel geäußerten Auffassung bestünden seitens des Deutschen Instituts für Vormundchaftswesen wesentliche Unterschiede:
"Wir erachten es als Konsequenz der Einführung einer Amtspflegschaft, daß die Frage nach der elterlichen Gewalt der außerehelichen Mutter automatisch der Vergangenheit angehören sollte, ohne daß es einer besonderen 'Lösung' bedürfte." (218) Elterliche Gewalt für die Mutter unter dem Gesichtspunkt der Emanzipation und Gleichberechtigung "scheint uns ein Anachronismus aus der Zeit des liberalen Individualismus oder des frühen Sozialismus zu sein" (219); Pelle, ZBlJR 1961, 285 (289) ders. ZBlJR 1962, 106 ff unter Wiederholung seiner Überlegungen zur Beistandschaft (s. ZBlJR 1951, 128); Beitzke, ZBlJR 1963, 174 (176/177); Mösoner, ZBlJR 1964, 38 ff
- (15) Diese Wertung steht allerdings mit den Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge - Tagung am 6.7.1953 in Düsseldorf - in gewissem Gegensatz. Dort wurde angeregt, der Mutter auf Entscheidung des Vormundschaftsgerichts hin im Einzelfall die elterliche Gewalt zu übertragen, ZBlJR 1953 S. 164
- (16) BGBI I S. 1221 - s. o. S. 13 f
- (17) vgl. Pelle, ZBlJR 1962, 106, der ähnliche Gedanken allerdings bereits 1951 in ZBlJR 1951, 128 ff vorgetragen hat; Beitzke, ZBlJR 1963, 174 (176/177); § 1707 Heidelberger Entwurf (ZBlJR 1963, 199)
- (18) Webler, ZBlJR 1960, 228 (232)

auch gewandelter sittlicher Auffassung mit einem Makel behaftet sei, der allerdings nicht in einem angeblichen sittlichen sexuellen Fehltritt der Eltern, vielmehr in deren mangelndem Verantwortungsbewußtsein zu sehen sei. Die Eltern wollten keine Familie gründen und - jetzt aus der Sicht des Mannes - die Mutter werde zur Heirat für nicht gut genug erachtet und das Kind nicht angenommen. Einen Ausgleich könne nur die Gesellschaft dadurch erzielen, daß sie sich durch die öffentliche Vormundschaft mit dem Kind in besonderer Weise solidarisch erkläre und ihm dadurch ihre eigene Achtung entgegenbringe.

Unter der Perspektive des Kindesinteresse wird in verstärktem Maße die Bedeutung des Vaters für die Entwicklung des Kindes untersucht. (19) Das Kind sei zwar der Mutter leiblich zugeordnet, der Vater sei aber "der geistige Mittler für das Kind in alle außerfamiliäre Bereiche und sein Ausfall (kann) tiefgreifende soziale Störungen hervorrufen." (20) Wenn auch der Vater seine personale Rolle vollwertig nur in der räumlichen Nähe einer Familie erfüllen könne, sei doch eine teilweise Übernahme seiner Funktion außerhalb der Familienbezogenheit ebenfalls möglich. Auf diesen Überlegungen beruht eine befürwortete Stärkung der Position des Mannes bei freiwilligem Vaterschaftsanerkenntnis. (21)

Der 1951 vorgelegte Entwurf (22) enthält in seinen wesentlichen Punkten:

- 1,1: Wegfall der exceptio plurium und Verpflichtung eines Mannes, der mit der Mutter innerhalb der gesetzlichen Empfängniszeit verkehrt hat und nicht ausgeschlossen werden kann - sog. österreichische Lösung. (23)
- 1,2: Für die Namenserteilung wird alternativ der Familienname der Mutter oder der jeweilige Name der Mutter vorgeschlagen. (24)

(19) vgl. Webler, ZBlJR 1961, 195; Pelle, ZBlJR 1961, 285

(20) Webler aaO S. 201

(21) vgl. §§ 1707 a, b, c des Entwurfs von 1951 (ZBlJR 1951, 110); §§ 1709 e, f, g des Entwurfs von 1963 (ZBlJR 1963, 199)

(22) abgedruckt in ZBlJR 1951, 110

(23) § 1705 b

(24) § 1706

- 1,3: Keine elterliche Gewalt für die Mutter mit der Geburt des Kindes; Beibehaltung der Amtsvormundschaft. (25)
- 1,4: Stärkung der Position des Mannes bei freiwilligem Vaterschaftsanerkennnis. (26)
- 1,5: Unterhaltsverlängerung auf 18 Jahre, bei geistigen und körperlichen Gebrechen darüberhinaus, für den gerichtlich festgestellten Vater; Unterhaltsverpflichtung wie gegenüber dem ehelichen Kind bei freiwilligem Vaterschaftsanerkennnis, mindestens jedoch der Betrag, der bei gerichtlicher Vaterschaftsfeststellung zu zahlen wäre. Berücksichtigung eigenen Vermögens des Kindes; eigenes Einkommen ab dem 17. Lebensjahr "in billiger Weise". (27)
- 1,6: Keine Verpflichtung der väterlichen Verwandten. (28)
- 1,7: Kein Erbrecht; fortdauernder Unterhaltsanspruch mit Abfindungsrecht der Erben. Bei Anerkenntnis Wahlrecht des noch unterhaltsberechtigten Kindes auf Kapitalbetrag entspr. dem Pflichtteil (29).

Der Entwurf von 1963 (30) enthält hinsichtlich dieser Grundsätze folgende Korrekturen:

- zu 1,1: bleibt
- zu 1,2: Die Alternativität wird aufgegeben und sachlich die geltende BGB-Regelung vorgeschlagen. (31)
- zu 1,3: Die Beistandschaft wird aufgenommen. (32)
- zu 1,4: bleibt
- zu 1,5: Unterhaltsverlängerung auf 19 Jahre, darüberhinaus bei geistigen und körperlichen Gebrechen und fortdauernder Ausbildung; ab dem 17. Lebensjahr Berücksichtigung eigenen Einkommens nach Billigkeit; Unterhaltsmaßstab grundsätzlich Lebensstellung der Mutter, Ausnahme bei krassem Mißverhältnis; in der Unterhaltsverpflichtung Aufgabe der Differenzierung zwischen gerichtlich festgestellter und freiwillig anerkannter Vaterschaft. (33)

zu 1,6: bleibt

-
- (25) § 1707
(26) §§ 1707, a, b, c
(27) §§ 1708 ff
(28) § 1708
(29) §§ 1712, 1712 a
(30) abgedruckt in ZBlJR 1963, 199
(31) § 1706
(32) § 1707
(33) §§ 1709 a ff

zu 1,7: Erbrecht gegenüber Eltern und Abkömmlingen des Vaters, wenn dieser mindestens zwei Jahre ununterbrochen die elterliche Gewalt oder Personensorge innegehabt hat; gegenüber Geschwistern des Vaters bzw. deren Abkömmlingen und Erben der dritten Ordnung der halbe Nachlaß für das Kind; im übrigen alleiniger Erbe. In gleicher Weise umgekehrtes Erbrecht. Fortbestehen des Unterhaltsanspruchs, wenn keine Erbenstellung. (34)

2. Antwort auf den Referentenentwurf und die Regierungsvorlage

2,1: Nach der Bekanntgabe des Referentenentwurfs berät der Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormundschafswesen in seiner Sitzung vom 3. September 1966 über den vorgelegten Entwurf und nimmt in einer Eingabe hierzu Stellung. (35) Am 8. und 9.5.1967 findet in Heidelberg eine Arbeitstagung statt, an der etwa 400 Amtsvormünder teilnehmen. Die Diskussionsergebnisse werden veröffentlicht. (36) Weitere Beiträge, mehrheitlich zu Einzelfragen, finden sich im Zentralblatt für Jugendrecht. (37) Ein dringender Apell wird

(34) §§ 1712 ff

(35) vgl. ZBlJR 1966, 291

(36) vgl. ZBlJR 1967, 221 u. "Unehelichenrecht im Wandel", Schriften des Deutschen Instituts für Vormundschafswesen, Bd. 4, Heidelberg 1967, S. 122 ff

(37) Niclas - Der Unterhaltsbeitrag der Mutter des unehelichen Kindes, 1966, 226; Webler - Grundsätzliches zum Unehelichenrecht, 1966, 309; Müller - Kindergeld und Unterhalt, ZBlJR 1966, 313; Klemm - Mutter und Amtsbeistand im künftigen Unehelichenrecht, 1967, 153; Webler - Habe ich keinen Vater?, 1967, 321; Apell zur Reform des Unehelichenrechts, Eingabe an maßgebliche Persönlichkeiten in Bundesregierung und Bundestag, 1968, 29; Becker - Uneheliche Väter im neuen Recht, 1968, 31; Pelle - Zur Reform des Unehelichenrechts, 1968, 136; Schade - Das Abstammungsgutachten im Rahmen des Gesetzentwurfs über die rechtliche Stellung unehelicher Kinder, 1968, 121; Paetsch - Zur Beistandschaft im neuen Unehelichenrecht, 1968, 165; Wiedergabe von Auszügen eines im Rundbrief des Senators für Jugend und Sport von Berlin - 1968 Nr. 1 - veröffentlichten Referats; Huvalé - Einige Wünsche zur Reform des Unterhaltsrechtes für uneheliche Kinder, 1968, 245; Pelle - Facharbeit für die Reform des Unehelichenrechts, 1968, 251; Huvalé - Schutzbedürfnis des unehelichen Kindes und elterliche Gewalt für die Mutter, 1968, 280

als Reaktion auf die Empfehlung des Bundesrates, die vorgesehene Amtsbeistandschaft durch eine Pflegerschaft zu ersetzen, an die Bundesregierung und den Bundestag geleitet. (38)

2,2: Gesamtbeurteilung

Im Grundsatz werden die Vorlagen begrüßt. Den Verfassern des Referentenentwurfs wird ausdrücklich Dank ausgesprochen. (39) Man sieht einen Großteil der eigenen seit langem vertretenen Auffassungen berücksichtigt, wenn auch im Interesse für die Praxis um eine größere Übersichtlichkeit gebeten wird. (39) Der Wegfall von § 1589 Abs. 2 BGB wird als selbstverständlich behandelt. (40) Webler (41) regt an, ebenso wie es bereits mehrfach im amtlichen Sprachgebrauch geschieht (42), anstatt von unehelichen von nicht-ehelichen Kindern zu sprechen.

2,3: Einzelbeurteilung

2,31: Vaterschaft

Die Feststellung der Vaterschaft in einem Statusverfahren und die Möglichkeit der Vaterschaftsanerkennung werden begrüßt. (43) Die angebotene Lösung für das Mehrverkehrsproblem wird dagegen abgelehnt. Bei aller Anerkennung der in der amtlichen Begründung enthaltenen Erwägungen wird bezweifelt, ob tatsächlich die bisherige Gesetzeslage verbessert würde. Über die Klausel der "trifftigen Gründe" fände die exceptio plurium erneut Eingang ins Gesetz. (44) Webler (45) sieht sie sogar in neuer Form "ver-

(38) vgl. ZBlJR 1968, 29

(39) vgl. u. a. ZBlJR 1966, 291 - Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormundtschaftswesen

(40) vgl. z. B. ZBlJR 1966, 293 - Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormundtschaftswesen

(41) Webler, ZBlJR 1966, 312

(42) vgl. z. B. Übereinkommen vom 14.9.1961 über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden (BGBl 1965 II S. 19)

(43) s. Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormundtschaftswesen, ZBlJR 1966, 291; Becker, ZBlJR 1968, 36

(44) vgl. Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormundtschaftswesen, ZBlJR 1966, 293

(45) Webler, ZBlJR 1966, 310

stärkt fixiert".

Die Mehrverkehrseinrede soll ersatzlos wegfallen und lediglich bei "offenbarer Unmöglichkeit" eine Feststellung unterbleiben. (46) Im Interesse des Kindes müsse in Kauf genommen werden, wenn auch einmal der falsche Mann als Vater verpflichtet würde. Auch unter dem Gesichtspunkt, der Mehrverkehrseinrede nicht dadurch Bedeutung zuteil werden zu lassen, wird es abgelehnt, ein Anerkenntnis wegen arglistiger Täuschung ausräumen zu können. (47)

Bei freiwilligem Anerkenntnis sollen dem Vater erweiterte Befugnisse eingeräumt werden. (47)

2,32: Name des Kindes

Den amtlichen Vorschlägen wird nicht widersprochen.

2,33: Erziehung des Kindes

2,331: Stellung des Vaters

Der dem Mann zugewiesenen Stellung wird im Grundsätzlichen nicht entgegengetreten und seine Nachordnung gegenüber der Mutter hingenommen; die angebotene Begründung wird nicht kritisiert. Gleichwohl würde man in Fällen positiver Einstellung des Vaters zum Kind auch weitergehende Befugnisse begrüßen und wünscht gesetzliche Voraussetzungen, um im Einzelfall echte fürsorgerische Lösungen durchsetzen zu können. Die Möglichkeit, dem Vater durch gerichtliche Entscheidung, wenn es das Wohl des Kindes erfordert, zusätzliche Befugnisse und einen engeren Kontakt zu gestatten, findet Beifall. (48)

2,332: Stellung der Mutter

Mit einer Umwandlung der Amtsvormundschaft in eine Amtsbeistandschaft hat man sich abgefunden. (49) Man

(46) vgl. Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormund-
schaftswesen, ZBlJR 1966, 293; Webler, ZBlJR 1966, 310

(47) vgl. Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormund-
schaftswesen, ZBlJR 1966, 292

(48) vgl. Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormund-
schaftswesen, ZBlJR 1966, 292; Webler, ZBlJR 1966, 311/
312; Becker, ZBlJR 1968, 34 ff; Schriften des Deutschen
Instituts für Vormundtschaftswesen, Bd. 4, 1967 S. 123

(49) vgl. Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormund-
schaftswesen, ZBlJR 1966, 294

zeigt jedoch große Besorgnis, daß die Mutter zu sehr aus der öffentlichen Kontrolle entlassen und als Folge hiervon das Interesse des Kindes vernachlässigt werde. Es besteht bereits Skepsis gegenüber § 1707 Abs. 2 BGB, mit dem zum Teil schlechte Erfahrungen gemacht worden seien. (49)

Es wird gefordert, die Stellung des Beistandes zu verstärken, Ihm soll eine allgemeine Aufsichtspflicht übertragen werden, in deren Ausübung er insbesondere berechtigt sein soll, auch gegen den Willen der Mutter die Wohnung zu betreten und das Kind zu besuchen. (50) Die Amtsbeistandschaft müsse lückenlos sein, es sei "nicht Mutterrecht, sondern vor allem Kindesrecht, nicht Familienrecht, sondern öffentliches Schutzrecht zu kodifizieren". (51)

Geradezu Empörung löst der Vorschlag des Bundesrates aus, die allgemeine Amtsbeistandschaft durch eine Pflegschaft für fest umrissene Aufgaben - Feststellung der Vaterschaft und Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen - zu ersetzen. (52) (53) In einem Apell an den Bundestag und die Bundesregierung äußert man "Bestürzung". (54)

Die Lage des Kindes werde hierdurch "offenkundig" verschlechtert, was grundgesetzwidrig sei. (55)

(49) vgl. Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormundtschaftswesen, ZBlJR 1966, 294

(50) s. Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormundtschaftswesen, ZBlJR 1966, 295; Klemm, ZBlJR 1967, 154; vgl. auch Webler, ZBlJR 1966, 311

(51) Webler, ZBlJR 1967, 329

(52) vgl. Verhandlungen (Bundestag) Bd. 117 Drucksache Nr. 2370, S. 104/105. Der Rechtsausschuß des Bundesrates entschied sich in der Sitzung vom 27.10.1967 mit nur einer Gegenstimme (Bayern) für diesen Vorschlag. Die Bundesregierung äußert hiergegen keine Bedenken - aaO S. 110

(53) Speziell gegen diesen Vorschlag nehmen Stellung: Das Deutsche Institut für Vormundtschaftswesen im "Apell zur Reform des Unehelichenrechts", ZBlJR 1968, 29; Pelle, ZBlJR 1968, 136; Paetsch, ZBlJR 1968, 165; Pelle, ZBlJR 1968, 251

(54) Apell des Deutschen Instituts für Vormundtschaftswesen, ZBlJR 1968, 29

(55) Apell des Deutschen Instituts für Vormundtschaftswesen, ZBlJR 1968, 30; ebenso wohl Paetsch, ZBlJR 1968, 166

Pelle (56) meint, daß das, "was der Bundesrat sich da aus rein politischen, aus wahl- und parteitaktischen, vielleicht auch ideologischen Beweggründen und ohne jede Kenntnis der realen Lage der unehelichen Kinder und ihrer Mütter geleistet (habe) ..., ein verhängnisvolles Danaergeschenk für Mutter und Kind (sei)." (57)

Huvalé (58) weist bereits jetzt in eine neue Richtung. Wenn das BGB den Schutz für das Kind aufgebe, müsse er eben durch neue Bestimmungen im Jugendwohlfahrtsgesetz wieder begründet werden.

2,34: Versorgung des Kindes

Die Vorschriften, die die Versorgung des Kindes sichern sollen, begegnen keinen grundsätzlichen Bedenken. Webler äußert sich in seinem Aufsatz "Grundsätzliches zum Unehelichenrecht" (59) zu diesen Fragen überhaupt nicht, der Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen zieht in der familienrechtlich geprägten Konzeption eine folgerichtige Konsequenz aus dem Wegfall des § 1589 Abs. 2 BGB. Mit der Aufnahme des Regelunterhalts werde das Kind ausreichend geschützt. (60) Huvalé (61) äußert lediglich praktische Bedenken und befürchtet, daß es zu großen Schwierigkeiten kommen könne, wenn die genaue Unterhaltshöhe im Streitfall bestimmt werden müsse. Uneinigkeit besteht darüber, ob mit den amtlichen Vorschlägen befürwortet werden soll, die öffentlichen Leistungen auf den Regelunterhalt anzurechnen. (62)

(56) Pelle, ZBlJR 1968, 136/137

(57) Abweichend vom Deutschen Institut für Vormundschaftswesen hat der "Arbeitskreis Unehelichenrecht des Fachausschusses IX, Jugend- und Wohlfahrtsrecht" des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge mehrheitlich der Anregung des Bundesrats zugestimmt. Pelle empfindet dies als "unfaßbar" - s. ZBlJR 1968, 251

(58) Huvalé, ZBlJR 1968, 280 (283)

(59) Webler, ZBlJR 1966, 309

(60) vgl. Rechtsausschuß des Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen, ZBlJR 1966, 293/294

(61) Huvalé, ZBlJR 1968, 245 ff

(62) Es werden alle Möglichkeiten vertreten: Für eine Anrechnung, Huvalé, ZBlJR 1968, 246; gegen eine Anrechnung, die Arbeitstagung 1967, ZBlJR 1967, 223; für eine Entscheidung von Fall zu Fall, Müller, ZBlJR 1966, 314-316

2,35: Erbrechtliche Stellung des Kindes

Zum Erbrecht wird nicht Stellung genommen.

Zur Argumentation:

3. Grundlinien der Argumentation

Die berücksichtigten Äußerungen betonen eine absolute Vorrangigkeit des Kindes. Konsequenterweise wird dieser Gesichtspunkt in dem engagierten Bemühen für das in der Amtsvormundschaft zum Ausdruck kommende öffentliche Kontrollrecht und dem Eintreten für die sog. österreichische Lösung in der Vaterschaftsfrage durchgehalten. Insoweit ist man zu keinen Abstrichen bereit. Das Elternrecht wird untergeordnet und die Möglichkeit, einen Mann lediglich wegen bekannter geschlechtlicher Beziehungen zur Mutter in Anspruch zu nehmen, bewußt billigend in Kauf genommen.

Mit dieser starken Bewertung des Kindesinteresses ist die gezeigte Flexibilität in der Zuteilung des Namens für das Kind und die Bereitschaft, wegen juristischer Folgerichtigkeit auch eine gegenseitige Unterhaltspflicht zu bejahen, überraschend.

Widersprüchlichkeit in der Argumentation ist darin indes nicht erkennbar. Hinsichtlich des Namens zeigt sich hierin allerdings eine Konzessionsbereitschaft, geringe Wertzu-messung oder Unsicherheit. Die sonstige Ausrichtung auf das Interesse des Kindes hätte erwarten lassen, daß man sich stärker für eine Namensangleichung einsetzt. Bezüglich des Unterhalts ist durch den Regelunterhalt eine sichernde Schranke errichtet. Die Gegenseitigkeit betrifft nicht mehr das schutzbedürftige Kind, dem man sich verantwortlich fühlt. Kann es selbst Unterhalt zahlen, bedarf es nicht mehr fürsorglicher Betreuung.

7. Abschnitt: Gesetzesarbeit im Bundestag

1. Die 1. Lesung der Regierungsvorlage vom 7.12.1967 (1) findet bereits in der 146. Sitzung des Bundestages am 17.1.1968 statt. Die Resonanz des Parlamentes ist positiv. Alle Parteien äußern sich weithin zustimmend und begrüßen, daß jetzt der Verfassungsauftrag bald erfüllt werden kann.

Kleinert (SPD): "Ich möchte ... dem Justizministerium Dank sagen für die wohldurchdachte Diskussionsgrundlage, die es uns zu diesen sehr schwierigen Problemen gegeben hat." (2)

Diemer-Nicolaus (FDP): "Herr Bundesjustizminister, ich habe es begrüßt, daß Sie den Entwurf vorgelegt haben. ... In dem Regierungsentwurf steht vieles, mit dem wir Freien Demokraten völlig einiggehen." (3)

Köppler (CDU): "Ich bin der Meinung, daß die Vorschläge, die uns die Bundesregierung mit diesem Entwurf vorgelegt hat, in der Tat überwiegend akzeptabel sind und, ..., eine annehmbare Basis für die Aufgabe, die jetzt vor dem Parlament liegt, darstellen." (4)

In der allgemeinen Aussprache werden die beiden Komplexe der Vaterschaftsfeststellung und des Familiennamens des Kindes nicht mehr als Probleme angesprochen.

Von den Vorschriften, die die Erziehung des Kindes regeln, findet die vorgesehene Einführung einer Beistandschaft unterschiedliche Aufnahme. SPD und FDP sehen auch hierin für die Mutter auf Antrag die Hilfe eines Beistandes in Anspruch nehmen könne. (6) Denkbar sei auch eine Pflegschaft. (7)

(1) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 117 Drucksache V Nr. 2370

(2) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7573

(3) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7567 u. 7568; es müsse aber einiges noch eingehend erörtert werden. Für den Hinweis, daß man bei den anstehenden schwierigen Problemen nicht in Zeitnot geraten und sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen dürfe, erhält sie auch den Beifall von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion - s. Protokollvermerk auf S. 7570

(4) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7571

(5) so Kaffka (SPD) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7565; Diemer-Nicolaus (FDP) aaO S. 7568 - vgl. auch Kleinert (SPD) aaO S. 7573

(6) vgl. Kaffka (SPD) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7565

(7) vgl. Kleinert (SPD) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7573

Von der CDU befürchtet Kuchtnr (8), daß die Beistandschaft die "grandiose Leistung" der Einführung einer Amtsvormundschaft nicht ersetzen könne, während Köppler (9) andererseits die vorgeschlagene Lösung für "vernünftig" hält.

Diemer-Nicolaus (FDP) und Kuchtnr (CDU) sprechen sich auch gegen die Möglichkeit aus, dem Vater im Einzelfall selbst gegen den Willen der Mutter ein Verkehrsrecht zuzubilligen. (10)

Die Versorgungsvorschriften erfahren teilweise Kritik von FDP und CDU.

Diemer-Nicolaus (FDP) (11) sieht in dem Institut des Regelunterhaltes eine Besserstellung des nicht-ehelichen Kindes gegenüber dem ehelichen und hat aus diesem Grunde hiergegen Bedenken. Mit Kuchtnr (CDU) (12) wird ferner die beabsichtigte Gegenseitigkeit einer Unterhaltsverpflichtung kritisch beurteilt.

Den stärksten Widerspruch erfährt durch FDP und CDU die vorgesehene starke erbrechtliche Stellung des Kindes. Beide Fraktionen sprechen sich jedoch nicht grundsätzlich gegen eine erbrechtliche Beteiligung am Nachlaß des Vaters aus, meinen nur, daß die eheliche Familie des Vaters ungenügend berücksichtigt worden sei.

Diemer-Nicolaus (FDP): Jede gesetzliche Änderung habe dem mitmaßlichen Willen des Erblassers Rechnung zu tragen. Das sei nicht ausreichend beachtet worden. "Ich darf mich insoweit auf Professor Bosch beziehen, der sagte, das Maßgebliche, das dem Erbrecht zugrunde liegt, ist die gelebte Familiengemeinschaft. Das ist es tatsächlich. Es ist nicht so sehr die Blutsverwandtschaft. Das entspricht auch der tatsächlichen Lebensgestaltung." (13)

Köppler (CDU): "Die Folge könnte sein, daß eine solche Regelung in einem doch erheblichen Teil unserer Bevölkerung, unserer Rechtsgemeinschaft, als fremd empfunden und abgelehnt

-
- (8) Kuchtnr (CDU) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7562
 - (9) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7571
 - (10) vgl. Diemer-Nicolaus (FDP) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7569 u. Kuchtnr (CDU) aaO S. 7562 - Bedenken äußert auch Köppler (CDU) aaO S. 7571
 - (11) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7569
 - (12) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7563
 - (13) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7570

wird, daß sie der Adaption durch die Rechtsgemeinschaft ermangelt und damit dem Rechtsfrieden und der Rechtssicherheit - wesentlichen Gesichtspunkten für unsere Aufgabe als Gesetzgeber, gerade bei einer so schwierigen Materie - ein schlechter Dienst erwiesen würde." (14)

2. In den Beratungen des Rechtsausschusses und des eingesetzten Sonderausschusses sind neben redaktionellen und geringfügigen sachlichen Korrekturen (15) für die in der Untersuchung einbezogenen Sachbereiche nur wenige bedeutsame Änderungen vorgenommen werden:

2,1: Im Namensrecht

2,11: Die in § 1617 vorgesehene automatische Angleichung des Kindesnamens an den jeweiligen Familiennamen der Mutter ist einer erweiterten Elastizität unterworfen worden. Es ist jetzt bereits ab dem 6. Lebensjahr die Zustimmung des Beistandes (§ 1710) und ab dem 15. Lebensjahr die Zustimmung des Kindes selbst erforderlich.

2,12: In § 1618 ist jetzt auch für den Vater die Möglichkeit bei allseitigem Einverständnis gegeben, dem Kind seinen Namen zu erteilen.

2,2: Im Erbrecht

2,21: Die erbrechtliche Position der Ehefrau wird zu Lasten der direkten Abkömmlinge verbessert (§ 1931 Abs. 4). Sie erhält jetzt mindestens soviel wie ein Kind. (16)

2,22: Das Kind hat zwischen dem 21. und 27. Lebensjahr die Möglichkeit, einen vorzeitigen Erbaugleich zu verlangen (§ 1934 d). (17)

(14) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7572

(15) Eine Gegenüberstellung des Textes der Regierungsvorlage und der vom Rechtsausschuß erarbeiteten Fassung ist abgedruckt in: Verhandlungen (Bundestag) Bd. 130 Drucksache V Nr. 4179

(16) Das ist bisher bei Gütertrennung nicht der Fall, wo nach § 1931 Abs. 1 BGB der Ehefrau auch bei nur einem Kind lediglich ein Viertel der Erbmasse zusteht.

(17) Dieser vorzeitige Erbaugleichanspruch ist gegen den Willen des Justizministers zustande gekommen, der vor allem rechtspolitische Bedenken anmeldet - vgl. Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13005

2,23: Zum Schutz der Familiengemeinschaft können Abkömmlinge, die durch ihre Mitarbeit in besonderem Maße zur Erhaltung und Vermehrung des Familienvermögens beigetragen haben, von den übrigen Erben einen Ausgleich verlangen (§ 2057 a).

3. Die Fassung des Rechtsausschusses wird im Bundestag in 2. und 3. Lesung während der 235. Sitzung am 14.5.1969 beraten. (18) Grundlegende Meinungsverschiedenheiten werden im Plenum nicht mehr ausgetragen. Es werden nur drei Änderungsanträge zur Abstimmung vorgelegt (19), wovon wiederum lediglich zwei - allerdings ohne Erfolg (20) - materielle Korrekturen zum Erbrecht anstreben.

An den Erbrechtsvorschriften entzündet sich auch die einzige kurze Debatte. Die Abgeordneten Wahl (21) und Erhard (21) von der CDU/CSU-Fraktion lehnen die im Ausschuß gefundenen Kompromisse ab. Wahl glaubt nicht, daß "auf die Dauer diese weitgehend dem Leben widersprechenden Lösungen aufrechterhalten"(22) werden können. Er gibt deutlich zu verstehen, daß man bis zu einer Gesamtreform des Erbrechts hätte warten müssen und spart nicht mit Vorwürfen gegenüber dem Bundesverfassungsgericht, unter dessen Druck das Gesetz nun verabschiedet werde und dem Bundestag nur "eine kurz bemessene Bearbeitungsfrist" geblieben sei, so "als ob es sich um eine Examensarbeit für einen Rechtskandidaten handelte." (23)

(18) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 1994 ff

(19) vgl. Umdruck Nr. 666 - nur redaktionelle Änderungen -; Umdruck Nr. 668 - Antrag der CDU-Abgeordneten Erhard (Bad Schwalbach). Schroeder (Detmold), Memmel und Genossen: Der Erbersatzanspruch solle auf die Hälfte verkürzt werden; Umdruck Nr. 662 - Antrag der SPD-Abgeordneten Hirsch, Stammlberger, Bayerl, Kaffka, Kern, Klei-
nert und Genossen: Für Erbrecht und Inkrafttreten des Gesetzes werden andere Stichtage vorgeschlagen - abgedruckt als Anlagen 4, 5, 6 zum stenografischen Bericht in Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13024 f

(20) vgl. Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13010 bzw. 13012 u. 13014

(21) vgl. Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 12999 ff (Wahl) u. 13007 f (Erhard)

(22) Wahl, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13001

(23) Wahl, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13001; gemeint ist der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 29.1.1969 in BVerfGE 25, 167 (187/188). Stammlberger (SPD) widerspricht Wahl allerdings aaO mit einem Zwischenruf und meint, das jetzt zur Abstimmung stehende Gesetz wäre auch ohne verfassungsgerichtliche Entscheidung zur 2. Lesung eingebracht worden.

Beide können die Fraktionen jedoch nicht mehr für sich gewinnen. Die Abgeordnete Schwarzhaupt (CDU) läßt erkennen, mit welchen Überlegungen CDU und FDP im Ausschuß dazu bewogen werden konnten, die während der 1. Lesung noch gegen eine volle Erbrechtsbeteiligung gezeigte ablehnende Haltung (24) aufzugeben. (25)

- 3,1: Durch die verbesserte Rechtsstellung der Ehefrau (§ 1931) wird ausgeschlossen, daß das nicht-eheliche Kind im Einzelfall einen höheren Kapitalanteil am Nachlaß erhalten kann als sie.
- 3,2: Die in der Familiengemeinschaft geleistete Mitarbeit wird gesondert berücksichtigt (§ 2057 a).
- 3,3: Es ist "zumindest sehr zweifelhaft, ob es dem Verfassungsauftrag ... entspricht, wenn wir es in einem Punkt, und zwar ohne eine aus der Sache kommende und der soziologischen Lage entsprechende Begründung, glattweg auf die Hälfte der Ansprüche setzen, die ein eheliches Kind hat." (26)

Hinsichtlich der bisher von FDP und SPD reserviert beurteilten Beistandschaft (27) hat sich ein Auffassungswandel durchgesetzt. Abgeordnete der SPD äußern sich zu diesem Punkt gar nicht mehr und Heuser (FDP) hält das Recht, den Beistand auf Antrag zu entlassen, für ausreichend. (28)

Im Einzelfall denkbare Verkehrsrecht, der Regelunterhalt und die gegenseitige Unterhaltungspflicht werden nicht mehr kritisiert.

4. In der unmittelbar anschließenden 3. Lesung (29) empfehlen die Redner aller drei Parteien die Annahme des Gesetzes. Vor einer Kulisse von 36 Abgeordneten wird das Reformwerk bei einer Enthaltung ohne Gegenstimme verabschiedet. (30)

(24) vgl. o. S. 266 f

(25) vgl. Schwarzhaupt (CDU) Verhandlungen (Bundestag) Bd.70 S. 13009 - ebenso aaO Stark (CDU) S. 12998

(26) Schwarzhaupt aaO

(27) vgl. o. S. 265

(28) Heuser (FDP) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13002: "Ich darf dazu folgendes sagen: "Die Mutter, die eines solchen Beistandes nicht bedarf ... ist auch in der Lage, in dieser Situation einen Antrag zu stellen, den Beistand abzusetzen, wenn sie ihn nicht braucht. Ich finde, wenn man die Dinge so sieht, kann und darf man nicht von einer Diskriminierung sprechen."

(29) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13014 ff - Ein Versuch von Memmel (CDU/CSU), die 3. Beratung zu vertagen, findet nicht die erforderliche Unterstützung von 10 Abgeordneten

(30) vgl. Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13017

III. Teil: Ausblick

1. Kapitel: Stand der Sachprobleme

1: Vaterschaft

Die Auseinandersetzungen über die bei der Ermittlung des Vaters anzuwendenden Grundsätze haben ihren problematischen Inhalt verloren. Der römisch-rechtliche Ausgangspunkt "pater semper est incertus" gilt nicht mehr.

In Fällen des Mehrverkehrs ermöglicht im Wege des negativen Vaterschaftsbeweises die Blutgruppenserologie bereits Ausschlußergebnisse bis zu 88 %. Von den verbleibenden Unsicherheiten können weitere durch anthropologische Gutachten ausgeräumt werden.

Auch der positive Vaterschaftsbeweis ist heute teilweise möglich. Über den serostatistischen Beweis, letztlich zurückgehend auf 1938 von Essen/Möller gewonnene Erkenntnisse, werden im Einzelfall Wahrscheinlichkeitswerte von über 99 % erzielt. (1)

Bei diesem medizinischen Wissensstand, der sich in der Zukunft weiter verbessern wird, sind alle auf eine Ungewißheit der Vaterschaft aufbauende Überlegungen hinfällig geworden. Eine Mehrverkehrseinrede hätte, würde wie in § 1717 BGB a. F. der Gegenbeweis zugelassen, kaum noch praktischen Effekt.

Bei diesem Ergebnis ist auffallend, mit welcher eingehenden Begründung im Referentenentwurf und in der Regierungsvorlage die Beseitigung des § 1717 BGB a. F. dargelegt wird, wobei sogar Scheinargumente vorgetragen werden. (2) Die Erklärung ergibt sich aus der Reformgeschichte. Das jahrzehntelange

(1) vgl. Hummel, FamRZ 1969 S. 19

(2) S. o. S. 200 FuBn. 25, 26; 224 - vgl. auch o. S. 81 und 86 einerseits S. 195 und 201 andererseits: bei sachlich gleichem Gesetzeswortlaut - "erhebliche Zweifel" RegE und "trifftige Gründe" RE - wird in der Begründung zum Regierungsentwurf hierin eine erschwerte und in der Begründung zum RE eine erleichterte Vaterschaftsfeststellung gesehen.

Lamento: 'Die exceptio muß weg' (5), hat den Blick verklärt und den Weg zu einer nüchternen Betrachtung versperret. In diesem Fall ist historisches Bewußtsein zu einem emotionalen Ballast geworden.

Die in den Motiven noch umstrittene Frage, ob überhaupt ein Vater ermittelt werden soll, ist in der Reformliteratur nicht mehr Gegenstand ernsthafter Erörterungen gewesen und fand in keinem Entwurf eine abweichende, den Art. 340, 342 code civil mit ihrem Verbot der Vaterschaftsklage nahekommende Lösung.

Im Ergebnis kommt dem neuen Nichtehelichenrecht die BGB-Fassung von 1900 am nächsten. Im Gegensatz zu allen übrigen Vorlagen verzichtet allein sie darauf, lediglich aus dem sexuellen Verkehr eine Unterhaltsverpflichtung abzuleiten. Damit bekannte sich der damalige Gesetzgeber allerdings ebensowenig wie heute zu einer freizügigeren Bewertung außer-ehelichen geschlechtlichen Umgangs. Ausschlaggebend war für ihn auch nicht der rechtsdogmatische Gedanke, daß es für eine Verpflichtung des Mannes solange an der Legitimation fehle als seine auf natürlicher Vaterschaft beruhende Verantwortlichkeit nicht festgestellt ist. Die Betrachtung der Motive hat m. E. ergeben, daß die exceptio Sanktion war für die Frau und gleichzeitig Begünstigung für den Mann. (5) Menger sah in der Mehrverkehrseinrede darüberhinaus ein Politikum, eine Bevorzugung "der besitzenden Volksklassen auf Kosten der Armen." (6) Die sexuelle Initiative gehe regelmäßig vom Mann aus. Während von Mädchen höheren Standes "durch ihre gesellschaftliche Stellung die Verführung zurückgehalten und etwaige sittliche Mängel durch eine sorgfältige Überwachung unschädlich" gemacht würden, seien gerade Mädchen der niederen Volksschichten in Gefahr. Ihnen mute man "eine Willenskraft und sittliche Handlung (zu), die naturgemäß nur einer bevorzugten Minderheit eigen sein" könne. (7)

(3) S. o. S. 51 f - Bevölkerungsausschuß, Fürsorge; S. 71 - 32. DJT -; S. 86 - RegE -; S. 103 - kath. Kirche -; S. 153 - Fürsorge -; S. 154 - Bechert/Cornelius -; S. 155 - Caritas 1935 -; S. 158 - Innere Mission -; S. 159 - ADR-; S. 179/180 - 44. DJT -; S. 231 - kath. Kirche -; S. 258 - Fürsorge -.

(4) s. o. S. 26

(5) vgl. o. S. 28 ff

(6) Menger S. 58 ff

(7) Menger S. 82

Eine solche Einstellung berührt uns heute merkwürdig, es darf aber der Ansatz seiner Überlegungen nicht außer Acht gelassen werden. Ende des vorigen Jahrhunderts bestanden zwischen einzelnen Volksschichten starke soziale Spannungen und die Aufsicht der Familie auf ihre Töchter hatte in wohl-situierten Gesellschaftskreisen maßgebliche Bedeutung. Die heranwachsenden Töchter kamen kaum außer Haus. Der damaligen Zeit entsprach es nicht, einen Beruf auszuüben oder auswärts zu studieren. In ärmeren Bevölkerungsgruppen mußte dagegen jedes Familienmitglied durch eigene berufliche Tätigkeit zum finanziellen Unterhalt der Familie beitragen. Das bedingte, daß die Kinder schon früh auf sich selbst gestellt waren und in ganz anderem Ausmaß Einflüssen Dritter unterlagen. Die Frau spielte ferner in Gesellschaft und Familie eine absolut untergeordnete Rolle, dominierend war in allen Bereichen der Mann. Diese starke Stellung wirkte sich auch dahingehend aus, daß er die sexuelle Kontaktaufnahme bestimmte. Vor allem aber diktierte gerade er die Bewertung sexueller Verhältnisse und Bähr (8) wird die unterschiedliche Position zutreffend geschildert haben, wenn er ausführte, "daß der Mann aus einem solchen Handel quasi *re bene gesta* ohne Schaden hervorgeht, während die Frau in der Regel zeitlebens unglücklich gemacht ist." Jetzt gewinnt der Vorwurf von Menger (9), daß der Staat zwar eine Verletzung "der Eigentumsinteressen der Besitzenden mit schweren Strafen" gedrohe, "die Geschlechtsinteressen der besitzlosen Volksklassen" dagegen nur ungenügend schütze, ganz anderes Gewicht und die Kritik von Gierke (10) an der Argumentation der Motive trifft m. E. das Richtige: "Hinter allen diesen schillernden Deduktionen birgt sich in leichter Verhüllung eine des deutschen Gesetzbuches unwürdige Konnivenz gegen den Egoismus des männlichen Geschlechts und die laxen Moral gewisser Gesellschaftsschichten." (11)

(8) Bähr S. 163

(9) Menger S. 64

(10) von Gierke S. 483/484 - vgl. ebenfalls Kloeppel, Gruchot, Jg 33, 1889 S. 350; auch o. S. 66 - 32. DJT - .

(11) Die Kritik, daß Klassenbewußtsein eine Rolle gespielt habe, wird durch die Unterhaltsregelung bestärkt - vgl. o. S. 40/41: einerseits keine Bedürftigkeitseinrede, andererseits ausgeprägtes Verständnis für zeitliche Begrenzung und Abfindungsmöglichkeit.

Menger forderte bei Wegfall der befreienden Einrede zusätzlich zum Schutz der Frau einen gegen den Mann gerichteten Deflorationsanspruch. (12) Er bewegte sich damit auf der Linie des preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794. (13) Das Josephinische Gesetzbuch von 1786 sah eine besondere Schutzbestimmung nicht vor. Die exceptio ließ es allerdings auch nicht zu. (14)

Die Argumentation hat sich seit der Zeit der Motive während der Reformgeschichte grundlegend gewandelt. Das Interesse des Kindes ist in den Vordergrund getreten (15) und dieses verlangte auch bei Mehrverkehr eine Unterhaltssicherung. Diese gedankliche Änderung konnten ebenfalls alle diejenigen mitvollziehen, die sich vorrangig um Sitte und Moral sorgten. Sie bestimmten einfach als neuen Sanktionsadressaten den Mann. Es sei nur gerecht, wenn er für seiner sichtbar gewordene Auflehnung gegen gesellschaftliche Maßstäbe büßen müsse. Er mag sich durch die grohende Alimentationspflicht abschrecken lassen. (16)

Die umfangreichen Erörterungen in Referentenentwurf und Regierungsvorlage zur Neufassung des § 1717 BGB a. F. führe ich wesentlich darauf zurück, daß man mit dieser lieb gewordenen Vorstellung nur sachte brechen durfte.

2: Name des Kindes

Ähnlich wie bei der Vaterschaftsermittlung hat auch beim Namensproblem eine von der direkten Bewertung der Rechts-

(12) vgl. Menger S. 104 - Bähr (stillschweigend) S. 160 ff und von Gierke S. 480 f billigen die exceptio und fordern lediglich den Deflorationsanspruch; ebenso von den Äußerungen der Bundesregierungen, Bayern Bd. I S. 167, Lippe Bd. I S. 171

(13) vgl. ALR II, §§ 1027 ff - s. Anhang

(14) vgl. Jos. IV § 10 - s. Anhang

(15) vgl. u. a. die statistischen Formulierungsanalysen o.S. 23 - Motive -, 83 - RegE -, 123 - RegV -, 196 - RE -, 219 - RV - ; ferner vor allem S. 81 Fußn. 5 u. S. 88

(16) vgl. in der Gegenüberstellung Kneer und Lenné o. S. 103; ferner S. 112 - Fürsorge -; S. 151 - kath. Kirche -; S. 156 - Caritas 1935 - .

position des Kindes gelöste Entwicklung die Schwierigkeiten gemildert. Die mit Art. 109 Abs. III WRV (17) initiierte Wandlung des Namensverständnisses hat sich fortgesetzt und seine Bedeutung, die Abstammung zu kennzeichnen, ist immer mehr zugunsten einer Beurteilung als Individualrecht des Namensträgers, resultierend aus seinem allgemeinen Familienrecht, zurückgetreten. Ein bestimmter Name bringt heute regelmäßig weder Rechte noch vermehrtes Ansehen.

Unter der während der Reformgeschichte noch so bedeutsamen Perspektive eines Namensinteresses Dritter brauchen die anstehenden Entscheidungen nicht mehr, zumindest nicht in dem Maße, diskutiert zu werden. Diesem Entwicklungsstand wird in dem jetzt gültigen Recht insoweit voll Geltung verschafft als das Kind den jeweiligen Namen der Mutter erhält. Der Ehemann bei Ehebruchskindern und frühere Ehepartner bzw. deren Familienangehörige können sich dagegen nur insoweit wehren als sie der Mutter selbst ihre Namensführung untersagen können. Damit ist mit der Zuweisung des Kindes an die Mutter der für das Kind wichtige Gesichtspunkt der Namensidentität mit dem Erziehungsberechtigten berücksichtigt.

Das für das Kind im Einzelfall denkbare Auswahlinteresse ist dagegen nicht anerkannt worden. Befindet es sich, was keineswegs so selten vorkommt, in einem Heim und ist damit der tägliche Bezug der Mutter beseitigt, so ist es durchaus vorstellbar, daß es für das Kind vorteilhafter sein könnte über den Namen auch eine nach außen erkennbare Verbindung zum Vater herzustellen. Wenn auch die praktische Bedeutung dieser Fälle gering sein mag, so zeigt sich doch eine unter dem maßgeblichen Einfluß der Kirche (18) zustandegekommene unnötige Rechtsverkürzung für das Kind.

Der Referentenentwurf sah in § 1618 RE eine Anpassungsmöglichkeit auch für solche Situationen vor. (19) Er enthielt die weitestgehende und, wie ich meine, gleichzeitig die aus-

(17) vgl. o. S. 15

(18) vgl. o. S. 245 und 228

(19) vgl. o. S. 203 f

gewogenste Regelung aller Entwürfe. (20)

Der Name des Kindes hat in der Reformgeschichte nie zu eingehenden Kontroversen geführt und ist mehr am Rande erörtert worden. (21) In der Auseinandersetzung mit den Motiven hat sich Flörke dafür ausgesprochen, dem Kind den jeweiligen Namen der Mutter zu geben. (22) Das Josephinische Gesetzbuch stellte das Kind in der Regel dem ehelichen gleich (Jos. IV § 16) (23) und sprach ihm damit den väterlichen Namen zu (Jos. IV § 20). Für Kinder mit einem anderweitig verheirateten Elternteil, bei einem die Ehe der Eltern ausschließenden sonstigen Eehindernis oder bei unbekanntem Vater fehlte es an einer ausdrücklichen Bestimmung. (24) Nach dem preußischen Allgemeinen Landrecht führte das Kind den Mädchennamen der Mutter (ALR II, 2 § 639) (23).

3: Erziehung des Kindes

Die Abgrenzung der Rechte und Pflichten gegenüber dem Kind, dessen rechtliche Vertretung und persönliche Betreuung sind neben der Vaterschaftsermittlung Kernstück der Reformdiskussion gewesen. Im Gegensatz zur Feststellung des Vaters ist das rechtliche Verhältnis der Eltern zum Kind heute von zumindest gleicher Brisanz wie zu Zeiten der Vorarbeiten zum BGB. Allerdings dürfte sich die Bewertung

(20) Eine Anpassungsmöglichkeit an den Namen des Vaters sah auch § 16 ADR vor. Dieser Entwurf verweigerte dem Kind aber den jeweiligen Namen der Mutter (§ 13 ADR) - vgl. o. S. 159. Eine Lösung wie im RE ließen auch die Äußerungen des 44. DJT zu - vgl. o. S. 182.

(21) vgl. o. S. 73 f - 32. DJT -; S. 112 - Fürsorge -; S. 156 - Caritas 1935 -; S. 158 - Innere Mission -; S. 181 f - 44. DJT -; S. 245 - kath. Kirche -; S. 252 - evang. Kirche -; S. 258 f u. 262 - Fürsorge -.

(22) vgl. Gutachten zum Entwurf eines BGB - Zusammenstellung - Bd. IV S. 431; als Standesbeamter sieht er sich vor allem aus praktischen Gesichtspunkten der Registerführung zu dieser Anregung veranlaßt.

(23) S. den Gesetzestext im Anhang.

(24) vgl. hierzu Jos. IV § 15 - s. Anhang

der Erziehungsaufgaben aus der Sicht der Eltern in der Tendenz verlagert haben. Die Motive haben noch die Pflicht vor das Recht gestellt (25) und auch in der Kritik an der Konzeption des den Motiven zugrundeliegenden 1. Entwurfs wird lediglich unter der Perspektive einer zu starken Belastung der Mutter und der mütterlichen Familie argumentiert und keineswegs die jede Einflußnahme auf das Kind ausschließende Elimination des Vaters angegriffen. Sie gerade ist als Vorzugsstellung angesehen worden. (26)

Bereits in der dem Bundesrat 1895 zur 2. Lesung vorgelegten Fassung des § 1595 ist dann die Reihenfolge vertauscht worden. (27) Selbst wenn dies damals mehr ein Formulierungszugeständnis gewesen sein sollte, so hat sich doch zunehmend eine Schwerpunktverlagerung bemerkbar gemacht. Es wurde dann zunächst die beklagte schlechte Zahlungsmoral der Männer mit ihrer rechtlosen Stellung zu erklären versucht (28) und dann in wechselndem Ausmaß dem Vater ein Mitsprache- und teilweise sogar ein Übernahmerecht eingeräumt. (29) Heute ist es insbesondere im Hinblick auf Art.

(25) S. o. S. 22 - ebenso von Gierke S. 479

(26) Menger S. 58 ff geht von einer den Männern eingeräumten und zwar in erster Linie den Angehörigen der "besitzenden Volksklassen" (S. 60) zugutekommenden Vorzugsstellung aus.
von Gierke S. 479: Das Kind ausschließlich der Mutter zuzuweisen und es ihr gegenüber wie ein eheliches zu behandeln, sei "unbillig und mißt den Fehltritt der Mutter und die Schuld des Vaters mit allzu ungleichem Maß." Seine Befürchtung geht allerdings vor allem dahin, daß insbesondere durch das Erbrecht "das Recht der legitimen Familie verletzt" werde.
Kloppel, Gruchot 33. Jg, 1889 S. 347: "Die schreiendste Ungerechtigkeit ist jedenfalls, die Last auf der Mutter allein ruhen zu lassen, bloß weil sie das corpus delicti bei Gefahr harter Strafe nicht von sich abwälzen kann und darf, und zugleich die ungeheuerlichste Verzerrung des ohnehin fragwürdigen Satzes casum sentit dominus."

(27) S. o. S. 22

(28) S. o. S. 51 - Fürsorge -; S. 92 - RegE -; S. 133 RegV -; vgl. ferner Bückling S. 92 f, 100; Geiger S. 34, 36, 78; Max. Schmidt S. 83; Fallmann 32. DJT S. 172

(29) S. o. S. 75 - 32. DJT -; S. 91 f - RegE -; S. 114 - Fürsorge -; S. 132 f - RegV -; S. 154 - B/C -; S. 157 - Innere Mission -; S. 159 - ADR -; S. 183 - 44. DJT -.

6 GG einhellige Auffassung, daß den Eltern voran das Recht zur Erziehung zusteht, wenn auch mit korrespondierenden Pflichten. In Zukunft werden die elterlichen Aufgaben eher noch eine sich verstärkende positive subjektive Bewertung erfahren. Bei den dem einzelnen augenblicklich schon gebotenen Möglichkeiten einer zuverlässigen Empfängnisverhütung wird es in absehbarer Zeit überwiegend nur noch gewollte Geburten geben. Die mit dem Kind erwachsenen Belastungen sind dann bereits vorher einkalkuliert und bewußt akzeptiert, treten somit gegenüber den angestrebten, sich aus dem Erziehungsrecht ergebenden Entscheidungsbefugnissen zurück. Daraus ergibt sich zunächst, daß eine zeitgemäße rechtliche Normierung keinesfalls unter dem ausschließlichen Blickwinkel einer Lastenverteilung vorgenommen werden dürfte. Der Ansatzpunkt der Motive sollte damit also ausscheiden.

Mit der Zuordnung des Kindes wird über Eltern **r e c h t e** entschieden, über ein echtes Grundrecht mit vorstaatlichem Charakter. (30) Dieses Grundrecht ist an den natürlichen Geburtsvorgang geknüpft, erstreckt sich deshalb schon im Zeitpunkt der Geburt auf beide Elternteile und steht folglich prinzipiell auch dem Vater zu. Die gegenteilige Behauptung von Bosch in seinem Gutachten zum 44. DJT (31) vermag ohne weitere sachliche Begründung nicht zu überzeugen. Das Elternrecht wird durch die Blutsverwandtschaft begründet. Als vorkonstitutionelles Recht muß es m. E. auch unabhängig davon bestehen, ob die Eltern verheiratet sind oder nicht. Auch nach der Scheidung besteht anerkanntermaßen das Elternrecht für Vater und Mutter fort. Im Interesse des Kindes wird lediglich unter Berücksichtigung aller Einzelumstände versucht, seine optimale Praktikabilität nach einem Auseinandergehen der Eltern aufrechtzuerhalten. Das im Scheidungsrecht noch geltende Verschuldungsprinzip dient hier nur als Bewertungsmaßstab.

Das Grundrecht aus Art. 6 GG unterliegt freilich einer Ein-

(30) vgl. Hamann/Lenz, GG Art. 6 Bem. 5; Maunz/Dürig/Herzog, GG Art. 6 Bem. 22.

(31) vgl. o. S. 175 - dort auch zur Kritik an der Argumentationsweise von Bosch, die vor allem von Zweigert geäußert worden ist, s. auch o. S. 245

schränkung, die sich aus einem gleichzeitigen Anspruch des Kindes auf Erziehung und dem Wortlaut der Verfassung selbst, der auch die Pflichtigkeit betont, ergibt. Inso- weit wird Maunz (32) zuzustimmen sein, daß eine Interpre- tation auch aus einfachem Recht zu erfolgen hat, daß dann die Entzugsbestimmung des § 1666 BGB unbedenklich ist, eine Verlagerung auf Adoptiveltern zugelassen und letzt- lich bei divergierenden Interessen eine Entscheidungszu- ständigkeit für das Vormundschaftsgericht bejaht werden kann. Es kann aber m. E. keinem Zweifel unterliegen, daß derartige Regelungsgesetze selbst wieder verfassungsrecht- lich legitimiert sein müssen. Legimitätsmaßstab hat eine Einschränkung bzw. ein Entzug eines Grundrechtes zu sein. Das ist wesentlich und darf nicht übersehen werden, selbst wenn während der 70-jährigen Reformgeschichte immer aus gegenteiliger Sicht von einem Zusprechen und Gewähren die Rede ist.

Diese Überlegung bedeutet einmal, daß ein Eingriff des Ge- setzgebers davon abhängig ist, daß eine sich aus dem Drei- ecksverhältnis Kind - Mutter - Vater ergebende Spannung einer Lösung bedarf. Für nicht-eheliche Kinder wird man dies annehmen können.

Die Eltern leben in der Regel nicht zusammen und sollte dies doch einmal der Fall sein, fehlt es an der durch die Ehe institutionalisierten rechtlichen Einheit, was gerade im Hinblick auf Art. 6 Abs. I GG als Regelungsvoraussetzung ausreichen mag. Sie bedeutet zum anderen, daß der Regelungs- inhalt dem Prinzip des geringstmöglichen Eingriffs unter- liegt und die Rechtsstellung von Kind, Mutter und Vater in gegenseitiger Abwägung der Interessen nur in dem jeweils erforderlichen Ausmaß eingeengt werden kann. Hierbei ist wegen der Grundrechtsqualität der betroffenen Rechtspositi- onen ganz besondere Behutsamkeit erforderlich.

Referentenentwurf und Regierungsvorlage, deren Konzeption Gesetz geworden ist, haben recht klar und konsequent ent- schieden: Der Mutter alles, dem Vater nichts. Es wird typi- siert.

M. E. bestehen bereits erhebliche Bedenken, ob ein Grund-

(32) Maunz/Dürig/Herzog, GG Art. 6 Bem. 25

rechtsentzug durch typisierendes Gesetz hier überhaupt zulässig sein k a n n oder ob nicht eine Entscheidung von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der konkreten Gegebenheiten getroffen werden m u ß .

Das Bundesverfassungsgericht hat zwar in seinem Urteil vom 20.6.1967 (33) ausgesprochen, daß der Gesetzgeber bei Massenerscheinungen typisieren dürfe, in dieser Entscheidung handelt es sich aber um einen ganz anders gelagerten Sachverhalt. Es ging nicht um den Entzug eines Grundrechts, vielmehr um die gerade gegenteilige Frage, ob neben anderen Berechtigten unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung ebenfalls ein persönlicher Zuweisungsanspruch auf staatliche Förderungsmittel besteht.

Gänzlich unzulässig erscheint mir dagegen, daß für den Vater keinerlei Korrekturmöglichkeit vorgesehen ist und er nicht einmal die Chance hat, gehört zu werden, wenn er Verhältnisse nachweist, die bei alleiniger Beurteilung der gegebenen Interessenlagen eine Zuweisung des Kindes zum Vater gebieten würden.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 10.3.1958 ausgesprochen (34), daß mit "generellen Verboten in das elterliche Erziehungsrecht im Hinblick auf die in Art. 6 Abs. II GG zum Ausdruck gekommene Wertentscheidung des Verfassungsgebers nur eingegriffen (werden darf), wenn individuelle Maßnahmen nicht ausreichen." (35)

Einer Äußerung des Justizministers Ehmke anlässlich der Beratung des Gesetzes im Bundestag ist wohl zu entnehmen, daß das verantwortliche Ministerium selbst die dem Vater zugemutete Rechtlosigkeit nicht ganz gebilligt hat.

An den Vorschriften über die Ehelicherklärung hat er kritisiert, daß gemäß § 1727 BGB die Einwilligung einer etwaigen Ehefrau des Vaters nur ersetzt werden kann, wenn zwischen beiden die häusliche Gemeinschaft aufgehoben ist

(33) BVerfG NJW 1967, S. 1901

(34) BVerfG E 7, 320 ff

(35) BVerfG E 7, 320 - Leitsatz; ebenso BVerwG 19, 94 (98); Hamann/Lenz, GG Art. 6 Bem. 6 - Dieser Grundsatz gilt bereits bei bloßen Einschränkungen des elterlichen Erziehungsrechtes und muß in verstärktem Maße bei völligem Ausschluß Beachtung finden.

und nicht "berechtigte Interessen" ihrer Familie entgegenstehen. Diese Bestimmung hielt er "für rechtspolitisch bedenklich":

"Sie benachteiligt das nichteheliche Kind, weil es dadurch anders als eheliche Kinder nur beschränkt in die Obhut desjenigen Elternteiles gelangen kann, bei dem es am besten untergebracht wäre." (36)

Dieser aus der Sicht des Kindes behutsam - "rechtspolitisch bedenklich" - artikuliert Einwand dürfte tatsächlich tiefgreifender zu verstehen sein. Zumindest reicht die Problematik weiter. Ein kaum ausräumbares Widerspruchsrecht der Mutter (§ 1727 Abs. 1 BGB) und die den Vater in praktischer Auswirkung zum alleinigen Unterhalt verpflichtende Vorschrift des § 1739 BGB sind ebenfalls fragwürdig und zeigen, daß über dieses Institut ein Ausweg kaum gefunden werden kann. (37)

Ehmke mußte aber bereits jetzt, trotz betonter Zurückhaltung, das Mißfallen des Parlaments und Vorwürfe aus den eigenen Reihen seiner Parteifreunde hinnehmen. (38)

Diese Fragen bedürfen gewiß noch recht eingehender verfassungsrechtlicher Untersuchungen bevor ein abschließendes Urteil gefunden werden kann. Dies kann indes nicht im Rahmen dieser Arbeit geschehen, die sich zur Aufgabe gestellt hat, Entwicklungslinien aufzuzeigen und sie dokumentarisch zu stützen. In dieser Betrachtung zeigen die Begründungen des Referentenentwurfs und der Regierungsvorlage recht drastische Parallelen zu den Motiven von 1888.

Mit der "Natur der Sache" wird wie eh und je argumentiert (39), anstatt die Wissenschaft zu bemühen, die Relativierungskriterien erarbeiten könnte. Die eigensüchtigen finanziellen Absichten, die seinerzeit der Mutter unterstellt wurden

(36) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13004

(37) vgl. o. S. 208

(38) vgl. Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13005 - das Protokoll vermerkt: "Zuruf von der SPD: 'Das war völlig überflüssig!', 'Zensuren waren das!' Dr. Stark (Nörtingen) CDU/CSU: 'Das ist beinahe eine Beleidigung für das Parlament.'"

(39) vgl. RE o. S. 203; RV o. S. 228 - Mot. o. S. 33 u. 35

und den Entzug der elterlichen Gewalt rechtfertigen sollten (40), werden heute den Männern unterschoben (41) - ebenso vordergründig. (42) Argumentationsblasen (43) und Negativklischees (44) kehren wieder.

Aus der Reformgeschichte erkennt man deutlich die Handschrift der der katholischen Kirche zuzurechnenden Interessenvertreter und ihrer Sympatisanten und sieht das so eifrig verfochtene Ziel eines zur Ehe aufzubauendes Distanzbildes verwirklicht. (45)

Unser heutiges Gesetz befindet sich damit in diesem Problem-bereich nicht nur im wesentlichen Ergebnis (46), sondern auch im Niveau in Übereinstimmung mit den Motiven, die schon Bähr 1888 "nicht durchweg von der Art, daß man sie als 'Geist' (47) anpreisen könnte", klassifiziert hatte. Sie enthielten "zu viel unwissenschaftlich Gedachtes". (48)

Im umgekehrten Verhältnis zu dem in den Motiven zum Ausdruck gebrachten Privileg des Mannes könnte sich in der Zukunft das neue Nichtehelichenrecht als einseitige Sanktion gegen den Mann erweisen; dann, wenn sein generelles Interesse am Kind wächst. Diese Entwicklung scheint mir schon begonnen zu haben. Wenn sich die Funktionsteilung innerhalb der Familie von dem Modell der §§ 1353 ff BGB in der Rechts-

(40) S. o. S. 36

(41) S. o. S. 205 - RE -; S. 230 - RV -.

(42) vgl. o. S. 38 zu den Motiven u. S. 207 zum RE

(43) So die Bereicherungsabsicht, die mangelnde Überwachung durch einen Beistand, das angeblich zwingende Verkehrsrecht der Mutter, die Verhinderung des Mannes durch berufliche Tätigkeit (80 % der nichtehelichen Mütter sind nach Diemer-Nicolaus (FDP) - 17.1.1968, Verhandlungen (Bundestag) Bd. 66 S. 7567 - erwerbstätig, s.o.S. 205 ff)

(44) So mangelndes Interesse am Kind, keine Betreuungsmöglichkeit, ablehnende Stiefmutter - s.o.S.205 ff

(45) vgl. o. S. 57, 100 ff (S. 104 Fußn. 19 u. zu Fußn. 27, 28), 147 f, 151, 156, 239 ff (S. 240, 245 f, 249 ff) - vgl. auch Bosch o. S. 174 f, 183 Fußn. 35.

(46) Dies bezieht sich auf die Gegenüberstellung Mutter - Vater; unterschiedlich ist freilich vor allem die Regelung über die elterliche Gewalt.

(47) Dies ist bezogen auf den "Geist der Rechtsordnung", den die Motive in der Interpretation der Einzelnormen darstellen.

(48) Bähr (Sonderdruck) S. 18

tatsächlichkeit weiterhin absetzt, die Betreuung der Kinder durch Kinderhort, Einrichtungen für seine Vorschul-erziehung und anschließende Ganztagschulen den Eltern weitgehend abgenommen wird, der außereheliche Verkehr sich einem fortsetzenden Bewertungswandel unterzieht und CDU/CSU nicht mehr unruhig werden, wenn hierin nichts Verwerfliches gesehen wird (49) und sich schließlich die bisher nur recht vereinzelt praktizierte Übung verstärkt, wird sich die bisherige Denkungsart zwangsläufig verändern und es wird in dem Verhältnis von Mutter bzw. Vater zum Kind immer weniger schablonisierte Unterschiede geben.

Eine stärker familienrechtlich bestimmte Stellung ist dem Mann in der Reformgeschichte mehrfach zugesprochen worden. (50) Immer sollte es jedoch im Ermessen des Vaters liegen, ob er eine Ausweitung seiner Befugnisse in Anspruch nehmen will. (51) Gegen seinen Willen konnte ihm das Kind nie zugewiesen werden. (52) Bei der Mutter dagegen wurde diese Frage nie gestellt. Am sachgerechtesten wäre m. E., sowohl dann, wenn beide Elternteile das Kind zur persönlichen Betreuung übernehmen wollen, als auch bei beiderseitiger Gleichgültigkeit, eine Entscheidung zu treffen, die sich nach den für das Kind zu bietenden förderlichsten Voraussetzungen bestimmt. (53) In diesem Rahmen wäre dann gegebenenfalls eine besondere biologische Verbundenheit des Kindes mit der Mutter gebührend zu berücksichtigen. Nur wenn insofern alle Möglichkeiten offen gehalten werden, wird auch der zu vermehrten Rechten parallel anwachsende Pflichtenkreis einbezogen. Wenn in der Dreiecksbeziehung Vater-Mutter-Kind schon aus tatsächlicher Notwendigkeit oder als Ausfluß von Art. 6 Abs. I GG ein Elternteil zurückzutreten hat,

(49) vgl. o. S. 218 Fußn. 4

(50) vgl. o. S. 9 Fußn. 3 und 4

(51) vgl. o. S. 91 - RE -; S. 132 - RV -; S. 159 - ADR -; S. 183 - 44. DJT (Müller-Freienfels) -; abweichend Bechert/Cornelius o. S. 154, ihrem Entwurf liegt allerdings eine schematische Gleichstellung zugrunde.

(52) vgl. aber o. S. 157 Fußn. 14

(53) Wenn beide Elternteile das Kind ablehnen, wird sich heute das Problem durch eine Freigabe zur Adoption lösen lassen. Dies gilt allerdings nur für Säuglinge.

wäre eine Orientierung am Kindeswohl der nächstliegende Ansatzpunkt. Jede Generalisierung muß in einem solch bedeutsamen Bereich, wie sie familiäre Beziehungen nun einmal darstellen, geradezu zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten mit weittragenden persönlichen Folgen führen.

In der Kritik an den Motiven ist eine derartige differenzierte Lösung, so weit ersichtlich, nirgends vorgeschlagen worden. Das Josephinische Gesetzbuch stellte es in die "Willkür des Vaters" (54) wo das Kind aufwachsen sollte und übertrug ihm in dem Maße, in dem er für den Unterhalt tatsächlich aufkam, die "väterliche Gewalt". Das preußische Allgemeine Landrecht verweigerte den Kindern völlig den Eintritt in eine Familie (55) und unterstellte es einer Vormundschaft (56). Versorgung und Erziehung wurden während der ersten vier Lebensjahre der Mutter überlassen und dann stand dem Vater ein Wahlrecht zu. Wollte die Mutter das Kind jedoch nicht abgeben, konnte sie sich gegenüber dem Vater durchsetzen, wenn sie bereit war, alle Kosten selbst zu übernehmen. Entschied das Vormundschaftsgericht, daß eine Betreuung durch den Vater für das Kind nachteilig sein würde, verblieb es ebenfalls bei fortdauerndem Unterhaltsanspruch bei der Mutter. (57)

4: Versorgung des Kindes

Die Unterhaltsansprüche können wegen der Fortschritte bei der Vaterschaftsermittlung auf den natürlichen Vater konzentriert werden. Durch unser heutiges Fürsorgesystem ist zudem die erforderliche Existenzgrundlage auch ohne finanzielle Unterstützung seitens des Vaters gesichert. Es ist somit nicht mehr erforderlich in Erwägung zu ziehen, Konkurrenten ohne Vaterschaftsnachweis zu verpflichten und sich über eine entsprechende rechtliche Grundlage Gedanken zu

(54) Jos. IV § 12 - s. Anhang

(55) ALR II, 2 § 639 - s. Anhang

(56) ALR II, 2 § 644 - s. Anhang

(57) ALR II, 2 §§ 621 bis 624 - s. Anhang

machen. Letzteres ist ohnehin mit nur recht bescheidenem Eifer geschehen. (58)

Mit der Einführung eines Regelunterhaltes sind ferner die Kontroversen zwischen familienrechtlicher und schuldrechtlicher Ausgestaltung der Alimentationsforderung gegenstandslos geworden. Einen solchen Ausweg hatte bereits Bähr (59) im Jahre 1888 vorgeschlagen. Wäre er beachtet worden, hätte die Fürsorge nicht die im Regierungsentwurf von 1935 vorhandenen weitgehenden Ansätze für eine familienrechtliche Prägung des Unterhaltsanspruchs mit der Befürchtung kritisieren können, daß zu viele Einredemöglichkeiten für den Vater eröffnet würden und wären die gegensätzlichen Standpunkte von Bosch und Zweigert, die im Ergebnis beide den schuldrechtlichen Vorschriften zuneigten, klarer geworden. (60) So blieb es Schöne (61) auf dem 44. DJT vorbehalten, diesen Gedanken erneut vorzutragen. Er fand mit seiner Anregung sofort spontanen Beifall. Ein im Grunde prozessuales Problem hat damit seine störende Ausstrahlung auf die materielle Regelung verloren. Der Weg ist frei geworden, die Unterhaltsvorschriften auch im Nichtehelichenrecht den familienrechtlichen Prinzipien zu unterstellen.

Das jetzt geltende Gesetz knüpft in seiner Einzelregelung an den Regierungsentwurf von 1925 an. Dort war zum ersten

-
- (58) vgl. o. S. 86 ff (88f) - RE; S. 128 ff - RegV -; Klumker ZBlJR 1928/1929 S. 313: "Das Kind hat einen Anspruch an jeden der Mehreren. Worauf er eigentlich beruht, hat noch niemand sagen können. Das Gesetz schafft ihn eben." -
Dogmatische Angebote machen: Fallmann, 32. DJT, o. S. 71 f; Lenné o. S. 103; Bechert/Cornelius, Begründung, Deutsches Recht 1934 S. 444 - "Geldstrafe".
Soweit ersichtlich hat sich lediglich Niemeyer, Standesamt 1926 S. 294 gegen die Verpflichtung eines Konkubenten aus rechtlichen Gründen ausgesprochen - "zivilrechtliches Unikum"
- (59) Bähr (Beurteilung) S. 162; ebenso dann auch als Antwort auf das Rundschreiben des Reichskanzlers vom 27.6.1889 die Regierung von Reuß a. L., Äußerungen der Bundesregierungen, Bd. II S. 39
- (60) vgl. o. S. 187 ff (190 f)
- (61) S. o. S. 190

Mal die Möglichkeit vorgesehen, die Leistungsfähigkeit beider Elternteile zu berücksichtigen. Soweit es der "Billigkeit" entsprach, konnte einerseits ein höherer Lebensstil des Vaters und andererseits eigenes Einkommen der Mutter den Betrag der Unterhaltsrente beeinflussen. (62)

Die Formulierung der neuen Einzelbestimmungen läßt es auch zu, daß die Neubewertung der Haushaltsführung und entsprechend die persönliche Betreuung des Kindes (63) in vollem Umfang als Unterhaltsleistung gewertet und notfalls kapitalisiert einer Berechnung zugrundegelegt werden können. (64)

Ein dem heutigen Ergebnis entsprechender Vorschlag sollte wegen des grundsätzlich abweichenden Unterhaltsverständnisses und der regelmäßig einkommenslosen Frau weder in dem Gesetzgebungsverfahren zum BGB von 1900 noch während der Epoche vor 1800 erwartet werden können. Dennoch wird immerhin in der Auseinandersetzung mit den Motiven teilweise gefordert, die Höhe des Unterhalts nicht ohne Berücksichtigung der Verhältnisse des Vaters zu bestimmen (65), die zeitliche Begrenzung zu streichen (66) und die väterlichen Eltern zu verpflichten (67).

Das preußische Allgemeine Landrecht ging noch darüberhinaus und enthielt praktisch bereits die jetzt erst nach jahrzehntelangem Ringen neu gewonnene konkrete Anpassungsmöglichkeit. Die zeitliche Begrenzung war aufgelockert (68),

(62) vgl.o. S. 96 Fußn. 50 - RegE -; S. 213 -RE; S. 235 - RV -.

(63) S. die grundlegende Entscheidung des BGH in BGH Z 50, 304 = NJW 1968 S. 1823; vgl. ferner den Beschluß des BVerfG in FamRZ 1960 S. 391, wo bereits am 21.7.1960 die Personensorge und die Unterhaltsrente als die "beiden Arten der Unterhaltsleistung" (S. 392) als gleichwertig gegenübergestellt worden sind.

(64) vgl. § 1606 Abs. 3 BGB: Die Mutter leistet ihren Beitrag i n d e r R e g e l durch Pflege und Erziehung des Kindes.

(65) So Menger S. 61 ff (104); Bingner (Eingabe), zit. nach: Gutachten zum Entwurf einer BGB-Zusammenstellung-, Bd. 4, S. 434; Linkelmann S. 467; Meyer, Gruchot, 33. Jg., 1890 S. 641 ff; Sachsen, Äußerungen der Bundesregierung Bd. I S. 168 u. Reuß a. L. aaO Bd. II S. 39

(66) So von Gierke S. 481 - s. aber o. S. 277 Fußn. 26; Linkelmann S. 467

(67) So von Gierke S. 480 - s. aber o. S. 277 Fußn. 26; wohl auch Linkelmann S. 467

(68) ALR II, 2 §§ 635 ff - s. Anhang

Vermögen der Mutter konnte Einfluß haben (69), die väterlichen Eltern hafteten (70) und die Unterhaltspflicht bestand gegenseitig (71). Lediglich hinsichtlich der Höhe werden als Standard die Verhältnisse eines Bauern oder gemeinen Bürgers unter Aufgabe der Flexibilität als Fixwert zugrundegelegt. (72)

Nach dem Josephinischen Gesetzbuch unterlag die Mehrzahl der Kinder ohnehin ehelichem Recht, was ebenfalls die jeweilige Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse erlaubte. (73) Für die Kinder, die auch als nicht-eheliche Kinder zu behandeln waren, war ein Unterhalt nach der Lebensstellung der Mutter zu gewähren, der nach dem Tod des Vaters gegenüber den Erben bestehen blieb. (74)

5: Erbrechtliche Stellung des Kindes

Für ein Erbrecht des Kindes am Nachlaß des Vaters hat sich keine der Gruppen, die die Reformdiskussion getragen haben, nachhaltig eingesetzt, obgleich die Fiktion der Motive, daß Vater und Kind rechtlich nicht als verwandt anzusehen seien (§ 1589 Abs. 2 BGB a. F.), nie übernommen worden ist. Der für den BGB-Gesetzgeber mitbestimmende allgemeine Gedanke, eine Belastung des Mannes nicht zu weit zu treiben (75), ist ebenfalls in dieser Form nicht angesprochen worden. Dennoch hat erst die Regierungsvorlage 1967 dem Kind ein auch als solches zu bezeichnendes Erbrecht eingeräumt.

Bis 1925 ist ein Erbrecht mehrfach gefordert worden (76),

(69) ALR II, 2 § 630 - s. Anhang

(70) ALR II, 2 § 628 - s. Anhang

(71) ALR II, 2 § 638 - s. Anhang

(72) ALR II, 2 § 626 - s. Anhang; vgl. ferner die §§ 621 ff

(73) vgl. Jos. IV §§ 15, 16 - s. Anhang

(74) Jos. IV §§ 12, 14 - s. Anhang; der Vater kann das Kind auch zu sich nehmen - Jos. IV § 12 - s. Anhang

(75) vgl. o. S. 41; 272 f

(76) vgl. o. S. 51 - Fürsorge -; S. 78 Fußn. 34 - Minderheit des 32. DJT -; ferner Geiger S. 129 ff; Bückling S. 94; Max. Schmidt S. 93/94

der ablehnenden Entscheidung des Regierungsentwurfs von 1925 ist indes nicht ernsthaft widersprochen worden. (77) Erst während der Zeit des Nationalsozialismus ist in den Entwürfen von Bechert/Cornelius (78) und der Akademie für Deutsches Recht (79) wieder ein Erbrecht aufgenommen worden. Im Referentenentwurf von 1966 fehlte es, mit zum Teil geradezu abwegiger Begründung (80), erneut.

Ehmke hat dies als Justizminister am 14.5.1969 vor dem Bundestag auch auf "handfeste wirtschaftliche Interessen" zurückgeführt. (81) Dieser Hinweis hat seine Berechtigung. Während der ersten Beratung des Gesetzes hatte sich die FDP, die von kirchlichem Einfluß regelmäßig frei ist, politisch aber nicht gerade als kapitalfeindlich angesehen werden kann, gegen ein Erbrecht ausgesprochen. Sie wurde hierbei von der CDU/CSU-Fraktion unterstützt. (82) Während der Weimarer Republik gingen gerade von DNVP, DVP und Zentrum keinerlei Initiative aus. (83)

Aus der Reformgeschichte ergibt sich aber ferner, daß diese Erwägung nur einen von mehreren Gründen darstellt. In der Ablehnung des Erbrechts trafen sich in einmütigem Zusammenspiel mit Kapitalinteressen die Vorstellungen der katholischen Kirche und die Gedankengänge der Fürsorge.

Die Kirche sah in allem, was die angestrebten scharfen Kontrastlinien zwischen dem ehelichen Kind mit zwei Elternteilen und dem nicht-ehelichen Kind mit einem Elternteil verwischen könnte, eine drohende Gefahr für Ehe und Familie und damit, insoweit folgerichtig, ebenfalls in einem Erbrecht auch gegenüber dem Vater. (84)

(77) vgl. o. S. 100 ff - kath. Kirche -; S. 105 - evang. Kirche -, S. 116 f - Fürsorge -.

(78) § 1712 B/C - s. o. S. 155

(79) §§ 28, 31 ADR - s. o. S. 160

(80) vgl. o. S. 214 FuBn. 67

(81) Verhandlungen (Bundestag) Bd. 70 S. 13 004

(82) vgl. o. S. 267, 269

(83) vgl. o. S. 146 ff

(84) vgl. o. S. 104, 248 ff - s. auch o. S. 269

Die Fürsorge kämpfte nur für eine sichere Existenzgrundlage des Kindes. Das begrenzte ihren Horizont. Mit einem den Tod des Vaters überdauernden Unterhaltsanspruch waren ihre Wünsche erfüllt. (85)

In Antwort auf die Motive sind mehrere positive Äußerungen für ein Erbrecht abgegeben worden. (86)

Das preußische Allgemeine Landrecht sah einen fortgeltenden Unterhaltsanspruch vor. Erbrechtliche Ansprüche hatte das Kind nur, wenn die natürliche Abstammung nicht wegen weiterer Konkubenten unsicher war, keine ehelichen Abkömmlinge vorhanden waren und ein Testament nicht Dritte zu Erben bestimmte. (87) Nach dem Josephinischen Gesetzbuch hatten die wenigen Kinder, die nicht als ehelich zu behandeln waren (88), auch nach dem Tod des Vaters einen Unterhaltsanspruch. Vom Erbrecht waren sie ausgeschlossen. (89)

Ein Erbrecht in gleichem Umfang wie den ehelichen Kindern gewährte die Revolutionsgesetzgebung von 1793. (90) Hierbei ist allerdings einschränkend zu beachten, daß die nicht-eheliche Vaterschaft ausschließlich auf freiwilliger Anerkennung beruhte; eine gerichtliche Ermittlung des Vaters war ausgeschlossen. (91)

(85) vgl. o. S. 116 f, 259, 265

(86) vgl. von Gierke S. 480: "subsidiäres Erbrecht"; Linkelmann S. 457: "Der Anerkennung erbrechtlicher Beziehungen stehen unüberwindliche Hindernisse nicht entgegen."; Klöppel S. 350: "Es ist nicht ersichtlich, warum es auf der väterlichen(Seite) anders sein sollte."; Wilke S. 986: "Es widerspricht ... dem herrschenden Rechtsbewußtsein, die natürlichen Kinder gegenüber Seitenverwandten des Vaters von jedem Erbanspruch auszuschließen" Reuß a. L., Äußerungen der Bundesregierungen Bd. II S. 39

(87) ALR II, 2 §§ 647 ff - s. Anhang

(88) Jos. IV § 16 - s. Anhang

(89) Jos. IV § 15 - s. Anhang

(90) Décret vom 4. Juni 1793, Décret vom 2. November 1793 - 12 brumaire II - art. 2: Les droits de successibilité sont les mêmes que ceux des autres enfants. Einschränkung bei ehewidrigen Kindern in art. 3 - zit. nach Conrad, FamRZ 1962 S. 326

(91) vgl. Décret vom 2.11.1793 art. 8 - zit. nach Conrad aaO.

2. Kapitel: Resümée

Die Filtration von Äußerungen der den Kirchen nahestehenden Verbänden und Persönlichkeiten und der öffentlichen Fürsorge aus der unübersehbar gewordenen Fülle der Literatur hat in der Gegenüberstellung mit den in dem zurückliegenden sieben Jahrzehnten zur Diskussion gestellten Gesetzesentwürfen und den amtlichen Begründungen gezeigt, daß die Gesetzesarbeiten von diesen beiden Gruppen, die sich dem Schicksal der Kinder in besonderer Weise verantwortlich fühlen sollten, kaum gefördert worden sind. Sie wurden im Gegenteil per Saldo m. E. erheblich blockiert.

Kapitalinteressen, kirchliche Sittlichkeitsvorstellungen und fürsorgerische Engherzigkeit sind gemeinsam für sieben Jahrzehnte erfolgloses Disputieren verantwortlich. Jede Gruppe hatte gewissermaßen ihren Fetisch: Die besitzende Schicht ihr Vermögen, die katholische Kirche (1) in der Absolutheit von Ehe und Familie und die Fürsorge in der 1922 erreichten Amtsvormundschaft.

Das Vermögen wurde durch einen folgenhaften Seitensprung ohne Erbrechtsansprüche des Kindes nicht gefährdet. Mit einer Unterhaltsverpflichtung in der Art einer "Postnumrandobezahlung für den genossenen sexuellen Verkehr" (2) konnte das Malheur ausgeglichen werden. Eine Änderung des BGB konnte nur nachteilig wirken.

Wie stark dieser Einfluß letztlich gewesen ist, läßt sich nicht sagen. Er ist nicht meßbar, da diese Zielrichtung zu

(1) Die evangelische Kirche ist von der Kritik insgesamt auszuklammern. Der vorgelegte Entwurf der Inneren Mission und ihre Stellungnahmen zu den amtlichen Vorlagen zeigten in der Tendenz immer Zustimmung - vgl. o. S. 105; 157, 251 f

(2) Geiger S. 78

keiner Zeit *expressis verbis* ausgesprochen werden konnte.

Ehe und Familie hatten durch das BGB ihren strahlenden Platz erhalten. Was sollte schon geändert werden. Bis 1927 wußte man es auch nicht. Das BGB sei gut. Als die Diskussion sich verdichtete, die Reformbemühungen intensiver wurden, entwickelte Zillken den Gedanken der Klein- bzw. Ersatzfamilie (3) von Mutter und Kind, stimmte man sich nach vorherigen Applaus für die *exceptio* auf die österreichische Lösung mit ihrer "erzieherischen Wirkung" (4) ein und legte schließlich, als man nach dem 1934 vorgelegten Entwurf von Bechert/Cornelius gesetzgeberischer Maßnahmen jederzeit gewärtig sein mußte, einen eigenen Entwurf mit recht regimehöriger Begründung vor. (5) Nach dem Krieg behielt man das Thema zwar immer im Auge, erkannte in selbstkritischer Einsicht frühere Bewertungen auch als Ausfluß einer "zu primitiven Moralauffassung" (6), blieb im Grunde jedoch weiterhin reaktiv. Der katholische Arbeitskreis wurde im Hinblick auf den 44. DJT konstituiert (7) und Verlautbarungen veröffentlichte er erst nach Bekanntgabe des Referentenentwurfs. (8) Eine Änderung des BGB mußte auch zur Stellung des Mannes Entscheidungen bringen. Jede Verzahnung seiner Familie mit Mutter und Kind mußte dementsprechend Auswirkungen auf Ehe und Familie haben. Nach dem Familienrechtsänderungsgesetz von 1961 mit der Antragsbefugnis der Mutter auf Übertragung der elterlichen Gewalt und der Erweiterung der Unterhaltspflicht waren weitere Forderungen nicht mehr zu stellen, zumal die medizinische Wissenschaft die Vaterschaftsproblematik zunehmend entschärfte. Es gingen deshalb auch 1967

(3) vgl. o. S. 104 Fußn. 19

(4) vgl. o. S. 104; 151; 156

(5) vgl. o. S. 155 f

(6) S. o. S. 240

(7) vgl. o. S. 241

(8) S. o. S. 241 Fußn. 15

die Gesetzesarbeiten noch viel zu rasch vorstatten. (9) Bemerkenswert erscheint mir zu sein, daß man in der Einzeldiskussion der letzten Jahre Art. 6 Abs. I GG sehr zurückhaltend für den eigenen Standpunkt zitierte. Seine auffallend seltene Verwendung als Argument erweckt auf mich den Eindruck, als sei man sich der Überzeugung der eigenen Interpretation (10) doch nicht so sehr sicher. Man bemühte sich mehr praktische und anschauliche Erwägungen vorzutragen, verwickelte sich dabei allerdings in allerlei Widersprüchlichkeiten. (11)

Die evangelische Kirche, die von der Kritik insgesamt auszunehmen ist (12), sieht zwar in Ehe und Familie gleichfalls die Gesellschaft tragende und besonderen öffentlichen Schutz bedürftige Institutionen, verweigert ihr aber Absolutheitscharakter und verliert sich nicht in allzu vordergründiger Argumentation. Ihre Stellungnahmen lassen erkennen, daß zwischen dem Schutz von Ehe und Familie und dem Recht des Kindes ein echtes Spannungsverhältnis besteht, daß nicht einseitig entschieden werden könne, sondern eines Ausgleiches bedarf. (13)

Die Amtsvormundschaft ist als so etwas wie der Stein der Weisen betrachtet worden. Mit welcher Heftigkeit gegen eine Erweiterung der Rechte der Mutter gestritten worden ist, ist geradezu frappierend. Müller hat hierzu m. E. bereits 1926 das Richtige gesagt. (14) In ihrer Einseitigkeit waren Klumker und seine Freunde für Kompromißlösungen nicht mehr zugänglich. Der Lösungsvorschlag zur Vaterschaftsproblematis in der Regierungsvorlage von 1929 kam sachlich ihren Wünschen weitgehend entgegen.

Es verlautete zu viel Provinzielles aus ihren Amtsstuben,

(9) vgl. o. S. 243

(10) Hiermit meine ich vor allem auch die Äußerungen von Bosch auf dem 44. DJT, der selbst dem Arbeitskreis angehörte.

(11) S. o. S. 248 f

(12) vgl. o. S. 289 Fußn. 1

(13) vgl. o. S. 157

(14) S. o. S. 109 Fußn. 17; 114 Fußn. 38

wozu ich insbesondere die Kritik von Erich Müller an der gerade genannten vermittelnden Formel der Regierungsvorlage von 1929 zur Vaterschaft rechne. (15) Hierher gehört aber auch die im Gegenentwurf von 1928 dem Vater zuge dachte Position. Wenn man auf der einen Seite der gesellschaftlichen Aufwertung des Kindes das Wort redet, kann man nicht zu Zeiten, wo noch der Mann im Gegensatz zu der Frau die gesellschaftliche Meinungsbildung überwiegend bestimmt, die von ihm ausgehende Bewertung durch zusätzliche Pflichten ohne korrespondierende Rechte ins Negative potenzieren.

Das Nichtehelichenrecht ist im ideologischen Kampf 1919 zur legislatorischen Aufgabe geworden, an ideologisch bestimmten Gerangel ist es auch sieben Jahrzehnte gescheitert.

Der Ministerialbürokratie ist hierbei noch zu bestätigen, daß sie ihr Bestes versucht hat. Brandis (16) ist mehrfach (17), auch mit einer Monographie, in die Öffentlichkeit getreten, die Begründung des Regierungsentwurfs bemühte sich auch die Blickrichtung für den politischen Adressaten etwas zu verlagern (18), die Erläuterungen zum Referentenentwurf von 1966 und der Regierungsvorlage von 1967 kassieren die Mehrverkehrsproblematik und Ehmke hat schließlich die abweichende Auffassung des Ministeriums zur Rechtsposition des Vaters anklingen lassen. (19)

Den Erfolg haben die politischen Instanzen vereitelt. Das Zentrum sprach zu stark mit dem Zungenschlag der katholischen Kirche, die Sozialdemokraten wollten einerseits die Rolle der Frau in der Gesellschaft einer Neubewertung

(15) vgl. o. S. 153 Fußn. 2

(16) Ministerialrat im Justizministerium

(17) Brandis: "Zur Frage der Vaterschaft und des Mehrverkehrs im neuen Unehelichenrecht", ZBlJR 1925/1926 S. 245; "Der neue Gesetzentwurf über die unehelichen Kinder", JW 1925 S. 2725; "Der Gesetzentwurf über das Unehelichenrecht von 1929", Berlin 1929

(18) vgl. o. S. 81 Fußn. 5

(19) vgl. o. S. 279 f

unterziehen, sahen sich aber andererseits gleichzeitig der Sozialfürsorge verpflichtet, die Deutsch Nationalen hatten an zusätzlichen Individualrechten, zudem für gesellschaftliche Randfiguren, kein Interesse, die Deutsche Volkspartei schwieg und die Deutschen Demokraten waren zu schwach. Den Kommunisten ging es ohnehin nicht um das Kind.

Die Pflicht zur Verfassungstreue vergaßen so auch demokratische Parteien.

Nach 1949 war es ähnlich. Ohne Sachinteresse gab auch grundsätzliches Verfassungsbewußtsein nicht genügend Energie. Ich bin der Überzeugung, daß es ohne das Bundesverfassungsgericht heute noch kein neues Gesetz gäbe. Selbst der Beschluß vom 29.1.1969 war m. E. bitter nötig. Die systematische Einzelberatung der Vorlage begann im Rechtsausschuß erst am 27.2.1969, also nach dem Votum der Verfassungsrichter. (20) Wenn Wahl (CDU/CSU) sich nach dieser Meinung wie ein Examenskandidat unter Zeitdruck wähnte (21), ist dies geradezu ein Hohn im Hinblick auf den seit 20 Jahren bestehenden Auftrag des Grundgesetzes. Diese Äußerung verrät aber den vorhandenen Eifer.

Die Handhabung des Art. 121 WRV hat deutlich gemacht, daß moralischer Zwang, selbst der einer Verfassungsnorm nicht ausreicht, das Parlament als Legislative so stark zu verpflichten, daß auch ideologische Gegensätze überwunden werden können. Art. 6 Abs. V GG hat darüber hinaus klargestellt, daß selbst in weitgehend von ideologischen Gegensätzen befreiter Demokratie sachliche Eigeninteressen der politischen Parteien positive Verfassungstreue in Form gesetzgeberischer Initiative verhindern können. Es bedarf

(20) S. o. S. 169 Fußn. 20

(21) vgl. o. S. 268

auch einer Untätigkeitskontrolle des Parlaments. Diese Verfassungslücke sollte bei einer Revision des Grundgesetzes geschlossen werden. Es wäre darüber nachzudenken, ohne daß hier dieser Gedanke vertieft werden könnte, ob nicht mit zunehmendem Zeitablauf die prozentualen Zustimmungserfordernisse gesenkt werden könnten mit der Folge, daß dann, wenn die regierende Mehrheit nichts unternimmt, auch Minderheiten Legislativentscheidungen durchsetzen können.

In der Bewertungsskala der Motive hat sich von 1900 bis heute eine starke Verschiebung ergeben. Wie gerade die statistischen Formulierungsanalysen zeigen, hat sich die Blickrichtung stark auf das Kind konzentriert. In den amtlichen Begründungen hat damit der Persönlichkeitswert des Einzelnen gegenüber Gemeinschaftseinrichtungen erheblich an Gewicht gewonnen. Der Regierungsentwurf von 1925 mag hierbei freilich seiner Zeit noch vorausgeeilt sein.

In den Leitgedanken zur Neuregelung hatte sich noch keine wesentliche Änderung bis zur Verabschiedung des jetzt geltenden Gesetzes vollzogen. Auch das neue Nichtehelichenrecht stützt sich im wesentlichen auf die gleichen Ansatzpunkte. In der gesellschaftlichen Beurteilung sind jedoch gleichwohl Wandlungen abzusehen. Vor allem wird die gesetzliche Vermutung in zweierlei Hinsicht wohl schon recht bald entscheidend erschüttert werden. Einmal wird die wissenschaftliche Erkenntnismöglichkeit sie überhaupt entbehrlich machen und zum anderen zeichnet sich ab, daß mit fortschreitender Unbefangenheit im Sexualbereich der Einverkehr als gesellschaftliche Regel fragwürdig werden dürfte. Mit neutraler Beurteilung eines außerehelichen sexuellen Umgangs braucht die subjektive Gefahr, daß das Kind zumindest im Unterbewußtsein als Ergebnis eines verwerflichen Verhaltens der Eltern beurteilt und diskriminiert wird, nicht bekämpft und erst rational ausgeräumt zu werden. Der

Gedankengang, zu dem man recht schleppend erst gefunden hat, daß das Kind un s c h u l d i g sei, entfällt dann. In dem Moment, wo sich insoweit eine gewisse Verfestigung abgezeichnet haben wird, wird das Kind ebenso wie die außereheliche Gemeinschaft in ein anderes Verhältnis zur Ehe treten. Für eine solche Entwicklung ist das neue Nichteheleichenrecht mit der weitgehenden Übernahme des Kontrastmodells der katholischen Kirche nicht geöffnet. Insoweit waren der Regierungsentwurf von 1925 und die Regierungsvorlage von 1929 aufgeschlossener und allen voraus das Josephinische Gesetzbuch (Jos. IV § 16).

ANHANG

I. Josephinische Gesetzgebung

1. Hofdekret vom 24.7.1783 - Nr. 161

"Die Mackel unehelicher Geburt seye in allen öffentlichen Diensten oder Handwerken, oder bei was immer für einer Beweisführung gänzlich aufgehoben."

2. Hofdekret vom 24.7.1783 - Nr. 162

Vom 15. Julius 1783 anzufangen, soll das in Tirol bestandene Recht, gemäß dessen den unehelich geborenen das Recht gültig zu testiren benommen gewesen, aufgehoben erklärt seyn."

3. Patent vom 1.11.1786 - Nr. 591 (Josephinisches Gesetzbuch)

Viertes Hauptstück.

Von den Rechten zwischen Eltern und Kindern.

§. 1.

Alle Kinder sind für ehlich zu halten, welche während der Ehe empfangen worden, das ist, welche im siebenten Monate nach der Trauung, oder im zehnten Monate nach des Vaters Tode geboren worden sind. Würde aber ein Kind vor dem siebenten Monate nach der Trauung, oder nach dem zehnten Monate nach des Vaters Tode geboren; so sollen alle Umstände genau untersucht, und das Gutachten der Naturkundigen eingeholet werden, ob die Geburt so frühzeitig, oder so spät habe erfolgen können. Wenn der Mann ein zu früh gebornes Kind für das seinige anerkennt, macht dieses für die ehliche Geburt des Kindes den vollen Beweis.

§. 2.

Niemand, als der Mann, ist berechtigt, gegen die ehliche Geburt eines Kindes Zweifel zu erheben. Aber auch der Mann, der wegen seiner langen Abwesenheit dem während der Ehe geborenen Kinde die ehliche Geburt streitig machen will, ist mit seiner Beschwerde anders nicht zu hören, als wenn er nicht nur seine Abwesenheit ein ganzes Jahr vor der Geburt, sondern auch einen von der Mutter begangenen wirklichen Ehebruch landgerichtlich darthut.

§. 3.

Die Pflicht des Mannes ist, die Kinder zu einem für den Staat nützlichen Stande zu erziehen, und, wenn sie nicht ein eigenes Vermögen haben, dessen Einkünfte hinreichen, dieselben so lang zu erhalten, bis sie sich selbst ernähren können.

§. 4.

Wenn eine Tochter mit, oder ohne Heirathsgut verheirathet worden, und der Mann sie zu unterhalten nicht im Stande ist, liegt ihre Unterhaltung den Aeltern desselben, und weiters seinen Großältern ob. Sind aber diese untermögend, so ist der Vater die Tochter zu erhalten, verbunden:

§. 5.

Die Mutter ist verpflichtet, die Kinder mit Sorgfalt zu pflegen, zu warten, und zu Erziehung derselben nach Kräften beizutragen. Während der Ehe aber ist sie zu deren Unterhalt von ihrem Vermögen etwas beizutragen nicht schuldig, als wenn der Vater dazu nicht im Stande ist. Nach dem Tode des Vaters aber liegt der Mutter gleiche Schuldigkeit, wie dem Vater ob.

Zweite Fortsetzung.

20

§. 6.

1786.

§. 6.

Die Verbindlichkeit, den Unterhalt zu reichen, gehet nach Abgang der Aeltern auf die Großältern über. Doch sind die Großältern von väterlicher Seite vorzüglich dazu verbunden: den Großältern von mütterlicher Seite kann der Unterhalt der Enkeln nur in dem Falle aufgebürdet werden, über welchen §. 4. wegen der Tochter die Verordnung gemacht worden.

§. 7.

Wenn ein Kind gleich verdient hat, enterbet zu werden, so werden die Aeltern im Nothfalle von Abreichung des nothdürftigen Unterhalts doch nicht entbunden. Wenn der Nothfall fortdauernd ist, soll dieser Unterhalt dem Kinde auch durch den letzten Willen angewiesen werden.

§. 8.

Die Kinder ihrer Seite sind gleichfalls schuldig, ihren dürftigen Aeltern und so weiter ihren Voraltern den Unterhalt nach Vermögen und Kräften zu verschaffen.

§. 9.

Das, was entweder Aeltern zu Ernährung der Kinder, oder diese für die Aeltern aufgewendet haben, kann nicht wieder zurückgefordert werden.

§. 10.

Auch unehelichen Kindern, aus was für einem verbotenen Beischlafe sie auch erzeugt wären, gebühret von ihren Aeltern der Unterhalt. Diese Schuldigkeit liegt vorzüglich dem Vater ob, für welchen derjenige zu halten ist, der entweder während der Schwangerschaft, bei der Geburt, oder sonst durch die kleinste Handlung zu erkennen giebt, daß er das Kind als das seinige ansehe. Kann der Vater durch kein solches Anzeichen bestimmt werden, so ist die Mutter berechtigt, denjenigen zu Unterhaltung ihres Kindes zu belangen, der eines in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft mit ihr gepflozenen Beischlafs entweder geständig ist, oder überwiesen werden kann.

§. 11.

Der Unterhalt des unehelichen Kindes ist nach dem Stande der Mutter abzumessen. Der Vater muß dasselbe so unterhalten, daß es der Hilfe der Mutter entbehren, und diese auf jeden Fall ihre Nahrungsgefahr fortsetzen kann, ohne von der Sorge für das Kind daran verhindert zu werden.

§. 12.

Es hängt von der Willkühr des Vaters ab, das Kind in, oder außer dem Hause zu unterhalten. Nach dem Maasse aber, als der Vater das Kind unterhält, gebühret ihm darüber auch die väterliche Gewalt, wenn er sich derselben nicht freiwillig begeben will.

vom Jahre 1786.

107

§. 13.

1786.

Wollte, oder könnte die Mutter den Vater nicht anzeigen, oder den binnen drei Monaten mit ihr gepflozenen Beischlaf nicht beweisen, so liegt ihr allein ob, das Kind zu unterhalten.

§. 14.

Dem unehelichen Kinde gebühret der Unterhalt nicht nur von dem Vater oder der Mutter bei Lebenszeit derselben, sondern auch nach ihrem Tode von allen denjenigen, an welche die väterliche, oder mütterliche Erbschaft durch was immer für einen Weg gelangt ist.

§. 15.

Wenn ein uneheliches Kind von Aeltern gezeugt worden, welche entweder beide, oder einer desselben zu Zeit der Erzeugung verehelicht waren, oder wenn zwischen den Aeltern ein Ehehinderniß vorhanden war, das nicht gehoben werden konnte, ist das Kind, für wahrhaft unehlich zu halten, und dessen Recht blos auf den angemessenen Unterhalt zu beschränken, ohne daß ihm von der väterlichen, oder von der mütterlichen Seite andern verwandtschaftliche Rechte zukommen.

§. 16.

Gingegen wenn ein Kind zwar außer der Ehe, doch von zwei unverheiratheten Personen gezeugt worden, und desto mehr, wenn ein Kind nur aus einer ungiltigen Ehe geboren ist, wo nämlich das Hinderniß so beschaffen war, daß es hätte gehoben werden können, ist das Kind den ehelichen Kindern gleichzuhalten, und wird dasselbe von der väterlichen so wohl, als mütterlichen Seite aller Berechtigte theilhaft, die den ehelich geborenen Kindern zugestanden.

§. 17.

Bei Kindern jedoch, die von zwei unverheiratheten Personen gezeugt worden, hat diese Anordnung nur dann Platz, wann solche Kinder nicht nachher durch eine von ihrem Vater, oder von ihrer Mutter mit einer dritten Person geschlossene Verehelichung wirklich unehlich gemacht worden: eine solche Ehe aber soll nicht anders gekräftet werden, als wenn vorher wegen des vorhandenen Kindes vor der Gerichtsstelle zwischen den Aeltern ein gültiges Abkommen getroffen worden. Wo dieses nicht geschehen ist, bleibt dem Kinde seine Berechtigte vorbehalten.

§. 18.

Der Vater ist befugt, seine Kinder gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten, auch für die ihnen zugefügten Unbilden Genugthuung zu fordern.

D d a

den.

1786.

dem. Er hat das Recht, ihnen in den wichtigeren Angelegenheiten ihres Lebens zu rathen, sie zu leiten, und durch vernünftige Vorstellungen zu bestimmen. Ihm steht zu, die fehlenden Kinder durch mässige Züchtigungen zu bessern, die flüchtig gewordenen überall zu ergreifen, und die ihm von Anderen vorenthaltenen zurückzufodern: In welchen Fällen er, wenn er im Besitze des väterlichen Rechts ist, oder die rechtliche Vermuthung für sich hat, das Beweises entbehren ist. Wenn er aber sich im Besitze des väterlichen Rechts nicht befindet, und ihm selbst freitig gemacht wird, muß er sein Recht gehörig erweisen.

§. 19.

Bei dieser dem Vater eingeräumten Gewalt aber hat er kein Recht, über Freiheit, Ehre und den guten Namen der Kinder; auch kann die zugestandene Züchtigung nicht zum Nachtheile des Leibes und der Gesundheit gemißbraucht, einem Kinde von dem Vater bei der Wahl eines Ehegatten nicht durch Drohungen und Gewaltthaten Zwang gethan werden. Wider einen solchen Zwang ist nicht das Kind allein berechtigt, Schutz zu suchen, sondern auch jeder, dem die Ausübung eines solchen Zwangs bekannt wird, kann den Richter um Leistung dieses Schutzes angehen. In einem solchen Falle soll der Richter sogleich, durch freimüthige Aussage des Kindes, oder andere dienliche Mittel die Wahrheit zu erheben bedacht seyn, nach entdecktem Zwange aber das Kind wider alle Gewaltthaten des Vaters in Sicherheit setzen. Würde ein Kind seiner beständig gedrückten Abneigung ungeachtet durch Gewaltthaten des Vaters zu einer Ehe gezwungen, so tritt der Fall der im vorigen Hauptstücke §. 21. festgesetzten Nichtigkeit ein.

§. 20.

Die Kinder sind dem Vater Ehrerbietung, Gehorsam, und eine vollkommene Unterwerfung in seinem Willen schuldig, in so weit seine Befehle nicht wider die Gesetze und guten Sitten laufen. Inwiefern werden sie des väterlichen Namens und Wappens, aller Ehren, Würden und Vorzüge, die nicht auf die Person des Vaters beschränkt sind, theilhaftig, und erwerben ein Recht an dessen Vermögen und Erbfolge.

§. 21.

Kinder, die ihre Großjährigkeit nicht erreicht haben, sind in ihren Handlungen, woraus ihr Vermögen vermindert, oder ihre Person verbindlich gemacht werden könnte, andern Wasen oder Minderjährigen vollkommen gleich zu achten.

vom Jahre 1786.

109

§. 22.

1786.

Wenn Kinder ein eigenes Vermögen haben, dasselbe mag auf rechtmäßige Art von dem Vater an sie gelangt, ihnen von andern zugekommen, oder von ihnen selbst ausser dem Gute und Gewerbe des Vaters gewonnen worden seyn, so hat der Vater darüber die Verwaltung, ausser wenn derselbe, von dem das Gut an die Kinder gelangt ist, den Vater davon ausgeschlossen hat, oder gegen ihn der gegründete Verdacht einer übeln Verwaltung vorhanden ist.

§. 23.

Doch soll kein Vater sich der Verwaltung des kindlichen Vermögens anmassen, noch kann dasjenige, was er vorgenommen, rechtsgiltig seyn, bevor ihm das Gut gerichtlich eingeantwortet worden. Wofern es nöthig ist, soll vor dieser Einantwortung das Vermögen gerichtlich beschrieben, oder doch dessen Beschaffenheit, Werth und Erträgniß zur Sicherheit der Kinder angemerket werden.

§. 24.

Der Vater hat die Nutznießung des kindlichen Vermögens nicht, sondern er ist, wie ein anderer Vormund dasselbe zu versichern, und darüber jährliche Rechnung zu legen schuldig. Wenn die Einkünfte mehr betragen, als der Unterhalt dieses Kindes fodert; so ist es damit, wie mit den Ersparnissen anderer Minderjährigen zu halten.

§. 25.

Sobald der Vater einer geßessentlichen Benachtheiligung oder grossen Vernachlässigung des kindlichen Vermögens überzeugt wird, ist den Kindern ein anderer zum Vormunde zu bestellen, und durch denselben sowohl das Vernachlässigte wieder in Ordnung zu bringen, als der Ersatz nach Beschaffenheit der Umstände von dem Vater gerichtlich einzutreiben.

§. 26.

Kinder sind der Mutter zu eben der Ehrerbietung, als dem Vater verpflichtet. Die Mutter hat ebenfalls das Recht, den Kindern in den wichtigeren Angelegenheiten ihres Lebens zu rathen, sie zu leiten, und durch mässige Züchtigungen zu bessern. Doch erstreckt die's Recht sich nicht weiter, als §. 19. in Ansehen des Vaters verordnet ist.

§. 27.

Ausser den hier berührten Rechten sind noch mehrere, welche die Gesetze dem Vater und Kindern, wie auch der Mutter und Kindern wechselseitig zugesiehen. Diese werden da, wo die Gegenstände vorkommen, näher bestimmt.

Zweite Fortsetzung.

Ge

§. 28.

4. Hofdekret vom 7.3.1787 - Nr. 647

"Da das Gesetz zwischen dem § 16 Cap. 4 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches ersten Theile ausgezeichneten unehlichen Kindern keinen Unterschied macht, ob sie mit einer oder mehreren ledigen Personen gezeugt worden, so habe auch der Richter hierüber keinen Unterschied zu machen."

5. Hofdekret vom 14.7.1787 - Nr. 693

"Unter jenen ausser der Ehe gezeugten Kindern, von denen der § 16 des 4. Hauptstückes des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches handelt, seyen auch diejenigen Kinder begriffen, die von Aeltern gezeugt werden, zwischen welchen wegen Seitenverwandschaft eine Eehindernis bestanden hat."

6. Patent vom 16.10. 1787 - Nr. 733

Unter den übrigen Beweisen, wodurch Jemand überführt werden kann, des Vater eines ausser der Ehe erzeugten Kindes zu seyn, ist auch das Taufprotokoll oder so genannte Geburtsbuch zu zählen, welches bei den Pfarreyn vorschriftsmässig geführt wird.

Um aber allen Zweifeln vorzubeugen, welche in Ansehen dieses Beweises erhoben werden dürften, wird sowohl für vergangene als künftige Fälle zur Richtschnur gegeben: daß die Anmerkung als Vater, welche in dem Taufprotokolle bei der eingetragenen Tauf eines ausser der Ehe erzeugten Kindes erscheint, nur dann wider die angemerkte Person beweise, wann unter des Pfarrers und der Pathen eigenhändiger Unterschrift beigefügt ist: die als Vater „angemerkte Person sey zugegen, dem Pfarrer und Taufpathen wohl bekannt gewesen, habe sich zum Vater des Kindes bekennet, und entweder selbst versanget, daß ihr Bekenntniß in dem Taufprotokolle angemerket werde, oder habe wenigstens zu dieser Anmerkung auf Erinnerung eines Dritten ihre Einwilligung erteilt.

II. Preußisches Allgemeines Landrecht

Zweiter Teil

Erster Titel

Elfter Abschnitt

Von den rechtlichen Folgen des unehelichen Beyschlafes

I. Erste Art der Entschädigung, Entbindungs- und Wochenkosten.

§. 1027. Wer eine Person außer der Ehe schwängert, muß die Geschwächte entschädigen, und das Kind versorgen.

§. 1028. In der Regel kann jede Geschwächte von dem Schwängerer Niederkunfts- und Taufkosten, ingleichen sechswöchentliche ihrem Stande gemäß Verpflegung fordern.

§. 1029. Auch andere während der Schwangerschaft, oder nach der Niederkunft, aufgelaufene unvermeidlich gewesene Kosten, ist der Schwängerer zu übernehmen verbunden.

§. 1030. Wenn die Geschwächte während der Wochen stirbt: so muß der Schwängerer die Begräbniskosten tragen; in so fern dieselben aus ihrem Nachlasse nicht bestritten werden können.

§. 1031. Die §. 1028. beschriebenen Kosten und Verpflegungsgelder kann die Geschwächte noch vor der Niederkunft einklagen.

§. 1032. Ist die Schwangerschaft ausgemittelt, und der Beyschlaf überhaupt eingestanden, oder einigermaßen bescheinigt: so muß der Richter die Summe dieser Kosten durch ein vorläufiges Dekret festsetzen.

§. 1033. Doch steht dem Beklagten frey, diesen festgesetzten Betrag, bis zur erfolgenden Entbindung, gerichtlich niederzulegen.

§. 1034. Erfolgt innerhalb der gesetzmäßigen Zeit (§. 1039.) keine Entbindung: so kann er die niedergelegte Summe zurückfordern.

§. 1035. Auch findet die Rückforderung in sofern statt, als wegen erfolgten Absterbens der Mutter, oder des Kindes, die Verpflegungs- oder Taufkosten nicht gebraucht worden sind.

§. 1036. Der Einwand, daß die Geschwächte auch Andern den Beyschlaf gestattet habe, befreiet den Beklagten nicht von dieser ersten Art der Entschädigung.

Wer diese Entschädigung nicht fordern könne.

§. 1037. Frauenspersonen, die sich in öffentlichen Hurenhäusern aufhalten, können selbst auf diese geringere Entschädigung keinen Anspruch machen.

§. 1038. Ein Gleiches gilt von solchen, die sich Mannspersonen gegen Bezahlung zur Wollust überlassen.

§. 1039. Ferner von Ehefrauen, die bey ihren Männern leben, wenn sie auch während der Ehe sich mit andern fleischlich vermischt hätten.

§. 1040. Frauenspersonen, welche die Mannspersonen zum Beyschlaf verleitet haben, können diese geringere Art der Entschädigung nur alsdann fordern, wenn sie die Kosten der Niederkunft, der Taufe, und der Wochen, ganz oder zum Theil, aus eignen Mitteln zu bestreiten nicht vermögend sind.

Wer sich damit begnügen müsse.

§. 1041. Mit dieser ersten Art der Entschädigung müssen diejenigen für ihre Person sich begnügen, die vorhin schon außer der Ehe geschwängert worden.

§. 1042. Ferner die Ehefrauen, welche zwar noch in der Ehe, aber von ihren Männern getrennt leben.

§. 1043. Desgleichen diejenigen, welche sich vormals in Hurenhäusern aufgehalten haben, oder wegen eines unzüchtigen Lebenswandels beruchtert sind.

II. Zweyte Art der Entschädigung.

§. 1044. Wer aber eine unbescholtene ledige Weibsperson außer der Ehe schwängert, der ist ihr deshalb möglichst vollständige Genugthuung zu leisten verbunden.

§. 1045. Wittwen werden, in ähnlichen Fällen, den Jungfrauen gleich geachtet.

§. 1046. Auch geschiedene Frauen haben gleiche Rechte, wenn sie nicht begangenen Ehebruchs halber geschieden worden.

1) Wenn die Ehe versprochen worden, und keine Ehehindernisse entgegen stehen.

§. 1047. Hat der Verführer die Geschwächte unter dem Versprechen der Ehe geschwängert, und stehen keine Ehehindernisse entgegen, so muß derselbe von dem Richter, allenfalls mit Zuziehung eines Geistlichen, ernstlich aufgefordert und angeordnet werden, die Ehe mit der Geschwächten wirklich zu vollziehen.

§. 1048. Wengert er sich dessen be arthlich, so soll zwar kein Zwang zur Vollziehung der Ehe durch priesterliche Copulation Statt finden.

§. 1049. Dagegen sollen aber in dem abzufassenden Erkenntnisse der Geschwächten der Name, Stand und Rang des Schwängerers, so wie überhaupt alle Rechte einer geschiedenen für den unschuldigen Theil erklärten Ehefrau desselben, beylegt werden.

§. 1050. Dieser Rechte soll sie sich im bürgerlichen

Leben, und bey allen Verhandlungen desselben, wirklich zu erfreuen haben.

§. 1051. Auch sind ihr, zu ihrer Abfindung, die gesetzlichen Ehescheidungsstrafen aus dem Vermögen, oder den Einkünften des Schwängerers zuzuerkennen.

§. 1052. Ob diese Strafen nach §. 785. auf den Vierten, oder nach §. 786. nur auf den Sechsten Theil zu bestimmen, bleibt nach Bewandniß der Umstände eines jeden Falles, der mehr oder mindern von dem Verführer gebrauchten Arglist, der Größe seines Vermögens, und des Standes der Geschwächten, richterlichem Ermessen vorbehalten.

2) Wenn Ehehindernisse entgegenstehen

§. 1053. Wenn der Ehe des Schwängerers mit der Geschwächten gesetzliche Hindernisse, außer der Ungleichheit des Standes, (§. 1066.) entgegenstehen, so muß der Richter gleich bey Aufnehmung der Klage prüfen: ob diese Hindernisse gehoben werden können.

§. 1054. Sind die Hindernisse so beschaffen, daß eine Hebung derselben nach gesetzlichen Vorschriften erfolgen kann, so muß dem Schwängerer eine verhältnißmäßige Zeit bestimmt werden, binnen welcher derselbe das Hinderniß aus dem Wege räumen, und sodann die Ehe wirklich vollziehen solle.

§. 1055. Kann oder will er dieses nicht bewürken; so kann zwar auf Vollziehung der Ehe nicht geklagt werden.

§. 1056. Dagegen muß aber der Schwängerer der Geschwächten die Ehescheidungsstrafen, nach Bestimmung §. 1052., zu ihrer Abfindung entrichten.

§. 1057. Auch wird der Geschwächten in dem Urtheil die Befugniß beylegt, bis zu ihrer wirklichen Verheirathung den Namen des Schwängerers zu führen.

§. 1058. Vermohe eben dieses Urtheils hat sie sich in der bürgerlichen Gesellschaft aller Betrugnisse einer rechtmäßigen, obwohl geschiedenen Ehefrau zu erfreuen.

§. 1059. Bey den Gemisste dieser Rechte soll sie gegen jeden, der mit den angegebenen Fehler auf irgend eine Art vorrücken wollte, von dem Richter

nachdrücklich geschützt werden.

§. 1060. Ergiebt sich schon bey Aufnehmung der Klage, daß das Hinderniß nicht gehoben werden könne oder wolle (§. 1054.) so bedarf es zwar keiner Bestimmung einer Frist zur Vollziehung der Ehe.

§. 1061. Dagegen finden alle Vorschriften §. 1056—1059. auch in diesem Falle Anwendung.

§. 1062. Auf Führung des Namens des Schwängersoll nicht erkannt werden, wenn das Ehehinderniß zu naher Verwandtschaft besteht.

§. 1063. Auch alsdann nicht, wenn der Schwängerer schon verheirathet ist.

§. 1064. Ueberhaupt kann die Geschwächte, wenn sie nicht selbst adlichen Standes ist, sich des adlichen Namens und Wappens des Schwängers in keinem Falle (§. 1049. 1057.) bedienen.

§. 1065. In allen Fällen, wo der Geschwächten der Name des Schwängers nicht beygelegt werden kann, muß sie von demselben dafür noch besonders, außer der eigentlichen Abfindung, entschädigt werden.

3) Wenn Ungleichheit des Standes das Ehehinderniß ist.

§. 1066. Besteht das Ehehinderniß bloß in der Ungleichheit des Standes: (§. 30—33.) so muß der Schwängerer binnen einer zu bestimmenden Frist erklären: ob er die landesherrliche Erlaubniß zu einer Ehe zur linken Hand mit der Geschwächten nachsuchen könne und wolle.

§. 1067. Sucht und erhält er diese Erlaubniß wirklich, so ist ferner nach den Vorschriften des Neunten Abschnitts zu verfahren.

§. 1068. Kann oder will er die Erlaubniß nicht suchen, oder wird ihm dieselbe versagt; so finden die Vorschriften §. 1056. 1058. 1059. und 1065. Anwendung.

§. 1069. Nach eben diesen Vorschriften ist zu verfahren, wenn die Geschwächte von Anfang an erklärt, den Schwängerer zur linken Hand nicht heyrathen zu wollen; oder wenn gleich bey Aufnehmung der Klage sich mit Gewißheit ergiebt, daß der Schwängerer die Erlaubniß nicht suchen könne, oder dieselbe nicht suchen zu wollen, fest entschlossen sey.

§. 1070. In beyden Fällen (§. 1068. 1069.) soll jedoch nur auf die Ehescheidungsstrafen nach §. 786. erkannt werden.

4) Wenn die Geschwächte das Ehehinderniß gewußt hat.

§. 1071. Alle obige Vorschriften (§. 1053—1070.) gelten nur in dem Falle, wenn der Geschwächten das Ehehinderniß unbekannt gewesen.

§. 1072. Hat sie aber dasselbe gewußt, und ist ihr insonderheit bekannt gewesen, daß der Schwängerer unter Aeltern, Vormündern, oder andern Personen stehe, ohne deren Consens er keine gültige Ehe schließen kann, so muß sie mit einer bloßen Abfindung sich begnügen.

5) Wenn kein Eheversprechen geschehen.

§. 1073. Ein Gleiches findet Statt, wenn die Schwängerung nicht unter dem Versprechen der Ehe geschehen ist, und der Schwängerer die Geschwächte nicht heyrathen will.

6) Wenn kein lebendiges Kind gebohren worden.

§. 1074. Ferner, wenn kein lebendiges Kind aus dem Beischlaffe zur Welt gebohren worden.

§. 1075. Ist die Frucht in der Geburt, oder binnen vier und zwanzig Stunden nach derselben verstorben; so kann die Geschwächte ebenfalls nur Abfindung fordern.

7) Wenn die Geschwächte die Verführerin ist. Nähere Bestimmungen wegen der Ausstattung.

§. 1076. Was Rechtens sey, wenn die Geschwächte selbst den Schwängerer zum Beischlaffe verleitet hat, ist §. 1040. verordnet.

§. 1077. Die Ausstattung muß in allen Fällen, wo darauf erkannt wird, nach dem Stande der Geschwächten, und dem Vermögen des Schwängers bestimmt werden.

§. 1078. Insonderheit ist bey dieser Bestimmung darauf zu sehen, daß die Geschwächte Hoffnung erhalte, eine ihrem Stande gemäße Herath zu finden.

§. 1079. Ist nur die beharrliche Weigerung des Schwängers, die Geschwächte zu heyrathen, der Grund, warum Ausstattung gegeben werden muß; so ist sie höher zu bestimmen, als wenn gesetzliche Ehehindernisse im Wege stehn. (§. 1071.)

§. 1080. Mit einer geringern Ausstattung muß die

Geschwächte sich begnügen, wenn aus dem Beischlaffe zwar eine Schwangerschaft erfolgt, aber kein lebendiges Kind zur Welt gekommen ist. (§. 1075.)

§. 1081. Auch die höchste Ausstattung darf den höchsten Satz der Ehescheidungsstrafe nicht übersteigen.

§. 1082. Ob die erkannte Ausstattung der Geschwächten sogleich zu verabfolgen; oder nur gerichtlich sicher zu stellen, und bis zu ihrer wirklichen Verheirathung zu verzinsen sey? bleibt richterlichem Ermessen, nach Bewandniß der Umstände, vorbehalten.

§. 1083. Kann die Geschwächte von dem Schwängerer aus Mangel an Capitals-Vermögen, nicht nach §. 1078. hinreichend ausgestattet werden: so ist es schuldig, ihr aus seinen Einkünften oder Erwerbe, einen jährlichen damit in Verhältniß stehenden Beytrag zu ihrem standesmäßigen Unterhalte, zu entrichten.

§. 1084. Diesen Beytrag muß er in bestimmten Antheilen, und zwar zu Anfange eines jeden Terms, voraus bezahlen.

§. 1085. Auch selbst selbiger der Geschwächten aus den sichersten und bereitesten Einkünften oder Erwerbissen des Schwängers angewiesen werden.

§. 1086. Die Geschwächte verliert diesen Beytrag nicht, wenn sie sich gleich wirklich verheirathet.

§. 1087. Gelangt der Verführer zu bessern Vermögensumständen: so kann die Geschwächte Erhöhung des Beytrages, oder an dessen Stelle, Bezahlung eines Capitals zu ihrer vollständigen Ausstattung fordern.

§. 1088. Die Aeltern des Verführers sind nur alsdann schuldig, zur Ausstattung beyzutragen, wenn die Geschwächte seinen Namen zu führen berechtigt ist, und sie sich dieses nicht gefallen lassen wollen.

IV. Fälle, wo die Entschädigung wegfällt.

§. 1089. Alle vorstehend bestimmten gesetzlichen Entschädigungen kann die Geschwächte nur alsdann fordern, wenn die Niederkunft innerhalb des Zweyhundert und zehnten, und Zweyhundert fünf und achtzigsten Tages, nach dem Beischlaffe erfolgt ist.

§. 1090. Doch verliert sie durch eine frühere Niederkunft das Recht zu der §. 1028. 1029. bestimmten Entschädigung, ingleichen zur Ausstattung noch nicht, wenn das Alter der Frucht, nach dem Urtheile der Sachverständigen, mit der Zeit des Beischlafes übereinstimmt.

§. 1091. Hat die Geschwächte sich nach dem Beischlaffe solcher Handlungen schuldig gemacht, die nach den Gesetzen die Trennung, selbst einer gültigen Ehe begründen können: so verliert sie dadurch ihr Recht, auf Ehelichung oder Ausstattung zu klagen.

§. 1092. Ein Gleiches findet statt, wenn sie sich, vor angestellter Klage gegen den Schwängerer, mit einem Andern wirklich verheirathet.

§. 1093. Ist der Schwängerer erbötig, die Ehe mit der Geschwächten zu vollziehen, und diese weigert sich dessen: so kann sie auch keine Ausstattung verlangen.

§. 1094. Doch ist sie zu einer Ausstattung alsdann berechtigt, wenn ihr der Schwängerer, durch sein Betragen nach der Schwängerung, solchen Anlaß zur Abneigung gegeben hat, welcher den Rücktritt von einem gültigen Ehegelöbniß rechtfertigen würde. (§. 120.)

§. 1095. Die ganze Klage aus der Schwängerung erlöscht, wenn sie nicht binnen Zwey Jahren nach erfolgter Niederkunft angemeldet worden.

§. 1096. Hat der Schwängerer während dieser Zwey Jahre für den Unterhalt der Geschwächten

gesorgt: so kann letztere, nach Ablaufe derselben, zwar nicht mehr auf Vollziehung der Ehe, wohl aber auf Ausstattung klagen.

§. 1097. Hat der Schwängerer innerhalb dieser Zwey Jahre seinen bisherigen Aufenthalt verlassen: so wird die Zeit, während welcher sein neuer Aufenthalt der Geschwächten unbekannt gewesen, von der Verjährungsfrist abgerechnet.

§. 1098. Den Tag, wo die Geschwächte den nachherigen Aufenthalt des abwesenden Schwängerers erfahren hat, muß dieselbe allenfalls eidlich angeben.

§. 1099. Auch wenn der Schwängerer seinen Wohnsitz verändert hat, ist die Geschwächte ihre Klage in dessen vorigen Gerichtsstande anzustellen wohl befügt.

§. 1100. Die Erben der Geschwächten können von dem Schwängerer eine Ausstattung nur in so fern fordern, als dieselbe der Erblasserin in einer Capitalsumme bereits rechtskräftig zuerkannt war.

§. 1101. Dagegen ist die Geschwächte gegen die Erben des Schwängerers in allen Fällen, auch wenn sie von ihm selbst Vollziehung der Ehe fordern könnte, auf Ausstattung zu klagen berechtigt.

§. 1102. Wenn mehrere Geschwächte gegen eben denselben Schwängerer auf Vollziehung der Ehe klagen: so kann darauf nur zum Besten derjenigen, deren Recht durch den früheren dergleichen Klage begründenden Beyschlag zuerst entstanden ist, erkannt werden.

§. 1103. Die übrigen müssen, wegen des ihnen solchergestalt entgegenstehenden Ebehindernisses, mit einer Ausstattung sich begnügen.

V. Gesetzliche Vermuthungen:

1) wenn der Beyschlag geläugnet wird,

§. 1104. Wird bey einer angestellten Schwängerungsklage der Beyschlag geläugnet, so muß der Richter im Mangel eines vollständigen Beweises, allemal eher auf einen notwendigen, als auf einen zugeschohenen Eid erkennen.

§. 1105. Ein zugeschohener Eid findet also nur in solchen Fällen statt, wo auch keine Vermuthungen, welche den Richter zu einem notwendigen Eide bestimmen konnten, vorhanden sind.

§. 1106. Ob die Klägerin zum Erfüllungs- oder der Beklagte zum Reinigungsseide zu lassen sey, bleibt hauptsächlich richterlichem Ermessen, nach den wegen der notwendigen Eide überhaupt gegebenen Anweisungen, vorbehalten.

§. 1107. Doch soll der Richter dabey, in Fällen dieser Art, auf nachstehende gesetzliche Vermuthungen, in so fern dieselben nicht durch andere besondere Umstände entkräftet werden, vorzügliche Rücksicht nehmen.

§. 1108. Wenn ein vorhergegangener vertrauter Umgang zwischen beyden Theilen nachgewiesen; die Klägerin sonst von unbescholtener Aufführung, der Lebenswandel des Beklagten aber so beschaffen gewesen ist, daß man sich der That zu ihm wohl versehen kann: so ist eher auf den Erfüllungs- als auf den Reinigungsseid zu erkennen.

§. 1109. Ein Gleiches findet statt, wenn der Beklagte den Beyschlag außergerichtlich zugestanden hat, obwohl die Zeit desselben nicht genau angegeben worden.

§. 1110. Privatunterhandlungen, welche mit der Klägerin, wegen ihrer Abfindung, gepflogen worden, werden einem solchen außergerichtlichen Geständnisse nur alsdann gleich geachtet, wenn der bisherige Lebenswandel beyder Theile diese Vermuthung unterstützt.

§. 1111. Hat der Beklagte sich unzuchtiger Vertraulichkeiten mit der Klägerin berüht: so kann dieses die Zulassung der letztern zum Erfüllungsseide begründen.

§. 1112. Der Einwand, daß dergleichen Aeußerungen (§. 1109-1111.) nur Scherz gewesen, soll diese gesetzliche Vermuthung nicht entkräften.

§. 1113. Zum Reinigungsseide muß der Beklagte vornehmlich alsdann gelassen werden, wenn er bis dahin einen unbescholtenen Wandel geführt, die Klägerin aber sich einer schlechten Aufführung verdächtig gemacht hat.

§. 1114. Der Verdacht einer schlechten Aufführung (§. 1108-1113.) trifft diejenigen, die eines vorhin mit Andern gepflogenen unehelichen Beyschlafes überführt sind.

§. 1115. Ferner diejenigen, welche unzuchtige oder der Hurerey wegen verdächtige Häuser besuchen, ohne daß ihr Beruf sie dazu veranlaßt.

§. 1116. Desgleichen diejenigen, welche mehrmalen an einsamen Orten mit verdächtigen Personen betroffen worden.

§. 1117. Endlich diejenigen, welche sich unanständige und freche Reden, Gebärden, oder Handlungen zur Gewohnheit worden lassen.

§. 1118. Ist wegen der gegen beyde Theile vorhandenen gesetzlichen Vermuthungen, das Erkenntniß zwischen dem Erfüllungs- und Reinigungsseide zweifelhaft: so ist allemal eher auf erstere als auf letztere zu erkennen.

§. 1119. Doch kann in einem solchen sehr zweifelhaften Falle der Beklagte niemals zu etwas andern, als zu der §. 1028. bestimmten Entschädigung, und zu einer minder beträchtlichen Ausstattung verurtheilt werden.

2) wenn die Zeit desselben geläugnet wird;

§. 1120. Ist der Beyschlag selbst ausgemittelt, die Angabe der Klägerin aber von der Zeit desselben widersprochen: so finden die aus dem Charakter und bisherigen Lebenswandel der Parteyen hergenommenen gesetzlichen Vermuthungen hier ebenfalls Anwendung.

§. 1121. Besonders aber muß die Klägerin zum Erfüllungsseide gelassen werden, wenn der Beklagte den Beyschlag oder verdächtigen Umgang anfänglich geläugnet, nachher aber eingestanden hat, oder dessen überführt worden ist.

3) wenn das Eheversprechen geläugnet wird;

§. 1122. Wenn die Schwängerung zwar eingestanden, oder bewiesen, das Eheversprechen aber geläugnet worden: so ist die Klägerin, in Ermangelung anderer Beweismittel, vornehmlich alsdann zum Erfüllungsseide zu lassen, wenn der Beklagte sie für seine Braut ausgegeben, oder gegen Andre, sie heirathen zu wollen, sich hat verlauten lassen.

4) wenn Verführung von Seiten der Geschwängerten behauptet wird.

§. 1123. Wenn der Beklagte behauptet, daß er von der Klägerin zum Beyschlaf verleitet, oder das Eheversprechen ihm abgeloct worden sey: so finden, bey der Bestimmung zwischen dem Erfüllungs- und Reinigungsseide, eben die aus dem persönlichen Charakter und bisherigen Lebenswandel beyder Theile hergenommenen Vermuthungen gleichfalls Anwendung.

§. 1124. Besonders aber wird eine gesetzliche Vermuthung gegen die Klägerin dadurch begründet, wenn sie bereits die Volljährigkeit, der Beklagte aber dieselbe noch nicht erreicht hat.

§. 1125. Sind beyde Theile noch minderjährig; oder beyde bereits volljährig: so streitet die Vermuthung für die Mannsperson, wenn dieselbe Ein, Zwey oder mehrere Jahre jünger ist, als die Geschwängerte.

§. 1126. Gleiche Vermuthung für den Beklagten findet statt, wenn der Beyschlag in seinem Wohnort vollzogen worden, und die Klägerin keine erhebliche Veranlassung, warum sie sich damals daselbst eingefunden habe, nachweisen kann.

VI. Folgen eines durch Nothzucht verübten Beyschlafes.

§. 1127. Ist ein Beyschlag durch Nothzucht in gesetzlicher Verstande bewerkstelliget worden: so muß der Verführer der Geschwächten alles das leisten, wozu er in dem Falle einer unter dem Versprechen der Ehe erfolgten Schwängerung verpflichtet seyn würde.

§. 1128. Kann oder will die Geschwächte die Ehe mit ihm nicht vollziehen und fortsetzen: so ist sie die Ehescheidungsstraße, nach dem höchsten Satze, zu fordern berechtigt.

VII. Folgen der Entfernung des der Schwängerung Angeklagten.

§. 1129. Wenn eine Mannsperson, welche wegen unehelicher Schwängerung belangt worden, nach angemeldeter Klage heimlich entweicht: so wird dieselbe so lange für den wirklichen Vater angesehen, bis das Gegentheil klar gemacht worden.

§. 1130. Es wird daher sein zurückgelassenes Vermögen so lange in Beschlag genommen, bis entweder das Gegentheil der Vermuthung ausgemittelt, oder der Geschwängerten gesetzmäßige Genugthuung geleistet worden.

§. 1131. Stirbt der angegebene Vater, ohne die wider ihn streitende Vermuthung abgelehnt zu haben: so müssen Mutter und Kind aus seinem Nachlasse befriedigt werden.

Zweiter Teil

Zweiter Titel

Neunter Abschnitt

Von den aus unehelichem Beyschlaf erzeugten Kindern

Legitimation unehelicher Kinder durch richterlichen Ausspruch.

§. 592. Die aus unehelichem Beyschlaf erzeugten Kinder erhalten in allen Fällen, wo der Mutter die Rechte einer wirklichen Ehefrau des Schwängers durch richterlichen Ausspruch bezeugt worden, die Rechte der aus einer vollgültigen Ehe erzeugten Kinder.

§. 593. Diese Rechte verbleiben ihnen, auch wenn die Ehe zwischen den Aeltern, wegen beharrlicher

Weigerung des Vaters, durch die Trauung nicht vollzogen wird.

§. 594. Hat aber die Mutter innerhalb der gesetzlichen Frist (Tit. I. §. 1093.) auf die Vollziehung der Ehe nicht geklagt: so können die Kinder der davon abhängenden Rechte der ehelichen Geburt sich niemals annähen;

§. 595. Doch können die Kinder den von der Mutter bereits angestellten Prozeß, wenn sie vor dessen Entscheidung verstirbt, zu dem Ende fortsetzen, daß ihnen selbst die Rechte ehelicher Kinder zuerkannt werden mögen.

durch Heirath mit der Mutter,

§. 596. Wenn ein Schwängerer die Geschwächte, auch ohne Prozeß und Erkenntniß, wirklich heirathet: so erlangt das aus dem unehelichen Beyschlaf erzeugte Kind, eben dadurch, in allen durch besondere Gesetze nicht ausdrücklich ausgenommenen Fällen, die Rechte und Verbindlichkeiten eines ehelichen.

durch gerichtliche Erklärung des Vaters,

§. 597. Ein mit einer förmlich verlobten Braut erzeugtes Kind, erlangt die Rechte eines ehelichen schon durch die bloße gerichtliche Erklärung des Vaters, wenn gleich die Ehe mit der Mutter nicht wirklich vollzogen worden.

§. 598. Wenn die Legitimation eines unehelich erzeugten Kindes durch wirkliche Verheirathung mit der Mutter erfolgt: so bestimmt die Trauung, und in dem Falle des §. 597. die gerichtliche Erklärung, den Zeitpunkt, wo die Rechte und Pflichten des Kindes als eines ehelichen ihren Anfang nehmen.

§. 599. In dem Falle des §. 592. hingegen wird dieser Zeitpunkt auf den Tag der angemeldeten Klage zurückgesetzt.

§. 600. Ist zur Zeit der unter den Aeltern geschlossenen Ehe, das aus dem unehelichen Beyschlaf erzeugte Kind bereits verstorben: hat aber eheliche Abkömmlinge verlassen: so erlangen diese, auch in Ansehung der Großältern, alle Rechte und Pflichten ehelicher Descendenten.

durch obrigkeitliche Declaration.

§. 601. Hat unter den Aeltern keine Ehe statt gefunden: so kann dennoch der Vater auf die Legitimation des unehelich erzeugten Kindes bey Hofe antragen.

§. 602. Bey der Prüfung eines solchen Gesuchs muß zugleich darauf: ob die Legitimation dem Kinde zuträglich sey, gesehen, und wenn dabey ein Bedenken sich findet, das Kind selbst, oder wenn dasselbe noch minderjährig ist, ein ihm zu bestellender Curator vernommen werden.

§. 603. Durch diese Legitimation erhält das Kind den Stand des Vaters, und in Ansehung seiner, alle Rechte und Pflichten eines ehelichen Kindes.

§. 604. Es tritt aber dadurch nicht in die Familie des Vaters.

§. 605. Soll es auch in diese aufgenommen werden: so muß solches durch einen Familienvertrag geschehen.

§. 606. Doch entsteht zwischen den ehelichen Kindern des Legitimirenden, und dem Legitimirten selbst, das Verhältniß, wie zwischen ehelichen Halbgeschwistern von Einem Vater.

§. 607. Hatte der Vater zu der Zeit, als er das uneheliche Kind legitimiren ließ, schon eheliche Descendenten, und verliert er in der Folge einen derselben nur den Pflichttheil: so wird bey dessen Berechnung das legitimirte Kind nicht mit gezählt.

§. 608. Auch zwischen dem Legitimirten, und den Verwandten seiner Mutter, wird durch eine ohne deren ausdrückliche Einwilligung erfolgte Legitimation kein anderes Familienverhältniß, als aus der unehelichen Geburt selbst schon entstanden war, begründet.

§. 609. Kindern, die aus einer Ehe zur linken Hand erzeugt worden, kann die Eigenschaft eines rechten Kindes, in Ansehung des Vaters, durch Landesherrliche Legitimation bezeugt werden.

§. 610. Doch hat es, wenn zur Zeit der Legitimation schon Abkömmlinge aus einer Ehe zur rechten Hand da sind, bey der Vorschrift des §. 607. sein Bewenden.

§. 611. Ihre Aufnahme in die Familie des Vaters aber kann ebenfalls nur durch einen Familienvertrag geschehen.

Rechte der unehelichen Kinder, Verpflegung und Erziehung.

§. 612. Unehelich geborne Kinder, welche weder durch eine nachfolgende Verheirathung der Aeltern, noch durch richterlichen Ausspruch, noch durch Legitimation, die Rechte der ehelichen erlangt haben, können von dem Vater bloß Unterhalt und Erziehung fordern.

§. 613. Dazu ist der Vater verpflichtet, auch wenn die Mutter, nach dem Elften Abschnitte des Ersten Titels, entweder gar keine, oder nur die geringere Art der Entschädigung zu fordern hat.

§. 614. Sobald das Daseyn eines unehelichen Kindes, es sey durch einen unter den Aeltern entstehenden Prozeß, oder sonst durch glaubwürdige Anzeigen, dem vormundschaftlichen Gerichte bekannt wird,

muß dasselbe dem Kinde von Amtswegen einen Vormund bestellen.

§. 615. Dieser muß die Rechte des Kindes gegen den unehelichen Vater wahrnehmen; und mit beyden Aeltern, wegen dessen Erziehung und Verpflegung, die nöthigen Einrichtungen, unter Aufsicht des vormundschaftlichen Gerichts, verabreden.

§. 616. Der Vormund ist befugt und schuldig, darauf zu sehen, daß die getroffene Einrichtung befolgt werde; und wenn dieses nicht geschieht, dem vormundschaftlichen Gerichte davon, zur weiteren Verfügung, Anzeige zu machen.

§. 617. Läugnet der angegebne Vater, daß das Kind von ihm erzeugt sey, so muß der Vormund, auch wenn es die Mutter auf den Prozeß nicht ankommen lassen will, dennoch zum Besten des Kindes auf rechtliches Gehör und Erkenntniß darüber antragen.

§. 618. Bey der Untersuchung und Beurtheilung: ob das Kind von dem angegebenen Vater erzeugt sey, muß nach den im Elften Abschnitte des vorigen Titels enthaltenen Grundsätzen verfahren werden.

§. 619. Hat die Mutter in dem Zeitraume, in welchem, nach diesen Grundsätzen, die Erzeugung des Kindes trifft, mit mehreren Mannspersonen zugethan, so hängt es von dem nach den Umständen sich richtenden Befinde des Vormundes ab, welchen derselben er, auf Erfüllung der einem unehelichen

Kinde schuldigen Pflichten, zuerst in Anspruch nehmen wolle.

§. 620. Wird aber dieser entbunden; oder ist er diese Pflichten zu erfüllen unvermögend; so kann der Vormund die Rechte des Kindes auch gegen die übrigen Zuhalter, einen nach dem andern, geltend machen.

§. 621. Die Verpflegung und Erziehung des Kindes, bis nach zurückgelegtem Vierten Jahre, muß in der Regel der Mutter, auf Kosten des Vaters, überlassen werden.

§. 622. Nach zurückgelegtem Vierten Jahre hängt es von der Wahl des Vaters ab, die Verpflegung und Erziehung des Kindes selbst zu besorgen, oder sie der Mutter auf seine Kosten ferner zu überlassen.

§. 623. Will die Mutter die Erziehung und Verpflegung des Kindes auf ihre alleinige Kosten übernehmen: so hat der Vater kein Recht zum Widerspruche.

§. 624. Findet das vormundschaftliche Gericht, daß dem Vater, ohne Besorgniß eines Nachtheils für das Kind, die Erziehung nicht anvertraut werden könne: so kann es dieselbe, auf Kosten des Vaters, der Mutter übertragen.

§. 625. Ist die Aufzucht beyder Aeltern so beschaffen, daß Keinem von ihnen die Erziehung des Kindes anvertraut werden kann: so muß das vormundschaftliche Gericht nach der Vorschrift §. 89. sqq. verfahren.

§. 626. In allen Fällen, wo die Verpflegungs- und Erziehungskosten nach Gelde bestimmt werden sollen, ist nur auf das zu rechnen, was Leuten vom Bauer- oder gemeinen Bürgerstande die Erziehung eines ehelichen Kindes, nebst dem Schul- und Lehrgelde, kosten würde.

§. 627. Dabey muß auf die jeden Orts gewöhnlichen Preise, und auf die mit zunehmenden Jahren wachsenden Bedürfnisse des Kindes Rücksicht genommen werden.

§. 628. Ist der Vater für den Unterhalt und die Erziehung des Kindes solcher Gestalt zu sorgen nicht vermögend: so geht diese Pflicht auf die Großältern von väterlicher Seite über.

§. 629. Erst in deren Ermangelung, oder bey deren Unvermögen, sind die Mutter und die mütterlichen Großältern dazu verpflichtet.

§. 630. Besitzt jedoch die Mutter so viel eigenthümliches Vermögen, daß sie aus den Einkünften desselben, ohne Abbruch ihres eigenen Unterhalts, das Kind ernähren kann: so ist sie dazu nächst dem unehelichen Vater, und vorzüglich vor dessen Aeltern verbunden.

§. 631. Kann der Vater eines unehelichen Kindes nicht ausgemittelt werden: so fällt die Pflicht der Verpflegung und Erziehung unmittelbar auf die Mutter, und deren Aeltern.

§. 632. Sind auch diese nicht mehr vorhanden, oder unvermögend: so ist der Staat für den Unterhalt und die Erziehung solcher Kinder, durch die jeden Orts bestehenden Armenanstalten, zu sorgen verpflichtet.

deren Dauer.

§. 633. Die Verbindlichkeit der Aeltern zur Verpflegung unehelicher Kinder dauert nur bis nach zurückgelegtem Vierzehnten Jahre.

§. 634. Nach diesem Zeitpunkte müssen die Kinder sich ihren Unterhalt selbst erwerben.

§. 635. Sind jedoch unehelich geborne Söhne zu einem Handwerke oder Profession gegeben worden: so muß der Vater auch das fernere Lehr- ingeleichen das Lossprechungsgeld berichtigen.

§. 636. Hat, auch außerdem, der Vater das Kind zu einem Gewerbe erziehen lassen, mit welchem es sich nach zurückgelegtem Vierzehnten Jahre seinen Unterhalt noch nicht verdienen kann: so muß der Vater die Verpflegung so lange fortsetzen, bis das Kind mit diesem von ihm gewählten Gewerbe sich selbst zu ernähren vermögend ist.

§. 637. Werden uneheliche Kinder durch Krankheit, oder sonst fehlerhafte Leibes- oder Gemüthsbeschaffenheit, außer Stand gesetzt, sich ihren Unterhalt zu erwerben: so können sie von den Aeltern oder Großältern die notwendige Verpflegung auch ferner fordern.

§. 638. Dagegen müssen aber auch uneheliche Kinder die nothleidenden Aeltern und Großältern, in Ermangelung anderer dazu näher verpflichteten Personen, nach ihrem Vermögen unterstützen.

Rechte des Standes und der Familie.

§. 639. Uneheliche Kinder treten weder in die Familie des Vaters, noch der Mutter.

§. 640. Doch führen sie den Geschlechtsnamen der Mutter und gehören zu demjenigen Stande, in welchem die Mutter, zur Zeit der Geburt, sich befunden hat.

§. 641. Ist aber die Mutter von adlicher Herkunft: so kann dennoch das uneheliche Kind adlichen Namens und Wappens sich nicht anmaßen.

§. 642. Uneheliche Kinder werden bis zum geendigten Vierzehnten Jahre in dem Glaubensbekenntnisse der Mutter erzogen.

§. 643. Doch muß, wenn der Vater ein Christ, die Mutter aber irgend einer andern Religions-Partey zugethan ist, ein solches uneheliches Kind, bis nach zurückgelegtem Vierzehnten Jahre, in der christlichen Religion erzogen werden.

§. 644. Uneheliche Kinder stehen nicht unter der Gewalt des Vaters, sondern nur unter der vom Staate für sie verordneten Vormundschaft.

§. 645. Die persönlichen Rechte der Aeltern über sie erstrecken sich nicht weiter, als es der Zweck der Erziehung erfordert.

§. 646. Insonderheit hängt die Wahl der Lebensart, zu welcher das Kind gewidmet werden soll, nicht von dem Vater, sondern von der Vormundschaft ab.

Rechte auf den Nachlaß des Vaters,

§. 647. Stirbt der Vater vor vollendeter Erziehung: so können die unehelichen Kinder die Aussetzung des dazu noch Fehlenden aus dem Nachlasse fordern.

§. 648. Sind eheliche Kinder vorhanden: so kann dieser Aussatz nur auf die Nutzung des Nachlasses angewiesen werden, und darf dieselbe nicht übersteigen.

§. 649. Sind aber keine eheliche Kinder vorhanden: so muß das Fehlende, erforderlichen Falls, auch aus der Substanz genommen werden.

§. 650. Sind alle vorhandenen ehelichen Kinder, oder einige derselben, ebenfalls noch unerzogen; und sind die Nutzungen des Nachlasses zu ihrer aller Erziehung nicht hinreichend: so ist die Einrichtung

treffen, daß den ehelichen noch einmal so viel, den unehelichen ausgesetzt werde.

§. 651. Außerdem haben uneheliche Kinder, wenn der Vater Abkömmlinge aus einer Ehe zur rechten oder zur linken Hand hinterläßt, in seinem Nachlasse kein gesetzliches Erbrecht.

§. 652. Sind keine dergleichen eheliche Abkömmlinge, und auch keine letztwillige Verordnung des Vaters vorhanden: so gebührt den unehelichen Kindern der Sechste Theil des Nachlasses nach den §§. 581, 582, 583, enthaltenen näheren Bestimmungen.

§. 653. Uneheliche Kinder, deren Mutter um die Zeit ihrer Erzeugung mit mehreren Mannspersonen zusammengehalten hat, können dergleichen Erbtheil nicht fordern.

§. 654. Es müssen daher uneheliche Kinder, die sich eines solchen Erbrechts anmaßen wollen, entweder ein freywilliges Anerkenntniß des vorgeblichen Vaters nachweisen; oder ein rechtskräftiges Urtheil, wodurch ihnen noch bey Lebenszeit des Vaters ein dergleichen Erbrecht vorbehalten worden, beibringen.

§. 655. Einen Pflichttheil ist der Vater in keinem Falle seinen unehelichen Kindern zu hinterlassen schuldig.

§. 665. Es wird aber dadurch in dem übrigen Verhältnisse des Kindes gegen die Aeltern und deren Familien nichts geändert.

auf den Nachlaß der Mutter.

§. 656. Auf den Nachlaß der Mutter hat das uneheliche Kind derselben ein gleiches gesetzliches Erbrecht mit den ehelichen Kindern.

§. 657. Doch erhalten die letztern dasjenige zum Voraus, was die Mutter von dem Vater dieser Kinder, oder dessen Ascendenten, durch Verträge, letztwillige Verordnungen, oder gesetzliche Erbfolge überkommen hat.

Erbrechte der Aeltern in dem Nachlasse des Kindes.

§. 658. An dem Nachlasse eines unehelichen Kindes gebührt dem Vater desselben gar kein Anspruch.

§. 659. Von der Mutter hingegen wird ein solches Kind mit eben dem Rechte, wie die ehelichen, beerbt.

Erbrechte der Kinder in dem Nachlasse der väterlichen und mütterlichen Verwandten.

§. 660. Zwischen unehelichen Kindern, und den Verwandten beyderley Aeltern, findet in der Regel keine gesetzliche Erbfolge statt. Tit. III. §. 6, 7, 8.

§. 661. Uneheliche Kinder haben also auch aus dem Nachlasse der mütterlichen Großältern keinen Pflichttheil zu fordern.

§. 662. In den Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens haben uneheliche Kinder mit den ehelichen gebornen, oder dafür erklärten, gleiche Rechte.

Legitimation zum bloßen Behufe des bessern Fortkommens.

§. 663. Wird zum bessern Fortkommen der Kinder eine besondere Ausfertigung darüber erfordert: so kann dieselbe von Einem der Aeltern, oder auch von dem Kinde selbst, oder von dessen Vormund nachgesucht werden.

§. 664. Die Ausfertigung einer solchen Legitimation gehört für das Obergericht der Provinz.

LEBENS LAUF

tabellarisch

25. 5. 1941 in Grändorf, Kreis Liegnitz, als erstes Kind
des Pfarrvikars Günter Wagner und seiner
Ehefrau Margarete, geb. Plutat, geboren
- 1945 Übersiedlung nach Westdeutschland, zunächst
nach Bayern, dann nach Hessen
- 1947 Schulbeginn in der Volksschule Wetter, Kreis
Marburg/Lahn
- 1952 Fortsetzung des Schulbesuchs im humanistischen
Philipps-Gymnasium in Marburg
- 1956 Umzug nach Camberg/Taunus; Fortsetzung des Schul-
besuchs im neusprachlichen Pestalozzi-Gymnasium
in Idstein/Taunus
- 1961 Abitur
- SS 1961 Beginn des Jurastudiums in Marburg
- SS 1963 Fortsetzung des Jurastudiums in Freiburg
- 1965 Erstes Staatsexamen
- 1966-1970 Juristischer Vorbereitungsdienst in Freiburg,
Gießen, Baden-Baden und London; Mitarbeit im
Juristischen Seminar der Justus-Liebig-Univer-
sität in Gießen
- Juni 1970 Zweites Staatsexamen
- ab September 1971 Rechtsanwalt in Bremen

++++++

Veröffentlichungen: Herausgeber und - bei einzelnen Bänden -
Bearbeiter der RENGAW-Sammlung,
Schweitzer Verlag, München,
1970, 1971

Aufsatz in der Neuen Juristischen Wochen-
schrift, 1971 S. 595

Günter Wagner

Bremen, den 3. 3. 1972

Benquestraße 9

Tel. 0421/345135

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre an Eides Statt:

Ich habe die vorgelegte Dissertation selbständig und ohne unerlaubte fremde Hilfe angefertigt. Alle Textstellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Schriften entnommen sind, und alle Angaben, die auf mündlichen Auskünften beruhen, sind als solche kenntlich gemacht.


- Wagner
Rechtsanwalt

DIFO-DRUCK SCHMACHT - BAMBERG RUF:62216